BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Zur Lage"* S. 833
- *Dr. Hermann Rauschning, „Bilanz der Besinnung"* S. 847
- *Hermann Schwann, „Die Alternative!"* S. 862
- *Prof. Dr. Anton Neuhäusler, „Das Dilemma des Christenmenschen"* S. 873
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Einseitig' — für den Frieden"* S. 881
- *Dr. Viktor Kadalie, „Die Kongo-Krise und die Emanzipation Afrikas"* S. 887
- *Prof. Dr. L. L. Mathias, „Kuba, Latein-Amerika und die USA"* S. 896
- *Rudolf Pikola, „Ist Gott aus der Kirche ausgetreten?"* S. 907
- *General a. D. Dr. Franz Beyer, „Militarismus"* S. 914
- *Dr. Wilhelm Steiner, Wien, „Österreich und die Neutralität"* S. 917
- *Frank Allaun, M. P., „Überraschender Fortschritt der britischen Bewegung gegen die Wasserstoff-Bombe"* S. 922
- *Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a. zum „Fall Demokratie")* S. 925

Dr. Achim von Borries

Die Lage

In den nachfolgenden Beiträgen von Dr. Achim von Borries, Dr. Hermann Rauschning und Hermann Schwann wird, teils aus verschiedener Sicht, zu der ernsten weltpolitischen Lage Stellung genommen; Spannungsherde und akute Gefahren werden aufgezeigt. Die drei Politiker stellen darüber hinaus Alternativvorschläge zur Außenpolitik der Bundesregierung zur Diskussion. Diese Vorschläge verdienen — so scheint uns — nicht nur wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die deutsche Politik und Zukunft besondere Beachtung, sondern sind aktuell gerade auch im Hinblick auf die Wahlen zum Bundestag im kommenden Jahr. D. Red.

In seinem 1959 erschienenen Buch „Mut zu einer neuen Politik" schrieb Hermann Rauschning, kurz nachdem der sowjetische Ministerpräsident Ende 1958 den Willen seiner Regierung hatte erkennen lassen, das aus den ersten Nachkriegsjahren stammende, provisorische Berlin-Statut zu modifizieren: „Den

Deutschen ist mit dem Vorstoß in der Berliner Frage eine letzte Chance gegeben, ihr künftiges Schicksal noch einmal selbst bestimmen zu helfen." (S. 247). Heute, bald zwei Jahre nach jener ersten, aber unmißverständlichen sowjetischen Initiative stellt sich die Frage, wie weit die Deutschen jene Chance wahrgenommen haben und ob heute diese Chance noch besteht. Die Antwort auf die erste Frage muß schlimmerweise negativ ausfallen. Es ist beklemmend, daß eine Bilanz der Bonner Außenpolitik der letzten anderthalb Jahre, nicht anders als eine solche der Jahre vorher, mit einem Katalog von Versäumnissen beginnen muß! Schlimmer noch ist es, daß die Bundesregierung seit langem nicht nur verhängnisvoller Versäumnisse, sondern darüber hinaus einer überaus gefährlichen politischen Aktivität sich schuldig gemacht hat. Von Tag zu Tag tritt deutlicher zutage, in welcher Sackgasse dank ihrer Politik die Bundesrepublik gelandet ist. Die neue Berlin-Krise, die zu dramatisieren man in Bonn eifrig sich bemüht, um noch einmal die Westmächte auf eine gemeinsame Politik der Stärke und Härte gegenüber der Sowjetunion und der DDR zu verpflichten, diese Krise ist in ganz anderem, ernsterem Sinne dramatisch, als Bonn glauben machen will. Denn sie erweist sich bei jeder sachlichen Prüfung der politischen Verhältnisse in Europa als ein Symptom der Ungelöstheit des Deutschland-Problems überhaupt. Seit November 1958 hat die Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts unternommen, um durch eine vorausschauende, realistische und konstruktive Politik eine Lösung des Berlin-Problems im Rahmen einer Lösung des Deutschland-Problems in Verhandlungen mit allen Siegermächten des zweiten Weltkrieges zu erreichen. Es war schon Ende 1958 klar, daß eine Sicherung der Unabhängigkeit Westberlins auf die Dauer nurmehr unter Berücksichtigung der politischen Existenz der Deutschen Demokratischen Republik sich werde herbeiführen lassen. Indem Bonn auch nach jener ersten nachdrücklichen sowjetischen Berlin-Initiative von allen Überlegungen in Richtung neuer Garantien der Freiheit Westberlins glaubte absehen, die politische Realität DDR meinte ignorieren zu können, hat es Westberlin in Wahrheit den denkbar schlechtesten Dienst getan.

Darüber hinaus mußte die gerade seit Ende 1958 ständig zunehmende Forcierung der Aufrüstung der Bundeswehr, bis hin zu der jüngst erhobenen Forderung nach der Polaris-Rakete, die Situation in Mitteleuropa immer weiter verschärfen, mit dem Ergebnis, daß der politische Spielraum der Bundesrepublik immer kleiner, ihre militär-politische Exponiertheit immer größer, ihre moralische Position immer schwächer, ihre Sicherheit immer geringer geworden sind! Ganz zu schweigen von der zusätzlichen Belastung Westberlins durch diese Bonner Politik, die nur scheinbar Berlin dient, tatsächlich einen verstärkten Druck auf Westberlin geradezu provoziert. Und dieser Druck ist denn auch nicht ausgeblieben. Die Ankündigung einer Bundestagssitzung in West-Berlin, das Memorandum der Bundeswehr-Generäle mit dem Ruf nach atomarer Bewaffnung, die Veranstaltung von höchst fragwürdigen politischen Zusammenkünften in Westberlin, dies alles muß in Rechnung gestellt werden, wenn die heutige Situation mit ihren außerordentlich großen Gefahren und ihren immerhin noch vorhandenen Chancen verstanden werden soll. Allzulange war es in Bonn Mode, Berlin als „Pfahl im Fleische der DDR", als „Schaufenster des Westens" zu bezeichnen und dem westlichen Teil der alten deutschen Hauptstadt eine politische Rolle im kalten Kriege zu oktroy-

ieren, die zu spielen ihr selbst auf die Dauer teuer zu stehen kommen mußte. Und gerade in jüngster Zeit hat diese Tendenz zu einer geradezu mutwilligen, ob man will oder nicht provokatorisch wirkenden Belastung Westberlins weiter zugenommen. Anstatt auf dem Boden der Tatsachen eine vernünftige, d. h. für alle beteiligten Mächte und für Westberlin selbst am ehesten tragbare Lösung zu suchen, glaubt man in Bonn der Lage durch bloße Intransigenz gerecht, der Schwierigkeiten durch den Ruf nach „Maßnahmen" Herr werden zu können. Diese Maßnahmen sind in der Berlin-Frage dasselbe, was die Verstärkung der Bundeswehr in der Deutschland-Frage ist, untaugliche Mittel, mit denen man die Schwierigkeiten nicht mindert, sondern nur erhöht, sich selbst in eine politisch immer aussichtslosere Situation heineinmanövriert.

Die Bundesregierung ist, ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, politisch mit ihrem Latein am Ende; wenn es dieses Beweises überhaupt noch bedurft hätte, so hat die jüngste Entwicklung gezeigt, daß ihre ganze außenpolitische Konzeption zusammengebrochen ist; aber nicht genug, daß diese Außenpolitik die von ihr angeblich erstrebte friedliche politische Lösung des Deutschland-Problems nicht erreicht hat, sie hat eine solche Lösung sogar ferner gerückt denn je und eine Entwicklung heraufbeschworen, die die Deutschen Kopf und Kragen kosten kann, wenn ihr nicht in Bälde Einhalt geboten wird. Man hat in Bonn seit 1950 nicht mehr Politik, sondern nur noch Militärpolitik gemacht, und dieser Verzicht auf Politik wirkt sich immer verhängnisvoller aus. Bonn lebt seit zehn Jahren in dem Aberglauben an die Aufrüstung als politisches Allheilmittel. Unter den Umständen des kalten Krieges und erst recht angesichts der nicht mehr, es sei denn in selbstmörderischer Weise, zu verkennenden Notwendigkeit, ihn durch eine Koexistenz abzulösen, mußte eine solche Konzeption die Bundesrepublik in eine denkbar fatale weltpolitische Position führen. Es ist denn auch die Bundesrepublik in all diesen Jahren politisch um so viel schwächer geworden als sie militärisch stärker geworden ist, eine Bilanz, die man in Bonn freilich aus guten Gründen soweit wie möglich verschleiert. Diese Feststellung gilt nicht allein für das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu der in Bonn immer noch als „sogenannt" apostrophierten DDR, sondern, wie sich gerade jetzt zeigt, auch für die Stellung der Bundesrepublik im Kreise der Westmächte, auf die man in Bonn soviele Hoffnungen gesetzt hatte. Es wird davon später noch eingehend zu sprechen sein.

„Selbstbestimmung" — aber wie?

Jeder überhaupt zu politischem Denken begabte, vernünftiger Überlegung fähige Mensch in der Bundesrepublik weiß heute, daß eine Fortsetzung dieser monomanen Rüstungspolitik ganz Deutschland und darüber hinaus Europa, wenn nicht gar die Welt in eine Katastrophe führen muß. Man kann es nicht oft genug wiederholen: diese sogenannte „Politik" ist nicht nur nicht imstande, den Deutschen Frieden, Freiheit und Wiedervereinigung zu verschaffen, sondern sie ist der Weg in den Abgrund. Wer heute in der Bundesrepublik mit einsichtigen Menschen spricht, der wird sich zwei Eindrücken nicht verschließen können: Es gibt viele, die genau erkannt haben, wie ernst die Lage ist, aber es breitet sich auch in gefährlichem Maße bei diesen Einsichtigen eine verhängnisvolle Totalresignation aus. Die politische Vernunft bleibt gewissermaßen privat, eine neue „in-

nere Emigration" hat begonnen, das Unbehagen an dieser von ihren eigenen politischen Führern in mehr als nur einer Hinsicht korrumpierten Demokratie nimmt ständig zu. Das macht es den heute herrschenden Kräften, die verantwortlich sind für die ungeheure Gefährdung Deutschlands und ebenso für dieses tiefe Mißbehagen an der zweiten deutschen Republik, möglich, ihren Kurs fortzusetzen, anstatt endlich eine gründliche „Bestandsaufnahme" und eine konsequente praktische Revision ihrer bisherigen Politik zu beginnen.

Von einem Sinneswandel in Bonn kann also keine Rede sein. Ganz im Gegenteil, die Rüstung wird noch mehr verstärkt, die Tonart immer heftiger, der Druck auf die politisch besonnenen Kräfte in der Bundesrepublik immer stärker. Die Bundesregierung hat die Berlin-Krise nicht etwa zum Anlaß genommen, in Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung, und in diesem Rahmen auch über Berlin selbst, einzutreten, sondern sie bemüht sich seit Monaten, die Bevölkerung der Bundesrepublik in verstärktem Maße psychologisch und ideologisch zu militarisieren, die öffentliche Meinung ganz auf die Linie ihrer „Politik der Stärke" zu bringen. Gerade das Memorandum der Generalität von Mitte August hat gezeigt, wie weit man dabei heute bereits geht, ohne daß in der Öffentlichkeit mehr als ein gewisses, politisch kaum artikuliertes Unbehagen angesichts solcher Tendenzen zu bemerken gewesen wäre. Denn es ist ja nicht damit getan, daß man einzig an der Verfahrensweise der Generäle Anstoß nimmt, ohne ihnen in der Sache selbst zu wiedersprechen. Wer ihnen in der Sache beipflichtet, der hat wenig Grund sich über ihr Vorgehen zu beschweren, ist doch ein immer nachdrücklicheres Auftreten der Militärs in der Bundesrepublik nichts anderes als eine Folge der Aufrüstungspolitik selbst, die jene Generäle wieder an die Schalthebel der Macht geführt hat.

So steht denn die Bundesregierung politisch mit leeren Händen da — das einzige, was sie in Händen hält, sind abschußbereite Waffen, die nach ihrem Willen zu Atomwaffen werden sollen. Aber nicht nur die Aufrüstung in Waffen, sondern eine systematische ideologische Mobilisierung der Bevölkerung soll diese über das totale politische Fiasko des Regimes Adenauer hinwegtäuschen und dessen immer unverhüllter zutage tretenden wenig vertrauenerweckenden Absichten dienstbar machen. Seit etwa einem Jahr kehrt in den Verlautbarungen der Bonner Politiker der Begriff „Selbstbestimmung" immer wieder. Unermüdlich ziehen sie von Stadt zu Stadt, von Land zu Land und rufen das Volk auf, einzustimmen in diesen Ruf nach „Selbstbestimmung auch für uns"!

Nichts erscheint auf den ersten Blick plausibler als dieses Verlangen. Und man wird auch außerhalb der Grenzen Deutschlands kaum jemanden finden, der nicht „grundsätzlich" die Berechtigung dieses Rufes anerkennen würde. Aber hart im Raume stoßen sich die Sachen, und was beim ersten Zusehen so einleuchtend erscheint, erweist sich bei längerer Prüfung als ein überaus kompliziertes Problem. Vor allem dann, wenn man sich vergegenwärtigt, wer diesen Ruf erhebt und welche Funktion diese Selbstbestimmungs-Agitation eigentlich hat. Stets kehrt in ihr die Formel wieder: was den afrikanischen und asiatischen Völkern zusteht, das steht auch den Deutschen zu. Diese These dient im allgemeinen jener Argumentation zugunsten der Selbstbestimmung als Hauptstütze, die mit „tiefer Empörung" darüber endet, daß die bösen Russen, Polen und Tschechen den armen

Deutschen diese Selbstbestimmung vorenthalten. (Von den Westmächten ist nicht die Rede!)

Es läßt sich das Fragwürdige, ja Fadenscheinige dieser Kampagne am besten dadurch aufzeigen, daß man sich auseinandersetzt mit der Pseudo-Analogie „Deutsche ... unterentwickelte Völker". Schon die Ausgangssituation, die geschichtlichen Voraussetzungen sind hier und dort ganz verschieden. Es gibt nicht und gab nie eine „Selbstbestimmung an sich", so wenig für die Individuen im bürgerlichen Leben wie für die Völker. Keine deutsche Politik nach 1945 durfte jemals davon abstrahieren oder auch nur den Anschein erwecken, als abstrahiere sie davon, daß die national-politischen Umstände von 1945 nichts anderes sind als eine Folge der nationalsozialistischen Kriegspolitik. Insbesondere mußte eine jede deutsche Politik ausgehen von der ungeheuren Hypothek, mit der das Nazi-Regime die deutsche Sache belastet hat. Anders gesagt: Die Deutschen können nicht einfach lautstark Selbstbestimmung fordern, wie die afrikanisch-asiatischen Völker Freiheit verlangen. Diese sind jahrhundertelang von den Kolonialmächten beherrscht und ausgebeutet worden. Und sie verlangen heute nichts anderes als eine Respektierung ihres Rechtes auf nationale Unabhängigkeit und eine freie wirtschaftliche und geistige Entfaltung. Deutschland aber ist nun einmal geschichtlich in ganz anderem Sinne, ja, man muß es sagen, sogar noch weit mehr vorbelastet als selbst die europäischen Kolonialmächte. Vor allem gilt das für das Verhältnis zwischen Deutschland und den osteuropäischen Völkern. Die Jahre der deutschen Okkupation, der furchtbaren Dezimierung des polnischen, tschechischen und russischen Volkes im Zeichen einer planmäßigen Herrenmenschen-Politik, einer ausdrücklichen Degradierung der osteuropäischen Völker zu bloßen, prinzipiell minderwertigen Untermenschen, zu Arbeitssklaven der Deutschen — diese Erinnerung ist dort unauslöschlich wie das Wissen um die furchtbare Ausrottungs-Politik des nationalsozialistischen Deutschland gegenüber den Juden gerade in Osteuropa. Und wenn seit 1945 sowjetische Truppen in Berlin und an der Elbe stehen, dann ist das nicht, wie heute die Bonner Propaganda zu suggerieren versucht, ein Zeichen des ungestillten sowjetischen Expansionsdranges, sondern das Ergebnis des Krieges, den Hitler am 22. Juni 1941 gegen die Sowjetunion begonnen hat! Damit soll wieder einmal daran erinnert werden, daß das ungeheure politische Mißtrauen der Völker wie der Regierungen Osteuropas gegenüber den Deutschen geschichtlich leider nur allzu begründet ist. Es hätte das Bestreben jeder deutschen Regierung nach 1945 sein müssen, alles zu tun, was einer Milderung dieses Mißtrauens und einem auf lange Sicht vertrauensvollen friedlichen Nebeneinander dieser Völker dienen kann. Notwendig war und ist nichts anderes als Unzweideutigkeit, Konsequenz; und gerade daran hat die Bundesregierung es so sehr fehlen lassen, daß es ihr nicht zusteht, sich zum Anwalt des an sich durchaus legitimen Selbstbestimmungsverlangens der Deutschen zu machen. Das muß hier mit aller Schärfe gesagt werden. Zum politisch motivierten moralischen Auftrumpfen haben wir Deutsche ohnehin kein Recht. Unsere Leiden, wie groß sie gewesen, wie groß sie sein mögen, sie sind die bittere Frucht unserer eigenen politischen Sünden. Wer das vergißt, verdient nicht als verantwortungsbewußter Politiker ernst genommen zu werden. Es vergessen zu machen, ist seit Jahr und Tag eines der Bestreben der heutigen Regierungspartei.

Die Bundesregierung hat immer wieder beteuert, sie strebe ein gutes Verhältnis auch zu jenen Ostvölkern an. Ihre Praxis entsprach dem niemals. Und gerade dieser Widerspruch zwischen schönen Worten und der Wirklichkeit hat die Bundesrepublik von Jahr zu Jahr mehr Kredit gekostet. Es ist wenig überzeugend, wenn man erklärt, man wünsche keine Revision der Ostgrenzen mit Gewalt — solange man noch gar nicht mächtig genug ist, um überhaupt an Gewaltanwendung denken zu können. Und vollends muß es Mißtrauen erregen, wenn solche Versicherungen begleitet werden von einem Streben nach immer mehr Macht und wenn dann in dem Maße, als diese Macht wächst, auch immer lautere Töne angeschlagen werden! Es hat sich auch in dieser Frage in der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit ein so bequemes wie unredliches, politisch höchst problematisches Drumherumreden eingebürgert. Niemand wagt offen zu sagen, was doch die meisten wissen: Eine Rückgewinnung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße ist heute und auf lange Sicht auf friedlichem Wege unmöglich. Niemand wagt es, den Vertriebenen in dieser Frage reinen Wein einzuschenken und sie von der moralischen und politischen Notwendigkeit eines besonnenen, realistischen Verhaltens zu überzeugen! Ganz im Gegenteil, es wird bewußt die Heimatliebe dieser Vertriebenen politisch mißbraucht und in ihnen immer wieder die trügerische Hoffnung auf eine Wiederangliederung jener Gebiete an Deutschland genährt. Daß dadurch gerade die Möglichkeit einer Verständigung mit Polen über das Heimatrecht dieser Flüchtlinge verschüttet werden, bleibt unerwähnt. Man fordert faktisch auch hier alles und verspielt damit das mögliche Etwas — um schließlich im Nichts zu enden! Die Bundesregierung hat darauf verzichtet, sich in der Grenzfrage unmißverständlich zur Haftung für die Politik Nazi-Deutschlands zu bekennen und dadurch die Grundlage zu legen für ein friedliches Verhältnis zu Polen, ja, sie gibt immer wieder zu verstehen, daß sie nicht nur die heutige Grenzziehung, sondern sogar das heutige Regime in Polen als nur provisorisch — interimistisch betrachtet, also eindeutig latent revisionistisch gesinnt ist. Durch nichts konnte die Sache der Heimatvertriebenen so sehr diskreditiert werden wie durch eine solche Politik. Es ist einfach unaufrichtig und ein Zeichen des schlechten politischen Willens, wenn in der westdeutschen Öffentlichkeit immer wieder die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten auf eine Stufe gestellt wird mit der deutschen Besatzungspolitik in Polen und der Sowjetunion — als ob nicht hier ein eindeutiger geschichtlicher Zusammenhang von Grund und Folge besteht.

So läßt sich das deutsche Recht auf Selbstbestimmung gegenüber Osteuropa nur vertreten auf der Grundlage einer Politik, die bereit ist, gewisse Folgen des Hitler-Krieges gewissermaßen als eine Art geschichtlicher Sühne in Kauf zu nehmen, und die alles tut, um Vertrauen zu gewinnen. Bonn hat schlimmerweise nicht nur hier jeden eindeutigen Beweis seines guten Willens versäumt, es hat darüber hinaus wiederholt zu erkennen gegeben, daß es faktisch nicht bereit ist, eine der moralischen und politischen Situationen angemessene Politik zu betreiben. Jedenfalls braucht man sich in der Bundesrepublik über Äußerungen wie die des polnischen Ministerpräsidenten Gomulka, die Deutschen hätten das Recht auf Selbstbestimmung in Auschwitz verwirkt, über derartige bittere Anklagen braucht man sich nicht zu wundern, solange der deutsche Anspruch auf Selbstbestimmung von Leuten vorgebracht wird, deren Vergangenheit und deren

heutige Politik nur allzusehr die Erinnerung an Auschwitz und dergleichen erwecken; Auschwitz, das ja nur ein Teil, wenn auch ein besonders furchtbarer Teil der deutschen Ostpolitik von 1939 bis 1945 gewesen ist. Eine Regierung, der ein Strauß, ein Schröder, ein Seebohm, ein Oberländer (der ja nicht etwa auf Grund des guten Willens des Bundeskanzlers, sondern allein auf Grund einer heftigen, wie sich zeigte: nur allzu berechtigten Kampagne des Ostens aus dem Amt ausscheiden mußte!) angehören, ist nicht gerade der überzeugendste Fürsprecher der deutschen Selbstbestimmung ...

Sowohl diese geschichtliche Hypothek wie auch die bundesdeutsche Ostpolitik von 1949 bis heute machen eine Analogie zwischen dem Selbstbestimmungsanspruch der Deutschen und der Afro-Asiaten unmöglich. Aber es kommt noch etwas Schwerwiegendes hinzu. Die Kolonialvölker wollen Freiheit, sie legen keinen Wert darauf, in den weltpolitischen Gegensatz zwischen Ost und West unmittelbar verstrickt zu werden. Ihre Führer spielen zwar nicht selten die Weltmächte geschickt gegeneinander aus, solange es gilt, die Freiheit politisch zu erkämpfen, aber sie denken nicht daran, ihre Länder zu Schauplätzen des kalten Krieges zu machen, wenn diese erst einmal ihre Selbständigkeit errungen haben. Ganz im Gegensatz dazu hat das ohnehin geographisch-politisch besonders exponierte Westdeutschland es seit 1945 vorgezogen, zum hochbewaffneten Vorposten der Nato, ja in immer stärkerem Maße zu einer eigenen Militärmacht mit ausdrücklich antisowjetischer Tendenz zu werden. Das Memorandum der Bundeswehr-Generäle hat es gerade in dieser Hinsicht an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, spricht es doch mit einer Offenheit, die man auch im Osten nicht übersehen wird, von dem „potentiellen Gegner". Oft genug hat in den letzten Jahren Moskau die Bundesregierung vor den Folgen dieser Aufrüstungspolitik gewarnt. Immer wieder sind diese Warnungen von Bonn als bloße Propaganda abgetan worden. Die Folgen selbst aber sind nicht ausgeblieben, und sie werden auch in Zukunft nicht ausbleiben, wenn die Bundesrepublik ihre bisherige Politik fortsetzt. Die neue Berlin-Krise gehört in diesen Zusammenhang. Es muß daran erinnert werden, daß noch immer die Deutschland-Konzeption der Bundesregierung einzig und allein von der Zielsetzung bestimmt wird: erstens Liquidation der heutigen DDR, zweitens Anschluß der DDR an die Bundesrepublik (durch „Freie Wahlen"), drittens Zugehörigkeit eines solchen Deutschland zur Nato! Das war und das ist das „Wiedervereinigungs"-Programm der Regierung Adenauer. Ein heute unwahrscheinlich anachronistisch anmutendes, gleichwohl von allen Bonner Parteien vertretenes Konzept! Es nimmt nicht wunder, daß die Sowjetunion, durch Erfahrung mißtrauisch geworden, nicht daran denkt, den Forderungen einer Bundesrepublik Rechnung zu tragen, die ganz offen jeglichen politischen Kompromiß und jegliche relative militärpolitische und politische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten strikt ablehnt. Wir wollen damit nur sagen: die Bundesregierung ist nicht im mindesten bemüht, die real-politischen Voraussetzungen, den Rahmen zu schaffen für das, was sie angeblich will: eine möglichst weitgehende politische Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes. Denn offensichtlich ist diese nur möglich, wenn Deutschland sich einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem eingliedert, unter Verzicht auf ABC-Waffen und jedes aggressive Verhalten!

Selbstbestimmung und Atomrüstung, beide werden heute gefordert. Der Verdacht drängt sich auf, man wolle eines Tages die sogenannte Selbstbestimmung, die in geduldiger, kompromißbereiter (Kompromißbereitschaft bedeutet ja nicht Nachgiebigkeit um jeden Preis) politischer Bemühung Schritt um Schritt wirklich zu erarbeiten man nicht willens ist, eines Tages, wenn man sich stark genug fühlt, mit Gewalt erkämpfen! Unter den heutigen weltpolitischen und nationalpolitischen Umständen schließen einander Atombewaffnung und Selbstbestimmung in Deutschland ebenso aus, wie sich Atombewaffnung und Sicherheit, Aufrüstung und Demokratie ausschließen. Der Beweise dafür sind genug. Es berührt seltsam, ja, man möchte sagen, es ist eine Unverfrorenheit, wenn eine Regierung sich als Selbstbestimmungs-Apostel aufspielt, die seit Jahr und Tag mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert wäre, nahezu alles tut, um die Demokratie in der Bundesrepublik in eine Pseudo-Demokratie zu verwandeln.

Schließlich sei hier die Politik der Bundesregierung gegenüber anderen Staaten erwähnt, deren Bürgern das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird: Man erinnere sich der Entente cordiale zwischen dieser Bundesregierung und den Regierungen in Madrid, Lissabon, zwischen Adenauer und Syngman-Rhee, Adenauer und Tschiang-kai-schek etc. Und was hat die Bundesregierung jemals für die Selbstbestimmung Algeriens getan? Hat sie nicht vielmehr eindeutig die französische Algerienpolitik gedeckt, die auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Verhinderung der Selbstbestimmung des algerischen Volkes?

Die ganze Verlogenheit aber der Selbstbestimmungs-Propaganda in Bonn, bei der man sich immer wieder auf die afro-asiatischen Völker beruft, wird demonstriert durch das, was der als Franco-Protagonist längst unrühmlich genug bekannte Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger jüngst als „Stimme der CDU" in der in München erscheinenden „Abendzeitung" schrieb. In einem widerwärtigen Schmähartikel unter dem Titel „Musterfall Lumumba" erklärte dieser „Abendländer" am 15. September: „Mindestens ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahrhundert hätte Afrika noch die europäische Herrschaft gebraucht." Das sind die Leute, die in der Weltpolitik heute die Bundesrepublik und den deutschen Anspruch auf Selbstbestimmung repräsentieren! Man kann geradezu sagen, je lauter sie nach Selbstbestimmung rufen und dabei teils tölpelhaft, teils mutwillig die Lebensinteressen aller anderen Völker mißachten, solange wird Deutschlands politische Situation eine denkbar schlechte sein! Und man wird sich auch in jenen afrikanischen und asiatischen Völkern solcher Ausführungen wie der zitierten nur allzu deutlich erinnern, so wie man sich in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und in Polen bei den Reden der Herren Seebohm, Strauß, Erhard, Ehren (der kürzlich auf dem Treffen der Oberschlesier in Düsseldorf, immerhin als CDU-Bundestagsabgeordneter, erklärte, die Oberschlesier seien immer Deutschlands beste Soldaten gewesen; und dies, nachdem Herr Erhard seine vor allem im westlichen Ausland heftig kritisierte Äußerungen getan hatte, Deutschland habe einen geschichtlichen Anspruch auf Oberschlesien!) etc. der national-

sozialistischen Vorgänger eben dieser Repräsentanten des angeblich „neuen" Deutschland erinnert!

Wachsendes Mißtrauen im Westen

Das Bundeswehr-Memorandum, dem ja zu Anfang dieses Jahres die fatale Spanien-Stützpunkt-Affäre und im Sommer die Verhandlungen des Bundesverteidigungsministers über die Polaris-Rakete vorausgegangen waren, hat ebenso wie die sich häufenden ostpolitischen Brandreden der Bonner Prominenz nicht nur das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und ihren osteuropäischen Nachbarn und zur DDR weiter verschlechtert. Es ist durch die Vorgänge der letzten Monate auch im Westen das Mißtrauen gegenüber Bonn immer stärker geworden. Die Nato-Bindung der Bundesrepublik ist heute weder für die westlichen Nato-Mächte noch für die Bundesregierung ein „reines Vergnügen". Ganz im Gegenteil, je stärker die Bundesrepublik innerhalb der Nato wird, desto mehr zeigt sich zweierlei: erstens der Westen selbst ist offensichtlich nicht willens, mit der unverhüllt revisionistischen westdeutschen Ostpolitik effektiv sich zu identifizieren und er ist zweitens ebenso wenig bereit, dem gesamtdeutschen Anspruch der Bundesregierung heute noch ernsthaft Unterstützung zu leihen (platonische Erklärungen, auf die man sich in beiden Fällen in Bonn beruft, sind kein Gegenbeweis, sondern für jeden klardenkenden gerade eine Bestätigung dieser entscheidenden Differenz zwischen der Bundesrepublik und ihren Nato-Partnern!).

Ganz unmißverständlich ist dieses rapid angestiegene Unbehagen angesichts der militärpolitischen und politischen Ambitionen der Bundesregierung in den letzten Wochen in nahezu der gesamten westlichen Presse zum Ausdruck gekommen. Wir erwähnen hier nur einige Fälle. Die große holländische Zeitung „Algemeen Handelsblad" schrieb: „Wenn dies in Bonn Demokratie heißt, dann muß man um die Zukunft der Bundesrepublik besorgt sein ... Das Dokument des Bundesheeres sieht in den kommunistischen Ländern potentielle Feinde, die nur die Macht respektieren. Die slawischen Völker aber haben eine solche Angst vor einer selbständigen deutschen Armee, daß gerade diese Angst den Respekt überwindet in der Überzeugung, daß die Gefahr gebannt werden muß ... Schon aus psychologischen Gründen darf die Bundeswehr deshalb weder ein politisches noch ein selbständiges Instrument sein. Vom Tage an, da sie eigenmächtig über Kernwaffen verfügt, ist der dritte Weltkrieg mehr zu vermeiden." Eine besonders harte Kritik mußte sich die Rede Erhards vor den Oberschlesiern in Düsseldorf gefallen lassen. Der „Daily Telegraph", der im allgemeinen gerade dem Standpunkt der Bundesregierung viel Verständnis entgegenbringt, meinte dazu: „Es gab einschränkende Formulierungen in dem, was Professor Erhard sagte — er ist ein friedlicher Charakter —, aber das wird von den Polen, die er gemeint hat, nicht zur Notiz genommen werden. Es ist eine schlichte Tatsache, daß es die westliche Politik hinsichtlich der polnisch-deutschen Grenze ist, schlafende Hunde nicht zu wecken. Dr. Adenauer weiß das sehr wohl, und die letzte polnische Note über die Frage an den Westen erhielt von den Alliierten der Bundesrepublik die gewohnte, auf dem Recht begründete loyale Antwort. Warum denn aber erlaubt er (Adenauer), daß die Propaganda unter den Flüchtlingen aus Bundesmitteln

unterstützt wird? Warum spricht er auf einem Propagandatreffen über die eventuelle Rückkehr Ostpreußens? Warum wird dem Vizekanzler erlaubt, an einer Sache teilzunehmen, die den Eindruck eines Bemühens um das Aufwecken schlafender Hunder anzunehmen beginnt?" Und ferner: „Es muß doch in Bonn Leute geben, die alt genug sind, um sich daran zu erinnern, warum Wochenendreden in Deutschland über die polnische Grenze in England die peinlichsten Erinnerungen erwecken ..." Nicht weniger heftig wurde auch jene Heimkehrer- und Vertriebenen-Versammlung in Westberlin kritisiert, die die Ostberliner Regierung zu ihrer ersten Sperre des Ostteiles von Berlin veranlaßte. Die führende französische Wirtschafts-Zeitung „Les Echos" schrieb, die Anmaßungen, Provokationen und Unvorsichtigkeiten hätten sich in der Bundesrepublik gehäuft: erst das Memorandum der Bundeswehr über die Atombewaffnung, dann die Erklärungen über die territorialen Forderungen an Polen und die Tschechoslowakei und schließlich die Abhaltung dieser Vertriebenen-Tagung in Westberlin. Man spiele in Europa wieder mit dem Feuer, und man habe noch nicht einmal die Entschuldigung der Unerfahrenheit! Der Pariser „Combat" schrieb in einem Leitartikel: man brauche sich nicht zu wundern, wenn Moskau auf die Gesten und Verlautbarungen der Bonner Politiker und Militärs heftig reagiere. Man habe den Eindruck, daß Bonn nach einem festen Plan und unter Einberechnung des Risikos alle Schüchternheit fallen lasse und aus Westberlin den Zusammenschluß aller westdeutschen Sehnsüchte und Forderungen mache. Der Leser dieser „Blätter" findet in der Dokumentation einen ausführlichen Auszug aus dem viel zitierten Grundsatzartikel von Professor Maurice Duverger in „Le Monde". Erwähnt sei schließlich, was „News Chronicle" schrieb: „Obwohl alle Sprecher den Krieg als Mittel zur Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete ausschlossen, bestanden sie auf dem Recht auf Heimat — ein Recht, das in der heutigen Welt nur durch Krieg erzwungen werden kann. Heute vor 21 Jahren, ebenfalls an einem Sonntag, berichtete ich von Warschau aus vom Leidensweg Polens. Ich möchte wissen, ob irgend einer der Flüchtlinge, die jetzt von ihrem erlittenen Unrecht sprachen (viele von ihnen waren alt genug, um Hitler gewählt haben zu können) —, auch an die sechs Millionen Toten Polens dachte." Die „Times" fühlten sich zu einer Warnung an die Bonner Adresse veranlaßt, die zweifellos den Ansichten nahezu der gesamten britischen Öffentlichkeit entsprach: Man möge in Bonn die Anwesenheit der Alliierten in Westberlin nicht mißverstehen und ihre Garantie der Freiheit Westberlins nicht mißbrauchen!

Alle diese Äußerungen, die sich leicht um zahlreiche andere vermehren ließen, machen deutlich, mit welchem Mißvergnügen man im Westen das Verhalten der Bundesrepublik in militär-politischer und in ostpolitischer Hinsicht betrachtet. Von besonderer Bedeutung ist es, daß dieses Mißtrauen seit einigen Wochen ganz besonders die französische Öffentlichkeit beherrscht; General de Gaulle hatte ohnehin vor einigen Monaten schon unmißverständlich festgestellt, Frankreich werde deutsche Ansprüche auf eine Revision der heutigen Ostgrenzen nicht unterstützen. Hinter diesen Überlegungen im Westen steht die wachsende Sorge, die Bundesrepublik könne durch ihre immer offenkundiger werdenden Ambitionen den Westen in eine große, vielleicht tödliche Krise hineinreißen. Auch das

Berlin-Problem bleibt nicht ausgeschlossen von einer solchen Betrachtungsweise. Man ist sich im Westen zweifellos längst darüber im klaren, daß der heutige Berlin-Status, der juristisch sowieso nicht eindeutig fixiert, sondern nur gewohnheitsrechtlich begründet ist, angesichts der Entwicklung auf längere Sicht sich nicht mehr aufrecht erhalten läßt und die Berlin-Position in ihrer heutigen Form für den Westen ebenso sehr eine untragbare politische Belastung darstellt wie eine nachhaltige Unterstützung des gesamtdeutschen Anspruches der Bundesrepublik gegenüber der DDR, ganz zu schweigen von einer etwaigen Förderung westdeutscher Absichten gegenüber Polen. So ist denn auch im Westen die Reaktion auf die neuen Sperrmaßnahmen der Ostberliner Regierung sehr zurückhaltend gewesen. Das alles bedeutet, daß die Bundesregierung weder in ihrer Aufrüstungspolitik noch in ihrer „Politik" gegenüber Ostdeutschland noch in der Grenzfrage und auch nicht in der Berlin-Frage der vollen Unterstützung des Westens gewiß sein kann. Was sich längst abzeichnete, ist damit jetzt Wirklichkeit geworden. Eine der entscheidenden Säulen der gesamten Bonner Politik bricht zusammen. Denn es war ja gerade die angebliche Unterstützung seiner weit ausgreifenden politischen Pläne durch den Westen, auf die Bonn sich berief, als es die Bundesrepublik an die Nato band. Die Westmächte, unabhängig davon, ob sie überhaupt jemals willens waren diese westdeutschen Ansprüche ernsthaft zu unterstützen, sind heute im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, ja des Weltfriedens geradezu gezwungen, der Bundesregierung ihre Hilfe dabei zu versagen, wenn dieses auch zunächst nur sehr vorsichtig geschieht. Mit anderen Worten: Die Nato, seit Jahr und Tag den Deutschen angepriesen als der politischen Weisheit letzter Schluß, erweist sich heute als denkbar untauglich sowohl zur Sicherung des Friedens in Europa und damit der Sicherheit auch der Bundesrepublik wie auch als politisches Ordnungssystem. Sie ist zum Vehikel eines neuen deutschen militärischen Großmachtstrebens geworden und hat die Bundesrepublik zu einem weltpolitischen Gefahrenpunkt allererster Ordnung werden lassen. Die Konsolidierung des kommunistischen Regimes in der DDR hat diese bundesdeutsche Nato-Politik nicht verhindern oder auch nur verzögern können, im Gegenteil, sie hat sie geradezu gefördert, weiß doch die Sowjetunion gerade jetzt, wie unersetzlich für sie dieser Gegenpart, dieses Gegengewicht gegen die antisowjetisch aufgerüstete Bundesrepublik ist! Und wenn heute schon sich absehen läßt, daß der jetzige Status Westberlins nicht mehr lange aufrechtzuerhalten sein wird, dann ist auch das mittelbar eine der Folgen der Bonner Politik selbst. Man hat im Westen nicht nur über die Oberschlesien-Rede Prof. Erhards den Kopf geschüttelt, sondern nicht minder über seine Erklärung in Westberlin: Er stehe hier, ob es Ulbricht gefalle oder nicht, auf dem Boden der Bundesrepublik! Nichts ist geeigneter als solche Äußerungen, mögen sie nun törichte Ungeschicklichkeiten oder bewußte Provokationen sein, die Situation in Berlin und in ganz Deutschland zu erschweren. Schlimmerweise hat man allen Grund anzunehmen, daß es sich dabei nicht einmal nur um „Ungeschicklichkeiten" handelt, sondern um absichtsvolle Trotzreaktionen. Und wären es nur Ungeschicklichkeiten — gerade sie haben oft genug die Völker in Kata-

strophen geführt! Erst recht das deutsche Volk, dessen politische Führer sich bedauerlicherweise niemals über ein besonderes Maß von Besonnenheit und Fingerspitzengefühl ausgewiesen haben!

Wir haben die Wahl!

Das ist die Bilanz der Adenauer-Politik ein Jahr vor den nächsten Bundestagswahlen. Der Osten fühlt sich nicht ohne Grund provoziert durch die Bundesrepublik. Der Westen ist mißtrauisch geworden. Das Verhältnis zwischen den beiden auf deutschem Boden existierenden Staaten ist heute schon ein latenter Bürgerkrieg! Frieden, Wiedervereinigung und Freiheit sind ferner gerückt als jemals zuvor seit 1949. Das Regime Adenauer hat die Demokratie systematisch ausgehöhlt, für deren Verteidigung es angeblich rüstet. Es versucht sein politisches Scheitern zu kompensieren, einmal durch eine Verstärkung der Rüstung und zum anderen durch eine immer heftiger werdende nationalistische Propaganda. In einem Augenblick, da vielleicht die letzte Chance zu einer Umkehr gegeben ist, tut diese Regierung alles, den bloßen Gedanken an eine solche Umkehr zu denunzieren. Man kann sich aber auch des Eindrucks nicht entziehen, ihre heutige Propaganda diene bereits der Vorbereitung eines Alibis, ja eines militärischen Alleinganges, für den Fall, daß immer klarer wird, wie wenig diese Bundesrepublik bei der Durchsetzung ihrer unsinnigen politischen Ziele auf eine Unterstützung durch den Westen rechnen kann. Schon jetzt munkelt man wieder von „Verrat", setzt sich in die Positur des „verraten und verkauft", gibt den friedens- und verständigungswilligen Kreisen im Westen, den „Neutralisten" und anderen die Schuld daran, daß die Bonner „Befreiungsträume" nicht Wirklichkeit geworden sind, die Bundesregierung heute vor dem deutschen Volk mit leeren Händen dasteht. „Verraten und verkauft" hat gerade diese Regierung die Deutschen! In Westdeutschland selbst werden alle diejenigen, die eine Politik der Vernunft fordern und für eine Sicherung der demokratischen Freiheit vor den Anschlägen der Bundesregierung kämpfen, mehr denn je verketzert.

Bonn hofft offensichtlich, die Berlin-Frage sowohl im Westen wie in der Bundesrepublik selbst hochspielen und als Mittel zum Zwecke der Aufrechterhaltung, ja Verschärfung des heutigen Kurses benutzen zu können. Plant man schon die „Flucht nach vorn" unter dem Motto: „die Anderen" haben uns „verraten", also müssen wir selbst, mit Waffengewalt, unser „Selbstbestimmungsrecht" realisieren? Es gibt genug Anzeichen dafür! In der deutschen Öffentlichkeit hat diese Agitation, die jedes besonnene und konstruktive politische Alternativ-Denken zu ersticken bemüht ist, nicht unbeträchtlichen Erfolg. Das Thema Berlin und das Thema DDR sind noch immer tabu. Kaum jemand wagt es, auf den Zusammenhang der innerdeutschen Spannung mit der westdeutschen Aufrüstung hinzuweisen. Die Opposition hat faktisch in dem Augenblick vor der Konzeption der Regierung kapituliert, in dem diese Konzeption ihre ganze Unhaltbarkeit und ihren geradezu selbstmörderischen Charakter offenbart. So drohen die Wahlen zum Bundestag anstatt zu einem Kampf zwischen ernsthaften,

konstruktiven politischen Programmen, zwischen verantwortungsbewußten und vorausschauenden Persönlichkeiten, zu einem Wettlauf in aufrüstungspolitischer Demagogie zu werden! Das einzige, was jede Partei der anderen vorauszuhaben wünscht, ist ein Maximum an vermeintlicher „Härte" und „Stärke" gegenüber dem Osten — nach einer Politik, die in der Lage wäre dem Verlangen des deutschen Volkes nach Frieden, Freiheit und Wiedervereinigung Rechnung zu tragen ist nicht gefragt. Für die Frage der Ostgrenze gilt dasselbe: Niemand hat den Mut, endlich einmal auch vor den Vertriebenen, ruhig und sachlich, die Situation klar zu legen und ihnen ein realistisches Bild der Lage zu geben. Stattdessen werden die Vertriebenen-Führer, die ihre Organisationen zu eigensüchtigen Zwecken mißbrauchen, hofiert und es wird faktisch der Geist eines neuen deutschen Irredentismus gefördert. Der Augenblick ist nicht mehr fern, an dem die Geister, die man damit, nur um die Wahl zu gewinnen, gerufen hat, sich der Alleinherrschaft bemächtigen werden! Erinnert sei hier an die wahltaktische Funktion des Bundeswehr-Memorandums und an die nur allzu offensichtlich von wahltaktischen Überlegungen bestimmte Veröffentlichung der angeblichen „Angriffsabsichten" der DDR beweisenden angeblichen Dokumente des Hauptmanns Malikowsky.

Bemerkenswert an diesen Dokumenten, mögen sie nun echt sein oder nicht, ist, daß sie ausgehen von der Gegebenheit eines westdeutschen Angriffs auf die DDR, nicht aber von der einer Aggression dieser selbst. Aber unabhängig davon: im Westen hat man überaus zurückhaltend auf diese Bonner Propaganda reagiert, damit schon ein Urteil über deren politische Substanz sprechend. Es sei daran erinnert, daß in diesen „Blättern" auch die Auslassungen der westdeutschen Überläufer in die DDR nicht als politisch qualifiziert gewertet worden sind. Diese wie jene westdeutsche Kampagne gehören zum kalten Krieg, sie sind nicht ihres Inhaltes wegen, sondern als Symptom von Bedeutung. Denn es muß aufs höchste beunruhigen, daß sich heute beide deutsche Staaten bereits gegenseitig Aggressions-Tendenzen vorwerfen und damit ihre eigene ständig sich steigernde Aufrüstung rechtfertigen. Von solcher Propaganda zur Hysterie und von da zum vermeintlichen „Präventivkrieg" ist stets nur ein kleiner Schritt gewesen! Immerhin sei hier daran erinnert, daß die Regierung der DDR gerade kurz vor der Veröffentlichung der Malikowsky-Dokumente einen konkreten Dreistufen-Plan zur Abrüstung beider deutscher Staaten vorgelegt und an die Uno überwiesen hat, auf den Bonn nicht mit einem Wort eingegangen ist! Siehe die Dokumentation! Bezeichnend war, daß Herr Dr. Krone von der CDU postwendend erklärte, die CDU habe es ja immer schon gewußt und gesagt und nun werde sich zeigen, ob endlich auch die SPD es einsehe und die Bonner Aufrüstungspolitik wirklich unterstütze . . .

Wir stehen vor der Wahl im doppelten Sinne des Wortes und man kann nur hoffen, daß es im Herbst 1961 nicht länger wieder einmal zu spät ist. Was von der Politik der Adenauer-Partei zu halten ist, wurde in diesem Aufsatz noch einmal gesagt. Sie hat keinerlei Programm, das in der Lage wäre, den Realitäten gerecht zu werden, die drohenden Gefahren abzuwenden und die immer noch

verbleibenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Ihr Programm heißt Aufrüstung, autoritärer Militärstaat, Nationalismus. Die SPD, auf die man trotz zahlloser Enttäuschungen in den letzten Jahrzehnten bis vor kurzem noch immer eine letzte, verzweifelte Hoffnung setzen mochte, ist eingeschwenkt auf diese Linie, wie immer sie dieses Einschwenken verklausulieren mag. Von ihr ist eine Alternative nicht mehr zu erwarten. Darüber müssen alle diejenigen mit schonungsloser Klarheit sich verständigen, die seit langem wissen und auch sagen, wie verhängnisvoll der CDU-Kurs ist. Eine Unterstützung der SPD bedeutet heute praktisch die Unterstützung einer Adenauer-Politik ohne Adenauer! Das ist bitter, der Verfasser dieses Aufsatzes beklagt es zutiefst! Um so notwendiger aber ist zweierlei. Erstens die Sammlung all derjenigen, die sich keine Illusionen mehr machen über diese Kapitulation der SPD. Und zweitens die Ausarbeitung eines konkreten Alternativ-Programms, das die Freiheit Westberlins ebenso wie die Sicherheit der Bundesrepublik, eine Entspannung nicht allein im deutschen sondern im gesamteuropäischen Raum, im Rahmen solcher Ziele auch eine konföderative Wiedervereinigung Deutschlands anzielt. Wir sind uns darüber im klaren, wie schwer es heute schon ist, breite Schichten für ein solches Programm zu gewinnen, die seit Jahren von der hemmungslosen antikommunistischen Propaganda infiziert, des selbständigen politischen Denkens und Handelns längst entwöhnt sind. Aber diese Schwierigkeit wie auch die andere, die in der relativen Verschiedenheit der innenpolitischen Auffassung der hier angesprochenen Kräfte besteht, diese Schwierigkeiten dürfen uns nicht abhalten von einer solchen Bemühung. Was not tut, ist eine k o n s e q u e n t e , unzweideutige Friedens- und Entspannungspolitik, die die Voraussetzungen schafft für ein friedliches Zusammenleben aller Völker in Europa und entspannend wirkt im Verhältnis zwischen West und Ost. Nur eine solche Politik kann verhindern, daß die Berlin-Krise entweder zu einer völligen Angliederung Westberlins an die DDR oder aber zum Kriege führt, nur eine solche Politik kann einen deutschen Bürgerkrieg verhindern, nur eine solche Politik kann auf lange Sicht eine Wiedervereinigung vorbereiten und sie allein kann verhüten, daß die atomwaffenlüsternen Bonner „Selbstbestimmungs-Propagandisten" die Selbstbestimmung des deutschen Volkes endgültig verspielen! Wir erinnern noch einmal an das oben zitierte Wort von Hermann Rauschning. Längst ist es zu spät für halbe Maßnahmen, für zögernde Schritte, für eine neue Halbherzigkeit und Inkonsequenz. Man täusche sich nicht über das Ausmaß des Desasters, dem wir im Eiltempo entgegengehen. Wer heute den für dieses Desaster Verantwortlichen nicht in den Arm fällt, den wird morgen dieser Arm umbringen. Es wuchern heute in der Bundesrepublik die militärpolitische Kraftmeierei und die pseudopatriotische Phraseologie der „Härte" und „Stärke"; man versucht durch eine ständig zunehmende Hetz- und Wehrpropaganda der Bevölkerung zu suggerieren, sie allein könnten eine „Lösung" des Berlin- wie des ganzen Deutschlandproblems ermöglichen. In Wirklichkeit machen gerade sie, verbunden mit forcierter Aufrüstung, jede f r i e d l i c h e politische Lösung dieser Probleme endgültig unmöglich und provozieren eine weitere Verschärfung des kalten Krieges auf deutschem Boden. Allen zu erwartenden Anfeindungen und Diffamierungen zum Trotz muß eine

neue, vertrauenswürdige politische Kraft bereit sein, das Programm einer unzweideutigen deutschen Friedens-, Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik in der deutschen Öffentlichkeit zu vertreten, sollen Sicherheit, Freiheit und Ansehen des deutschen Volkes gerettet werden vor der blindwütigen, machtbesessenen Unvernunft der heutigen Bonner Machthaber.

Dr. Hermann Rauschning

Bilanz der Besinnung

Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer zentraleuropäischen Friedenszone

1.

Der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, hat unlängst in Münster vor der Landsmannschaft der Westpreußen, zu denen sich auch der hier Berichtende rechnen darf, darauf hingewiesen, daß die tragenden Elemente einer Lösung der deutschen Schicksalsfragen: Einheit, Ordnung und Staatsgebiet, die Viermächte-Verantwortung für Deutschland einerseits und das Selbstbestimmungsrecht der Völker andererseits seien. Sie schlössen einander nicht aus. Ist das richtig? Er führte weiter aus: „Die Fragen, die uns in gesamtdeutscher Hinsicht bewegen, sind primär Rechtsfragen." Sind sie das wirklich?

Die Fragen, die uns in Hinsicht auf die Zukunft des deutschen Volkes und einen verläßlichen Frieden bewegen, sind leider keine Rechtsfragen, sondern Machtfragen; und das Selbstbestimmungsrecht und die Viermächte-Verantwortung schließen sich oder haben sich bisher ausgeschlossen; es ist kaum ein Anzeichen dafür vorhanden, daß sie das nicht auch in Zukunft tun werden, auch wenn, wie Staatssekretär Thedieck bemerkte, der sowjetische Vorschlag zur Regelung der deutschen Fragen von dem US-Außenminister Herter mit der Begründung zurückgewiesen wurde, er berge die Saat künftiger Zwietracht und Konflikte in sich, und man daraus vielleicht die Hoffnung schöpfen könnte, daß wenigstens Amerika, wenn auch nicht die anderen der vier Mächte gewillt seien, das deutsche Selbstbestimmungsrecht als die Grundlage einer künftigen Regelung anzuerkennen.

Indessen, ein auch nur flüchtiger Blick auf die Äußerungen der westlichen Regierungen und den Regierungen nahestehender Kommentatoren lassen erkennen, daß von der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 noch

nie ernsthaft die Rede gewesen und die Wiedervereinigung Deutschlands deutlich und unmißverständlich an die Bedingung geknüpft worden ist, das vereinigte Deutschland in das von den USA kontrollierte militärische Bündnissystem einzugliedern. Gewiß trifft es zu, wie Staatssekretär Thedieck bemerkt, daß die Teilung Deutschlands in dem Ost-West-Konflikt wurzele und daß die Beseitigung der Teilung damit der Verantwortung der vier Mächte unterstehe. Aber hat nicht die Bundesregierung, und die hinter ihr stehende Majorität der Bürger, alles getan, sich diesen Konflikt zu eigen zu machen und durch ausgesprochene Feindschaftsbekundungen gegen die eine der vier Mächte zu verschärfen, statt sich aus ihm herauszuhalten? Ist nicht deswegen das Angebot der Sowjetregierung von 1952, wenigstens die Einheit Deutschlands durch „Freie Wahlen" wiederherzustellen, von der Bundesregierung unter der Vormundschaft der Westmächte ausgeschlagen worden? Die Gründe und die — gegenwärtig sich als schwere Fehlkalkulation der Bonner Politiker erweisenden — seinerzeit angestellten Überlegungen sollen hier nicht noch einmal kritisiert werden. Sie liefen schließlich darauf hinaus, daß im Vordergrund nicht „primär Rechtsfragen", sondern Machtfragen standen und daß die Regierung an einer „Politik der Stärke" der Westmächte, an ihrer Machtpolitik zu partizipieren und aus ihr Nutzen zu ziehen hoffte! Man kann sich auf das Recht berufen oder man kann an die Macht appellieren, aber man kann nicht — je nach Bedarf — das eine und das andere tun! Man kann auch nicht, wenn man weiß, daß das eigene Schicksal von einer Vier-mächte-Verantwortung abhängt, handeln, als existierten nur drei Mächte.

Darlegungen, wie sie der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in Münster machte, können in der Bundesrepublik und z. T. auch im Westen des Beifalles gewiß sein! Es ist billig, zu argumentieren: „Was der jungen, erwachenden Völkerwelt Asiens und Afrikas zugestanden wird, kann auf die Dauer einer alten Kulturnation im Herzen Europas nicht versagt bleiben. Wir verlangen daher das Recht auf nationale Unabhängigkeit und das Recht auf Unversehrtheit des Landes". Der Redner verschwieg, daß die junge Völkerwelt nicht nur ihr Lebensrecht verlangte, sondern dafür kämpfte; — daß sie nicht nur bestrebt war, „zu halten, was sie hatte", sondern daß sie willens ist, Opfer zu bringen; — daß sie nicht „sicher" gehen wollte, sondern bereit ist, Risiken auf sich zu nehmen. Gewiß hat das deutsche Volk nach jedem Natur- und Vernunftrecht und aus historisch begründeten Ansprüchen, ja schon aus simplen Gründen der praktischen Vernunft den Anspruch auf Einheit und die alten Siedlungsgebiete, die es beträchtlich länger innehatte, als der ganze Erdteil Amerika bekannt ist, geschweige die Vereinigten Staaten als Gemeinwesen existieren. Aber abgesehen davon, daß sich die Deutschen 1939 nicht auf ihr Recht bezogen, sondern an die Gewalt appellierten, und den Urteilsspruch auch von ihr erhielten, leben wir trotz der United Nations und trotz der Atlantik-Charter nicht in einer Rechtsordnung der Nationen, sondern in einem durch Machtbeziehungen bestimmten mehr oder weniger engen Nebeneinander der Völker. Es wird unsere und unserer Kinder und Enkel Hauptaufgabe sein, so weit es überhaupt zu verwirklichen ist, eine auf der Herrschaft eines positiven universalen Rechtes begründete Gesellschaftsordnung der Völker herbeizu-

führen, wenn anders die Menschheit noch eine Lebensaussicht haben soll. Aber solange eine solche Rechtsordnung nicht besteht, werden Fragen wie die eines Friedensschlusses mit und über Deutschland auf Grund der Machtlage und der Machtinteressen der verantwortlichen Mächte geschlossen werden. Das deutsche Problem wird auch von den Westmächten, geschweige denn von der Sowjetunion, zu der sich die Bundesrepublik aus freiem Willen feindschaftlich gestellt hat, nicht nach den inhärenten Lösungsmöglichkeiten, es wird nicht einmal von allen Mächten im Hinblick auf die Sicherung eines allgemeinen Friedens beurteilt, sondern lediglich gemäß den eigenen Machtinteressen. So wenig sich der Deutsche damit wird abfinden können, so wird er doch daraufhin seine Politik einzustellen haben, statt bloß Forderungen zu erheben, von denen er von vornherein weiß, daß sie nicht honoriert werden. Es erhebt sich daher nicht nur die Frage, ob das deutsche Volk in der gegenwärtigen Lage eines Provisoriums, in der praktisch vollzogenen Teilung weiter verharren soll, wenn ihm nicht voll und ganz das Recht der Einheit in Freiheit und Unversehrtheit seines Staatsgebietes zuteil wird. Man wird auch fragen müssen, ob die Verantwortung allein den vier Siegermächten überlassen werden kann, oder nicht vielmehr die eigentliche Entscheidung und damit die Verantwortung für die Zukunft bei dem deutschen Volk selbst liege. Nämlich zu entscheiden, ob es Regelungen auf sich nehmen könne, die zwar nicht den Forderungen des Staatssekretärs Thedieck entsprechen, aber einer allmählich vollziehbaren Entwicklung zur Einheit und teilweisen Revision oder Überwindung der Grenzen eine Bahn öffnet.

Daß das deutsche Volk selbst aufgerufen ist, über sein Schicksal und seine Zukunft zu entscheiden und daß sich einer solchen Entscheidung zu entziehen und alles beim alten zu lassen, seine Lage nicht bessert und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes nicht dient, hat der staatsbeauftragte Redner den unglücklichen Westpreußen verschwiegen und statt dessen das Wort einer „Als-Ob"-Politik geredet: „als ob" die Lösung der deutschen Frage im Sinne der deutschen Ansprüche nur davon abhänge, immer wieder laut und beharrlich auf das Recht zu pochen und jeden zu verfemen, der nach Möglichkeiten einer Lösung sucht, denen die vier Mächte zustimmen könnten, die der Entspannung und damit einem Frieden dienen und den deutschen Ansprüchen und Lebensrechten wenigstens einen gewissen Raum geben würden, auch wenn dies mit schweren Opfern, Risiken und einem harten Ringen verbunden sein würde. Die mangelnde Aufrichtigkeit, mit der die deutschen Lebensfragen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit behandelt werden, das Fehlen jedes politischen Ansatzes für eine andere Behandlung, lassen es fraglich erscheinen, ob es noch einen Zweck hat, Vorschläge für den möglichen Beginn einer Lösung zu machen.

Von den vielen Unverständlichkeiten der deutschen Politik ist wohl die Abschwenkung der SPD zu der Politik der erborgten Stärke der CDU am allerunverständlichsten. Man muß es sich deshalb versagen, das zu skizzieren, was vielleicht eine deutsche Friedensinitiative in der Lösung der deutschen Probleme hätte erreichen können und was früher bereits als so etwas wie ein „Durchbruch aus der Mitte" in der Beseitigung der festgefrorenen Lage bezeichnet wurde. Man wird sich darauf beschränken müssen, anzudeuten, was allenfalls unter der von Staatssekretär Thedieck als so entscheidend hervorgehobenen Ver-

antwortung der vier Mächte geschehen könnte, wenn und insofern sie eine Lösung der deutschen Frage wirklich in den Dienst eines Friedens in Europa stellen und nicht nur den ihrer besonderen Macht- und Sicherungsinteressen. Aber selbst dies ist nicht mit einem zaudernden Volk und einer widerwilligen Regierung durchzuführen. Es kann dem deutschen Volk nicht als künftige Lebenslinie von außen aufgezwungen und einfach dekretiert werden. Es bedarf des Glaubens und des willigen Mitgehens des deutschen Volkes in der Zuversicht, daß in der Länge, wie unvollkommen und fragwürdig das zur Zeit Erreichbare sein möge, es seiner Zukunft diene. Wenn trotzdem im folgenden ein paar Linien aufgezeigt werden sollen, wie man aus den Vorstellungen einer Verewigung und Legalisierung des jetzigen Zustandes mit einigen scheinbaren Verbesserungen am Rande herauskommen könnte, so geschieht das aus dem Grunde, daß das deutsche Volk eines Tages doch auf das Zeugnis wahrhafter Männer wird hören wollen und hören müssen, und daß es immer neue, wenn auch immer schwieriger werdende Möglichkeiten geben wird, zu seinem Ziel zu gelangen, sobald ein Wille vorhanden ist, und daß da, wo nicht der geradeste Weg zum Ziel führt, vielleicht ein Umweg es vermag.

2.

Beginnen wir mit einem Überblick über die Lage am Vorabend der später gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz. Welcher Art waren die Vorstellungen der drei die Verantwortung für eine Regelung der deutschen Frage tragenden Westmächte, die der Staatssekretär Thedieck mit dem Selbstbestimmungsrecht für wohl vereinbar hielt? In einem Artikel Walter Lippmanns, der offenbar infolge der späteren Katastrophe von der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis genommen wurde und auf den deshalb um der Offenheit seiner Sprache willen hier ausführlich eingegangen werden soll, wird die Lage folgendermaßen skizziert: Im Unterschied zu Asien, Afrika und teilweise auch Südamerika, wo die Gestaltung der politischen Verhältnisse noch ganz ungewiß ist und sich nicht allein gegen die alte imperialistische Ordnung, sondern auch gegen die „Nachkriegsimprovisationen der vergangenen fünfzehn Jahre" eine allgemeine Rebellion in verschiedenster Gestalt erhoben hat, ist in Europa der Umriß einer Regelung sichtbar geworden, die wenigstens für eine gewisse Zukunft dauerhaft erscheint. Es zeige sich, sagt Lippmann, daß die vitalen Interessen Rußlands und des Westens hier nicht mehr so heftig kollidierten wie in den verflossenen zehn Jahren. Es bestünde eine grundlegende Übereinstimmung über die Gestalt Europas trotz des Konfliktes des Prestiges und der Propaganda über Berlin und den Status der Satelliten. Frankreich und England seien übereingekommen, die beiden deutschen Gebiete nicht zu vereinigen und Westdeutschland der westlichen Gemeinschaft mittels der engen Allianz mit einem starken Frankreich auch weiterhin anzugliedern. Beide müßten sich einer allzu offenen Sprache darüber enthalten, daß die Integration Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft unvereinbar sei mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Gebiete. Die Deutschen wüßten das wohl, scheuten sich indessen, es offen zuzugeben. Da die Sowjetpolitik ebenfalls auf dem Weiterbestehen von zwei deutschen Staatswesen basiere, so sei die Wiedervereinigung gegenwärtig kein

Streitpunkt und nicht einmal ein Verhandlungsthema zwischen Rußland und dem Westen. Auf beiden Seiten sei die Entscheidung, Deutschland geteilt zu halten, durch offizielle Formeln maskiert, die indessen nur Fiktionen zum Zwecke der Propaganda wären. Auf seiten der Sowjets sei die Formel, West- und Ostdeutschland wären frei, ihre eigene Wiedervereinigung zu erarbeiten; im Westen sei die wirkliche Entscheidung durch die Wiederholung der Forderung getarnt, die Vereinigung müsse durch freie Wahlen erfolgen. Ferner schließe die Hinnahme der Existenz zweier deutscher Staaten durch den Westen unvermeidlich die Hinnahme der Oder/Neiße-Linie als die definitive Ostgrenze Ostdeutschlands (in der Bundesrepublik Mitteldeutschland genannt) mit ein. General de Gaulle habe dies öffentlich erklärt, und ohne Zweifel stimme der englische Premierminister Macmillan mit ihm überein. Die polnisch-deutsche Grenze stehe nicht länger zur Debatte. Dies lasse allein die Frage West-Berlins als ernsthaften Streitpunkt übrig. Aber auch er sei im Grunde kein wirklicher, sondern beiderseits nur ein solcher des Prestiges. Lippmann weist weiter darauf hin, daß die Weigerung, eine neue Regelung für Westberlin auch nur zu diskutieren, wie es Adenauer täte, auch vom westlichen Standpunkt aus unklug sei. Denn wenn Westberlin nicht als Teil des ganzen Berlins wieder die Hauptstadt Deutschlands würde, und dies sei unausweichlich die Folge der Teilung Deutschlands, so bleibe die Position Westberlins tief in Ostdeutschland eine überaus prekäre und unnormale und erfordere, wenn sie der Dauerzustand sein solle, ein neues Statut. Die Preisgabe Berlins als Hauptstadt Deutschlands sei 1945, als Berlin gemeinsam besetzt wurde, nicht vorgesehen gewesen. Es träfe wohl zu, daß die Westmächte kraft des Rechtes der Eroberung in Westberlin wären, und Chrustschow könne dieses Recht nicht einseitig beseitigen. Aber welche legalen Rechte hätten die deutschen Bürger, das Gebiet Ostdeutschlands zu passieren; auf welcher Rechtsbasis solle sich der zivile Handel und Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin gründen? Mit der Offenheit, deretwegen man seine Analysen schätzen muß, weist Lippmann darauf hin, daß Berlin künftig ohne die Aussicht weiterleben müsse, wieder die Hauptstadt Deutschlands zu werden. Es habe damit keine Zukunft. Die jungen und energischen der Bürger werden Westberlin verlassen. Seine Lage wird strategisch, wirtschaftlich und juristisch schwach. Somit läge es auch im Interesse des Westens, für Westberlin einen dauernden internationalen Status auszuarbeiten, mit allen Garantien, die nur denkbar wären.

Nicht viel anders sah Marquis Childs die Lage. De Gaulle, der Realist, habe in voller Offenheit dem Sowjetpremier bestätigt, daß die Oder/Neiße-Linie die unabänderliche Grenze zwischen Polen und Deutschland sei und daß er kein Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands habe. Mit anderen Worten, er habe seine Bereitwilligkeit ausgedrückt, den Status quo in Deutschland zu akzeptieren, indem er zugleich darauf hinwies, daß Sowjetrußland nichts gewinnen, aber vielleicht alles verlieren könne, wenn es die Westmächte mit Gewalt aus Westberlin herauszudrängen versuche. Angesichts solcher Analysen wird es mehr als wahrscheinlich, daß Sowjetpremier Chrustschow mit seiner Äußerung, er habe Präsident Eisenhower in Camp David dahin verstan-

den, daß auch Amerika nicht eine Wiedervereinigung Deutschlands begünstige, den richtigen Eindruck wiedergegeben hat. Denn es ist im Grunde belanglos, ob der Präsident in dieser Frage nur dem Drängen der europäischen Verbündeten zu folgen sich gezwungen sah, oder ob er selbst derselben Ansicht war wie de Gaulle und Macmillan. Wichtig wäre es indessen zu wissen, ob Eisenhower seine Auffassung über das, was mit Berlin und Deutschland als Ganzes zu geschehen habe, in der Zeit zwischen der Besprechung in Camp David und der Pariser Konferenz geändert hatte. Es fragt sich weiter, ob infolge des Scheiterns der Gipfelkonferenz die Tendenz, Sowjetrußland in der Westberlin- wie in der Deutschland-Frage nicht so weit entgegenzukommen wie Frankreich und England, sich verstärkt und versteift habe. Mit anderen Worten: erwägt Amerika nicht bloß eine Stillhalteaktion, ein Beharren auf dem Status quo, sondern eine wirkliche dauerhafte Befriedung in der „deutschen Frage" auszuhandeln bereit, dafür mit Zugeständnissen an Rußland in der Frage der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu zahlen? Ist die amerikanische Forderung der Wiedervereinigung Deutschlands „in Freiheit" somit nicht länger, mit Lippmanns Wort, nur eine Maskierung der Ablehnung zu Propagandazwecken, sondern die conditio sine qua non eine Entspannung nicht möglich wird? Es wird weiter zu fragen sein, ob die Weltlage ein nochmaliges Verschieben der Entspannung oder gar eine Verschärfung des Konfliktes überhaupt noch verträgt und ob nicht vielmehr die ständig bedrohlicher werdende Kriegsgefahr größere Umgruppierungen der Machtfaktoren erfordere als bloß die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

3.

In der Tat sprechen manche Anzeichen dafür, daß sich in den USA schon vor dem Scheitern der Gipfelkonferenz die Beurteilung, was für eine Lösung der deutschen Frage anzustreben sei, geändert hat. Wenn sich jedoch Chrustschow dadurch von Eisenhower hintergangen fühlte, so stellte er nicht in Rechnung, daß in den Vereinigten Staaten die Vorstellungen über das Mögliche, aber auch das Notwendige im Zuge einer dauerhaften Entspannung nicht fest und abgeklärt waren und auch heute noch nicht sind, sondern daß sie sich noch im Zustand der Erwägung und Wandlung befinden. Amerika stand vor der Frage, ob der gegenwärtige Zustand in Zentraleuropa, der schon als Provisorium schwer tragbar war, als die Grundlage einer dauerhaften Regelung und Entspannung annehmbar sei, oder ob damit nicht ein gefährlich explosiver Zustand nur vorübergehend beiseite geschoben würde, sodaß unberechenbar jederzeit eine neue Weltkrise heraufbeschworen werden könnte. Auch den außenpolitischen Fachleuten der verantwortlichen Führung konnte es nicht verborgen bleiben, was Walter Lippmann über die Zukunft Westberlins und Berlins überhaupt sagte, sofern keine Aussicht mehr bestünde, daß Berlin wieder die Hauptstadt eines geeinten Deutschland werde. Auch ein mit noch so vollgültigen Garantien ausgestattetes Westberlin als „Freie Stadt" könnte dem Schicksal nicht entgehen, eine sterbende Stadt zu sein. Das Endresultat wäre entweder ein Aufgehen in dem anderen Berlin als Hauptstadt der deutschen Volksrepublik oder ein ähnlicher Anlaß zu politischen Katastrophen, wie es die „Freie Stadt" Danzig gewesen ist. Die Gründung der Freien Stadt, wie übrigens auch der

Schutz nationaler und religiöser Minderheiten durch die sogenannten Minoritätenschutzverträge, war von den Vätern der Pariser Vorortverträge von 1919 keineswegs als eine dauernde Regelung beschlossen worden, sondern um einen allmählichen Übergang des deutschen Danzigs in den polnischen Staat kraft wirtschaftlicher Verflechtung zu erleichtern. Die Gründung einer „Freien Stadt" Westberlin hat nur den Sinn, entweder ihr Aufgehen in die DDR sich allmählich und unauffällig vollziehen zu lassen oder sie für den Zeitpunkt sicherzustellen, in dem eine Wiedervereinigung der deutschen Teilgebiete politisch möglich würde. Das erste konnte Amerika nicht zugestehen. Das zweite legte den Gedanken nahe, dann lieber alles beim alten zu lassen, solange eine Wiedervereinigung nicht möglich war. Oder besser, für die Wiedervereinigung einen Modus zu finden, der sie sowohl Rußland als auch den europäischen Westmächten erträglich machte, und das deutsche Problem, statt es weiter in der Schwebe zu halten, somit endgültig so zu lösen, daß auch dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes Rechnung getragen würde. Eine eigene amerikanische Konzeption, wie die deutsche Frage zu lösen sei, ist nicht bekannt geworden. Der Grund für dieses Schweigen ist darin zu suchen, daß die USA den europäischen Verbündeten England und Frankreich, die Opfer der Hitlerschen Kriegspolitik gewesen waren und Nachbarn Deutschlands blieben, den ersten Anspruch zubilligten, die Zukunft Deutschlands zu bestimmen; dann aber auch darin, daß für die amerikanische Politik die Regelung der deutschen Frage erst in dem Augenblick zu einem wichtigen Problem wurde, in dem die USA sich selbst vor die Entscheidung gestellt sahen, entweder eine wirkliche Entspannung und Beilegung des Konfliktes mit Sowjetrußland anzustreben oder weiterhin alles in der Schwebe zu belassen. In dem Augenblick, in dem die amerikanische Politik dem Gedanken näher trat, einen dauerhaften Ausgleich mit Rußland zu suchen, bekam die deutsche Teilung ein anderes Gewicht als bisher. Die Frage der Wiedervereinigung offen zu lassen, hieß die Entspannung schwer belasten und Westberlin preisgeben. War eine dauerhafte Befriedung in Zentraleuropa nicht zu erreichen, so gab es für die USA nur die Alternative, statt einer Scheinlösung zuzustimmen den bisherigen Zustand auch im Punkte Westberlin beizubehalten und in Berlin selbst weiterhin den Fuß in die Tür zu setzen.

Was aber heißt eine dauerhafte Befriedung im Zentraleuropa? Wir können darüber nur Vermutungen anstellen, da offenbar der Klärungsprozeß des politischen Umdenkens in USA noch nicht abgeschlossen ist. Immerhin lassen einige Bemerkungen erkennen, daß die angestellten Erwägungen nicht mehr im Rahmen der Erhaltung des status quo bleiben. Die schwerste politische Entscheidung während der Pause der Besinnung, die Chrustschow zum „Sinken des Staubes" gegeben hat, bemerkte „Life", betrifft nicht das Halten der Position des Westens in Berlin, bei dem kein Nachgeben zulässig sei, sondern die Befreiung Ostdeutschlands (Mitteldeutschlands). Man würde das Gewicht dieser Äußerung verkennen, wenn man sie als Ausdruck der Wiederaufnahme der „Rückrollpolitik" auffaßte. Man stellte sich vielmehr noch einmal die Frage, die bereits endgültig beantwortet schien: Ist eine Entspannung auf Grund eines geteilten Deutschlands möglich? Verneint man dies, dann wird dies zu der weiteren Frage führen, ob eine Befriedung Zentraleuropas schon mit der Wiedervereinigung Deutschlands abgeschlossen sei, und man erinnert sich, daß sich die USA nicht mit der endgültigen Einbeziehung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns in den sowjetischen Orbis abgefunden haben. Womit sich die Überlegungen im Kreise gedreht hätten und wieder an den Punkt zurückgekehrt wären, von dem sie bei dem Versuch, zu einer neuen außenpolitischen Konzeption zu gelangen, ausgegangen waren. Nicht erst das Scheitern der Gipfelkonferenz hat die Über-

legungen und Bemühungen, aus der politischen Sackgasse des „Atom-Patts" mit allen seinen Gefahren herauszukommen, hervorgerufen. Aber es hat sie schneller vorangetrieben und dabei die Gefahr heraufbeschworen, in einem Kurzschluß wieder in die alten Bahnen zurückzugleiten. Das erklärt einige der weniger erfreulichen Verlautbarungen, die im Zusammenhang mit der in den vorigen Artikeln berührten Überprüfung der amerikanischen Außenpolitik vernehmbar geworden sind. Es ist wohl auch nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß in den entscheidenden politischen Lagern die Größe des notwendig gewordenen Umdenkens noch nicht voll realisiert worden sei. Fragt man sich, woran Eisenhowers Politik in fast tragisch anmutender Weise gescheitert ist, so muß die Antwort lauten: daran, nicht rechtzeitig und mit allen unvermeidlichen Folgen erkannt zu haben, daß es angesichts der Weltlage nicht ausreicht, die politische Taktik zu wechseln, statt eine neue strategische Grundkonzeption der Außenpolitik zu erarbeiten. Ohne eine solche bleibt die praktische Politik ein blindes Tasten und Herumprobieren an Einzelheiten. Mag England auf seine Art Politik des „muddling through" stolz sein; nicht jede Nation besitzt den politischen Instinkt, im richtigen Augenblick das Richtige zu tun, und das Glück, alle Schlachten bis auf die letzte, entscheidende zu verlieren.

4.

Stehen wir vor einer historischen Wendung zum besseren oder zum schlechteren? Der Eindruck der bisherigen Klärung während der „Pause der Besinnung" ist zwiespältig. Vieles scheint darauf hinzudeuten, daß der Widerstandswille des amerikanischen Volkes sich verstärke und daß sich die Kräfte sammeln, die erst den Kommunismus als den „Krebs" an der Zivilisation, wie sich Senator Goldwater ausdrückte, beseitigen wollen, ehe an weiter reichende Ziele einer Weltordnung gedacht werden könne. Aber auch die neuerdings in Umlauf gebrachte Formel „Sieg ohne Krieg" weicht weit von dem ab, was zu erkennen notwendig wäre. „Wir müssen den Sieg haben ohne Krieg", definiert der Vizepräsident und Präsidentschaftskandidat Nixon als den Kern der neuen Strategie. Die Erkenntnis, daß es vielmehr der Verzicht auf den Sieg ist, der allein eine Entspannung ermöglichen würde, ist nirgends sichtbar. Man wird gewiß nicht fordern, daß die beiden Weltlager auf ihren Glauben an den Endsieg ihrer Ideen Verzicht leisten sollen. Aber in der praktischen Politik muß der Anspruch auf die Ausschließlichkeit der Geltung aufgegeben und durch reale Begrenzung der Machtziele dokumentiert werden. Dieser Verzicht ist nur durch beiderseitigen Rückzug aus vorgeschobenen Positionen zu leisten, Zugeständnisse, die indessen die Parteien nicht dem Gegner einräumen, sondern im Interesse des Friedens machen und damit im Grunde sich selbst!

Das besorgniserregendste der jüngsten Entwicklung ist die immer bedrohlicher werdende Kriegsgefahr und die bestürzende Erkenntnis, daß das „Atom-Patt" keineswegs, wie allzu optimistisch angenommen wurde, den Krieg verhindern wird. Jeden Augenblick kann der dritte Weltkrieg ausbrechen; an jeder Wegecke lauert er; an jedem Zufall kann er sich entzünden. Wären nicht die meisten Menschen, insbesondere die angelsächsischen Völker so phantasiearm, sie würden die Unerträglichkeit dieses Zustandes lebhafter empfinden. Einen Atomkrieg als „höchst unwahrscheinlich" zu bezeichnen, ist eine geradezu leichtfertige Auffassung. Es gibt nicht das, was man als Pax Atomica bezeichnet, um darin die einzige unserer Zeit erreichbare Form eines Friedens zu sehen. „Mit Wachsamkeit und ständiger Bemühung das atomare Gleichgewicht zu erhalten", ist nicht ausreichend, um die Katastrophe zu verhindern. So unverantwortlich es wäre, im Westen oder Osten den aus-

gesprochenen Kriegswillen zu übertreiben, so notwendig ist es, immer wieder zu betonen, daß es besonderer institutioneller Sicherungen und der Ausgliederung bestimmter Ausgleichszonen und vorbeugender Maßnahmen gegen entstehende Krisen und Konflikte bedürfe, um den Automatismus, der in der Atomrüstung beschlossen liegt und die eigentliche Kriegsursache ist, zu brechen.

Es muß indessen noch ein weiterer Schritt getan werden, ehe das richtig verstanden und in seinen Motiven gewürdigt werden kann, was im folgenden vorgeschlagen werden soll. Es wurde Walter Lippmanns Analyse zitiert, wonach im Gegensatz zu Asien, Afrika und teilweise Lateinamerika in Europa, insbesondere in Zentraleuropa ein Zustand erreicht worden sei, der als endgültig die Grundlage einer dauerhaften Verständigung bilden könnte. Das ist eine einseitige, eine oberflächliche und die Dynamik der Lage in Zentraleuropa verkennende Beurteilung. Mag auch in Europa nicht das von Bedeutung sein, was in den übrigen Erdteilen der eigentliche Motor in der fortschreitenden Änderung der Machtsituation ist, nämlich die große doktrinlose Revolution der farbigen Völker gegen die Suprematie der Weißen und jede Art von kolonialer Ausbeutung, so ist doch Zentraleuropa in anderem Sinne eine Zone politischer Spannungen, die sie sowohl gegen den Westen als auch gegen den Osten als eine eigenständige sich abheben läßt. Auch in Zentraleuropa kann die Entspannung nicht auf der Grundlage des Status quo erreicht werden. Denn dieser Status quo ist auch hier nicht ein Zustand, der durch die ihm innewohnenden politischen und sozialen Kraftelemente selbst getragen wird, sondern vor allem die Folge des Austrages des Ringens der Weltmachtblöcke um die Kontrolle dieser machtpolitisch wichtigen Zone. Die Erhaltung dieses Status beseitigt nicht die hier vorhandenen Konfliktstoffe und Krisenelemente; sie verringert nicht die Spannung zwischen West und Ost. Sie friert sie lediglich ein; sie konserviert sie, jederzeit können sie wieder virulent werden. Die Erhaltung des Status quo wäre ein vorläufiger Waffenstillstand, ein unsicheres Provisorium. Man muß vom Status quo ausgehen als dem Ansatzpunkt für eine dauerhafte Regelung oder eine mögliche Entwicklung auf eine solche; das heißt, von der Tatsache, daß hier die Grenze der beiderseitigen Machtbestrebungen um die Kontrolle des ganzen Gebietes erreicht wurde. Aber man kann bei ihm nicht stehen bleiben. Muß demnach, um einer Entspannung willen, eine Änderung des Status herbeigeführt werden, so kann dies doch nur durch freiwillige Zustimmung der beteiligten Mächte zu gleichen Lasten und Vorteilen beider Parteien geschehen, nicht aber durch Druck und Gewalt und auf Kosten einer von ihnen.

Gewiß besteht eine Art Junktim zwischen Vereinbarungen über den Zustand der beiderseitigen Rüstungen der Weltmachtblöcke und denen territorialer Art. Aber es ist nicht ein Junktim, wie es seit 1955 in den Vorstellungen Bonns eine Rolle gespielt hat, und, wenn man gewissen Nachrichten Glauben schenken darf, auch bei jüngsten Vorschlägen der Vereinigten Staaten zur Regelung der deutschen Frage mitbestimmend gewesen ist. Entgegenkommen in Abrüstungs- und Kontrollfragen von westlicher Seite kann schwerlich ein Entgegenkommen Sowjetrußlands in der deutschen Frage kompensieren, das einem völligen Desinteressement an Deutschland gleichkäme. In der Frage der Rüstungsbeschränkung und -kontrolle sind die beiderseitigen Vorteile und Nachteile von solchem Gewicht, daß sich gegenseitige Zugeständnisse kompensieren, nicht aber auf westlicher Seite ein Mehr erübrigt, das in einem anderen Problembereich als Kompensation angeboten werden könnte. Dagegen besteht eine andere Art Junktim zwischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Rüstung und solchen im Zusammenhang mit den bisher von den Großmächten kontrollierten oder be-

herrschten Territorien. Rüstungsbegrenzungen und -kontrollen sind für sich allein nicht ausreichend, einen dauerhaften Frieden zu sichern. Sie werden in dem Augenblick gebrochen oder umgangen, in dem neue Konflikte und Spannungen lebenswichtiger Art zwischen den Mächten entstehen. Es ist illusorisch, von der Abschaffung der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen (B- und C-Waffen) und von Inspektionen allein eine wirksamere und bessere Verhinderung des Krieges zu erwarten. Diese naheliegende Erkenntnis ist der wesentliche Grund, daß die zäh und zaudernd geführten Abrüstungskonferenzen nicht von der Stelle kommen, sondern im Gestrüpp taktischer Gewächse stecken bleiben. Es ist zu offensichtlich, daß, wenn Macht- und Interessenkonflikte nicht mehr mit den A-B-C-Waffen ausgetragen werden können, die Versuchung um so größer wird, sie mit „konventionellen" oder bisher nicht vorhandenen neuartigen Waffen gewaltsam zu lösen. Das ist der kleine Kern der großen Theorie von begrenzten Kriegen, wobei jedoch am Ende der Rückgriff auf Massenvernichtungsmittel stehen wird, deren Herstellungsverfahren durch das Verbot ihrer Anwendung noch nicht in Vergessenheit geraten sind.

Aber man wird, bei genauerem Durchdenken der Lage, nicht bei der Skepsis über die Wirksamkeit von Abrüstungsvereinbarungen verharren können, wenn man von der Notwendigkeit einer zureichenden Friedenssicherung überzeugt ist. Man wird vielmehr zu dem Schluß kommen, daß sie durch praktische Maßnahmen ergänzt werden müssen, die die Konfliktanlässe und Spannungen im voraus beseitigen oder mindestens verringern. Das aber geschieht am wirkungsvollsten durch Ausgliederung der umstrittenen Zonen, wo die bisher im Konflikt befindlichen Mächte beiderseits eigene Interessen wahrnehmen zu müssen gezwungen waren, und ihre Umgestaltung zu Zonen des Ausgleichs, der Pufferung, der gleichberechtigten Interessenwahrnehmung. Das ist das wirkliche Junktim zwischen Rüstungsmaßnahmen und politischen Vereinbarungen über Interessenteilung und Einflußzonen. Nennen wir angesichts des populären Horrors vor dem Wort „neutral", der einen wie Fausts Erschrecken über das Wort „Mütter" anmutet, das, was es in den eigentlichen Brennpunkten der Weltkrise zu schaffen gilt, nicht neutrale Zonen, sondern besser Ausgleichszonen, Zonen der Vermittlung, der Kooperation und des Versuches einer kooperativen Koexistenz der einander bisher ausschließenden und feindseligen sozialen und politischen Ordnungssysteme. Denn das würde ihre eigentliche Funktion sein; nicht Isolierung, Abriegelung, sondern Verbindung, Öffnung, Auswässerung, Relativierung der bisher nahezu absolut gesetzten Gegensätze. Kurz: Entpolarisierung. Wenn hinter dem Bestreben einer solchen Depolarisierung mehr als nur billige und müßige Redebemühungen stehen, wie kann sie anders verwirklicht werden als durch die Ausgliederung der polarisierenden Tendenzen und die Bildung von Elementen eigener Funktion?

Es kommt hinzu, daß, wenn die Atomwaffe als das Hauptabschreckungsmittel beseitigt werden soll, damit auch das fortfällt, was bisher als das atomare Gleichgewicht bezeichnet wurde und das Fundament der gegenwärtigen Machtordnung war, soweit man überhaupt von Ordnung sprechen kann. Die Welt würde wiederum vor einer machtpolitisch neuen und unübersehbaren Lage stehen, die außerdem den bevölkerungsmäßig stärksten Nationen ein in den Folgen gar nicht zu übersehendes Übergewicht verschaffen würde. Mit der Beseitigung des atomaren Gleichgewichts, oder vielmehr: wenn infolge der Ausschaltung der Atomwaffe das aufgegeben werden müßte, was als Gleichgewicht des Schreckens immerhin bisher den Ausbruch großer weltumspannender

Kriege verhindert hat, so muß für eine andere Art Gleichgewicht Sorge getragen werden, soll nicht geradezu das Chaos hereinbrechen. Ein solches Gleichgewicht kann nur nach dem Vorbild des „Konzertes der Mächte" gebildet werden. Aber man kann nicht warten, daß es sich im Machtringen der Staaten durch den pragmatischen Prozeß der Geschichte bildet, wie dies im 17.—19. Jahrhundert der Fall war. Es muß organisiert werden. Es muß als machtpolitischer Unterbau der Vereinten Nationen planvoll geschaffen werden und nicht der Improvisation überlassen bleiben. Solange es keine bindende Rechtsordnung der Nationen gibt, in der das Recht nicht mehr „in die eigene Hand genommen" werden kann und Macht- und Interessenkonflikte nicht mehr gewaltsam ausgetragen werden, sondern einem Gericht oder Schiedsgericht zur Entscheidung und einer gemeinsamen Exekutive zur Durchführung anhängig gemacht werden müssen, ist ein solches pluralistisches Gleichgewicht territorialer und andersartiger Machtfaktoren, die einander begrenzen, im Gleichgewicht halten und kontrollieren, die einzige und eigentliche Sicherung gegen den Ausbruch und die allgemeine Ausbreitung von neuen Kriegen und der eigentliche Kern einer Entspannung. Es ist die unüberspringbare Vorstufe und Vorbedingung eines erst in langem geduldigem Ringen zu verwirklichenden, auf der Herrschaft des Rechtes begründeten Gemeinwesens der Nationen. Es ist daher die unerläßliche Voraussetzung für Vereinbarungen über die Abschaffung und Kontrolle der Herstellung von Atomwaffen wie von jeder Art Rüstungsbeschränkung, daß dies im Rahmen gleichzeitiger Bemühungen um ein neues Machtgleichgewicht geschieht.

5.

Versuchen wir die Schlußfolgerungen hieraus im Hinblick auf die konkreten Probleme zu ziehen, so ergibt sich, daß die Frage der Zukunft Westberlins nicht isoliert, sondern nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung gesehen werden darf. Damit werden die praktischen Überlegungen, wie das geschehen könne, bereits über den Bereich des Status quo hinausgeführt. Insofern ist die sich neuerdings abzeichnende Tendenz in USA, eine integrale Lösung der deutschen Frage anzustreben, eine Entfernung von der bisher erwogenen Erhaltung des Status quo und die zitierten Ausführungen Walter Lippmanns über eine weitreichende Annäherung der Anschauungen der Westmächte und Sowjetrußlands. Aber den Gesichtspunkt des Status quo aufzugeben und eine Lösung des deutschen Problems zu fordern, die ausschließlich zu Lasten Rußlands gehen würde, ist ein gefährlicher und bedauerlicher Rückschlag im Denken und muß nicht nur mit einer vorübergehenden Verschlechterung des politischen Klimas, sondern mit einem völligen Abbruch der Entspannungsbemühungen enden. Hier Ausführungen darüber, was „rechtens" sei, in den Vordergrund zu rücken, führt politisch nicht weiter, da nichts die Sowjetunion veranlassen könnte, nicht nur die bisherige Kontrolle über ihr früheres Okkupationsgebiet aufzugeben, sondern auch einen schweren Prestigeverlust in Kauf zu nehmen dadurch, daß das von ihr dort etablierte Ordnungssystem beseitigt würde. Auch hier sich auf das Selbstbestimmungsrecht zu beziehen, ist ein kostspieliger Luxus, da alle moralische Entrüstung nicht weiter führt und Ausführungen wie die des Staatssekretärs Thedieck vor den Westpreußen nur falsche Hoffnungen erwecken. Man wird deshalb als illusionsloser Realpolitiker — und wer im Bonner Parlament und der Regierung erhebt nicht den Anspruch, ein gewiegter Realist zu sein! — einen anderen Beginn und ein anderes Vorgehen suchen müssen, um den Status quo in Zentraleuropa so zu verändern, daß er nicht allein theoretisch

im Entwurf der einen Partei einer Entspannung dient, sondern realistisch die Zustimmung beider Parteien gewinnen könnte, weil nicht nur die beiderseitigen Zugeständnisse gleichwertig sind, sondern auch die Maßnahmen im einzelnen beiden Seiten Erleichterungen bieten; nicht Entwicklungen in der Richtung auf eine künftige umfassende Entspannung abriegeln, sondern solche vielmehr vorsichtig in Gang setzen. Wenn man sich dazu nicht entschließen kann, so wird man auf eine Verständigung und wirkliche Entspannung ganz verzichten müssen, um sich allenfalls mit einer Art Moratorium, einer vorübergehenden Stillhalteaktion abzufinden und den gefährlichen Zustand des kalten Krieges, der jeden Augenblick in einen heißen umschlagen kann, weiter tragen müssen. In der Tat ist denn auch dies die Schlußfolgerung vieler Politiker in der Bundesrepublik und in USA. Dabei spielen vage Hoffnungen auf mögliche Änderungen und Glücksfälle, auf interne Schwierigkeiten bei dem Gegner, aber auch die Erwartung, eines Tages im Rüstungswettlauf ihn überrunden und damit zur Kapitulation zwingen zu können, die Hauptrolle. Es hat keinen Sinn, sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen. Niemand wird sie durch Vernunftsgründe von ihrem Glauben und ihren Hoffnungen abbringen. Man verschließt sich dem Gewicht der Realität nicht nur aus ideologischer Voreingenommenheit und doktrinärem Denken, sondern, wie jedermann im Munde führt, durch sein Wunschdenken, von dem jedoch immer nur der andere besessen ist. Wenn der frühere amerikanische Außenminister Dean Acheson vor Studenten ausführte, daß „uninformed idealism" kein Ersatz für die Wahrnehmung nationaler Interessen sei, so wird man darauf erwidern können, daß „uniformed realism" blind für die Tatsache ist, daß der wesentliche Zug der gegenwärtigen Weltlage darin besteht, daß das nationale Interesse mit dem Interesse der gesamten Menschheit, Zukunft und Leben zu erhalten, identisch ist.

Aber auch eine andere Lösung, die ebenfalls den Status quo in Zentraleuropa ändern würde, wäre nicht zu verwirklichen und würde diesmal dem Widerspruch der Westmächte begegnen. Bei seinem Besuch in Wien hatte der sowjetische Premierminister Chrustschow in einer Pressekonferenz erklärt: „Es wäre das größte Glück für die Menschheit, wenn sich beide deutsche Staaten zur Neutralität bekennen würden". So wünschenswert, entspannend und entwicklungsfähig ein bündnisfreies, neutrales und vereintes Deutschland, entsprechend der Sowjetnote von 1952 vor der Ratifikation der Pariser Verträge, hätte sein können, wenn die Westmächte ihre Zustimmung gegeben hätten, in der gegenwärtigen Machtsituation würde die Neutralisierung der Bundesrepublik ungleich schwerer wiegen als die der Volksrepublik! Wenn daher eine neutrale Zone oder besser eine Zwischenzone des Ausgleiches in Zentraleuropa als Grundlage einer Entspannung gebildet werden soll, so muß sie das ganze zentraleuropäische Gebiet umfassen. Damit gelangen wir schließlich und endlich zu dem konkreten Vorschlag. Wie die Berliner Frage nicht isoliert lösbar ist, sondern nur im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung, so ist auch eine isolierte Lösung des deutschen Fragenkomplexes nicht mehr möglich, sondern kann nur noch indirekt im Zusammenhang mit einer solchen Bildung einer zentraleuropäischen Zwischenzone allmählich heranreifen. Es kann nicht mit der Wiedervereinigung und gar einer Revision der Grenzen begonnen werden. Das erstere wird vielmehr die Frucht einer bereits erreichten Entspannung und Kooperation sein, das andere durch Beilegung des Nationalitätenkampfes in dieser Zone, durch konkrete Maßnahmen des Zusammenlebens, der Symbiose der Völker und Ordnungen allen Gegensätzen zum Trotz zu einem wesentlichen Teil als Problem aus der Welt geschafft werden müssen.

Es wird auf den noch nicht als erledigt zu bezeichnenden Rapacki-Plan zurückgegriffen und empfohlen, mit der Bildung einer atomwaffenfreien Zone im engeren Zentraleuropa — die beiden deutschen Staatswesen, Polen, die Tschechoslowakei umfassend — zu beginnen. Das heißt, die genannten Staaten und ihre bisherigen Verbündeten würden sich verpflichten, weder eigene noch anderer verbündeter Mächte Atomwaffen in ihrem Staatsgebiet zu stationieren. Die bisherigen Schutzmächte ziehen ihre Truppen in bestimmten Fristen und Etappen aus dem Staatsgebiet der genannten vier Staaten zurück und liquidieren ihre militärischen Flugbasen und Raketenabschußvorrichtungen dort. Die zentraleuropäischen Staaten schließen mit der guten Hilfe ihrer bisherigen Alliierten miteinander ein Rüstungsabkommen ab, das Stärke und Bewaffnung ihrer nationalen Wehrmacht festlegt. Die bisherigen Militärverträge, der Nato-Vertrag und der Warschauer Pakt, bleiben unter Beseitigung der bisherigen Stationierungsbestimmungen fremder Truppen in den beiderseitigen Territorien vorläufig in Kraft, bis sich entweder aus beiden Paktsystemen ein gemeinsamer Dachvertrag als allseitiger Nichtangriffs- und Verteidigungspakt entwickeln läßt oder in Verbindung mit Abrüstungs- und Kontrollverträgen unter den Auspizien der United Nations ein allgemeines militärisches Garantiesystem geschlossen werden kann. Erfolgt beides in bestimmter Frist nicht, so erlöschen die bisherigen Allianzverträge und geben den Zentralmächten die Handlungsfreiheit zurück, eigene Verteidigungspakte zu schließen. Die vier Großmächte schließen untereinander und mit den zentraleuropäischen Staaten einen Garantie- und Schutzvertrag, der die Territorien der genannten Staaten als Ganzes wie in den einzelnen Abgrenzungen garantiert. Die zentraleuropäischen Staaten verpflichten sich, soweit das die vorläufig weiter in Geltung bleibenden militärischen und wirtschaftlichen Verträge zulassen, zu einer Gleichbegünstigung in den Beziehungen zu den Mächten, zu einer „neutralen" Haltung.

Damit wäre ein erster Schritt getan, der jedoch eines zweiten bedürfte, um die Zone zu der Trägerin einer Funktion des Ausgleiches und der Verbindung zwischen den Großmachtblockstaaten zu machen. Deshalb werden die vier Staaten einen gemeinsamen zentraleuropäischen Rat mit der Aufgabe zu bilden haben, die Beziehungen untereinander enger zu gestalten sowie Maßnahmen und institutionelle Sicherungen zur Koordinierung der Militärpolitik, der Außen- und Wirtschaftspolitik zu ergreifen und zu schaffen. Das Ziel der Entwicklung wäre ein Staatenbund oder eine Konföderation mit gemeinsamen Organen ständiger Koordinierung und Kooperation. Das Fernziel wird die Bildung eines großen europäischen Gemeinwesens sein, das in abgestuften Bündnisbeziehungen von Frankreich bis Polen (und gegebenenfalls Ungarn mit einschließend) reicht und durch politische und wirtschaftliche Verträge in England einerseits und in Rußland andererseits verankert wird. Diese, auf Gedanken de Gaulle's bezugnehmende Perspektive wird für Europa im Zuge der Entspannung um so wegweisender, als es der Aufmerksamkeit der europäischen Politiker nicht entgangen sein kann, daß die Fortschritte der Rüstungstechnik die schon bestehende Tendenz in USA, sich mehr und mehr auf eine in USA selbst basierte Verteidigung zu konzentrieren, verstärkt, und das, was man die „Erosion" der Machtgeltung Amerikas in der Welt durch die Fortschritte der „doktrinlosen Revolu-

tion" bezeichnet, es den Vereinigten Staaten nahelegt, diese Entwicklung vor allem erst in der eigenen Hemisphäre, dem lateinamerikanischen Gemeinwesen zu stoppen.

Es bleibt die Regelung des Status von Westberlin im Zusammenhang mit der Bildung einer eigenständigen zentraleuropäischen Zone als besonderes Problem übrig. Ein Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes ist ausgeschlossen. Es fragt sich, ob es ausreicht, Westberlin durch Erhebung zur „Freien Stadt" mit besonderen Garantien als ein selbständiges, fünftes Mitglied der zentraleuropäischen Staatengemeinschaft anzuerkennen; oder ob es nicht vielmehr dann zweckmäßiger sei, aus Ganz-Berlin mit gewissen Landkreisen als Hinterland — wie die Freie Stadt Danzig — das fünfte Glied und auf diese Weise lebensfähiger und gewichtiger im Rahmen der Staatengemeinschaft zu machen. Da ohnedies durch engere Verbindung von Staaten gegensätzlicher politischer und sozialer Ordnung der Versuch unternommen werden muß, die Gegensätze praktisch zu überwinden oder mit ihnen zu leben, so wäre wohl das Experiment zu versuchen, diesen Schwierigkeiten in ein und demselben Gemeinwesen Herr zu werden. Immerhin würde auch Berlin, ob geteilt oder vereint, als „Freie Stadt" in dem größeren Rahmen einer zentraleuropäischen Staatengemeinschaft eine neue Zukunft gewinnen, zunächst wahrscheinlich als ein Vorort der Verbindung der Staaten, und im Zuge einer allmählichen Wiedervereinigung der deutschen Staaten innerhalb der zentraleuropäischen Gemeinschaft als Hauptstadt eines geeinten Deutschlands. Ob diese engere Vereinigung über die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten als besonderer Kern der zentraleuropäischen Gemeinschaft zu erfolgen habe, wie dies der sowjetische Friedensvorschlag anregte, oder ob eine solche Zwischenstufe übergangen werden kann, muß dem pragmatischen Prozeß überlassen bleiben. Es müßte auch die Möglichkeit offen bleiben, daß es statt zu einem engeren Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einem übernationalen Staatenbund kommt, in dem die Beziehungen der deutschen Glieder dieselben blieben wie die zu den nichtdeutschen. Für die eine oder andere Entwicklung sollte es keine bindenden Auflagen oder Verbote seitens der garantierenden Großmächte geben.

Es muß mit diesen wenigen Strichen einer vorläufigen Skizze des möglichen Beginns einer Entspannung in und durch Zentraleuropa sein Bewenden haben. Mehr zu sagen, würde heißen, weniger zu sagen. Denn die Schwierigkeiten liegen im Detail der Durchführung eines solchen Planes. Aber es ist zunächst schwierig genug, sich mit dem bloßen Gedanken eines solchen Lösungsvorschlages anzufreunden. Er dürfte beiden Seiten befremdlich, unbequem, ja absurd erscheinen. Erst wenn man sich darüber klar geworden ist, daß nicht mehr viele Möglichkeiten offen stehen, zu einer wirklichen Entspannung zu kommen, wird man die Meriten eines Vorschlages besser schätzen, der im Gegensatz zu dem bisher betriebenen und insbesondere von England geübten Verfahren, zu trennen und aufzuteilen, und seien es die ältesten historischen Gemeinschaften, zum Ziel hat, zu verbinden. Dieser Vorschlag ist nicht allein von dem Bestreben veranlaßt, eine Lösung zu finden, die unter Umständen die Billigung beider Weltlager finden könnte, weil sie den bisherigen Einwänden beider Rechnung zu tragen versucht. Sie geht vor allem von dem Gedanken aus, etwas vorzuschlagen, was sofort eine Entspannungserleichterung gewährt, zugleich aber eine Evolution in der Überwindung der Gegensätze, der nationalen wie der der Ordnungssysteme, einleitet, damit in kleinen Verhältnissen das beginnend, was der eigentliche Kern einer Überwindung der großen Umgestaltungs- und Wachstumskrisen unserer Zeit ist.

Die deutsche Kritik wird die Hintansetzung der nationalen deutschen Belange tadeln. In der Tat kann das, was die Deutschen vornehmlich bewegt, die Verwirklichung der Einheit und eine Überprüfung der Grenzziehung, nicht am Beginn, sondern wenn überhaupt noch, am Ende einer langen mühe- und opfervollen Entwicklung stehen. Eine begrenzte Erfüllung der nationalen Hoffnungen der Deutschen ist von ihrer Fähigkeit abhängig gemacht, eine engere Verbindung mit Nationen zu erarbeiten, die zeitweise noch viel mehr als Todfeinde galten als die Franzosen, und daneben einen Modus des Zusammenlebens gegensätzlicher Ordnungssysteme zu finden. Bei näherem Zusehen werden indessen besonders die ehemaligen Landsleute des hier Berichtenden, die Ostdeutschen und ihre Organe (die ähnliche Vorschläge zu einer Verständigung in seinem Buch „Mut zu einer neuen Politik" als „gefährlich" brandmarkten), erkennen, daß wahrscheinlich auf solche Weise das „Recht auf Heimat" nicht nur als moralische Forderung, sondern als reale Möglichkeit der Rückkehr und Niederlassung in der alten Heimat verwirklicht werden könnte; auch wenn diese Verwirklichung wenig den Träumen und Hoffnungen entsprechen kann, die, menschlich verständlich, Heimwehkranke damit zu verbinden pflegen, sondern ihnen die harte Aufgabe stellt, das auf eine neue Weise für sich zu erwerben, was zwar von Vorvätern ererbt, aber von den Vätern schuldhaft vergeudet worden ist. Man wird in diesem Zusammenhang daran denken können, von den neuen „Nachfolgestaaten" der deutschen Ostgebiete mit der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie vertragliche Zusagen bezüglich eines Rückkehrrechtes einschließlich der ungehinderten Pflege der eigenen deutschen Sprache und Kultur, wenn auch im Rahmen der dort herrschenden politischen Ordnung, zu erlangen.

Staatssekretär Thedieck hatte die Westpreußen unter Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht und die Verantwortung der großen Viermächte im Grunde mit einem Abwarten und Hoffen auf das Eingreifen anderer vertröstet. Fruchtbarer wäre es, die lebendigen Kräfte, die Geduld, Entsagungskraft, die alte preußische Bereitschaft, einem höheren als sich selbst zu dienen und eine Pflicht zu erfüllen, die noch so tief verwurzelt in den ostdeutschen Landsmannschaften lebt, aufzurufen, und das Ziel einer schöpferischen Mitarbeit im Dienste des Friedens zu weisen. Die Zukunft des deutschen Volkes kann nur in eigener Verantwortung der Deutschen gewonnen werden, nicht durch die Verantwortung anderer Mächte. Sie kann es nur im Dienste an einer höheren Rechtsform der menschlichen Gesellschaft, nicht im Pochen auf ein Recht, das nur erst ein Rechtspostulat ist, nur noch im sühnenden Dienst der Verbindung der Völker, in welchem letzteren Vorhaben die Deutschen einen verständnisvollen Partner vor allem in den Polen gewinnen könnten, denen der Leitgedanke einer solchen Verbindung aus ihrer Zeit des Kampfes um die eigene Einheit geläufig ist, auch wenn die Gegenwart ihn nicht mehr in der überschwenglichen Wärme eines Mickiewicz und Slowacki äußern kann. Wir Deutschen können nur auf höherer Ebene gewaltlos in neuer Weise wiedergewinnen, was wir verloren haben, nicht aber das Alte wiederherstellen. Wir müssen die Grenzen anerkennen, um zu versuchen, sie unsichtbar zu machen und von innen heraus zu überwinden. Wir müssen die Doppelstaatlichkeit, die Teilung als Urteilsspruch der Gewalt hinnehmen, an die wir selbst appellierten, um zu helfen, sie in einer umfassenden Einheit aufzuheben. Wir müssen das, was gedacht war, uns dauernd darnieder zu halten und „unschädlich" zu machen, zum Palladium einer eigenen Berufung machen. Nur mit der Pflicht, die zum Recht wird, des Zusammenlebens der Völker auf ein und demselben Boden können wir den alten Rang als Volk zurückerwerben.

Zu Beginn dieser Bemerkungen wurde gesagt, daß das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz eher eine Besserung der Lage herbeigeführt hat. Es sei noch einmal wiederholt. Diese Besserung besteht zunächst im Ende von Illusionen — deutschen wie amerikanischen. Ob es in der „Pause der Besinnung" infolge der Ernüchterung und der Erkenntnis, daß die großen Fragen nicht durch ein gegenseitiges Überlistenwollen beantwortet werden können, sondern wenn überhaupt, durch Sachlichkeit, im Willen zum Frieden — zu größerer Verhandlungsbereitschaft kommt, bleibt ungewiß. Beide Weltlager haben in einem wesentlichen Punkt dasselbe Interesse: die unaufhaltsame Umgestaltung der Ordnungen und Machtbeziehungen, die die ganze Welt ergriffen hat und täglich neue Züge aufweist, sich nicht katastrophal beschleunigen zu lassen. Auch Sowjetrußland ist zu einer bewahrenden, ordnenden, erhaltenden Macht geworden, man ist fast versucht zu sagen, zu einer konservativen Macht, wenn man es recht versteht, was es heißt, konservativ in einer Zeit der Revolutionen zu sein. Das entscheidend Verbindende ist die Sorge um den Frieden. Denn, und es sei hier mit einem Wort des Gouverneurs von New Jersey, Meyner, einem Kenner des Luft- und Atomschutzes, geschlossen: Es gibt nur ein einziges Mittel der Verteidigung gegen die Wirkungen des Atomkrieges, den Frieden.

Hermann Schwann

Die Alternative!

In dem Parlament der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine politische Partei, die — das ist die Erkenntnis der vom Bundeskanzler und nicht von den Parteien gewünschten Debatte vom 30. Juni — eine im Grundsatz andere Vorstellung über die außenpolitischen Notwendigkeiten vertreten hat, als sie die Regierung und die Regierungspartei seit Jahr und Tag verfolgen. Diese Tatsache ist um so erstaunlicher, als die Außenpolitik der Regierung — für jeden Laien sichtbar — von Mißerfolg zu Mißerfolg geeilt ist, und als alle in vielen Reden als sichere Folge dieser Politik laut angekündigten Entwicklungen nicht eingetreten sind. Die vorausgesagte Zurückdrängung der Sowjets ist nicht verwirklicht worden; im Gegenteil haben die Sowjets gerade durch die Politik des Westens, die sich durch die beiden Namen Adenauer—Dulles am einfachsten umschreiben läßt, eine vor wenigen Jahren noch unvorstellbare wirtschaftliche (und damit politische) Aufwertung in Asien, Afrika und Südamerika erfahren. Die UdSSR und in ihrem Gefolge die mit ihr verbündeten Staaten haben den im Zuge der Einkreisungs- und Paktpolitik geschaffenen, mehr als kostspieligen Ring gesprengt und übersprungen. Die Pakte sind z. T. auseinander gebrochen, z. T. stehen sie in ihrer Einsatzfähigkeit absolut auf dem Papier. Mit Umorganisationsexperimenten versucht man diese Tatsache zu verschleiern. Eifersüchteleien in Europa, harte Kritik an den Führungsqualitäten der USA sind nur äußere Kennzeichen für die effektive Schwäche, in die der sogenannte Westen durch die „Politik der Stärke" geraten ist. Die Repräsentanten dieser Politik in ver-

schiedenen Staaten sind entweder tot wie Nuri es Said oder landesflüchtig wie Syngmanrhee oder im Gefängnis wie Menderes. In Japan zogen Professoren und Studenten ebenso demonstrativ gegen eine einseitige politische Bindung auf die Straße, wie in anderen Völkern die Jugend oder die Soldaten gegen die im Gefolge der Westpolitik sich ausbreitende Korruption vorgingen. In Afrika ist ein Tauziehen im Gang, ausgelöst durch den Kongostaat, das leicht zu einer erheblichen Abwertung der Bedeutung der Vereinten Nationen führen kann.

Für uns Deutsche hat diese Politik überhaupt keine Erfolge gebracht. Die Teilung Deutschlands wurde zementiert, die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung wurden nicht ernsthaft geprüft und damit verschüttet. Das berühmte safety first-Sicherheit zuerst als behauptete Folge der Adenauerpolitik ist schon gar nicht erreicht worden. Das ganze Deutschland hüben und drüben lebt heute in dem Dauerzustand der furchtbaren Sorge, daß es im Fall einer begrenzten oder weltweiten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost Schlachtfeld und damit als erstes Land verbrannt wird. Wer glaubt heute noch an die Adenauersche Begründung für seine inzwischen von allen Parteien des Bundestages gebilligte Politik: „Wenn wir nicht in Nato sind, werden wir Schlachtfeld; wenn wir in Nato sind, werden wir nicht Schlachtfeld"? Die Abschreckungstheorie und die damit verbundene Aufrüstung bis zur Atombewaffnung der Bundeswehr hat die deutsche Sicherheit nicht erhöht, sondern lebensgefährlich, in des Wortes wahrster Bedeutung gemindert. Die Bundeswehr selbst ist kein Instrument der deutschen Sicherheit geworden, sondern die verlorene Vorfeldkompanie zur Sicherheit der außereuropäischen Verbündeten. Im Kriegsfall werden günstigenfalls rechtzeitig weit hinter die deutsche Grenze zurückgenommene kleine Teile der Bundeswehr und die nach Spanien oder sonstwohin abkommandierten Verwalter und Beschützer der Nachschublager das einzige sein, was von dem deutschen Volk übrig bleibt. Wir sind durch die Bonner Politik in eine Koreasituation geraten. Diese Erkenntnis wächst im ganzen Volk. Es besteht kein Zweifel, daß es heute keine deutsche Regierung und kein Parlament mehr wagen könnte, eine sowjetische Note vom 10. März 1952 nebst ihren Anlagen zu einem Friedrensvertrag in der damaligen Form einfach in den Papierkorb zu werfen. Das Volk würde heute trotz konformistischer Presse und trotz falscher Unterrichtung dagegen aufstehen.

Das ist das wirkliche Ergebnis einer zehnjährigen bundesdeutschen Außenpolitik: Keines der seit Jahren proklamierten Ziele ist erreicht worden, weder die Stärke, noch die Entspannung, noch die Zurückdrängung der Sowjets, noch die Abrüstung, noch die Sicherheit, noch die Wiedervereinigung. Die heute vorgebrachte Begründung für dieses absolute Fiasko: die Sowjets sind an allem schuld, ist nur eine mehr als billige und auch dumme Entschuldigung für das eigene Versagen. Merkwürdig ist nur, daß am 30. Juni in einem Parlament von 500 Politikern niemand aufgestanden ist und sich energisch gegen die arrogante und unwahre Behauptung verwahrt hat, daß die Außenpolitik der Regierung erfolgreich und daher richtig gewesen sei. Der Grund für dieses unverständliche Schweigen liegt darin, daß alle Parteien des Bundestages an dieser Entwicklung mitschuldig sind. Alle Parteien haben in irgend einer Phase der Bonner Konzeption grünes Licht gegeben. Die eine bis zu den Pariser Verträgen, die andere später bei der Fortsetzung der Eingemeindung der Bundesrepublik in den Westen durch Euratom und Gemeinsamen Markt. Keine Partei hat bisher den Mut aufgebracht, offen zu bekennen, daß sie sich geirrt habe oder grobfahrlässig getäuscht worden ist. Dieses Eingeständnis ist die Voraussetzung für die zukünftige Glaubwürdigkeit und würde gleichzeitig das Vertrauen des Wählers außergewöhnlich steigern. Keine Partei hat bisher begriffen, daß ihr ein derartiges Eingeständnis innerhalb

der Bevölkerung in steigendem Umfang große Sympathien und damit für 1961 Wählerstimmen einbringen würde, weil das Volk zu begreifen beginnt, daß die Lage infolge der falschen Politik in der Tat „ernster denn je" wurde.

Dieses absolute Versagen aller Parteien, die sich lieber mit ideologischen Grundsatzfragen befassen und damit Beschäftigungstheorie treiben, als sich mit klaren Forderungen und harten Entscheidungen bei den Regierenden unbeliebt zu machen, die nach den Ergebnissen von Volksbefragungen schielen, anstatt selbst die Volksmeinung zu bilden, zu beeinflussen und zu machen, ist zudem eine große Gefahr für das demokratische System als solches. Man hat noch nicht erkannt, daß zur Zeit der deutschen Teilung und angesichts der immer bedrohlicher werdenden Kriegsgefahr die Frage, in welchem Stil der Neubau des deutschen Hauses geplant und durchgeführt werden soll, ob konservativ, liberal oder sozialistisch, erst dann interessant wird, wenn man an den Abbruch der beiden deutschen Baracken herangehen kann, nachdem das Grundstück für den Neubau erworben ist, die dort noch liegenden Minen entschärft und geräumt sind und die Brandgefahr eines Krieges beseitigt ist. Das Schicksal nicht nur des deutschen Volkes wird davon abhängen, ob eine der bestehenden Parteien oder, bei ihrem weiteren Versagen, eine neue Partei eine brauchbare, entschlossen und kompromißlos vertretene Alternative zu der völlig gescheiterten derzeitigen Katastrophenpolitik schafft. Diese Alternative fern jeder ideologischen Dogmatik wird um so dringender, als die bisherige Konzeption der Regierenden folgerichtig „fortzeugend Böses" gebärend zu einer immer gefährlicheren, überhasteten Einseitigkeit führen muß.

Diese Entwicklung zeichnet sich heute schon deutlich ab. Der Philosoph Karl Jaspers mit seinem „die Wiedervereinigung ist irreal" in dem viel zitierten Fernsehgespräch gibt nur wieder, was F. J. Strauß ohne Widerspruch vor zwei Jahren schon mit Unterstützung durch seinen Chef vorbereitend aussprechen durfte und was die Regierungserklärung vom 30. Juni mit der Feststellung bezweckte, daß die Bundesrepublik kein Provisorium, sondern, nach dem Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Jaeger, „das Vaterland aller Deutschen" sei. Kein Abgeordneter und keine Partei hat aus Protest bei dieser, zudem noch verfassungswidrigen Feststellung den Sitzungssaal des Parlaments eines provisorischen Landes verlassen. So gesehen, wirkt die Empörung der Politiker über Jaspers wie eine groteske Heuchelei. Diese Wirkung wird unterstrichen durch die politische Haltung aller Parteien. Jedes Schulkind weiß, daß die deutsche Wiedervereinigung solange eine absolute Utopie ist, solange man darauf besteht, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zur Verstärkung der Front gegen den Osten im Westen integriert bleiben soll. Wer also dieser Politik der immer engeren und immer schwieriger zu lösenden Verflechtung der Bundesrepublik in den Westen bis zur Aufgabe jeder eigenständigen deutschen Politik zustimmt, soll wenigstens ehrlicherweise zugeben, daß er die Wiedervereinigung nicht will. Wer diese wechselseitigen Abhängigkeiten abstreitet, ist entweder ein Scharlatan oder ganz einfach dumm. Die Entwicklung zur einseitigen Festlegung der Bundesrepublik aber wird rasant weitergetrieben. Die Repräsentanten dieser Politik sind im Begriff, das Wort „Stärke" durch Superstärke zu ersetzen. Dabei spielt man bereits mit dem Gedanken, die bisherige Theorie vom kalten Krieg abzulösen durch Spekulationen auf einen heißen Krieg. Man weiß, daß der kalte Krieg absolut verloren wurde. Er hat vor allem das Ziel nicht erreicht, die sowjetische Wirtschaft durch den Zwang zur Rüstung zu binden, möglicherweise dadurch soziale Spannungen in der UdSSR auszulösen und vor allem ihr Vordringen auf dem Weltmarkt und in den Entwicklungsländern zu verhindern. Im Gegenteil konnten die Sowjets ohne Gefährdung ihrer militärischen Überlegenheit im lau-

fenden Haushalt ihren Rüstungsetat entscheidend reduzieren und auch ihre Iststärke an Soldaten um mindestens 750 000 Mann herabsetzen.

Man hofft nun, daß ein begrenzter heißer Krieg, dessen Ausbruch man wie in Korea den Sowjets anlasten möchte, die Sowjets und ihre Verbündeten zwingen wird, ihr gesamtes Wirtschaftspotential für diesen Krieg zu mobilisieren. Damit soll gleichzeitig in der ständig wachsenden Front der Neutralen eine neue Angstpsychose vor den sowjetischen Aggressoren herbeigeführt werden, die sie veranlaßt, bei den Westmächten Anschluß und Schutz zu suchen. Als Gegner für einen direkten Waffengang mit den Sowjets sucht man dieses Mal ein Volk, dessen militärische Leistungen in der Vergangenheit eine Gewähr dafür bieten, daß die Sowjets in der Tat zu einer erheblichen Kraftanstrengung gezwungen werden. Die außereuropäischen Drahtzieher dieser Pläne erwarten dabei die Möglichkeit einer weitgehenden Schonung der eigenen Kräfte, bis auf großzügige Lieferungen von dauernd veraltendem und damit wertlos werdendem Kriegsmaterial. Für diese Rolle erscheint die Bundesrepublik wie geschaffen. Ihr Einsatz und ihre durchaus richtig einkalkulierte Vernichtung ist den Planern und kalten Technikern der Macht insofern unbedenklich, als nach ihrer Meinung zur Wiedergutmachung früherer Verfehlungen die Deutschen geradezu die Verpflichtung haben, sich für die Freiheit ihrer Verbündeten zu opfern. Ihr Opfer würde zudem die Sowjets nicht nur materiell schwächen, sondern auch vor aller Welt bloßstellen und nicht zuletzt mit den ausgelöschten Deutschen einen lästigen, durch den Kolonialismus unbelasteten und daher bei den Entwicklungsländern sympathischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt beseitigen.

Dieser Vorstellung leistet die Bundesregierung durch ihre Politik in jeder Beziehung Vorschub. Sie ist der Motor für eine immer weiter getriebene Integration der Bundesrepublik in den Westen, sie gibt damit jede Chance für eine eigenständige, deutschen Interessen dienende Politik aus der Hand. Sie läßt einen S c h l a m m durch die Lande ziehen und das deutsche Volk zu härtestem Widerstand aufrufen. Der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Dr. Jaeger, bezeichnet die These, daß es im Atomzeitalter keinen Krieg mehr geben dürfe, als entnervende „sowjetische Propaganda". Er hält „einen gerechten Krieg" für denkbar, selbst auf die Gefahr des Todes eines ganzen Volkes nach dem Motto „lieber tot als rot". Der Bundeskanzler appelliert an das Nationalgefühl der Deutschen, vor dem er wenige Jahre zuvor im Londoner Kamingespräch „Wenn ich einmal tot bin ..." die Weltöffentlichkeit noch sehr eindringlich gewarnt hat. Man spürt in Bonn, daß die deutsche Jugend zu einem letzten Einsatz für ein S p e s e n e u r o p ä e r t u m nicht bereit ist. Deshalb greift man zu dem Mittel, das Stalin 1941 anwandte, um das russische Volk zum Widerstand gegen die deutschen Eindringlinge zu mobilisieren: man appelliert an das Nationalgefühl. Die Parteien werden Schritt für Schritt, unmerklich fast, in diese ausweglose Entwicklung hineingesteuert. Es begann mit der Montanunion und endet in einer Europa zerschlagenden, sich gegenseitig bekämpfenden europäischen Spaltung. Man treibt bei diesem Prozeß einen schamlosen Mißbrauch mit dem Begriff „europäisch", indem man bald größere, bald kleinere Teile mit Europa gleichsetzt. Alles ist „europäisch". Das fing an mit Hallsteins „Europa bis zum Ural" und endet in dem separatistischen Kleinsteuropa, dem derselbe Hallstein als Präsident heute vorsteht.

Es begann mit zahlreichen Erklärungen des derzeitigen Bundeskanzlers folgenden Inhaltes:

„Wir sind einverstanden damit, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird und daß wir nach beiden Seiten hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weiter gehen. Ich glaube,

daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden ..." (1. Jan. 1947)

„Die Bundesregierung erklärt die feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrecht zu erhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung eigener Militärstreitkräfte zu verhindern ..." (24. November 1949)

„Es muß ein für allemal in der Öffentlichkeit klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und gegen eine Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht bin ..." (4. Dez. 1949)

Es endete in der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr; dabei ist es völlig gleichgültig, ob wir die Polarisrakete schon haben, oder ob wir ihren Besitz nur anstreben.

Keine Partei wagt es, diese frappierenden Widersprüche dem deutschen Volk vor Augen zu führen, es darauf hinzuweisen, wohin das führen muß, und ihm den Weg zu zeigen, der an der unaufhaltsam auf uns zukommenden Katastrophe vorbeiführt. Niemand wagt auszusprechen, daß die Fortführung der bisherigen Politik in einem unvorstellbaren Wettrüsten endet, in dem sich das heutige Wirtschaftswunder wie einst 1933 totlaufen wird und an dessen Ende im Erlebensfall die dritte, sich bereits abzeichnende Inflation innerhalb weniger Jahrzehnte steht.

Niemand wagt dem deutschen Volk zu sagen, daß es mit diesem Wettrüsten ausgeschaltet wird von Wettbewerb und Mitwirkung an den großen, vor uns liegenden Aufgaben in den Entwicklungsländern und auf dem Weltmarkt. Keine politische Partei hat den Mut, der westdeutschen Öffentlichkeit die riesengroße Gefahr eines Krieges als Folge dieser Politik aufzuzeigen. Niemand wagt offen auszusprechen, daß es in einem Krieg mit und ohne Atomwaffen keinen Schutz für die Zivilbevölkerung, für Frauen und Kinder gibt, daß ganz Deutschland hüben und drüben militärischer Operationsraum wird, daß bei der Vorwarnzeit von Sekunden niemand mehr eine Chance hat, rechtzeitig die nicht vorhandenen Schutzräume zu erreichen. Schlimmer noch: die meisten verantwortlichen Politiker selbst haben keine, auch nur annähernd der Wirklichkeit nahe kommende Vorstellung von den im Kriegsfall eintretenden Ereignissen und Schrecken. Man beruhigt sich mit dem planvollen Ablauf der Natomanöver und den hier gestellten Aufgaben, die — im Gegensatz zu den früheren deutschen Kaisermanövern — in ihrer Aufgabenstellung in der Vergangenheit früherer Kriege stecken geblieben sind und mit der heutigen Wirklichkeit nur wenig zu tun haben. Generäle verfolgen auf geheizten Tribünen die Zurückeroberung von Hügelketten und die Vertreibung des dort eingedrungenen Feindes. Das Problem, mit welchen Methoden angesichts der im Ernstfall durch Flüchtlinge und in Panik zurückströmende, alle Straßen und Wege blockierende Menschenmassen eine Feindberührung überhaupt hergestellt werden soll, wird ebensowenig ernsthaft behandelt wie z. B. die Frage der Lebensmittelversorgung dieser Menschen oder gar die ärztliche und pflegerische Versorgung einer strahlenverseuchten oder sonstwie verwundeten Bevölkerung im Frontabschnitt, zu dem die ganze Bundesrepublik gehört.

Die wenigsten haben auch nur den Versuch gemacht, sich an Hand der von der Bundesregierung aufgekauften Hiroshima-Filmkopien einen Anschauungsunterricht zu verschaffen, was diese, für heutige Verhältnisse nur kleine und sehr bescheiden wirkende taktische Bombe an bis heute und noch lange Jahre andauernden Schauerlichkeiten angerichtet hat. Nur sehr wenige kennen auch die ausgezeichneten englischen Lehrfilme (da 1952 gedreht, auch heute schon längst durch die Entwicklung überholt), die ebenso Grauen erregend wie nüchtern ver-

suchen, die Wirklichkeit eines modernen Krieges darzustellen. Nicht um eine Panik hervorzurufen, sondern um zu verhindern, daß das deutsche Volk erneut das Opfer von Illusionen und Nichtwissen wird, haben hier die Parteien anzutreten und aufzuklären. Allerdings wird dann das deutsche Volk kaum mehr Verständnis aufbringen für die Politik der Stärke „hart am Rande des Abgrundes".

Nie war eine Chance für eine Partei so groß, das Volk für eine Politik der Vernunft zu gewinnen, trotz Wirtschaftswunder und Kühlschrankphilosophie und trotzdem alle Mittel der Propaganda, Film, Funk und leider auch Presse, gegen sie stehen würden. Eine Partei, die den Mut hat, fern jeder Ideologie und jeden „...ismus" dem deutschen Volk die Wahrheit zu sagen und ihm einen Weg zu zeigen aus der schrecklichen Sackgasse, in die wir ohne Zwang hineingeraten sind, schafft sich ihr Auditorium und ihre einsatzbereiten Werber selbst. Eine Partei, ob eine der bestehenden oder eine neu gegründete, die sich frei macht von jeder Dogmatik und die sich auffaßt als die „Notgemeinschaft unabhängiger Deutscher", die schon in der Auswahl ihrer Repräsentanten ihre große Spannweite und ihre geistige und materielle Unabhängigkeit unter Beweis stellt, die (wie in der CDU) liberale, konservative und sozialistische Tendenzen eint, die aber — im Gegensatz zur CDU — nur der Wirklichkeit entsprechende und nur ganz wenige konkrete außenpolitische Ziele, vorrangig für die Erlangung einer friedlichen Zukunft des gesamten deutschen Volkes, vertritt, wird das Rennen in der Bundesrepublik machen. Um noch deutlicher zu werden, die Gruppe der Nichtwähler, die Masse der verzweifelt Suchenden auch innerhalb der bestehenden Parteien, die Initiatoren der Testversuche zu Parteigründungen mit noch so guten und ehrlichen Absichten sollten sich ganz ernsthaft die Frage vorlegen, ob sie zur Zeit eine reelle Chance sehen, kurzfristig auf das politische Geschehen in den nächsten Monaten bis zu den unser Schicksal entscheidenden Wahlen einen kursändernden Einfluß zu gewinnen. Die Fragen der Gestaltung der Sozialgesetzgebung, der Wirtschafts- und der Verkehrspolitik sind jedenfalls im Augenblick trotz ihrer großen Bedeutung nicht vorrangig. Die beste Krankenversicherungs- oder Umsatzsteuerreform*), Kindergeldregelung, Neuregelung der Unfallversicherung oder die modernste Agrarpolitik, sogar ein Gesundheitsminister, so wichtig er sein könnte, nützen nichts, gar nichts, wenn eine fehlerhafte, falsch und undeutsch geleitete Außenpolitik das deutsche Volk in einen dritten — begrenzten oder weltweiten, jedenfalls endgültig vernichtenden — Krieg führt.

Die FDP hat einmal die Proklamierung des nationalen Notstandes verlangt. Gewiß, sie wurde dieserhalb von den Ewiggestrigen verlacht. Wenn sie dabei geblieben wäre und ihre politischen Forderungen auf diese Erkenntnis zielbewußt und unbekümmert ob des Gelächters ausgerichtet und energisch vertreten hätte, heute würde niemand mehr lachen. Es genügt eben nicht, Schlagworte in die Welt zu setzen, und dann, wenn sie nicht sofort aufgegriffen werden, wieder so zu leben, als ob man selbst nicht von der Richtigkeit der eigenen Erkenntnis überzeugt wäre. Hätte diese Partei in den vergangenen beiden Jahren seit jener erregenden Nachtsitzung des Bundestages am 23. Januar 1958 das mutige „ich schäme mich ..." von Thomas Dehler zum Ausgangspunkt für eine wirklichkeitsnahe, gradlinige und folgerichtige Politik gemacht, sie wäre heute noch in der Regierung Nordrhein-Westfalen und sie brauchte die Wahlen von 1961 nicht zu fürchten, sie hätte nicht nötig, sich jeden Tag mit der Beantwortung der Frage,

*) abgesehen davon, daß hierzu die Zustimmung der Mächte des Gemeinsamen Marktes erforderlich wäre.

mit wem sie nach 1961 koalieren wolle, aufzuhalten, sie wäre nach dem Willen des Volkes die entscheidende Regierungspartei geworden. Vertan? Noch nicht ganz, wenn es ihr kurzfristig gelingt, dem deutschen Volk glaubhaft zu machen, daß sie ohne auszuweichen aus dem völligen Scheitern der bisherigen Außenpolitik die unerbittlichen und harten Schlußfolgerungen zieht, wenn sie selbst als „Notgemeinschaft freier und unabhängiger Politiker" die längst überfällige Alternative schafft und den kommenden Wahlkampf nur und vor allem unter diesem Zeichen führt.

Zuerst wird man sie totschweigen, dann wird man versuchen, sie wie damals lächerlich zu machen, und schließlich werden die an unserem Unglück Hauptschuldigen sie mit den heute üblichen Mitteln des Rufmordes und der Verleumdung auf das heftigste bekämpfen, schließlich aber wird sie, wenn sie unbeirrt an ihren Erkenntnissen festhält und sie mutig vertritt, die Geschicke des deutschen Volkes entscheidend gestalten.

Eine andere noch offene Frage ist es, ob die FDP in ihren Führungskräften die harte und eiserne Einsatzbereitschaft aufbringen kann, die notwendig ist, um die Wähler und das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß sie eine andere, eine kämpferische Partei geworden ist, mit dem klaren unbeugsamen Willen, das deutsche Schicksal zu wenden. Wenn man in die Ortsverbände, in die Kreisverbände geht, findet man diesen Willen. Hier im Fußvolk der FDP wie in der SPD wie auch in der CDU ist er vorhanden, gestützt von zahlreichen jungen Idealisten, die auf das Zeichen warten. Sie möchten einmal aus heißer Liebe und heiliger Leidenschaft für ihre Sache eintreten, nicht faute de mieux, sondern aus der Überzeugung, das Richtige zu tun für ihr Vaterland.

Und oben? Das im vollen Wortlaut veröffentlichte, schriftliche Interview, das der Bundes- und Fraktionsvorsitzende Dr. Mende der FAZ schickte, gibt noch keinen Anhaltspunkt für das Wollen der Partei. Von sieben Fragen behandeln fünf die Koalitionsmöglichkeiten, eine die Abschlußarbeiten des derzeitigen Bundestages, wobei wiederum die Außenpolitik überhaupt nicht berührt ist, und eine die Frage der methodischen Wahlkampfführung.

Die FDP sollte an den soeben errungenen propagandistischen Erfolg der unabhängigen Wählervereinigungen vor dem Bundesverfassungsgericht denken. Die Wähler sind parteiverdrossen, parteimüde und — satt. Die sinkende Ziffer der Wahlbeteiligung z. B. in dem wohl demokratiefreudigsten Baden-Württemberg sagt etwas darüber aus. In vielen Städten und Dörfern, in denen sich einige tüchtige und unbescholtene Männer und Frauen aufmachen, würden diese Unabhängigen über die wohlorganisierten Parteien triumphieren oder doch zumindest schon im ersten Anlauf sehr achtbar abschneiden. Das könnte leicht auch einmal bei Wahlen zu den Landtagen oder zum Bundestag so sein, wenn man wie bisher mit Parteidoktrinen und Ideologien antritt und wenn die Unabhängigen mit ganz klar umrissenen Forderungen zu den im Augenblick entscheidenden Fragen der Außenpolitik die deutsche Öffentlichkeit in Bewegung bringen, mit Forderungen, über die jeder Mensch nachdenkt und die jedem Denkenden einleuchten.

Zwei Dinge sind es, die das Volk aus seinem gelenkten und beschaulichen Dasein herausreißen können und werden: einmal die Angst vor Krieg und Inflation, zum anderen die Feststellung, daß die verantwortlichen Deutschen nach 1949 in der Wirkung nicht deutsche Politik, sondern amerikanische, englische, französische oder sowjetische Politik gemacht haben, die Feststellung, daß man gar nicht mehr den Willen zu dem Versuch einer eigenständigen deutschen Politik hat.

Eine eigenständige Politik muß ein Ziel haben, heute angesichts der gewitterschwülen und mehr als bedrohlichen Weltlage ein Ziel, das sich nicht auf kleinlich wirkende, nationale Wünsche allein beschränken darf. Sie muß den energi-

schen Versuch machen, die deutsche Situation, die durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges geschaffene Spaltung der Deutschen, in eine über die nationalen Interessen hinausweisende Konzeption zu stellen. Diese kann nicht darin bestehen, daß man den einen Teil Deutschlands immer fester auf der einen Seite einbetoniert, den anderen Teil auf der anderen. Das Ziel konnte und durfte zu keinem Zeitpunkt sein, den Ost/West-Gegensatz zu verschärfen. Die in unser Land aus den USA importierte, von einer provinziellen Sicht hochgezüchtete Meinung „mit den Kommunisten kann man nicht sprechen" durfte gerade in Deutschland keinen Boden finden. Kreuzzugsideologien hätten nicht hochkommen dürfen. Die Ablehnung von Regierungssystemen in fremden Ländern ist zudem eine unmögliche Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse anderer Völker. Kein Mißerfolg eines begonnenen Gespräches mit allen Regierungen, auch den kommunistischen, hätte uns davon abbringen dürfen, immer wieder zu sprechen. Keine deutsche Regierung oder Partei hätte beim Beginn der Koreakrise unbesehen und kritiklos die völlig unbewiesene, wahrscheinlich sogar falsche Zweckbehauptung übernehmen dürfen, daß Südkorea von den Nordkoreanern und damit von Moskau überfallen wurde; auf dieser Behauptung wurde eine bis heute gültige politische Konzeption aufgebaut, beginnend bei dem Angebot deutscher Soldaten für die Gegner des kommunistischen Lagers. Hier liegt der entscheidende und verhängnisvolle Fehler der deutschen Politik der letzten zehn Jahre und der Verzicht auf eine eigene und eigenständige deutsche Politik. Die Meinung, daß eine derartige unparteiische Stellungnahme eine unsere Kräfteverhältnisse weit überfordernde Schaukelpolitik bedeutet hätte, ist lediglich ein Beweis für die Primitivität der Kritiker. Und der zweite? Es war eine all zu simple Vorstellung und eine sehr zweifelhafte Nachahmung der Methoden von Hitler-Goebbels seitens unserer Regierenden, dem deutschen Volk immer wieder den „Bolschewistenschreck" an die Wand zu malen und gleichzeitig von dem Osten als einer ideologischen Einheit zu sprechen. Polen, Ungarn und Jugoslawien allein hätten schon ausreichen müssen, um die Nuancen innerhalb des Ostblockes aufzuzeigen, die Volksrepublik China, von der wir weniger als nichts wissen, brauchte dabei gar nicht einmal herangezogen zu werden. Diese Nuancen sind mindestens so groß wie die Unterschiede unter den Systemen des Westens von Franco über de Gaulle bis zu Großbritannien. Diese Unterschiede erkennen, soll nicht den Versuch propagieren, innerhalb des Ostens Differenzen herbeizuführen. Das wäre ebenso überspannt und irreal, aber auch so unzweckmäßig wie eine deutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West und würde praktisch ebenfalls einer unzulässigen und dummen Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten gleichkommen. Aber diese Unterschiede verlangen eine differenzierte Behandlung der verschiedenen Völker, um mit ihnen zu einem auskömmlichen Zusammenleben zu gelangen.

Eine richtige deutsche Außenpolitik mußte sichtbar daran mitarbeiten, daß die durch zwei Weltkriege in die hinteren Sitze des zweiten Ranges geratenen Völker Europas im Welttheater wieder einen besseren Sitzplatz erhalten. Die früher innegehabten Logenplätze sind zwar als Folge von zwei für Europa verlorenen Weltkriegen vergeben, aber im ersten Rang könnten die europäischen Völker noch einen guten, nicht besetzten Platz finden, wenn sie zu einer großzügigen Kooperation gelangen. Das ist aber nur möglich, wenn alle Völker Europas bei Anerkennung und Achtung der inzwischen zur Macht gekommenen verschiedenartigen Systeme und unter Erhaltung und Pflege der völkischen und kulturellen Besonderheiten der einzelnen Glieder Europas zusammenarbeiten. Osteuropa und ein gespaltenes Westeuropa sind und bleiben nur Teile von Europa, die keine Chance haben, über einen gegenseitigen Konkurrenzkampf hinaus irgend-

eine politische und wirtschaftliche Wirkung auf das Weltgeschehen auszuüben. Diese Überlegungen haben in den zehn Jahren deutscher Politik seit 1949 keine Rolle gespielt, alle Mahnungen dorthin wurden als utopisch, unrealistisch oder romantisch verworfen.

Schlimmer noch: die amtliche deutsche Politik, die von dem ganzen Bundestag getragen war, hat trotz vieler Anregungen in der Vergangenheit nie begriffen, worauf es im letzten ankam. Man hat von weltweiter (globaler) Abrüstung geredet als der Voraussetzung für eine weltweite politische Entspannung. Man begriff und begreift heute noch nicht (falls dieses Postulat wirklich ehrlich gemeint gewesen sein sollte und nicht nur eine Tarnung anderer Absichten), daß die Voraussetzung für jede Abrüstung die Ausräumung politischer Differenzen sein muß. Man will auch heute noch nicht wahrhaben, daß eine gebietsweise politische Entspannung zu einer gebietsweisen Abrüstung als der Einleitung einer weiteren politischen Entspannung und damit am Ende zu einer weltweiten Abrüstung führen kann. Eine deutschen Interessen dienende Politik mußte dieses Ziel einer gebietsweisen Entspannung allein schon um der Zweiteilung Deutschlands willen hartnäckig und konsequent zu erreichen versuchen.

Aber nicht nur um Deutschlands willen hätte man diesen Weg von dem Augenblick an beschreiten müssen, in dem wir eine noch so bescheidene außenpolitische Bewegungsfreiheit bekamen. Wir Deutsche als ein von der Kolonialschuld (nicht auf Grund eigener Einsicht) freies Volk, als ein Volk, das nach zwei Kriegen vom Nullpunkt aus einen neuen Staat aufzubauen hatte, mußten besser als alle anderen Völker dieser Erde wissen, wie ungeheuer schwer ein derartiger Aufbau ist. Wir konnten aus eigener Erfahrung ermessen, welche unvorstellbaren Hilfen dazu gehören, um die nach nationaler Selbständigkeit strebenden und um wirtschaftliche Unabhängigkeit ringenden Völker Asiens, Afrikas und (soweit es die soziale Gestaltung angeht) auch Südamerikas aus ihrer tiefen Armut herauszuführen. Wir Deutsche konnten wissen, daß das gesamte Wirtschaftspotential der westlichen und östlichen Industriestaaten auf sehr lange Zeit auch nicht entfernt ausreichen wird, um die berechtigten und sehr hoch gespannten Erwartungen der Hilfsbedürftigen zu erfüllen. Eine deutsche Politik mußte hier vom ersten Tage an ein ständiger Mahner sein, die sogenannte Entwicklungshilfe nicht dazu zu mißbrauchen und damit völlig zu entwerten, daß man die jungen Völker vor die Notwendigkeit stellt, bei der Annahme von Hilfen gleichzeitig für Ideologien optieren zu müssen. Der jetzt durch die konkurrierenden Angebote entstandene Zustand führt bei der in jedem Fall absolut unzulänglichen Hilfe nicht nur dazu, daß die jungen Völker den Westen gegen den Osten und umgekehrt ausspielen, sondern auch bei dem durch den Konkurrenzkampf bedingten falschen Einsatz der Mittel zu einer ständig steigenden Unzufriedenheit und zu immer beängstigender werdenden inneren Spannungen unter den jungen Völkern selbst. Die Folgen dieser Entwicklung sind heute schon erkennbar, wenn man schon den seit vielen Jahren vorgetragenen Warnungen nicht glauben wollte. An ihrem Ende steht naturnotwendig die harte Absage der jungen Völker an alle Ideologien. Die von Sukarno vor mehr als zwei Jahren in einem sehr lesenswerten Artikel in New Statesman angekündigte Absage aller farbigen Völker mangels Achtung und Vertrauen gegenüber dem „Westen" tritt immer mehr in den Bereich des Wahrscheinlichen. Sukarno hat den Begriff „Westen" ganz klar umschrieben: „Wenn ich Westen sage, dann meine ich die nichtkommunistischen und die kommunistischen Staaten." Er hätte hinzufügen können, dann meine ich die Weißen schlechthin. Erst jetzt — zehn Jahre zu spät — liest man in einigen deutschen Zeitungen (so in einem Leitaufsatz von Hans Zehrer in der Welt) etwas über

dieses Problem, das für unsere politische Haltung bereits seit Jahren ein, nicht der einzige, Motor hätte sein müssen. Die UdSSR wird, ob es ihr gefällt oder nicht, zur weißen Rasse gerechnet. Wenn d e r Westen, nach dem indonesischen Staatspräsidenten also die nichtkommunistischen und die kommunistischen Staaten, in der Frage einer wirklichen Hilfe für die jungen Völker wie bisher versagt, dann steht am Ende eine Spaltung dieser Welt in „farbig gegen weiß", der gegenüber die heutige Ost/West-Spaltung ein Kinderschreck ist. Hier hatte eine deutsche Politik die große Verpflichtung des Ausgleichs; denn die Deutschen standen bei den jungen Völkern weder in dem Ruf, zu den früheren, abgewirtschafteten Ausbeutern zu gehören, noch in dem Verdacht, eine Weltrevolution zu planen. Mit unserer einseitigen Westintegration und mit unserer engen Bindung an die früheren Kolonialmächte wurden die Möglichkeiten, gerade unseren jetzigen Verbündeten zu helfen, sich in der gebotenen Kürze von überkommenen, aber überholten Vorstellungen frei zu machen, verschüttet. Gelingt ein Ausgleich zwischen Ost und West nicht, dann steht am Ende ein Völkerbund der Weißen gegen einen Völkerbund der farbigen Völker. Die Rolle eines Vermittlers zwischen Ost und West aber ist unmöglich, wenn wir in dem bisherigen Stil Politik (nicht!) zu machen fortfahren, wenn wir kritiklos und bedingungslos hinter den primitiven Vorstellungen der in ihrer Führungsrolle noch sehr jugendlichen USA herlaufen, von der Embargopolitik über den kalten Krieg bis zum — Kreuzzug, und wenn wir uns selbst in den Verdacht bringen, an Suezabenteuern oder gar an dem „schmutzigen Krieg" in Nordafrika indirekt mitschuldig zu sein.

Was aber kann und muß heute eine deutsche Außenpolitik tun oder anstreben, um Deutschland aus der Sackgasse herauszuführen, in die wir nicht ohne unsere Schuld geraten sind?

Von dem richtigen Entschluß wird es abhängen, ob es morgen überhaupt noch einen Sinn hat, darüber nachzudenken, wie wir ein neues deutsches Haus errichten und einrichten. Deshalb sollte der Wahlkampf 1961 nur und ausschließlich um den Inhalt einer deutschen Außenpolitik geführt werden. Sie allein entscheidet in den nächsten Jahren über Leben oder Sterben unseres Volkes und jedes einzelnen von uns; aber auch Sein oder Nichtsein mancher unserer Nachbarn wird von unseren Entschlüssen stark beeinflußt werden. Die entscheidende Bedeutung der Außenpolitik rechtfertigt jedenfalls die Zurückstellung aller anderen politischen Fragen auf eine gewisse Zeit, und sie rechtfertigt die Zusammenfassung von Kräften verschiedenster politischer Herkunft, zumindest bis zu dem Augenblick, da Kriegsgefahr und Inflation gebannt sind. Wer aber die Außenpolitik „ausklammern" will, traut dem Volk keine eigene Urteilsfähigkeit zu, will es daran hindern, in seinen Lebensfragen selbst zu entscheiden; er verneint damit die Demokratie an sich und entlarvt sich selbst als schlechter Demokrat.

Sicher ist eins: daß eine neue außenpolitische Konzeption nicht einfach die bisherige Vorstellung ablösen kann unter Außerachtlassung der inzwischen eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen. Das Odium eines Vertragsbruches kann keine deutsche Regierung auf sich nehmen. Es wird vielmehr sehr zielbewußter und nachdrücklicher Unterhaltungen mit den Vertragspartnern bedürfen, um ihnen verständlich zu machen, daß ein neuer Weg deutscher Außenpolitik auch in ihrem eigenen Interesse liegen wird, weil nämlich der neue Weg das große Risiko einer kriegerischen Auseinandersetzung an einem der Schnittpunkte der Gegensätze ohne eine Verschiebung des derzeitigen politischen Gleichgewichtes zwischen Ost und West abbauen wird. Ebenso schwierig werden die Gespräche mit den Ostmächten, insbesondere mit der UdSSR sein; aber auch dieser bietet sich die Chance der absoluten Sicherheit vor irgendeiner kriegerischen Auseinandersetzung an ihrer offenen europäischen Grenze. Auch dann, wenn

diese Chance auf Grund der derzeitigen militärischen Überlegenheit des Ostens nicht mehr so interessant sein mag wie etwa im Jahre 1952, wird man über einen politischen Preis für eine Freistellung von Kräften für interessantere und wichtigere Aufgaben mit ihr sprechen können.

Der unantastbare Grundsatz einer neuen deutschen Außenpolitik muß jedenfalls lauten: Für uns Deutsche gibt es keine territorialen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Gegensätze, die durch einen Krieg oder durch Gewalt gelöst werden dürfen, weil jeder Krieg mit und ohne Atomwaffen für uns als Volk tödlich ist.

Das muß der Ausgangspunkt aller Überlegungen sein. Der zweite Grundsatz kann nur darin bestehen, keine weitere Integration der Bundesrepublik in den Westen zu erstreben oder zuzugestehen. Im Gegenteil muß bei unseren Verbündeten erreicht werden, daß die bisher eingegangenen Verpflichtungen im allseitigen Einvernehmen mehr und mehr gelockert werden und am Ende ersetzt werden durch den Einbau Deutschlands in ein Gesamteuropa, in ein Europa der atomwaffenfreien Staaten und derjenigen europäischen Staaten, die im Zuge der Entwicklung bereit sind, auf bereits eingeführte eigene Massenvernichtungsmittel zu verzichten.

Bis zur endgültigen Ächtung dieser Vernichtungsmittel muß eine weitsichtige deutsche Politik drittens danach streben, den Besitz und das Verfügungsrecht über diese Mittel auf zwei, höchstens drei Staaten zu beschränken. Je weniger Regierungen darüber verfügen, um so geringer wird die Gefahr ihres Einsatzes und auch die Möglichkeit ihrer Verwendung infolge irgendeiner Kurzschlußreaktion.

Zur Einleitung dieser Entwicklung sind folgende Direktmaßnahmen von einer eigenständigen, zielbewußten deutschen Außenpolitik vorzubereiten und in Angriff zu nehmen:

1. Positive Haltung einer Deutschen Bundesregierung zu einer regionalen Entspannung in Europa und zu einem Europäischen Sicherheitsvertrag unter Garantie der atomaren Großmächte mit vereinbarten Rüstungsstärken und ohne vertragsfremde Militärstützpunkte. Das bedeutet für die Bundesrepublik eine Politik des Verzichts auf atomare Rüstung bei gleichem Verhalten der zukünftigen Vertragspartner — denn jede solche Rüstung wird die deutsche Spaltung zementieren und die politischen Spannungen in Europa und in der Welt erhöhen.
2. Entsprechend den von West und Ost in Genf gemachten Vorschlägen: Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses zur Vorbereitung einer gemeinsamen Basis für die Annäherung der beiden Teile Deutschlands, für die Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte in bezug auf das europäische Sicherheitssystem und gemeinsame Vorschläge über Inhalt und Modalitäten eines Friedensvertragsabschlusses.
3. Schluß mit der Hallstein-Doktrin! D. h. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen der Welt.
4. Nach gründlicher diplomatischer Vorbereitung Einberufung einer Konferenz aller europäischer Staaten, soweit sie noch keine Atomwaffen besitzen oder auf bereits vorhandene Atomwaffen zu verzichten bereit sind, mit dem Ziel eines absoluten Verzichtes dieser Staaten auf atomare, biologische und chemische Massenvernichtungsmittel jeder Art.
5. Aktive Friedenspolitik durch Schaffung eines quer durch Europa verlaufenden neutralen Gürtels unter Einbeziehung der skandinavischen Länder und der südosteuropäischen Völker über den von Rapacki vorgeschlagenen

Raum hinaus. Am Ende dieser Entwicklung muß ein neues Gesamteuropa stehen, das gemeinsam mit West und Ost an den großen Entwicklungsarbeiten der Zeit mitarbeitet. Eine gesamteuropäische Investitionsbank ist hierbei das notwendige und nützliche Instrument.

Diese fünf Nahziele sind durch den Bundestag in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht einmal zu diskutieren. Sie müssen aber in dem kommenden Bundestag eine starke Vertretung haben. Wenn also keine der bestehenden politischen Parteien sie kompromißlos und ohne Vorbehalt übernimmt, dann bleibt am Ende kein anderer Weg als der der Neugründung einer Partei, die im Gegensatz zu den bestehenden Parteien alle ideologischen Auseinandersetzungen bis auf weiteres vertagt und darüberhinaus die Meinungsverschiedenheiten über im Augenblick nicht unser Schicksal entscheidende Einzelfragen der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Entscheidungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten überläßt. Wichtig allein ist, daß das zukünftige bundesdeutsche Parlament nicht wie bisher in nächster Zukunft die Lebensfragen des deutschen Volkes „ausklammert", sondern gezwungen wird, täglich zu der gescheiterten Politik der Regierung Stellung zu nehmen und einen brauchbaren Ausweg zu erarbeiten. Vor allem aber sollte in dem bundesdeutschen Parlament einmal deutlich werden, daß die Welt in ihrer Gesamtheit vor einer entscheidenden Wende steht, und daß wir Deutsche bereit sind, bei der Neuordnung des Zusammenlebens der Völker verantwortlich mitzuarbeiten und große Opfer zu bringen.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Das Dilemma des Christenmenschen

In der Logik gibt es ein Denkgesetz, das die Unerbittlichkeit, die in der Wahrheit liegt, besonders auffällig macht. Es ist der Satz vom ausgeschlossenen Dritten. Er lautet schlicht: Etwas ist entweder so oder nicht so. Tertium non datur: ein Drittes gibt es nicht. Beispiele: Ich bin entweder im Haus oder nicht im Haus. Man muß entweder operieren oder nicht operieren. Wir wollen entweder die Wiedervereinigung oder wir wollen sie nicht. Wir riskieren entweder die Vernichtung und Verseuchung von 100 Millionen Menschen oder wir riskieren sie nicht.

Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten ist harmlos, wenn wenigstens eines von beiden, sei es das „entweder", sei es das „oder" harmlos ist. Wir wählen dann die harmlose Möglichkeit. Der Satz ist auch noch relativ human, wenn wir wenigstens wissen, welches von beiden Möglichkeiten das kleinere Übel ist: Wenn die Kropfoperation, mit ihrer heutzutage verhältnismäßig geringen Gefährlichkeit, der großen Gefahr gegenübersteht, die ein weiterwuchernder Kropf für das Leben des Betroffenen bedeutet, dann kann die Wahl der Operation — wenn auch schweren Herzens — klar erfolgen.

Schlimm, ja schrecklich wird dieser Satz, wenn sowohl das Entweder als auch das Oder großes Opfer, großes Leid einschließen, sei es als Gefahr oder als sicheres Faktum. Vor allem dann, wenn wir bei bestem Willen, auch nach zermarterndem Erwägen aller Konsequenzen, aller Eventualitäten nicht schlüssig werden können, welches von beiden nun das kleinere Übel einschließt. Dann sitzen wir in der Zange des Dilemmas. Und wenn dieses Dilemma auch ein mora-

lisches ist, weil sowohl die Entscheidung für das eine wie für das andere ungeheure Verantwortung auf uns lädt, dann heißt es Gewissenskonflikt — Gewissenskonflikt, der uns bis zum Grund unserer Existenz aufreißt und nicht zur Ruhe kommen läßt.

In solchem Gewissenskonflikt befindet sich heute der Mensch, sofern er Menschlichkeit als sein Wesen betrachtet, der Christ, sofern er Christentum als innerste Wahrheit seines Glaubens und Hoffens trägt — und der bundesdeutsche Christenmensch zumal: er ist unausweichlich vor Entscheidungen gestellt, die — wie immer er sie fällen mag — seine Menschlichkeit und seine Christlichkeit in Frage stellen. Dies geschieht schon vor ihm selbst, vor seinem eigenen Gewissensgrund, der ihn fragt: Hast du wirklich rein menschlich und christlich entschieden, ist es dir vollkommen ernst mit Menschlichkeit und Christentum, oder nur mit deiner eigenen, dir passendsten Version von beiden? Und diese Infragestellung geschieht vor der Öffentlichkeit, vor dem Mitmenschen und Mitchristen: Meinst du es ernst mit einem geeinten Deutschland oder nicht? Bist du dir der Verantwortung für den möglichen Atomkrieg klar bewußt oder nicht? Und andererseits: Kannst du die Möglichkeit eines kommunistisch überwältigten Deutschlands verantworten?

Das ist doch das Dilemma, das ehrlich auszusprechen schon zur Verantwortung gehört: Entweder sind wir gegen die bundesdeutsche Atomkriegs-Präparierung oder nicht gegen sie. Gegen sie sein heißt aus dem Klub der unaufhaltbaren Stärkepolitiker austreten, heißt — wollen wir diese Auffassung ruhig einräumen — eine militärisch schwache Stelle in der westlichen Drohfront gegen den Osten riskieren, heißt — wollen wir auch das Letzte einräumen: dem Osten eine Chance mehr oder weniger merkbarer militärischer Überlegenheit geben und damit Bundesdeutschland, einbezogen das übrige Europa, der verstärkten Gefahr kommunistischer Herrschaft aussetzen.

Wir haben diese Einräumungen gemacht, obgleich es politisch und militärisch kräftige Einwände g e g e n sie gibt. Aber gesetzt den Fall, diese Einräumungen seien wirklich nicht auszuräumen, müssen wir uns doch der m ö g l i c h e n Situation stellen, welche sie an den Horizont zeichnen — es ist eine immerhin mögliche: ein kommunistisches Westdeutschland.

Wir müssen uns aber auch der anderen Möglichkeit stellen, die sich am Horizont abzeichnet, wenn wir f ü r die bundesdeutsche Atomkriegs-Präparierung sind (wobei wir unter Atomkriegs-Präparierung den fortschreitenden Prozeß verstehen, der vorläufig erst „Atomwaffenträger" für die Bundeswehr einführt — die sicher zum Abschießen atomarer Sprengköpfe gebaut sind — und der konsequenterweise ganz Bundesdeutschland zum „Atomwaffen-Träger" macht). Diese andere Möglichkeit heißt: eine Potenzierung von Hiroshima. In Hiroshima sind bis heute — 15 Jahre nach Abwurf der Bombe — insgesamt über 250 000 Todesopfer registriert worden, die entweder sofort oder nach mehr oder weniger langem Siechtum gestorben sind. Es war allerdings, im Vergleich zur uns eventuell bevorstehenden H-Bombe, nur eine Miniaturbombe.

Man kann retour sagen: die Möglichkeit solcher atomarer Vernichtung hängt doch nicht ausgerechnet von unserer Zustimmung zur bundesdeutschen Atom-Ausrüstung ab; wir sind also, auch wenn wir zustimmen, für diese Möglichkeit gar nicht verantwortlich. Mit demselben scheinbaren Recht der Ausflucht könnten die Gegner der Atom-Ausrüstung sofort sagen: Daß wir gegen sie sind, davon hängt durchaus nicht die Möglichkeit ab, daß ganz Deutschland kommunistisch wird. Wir sind also für nichts verantwortlich.

Die Kontroverse würde weitergehen, und sie würde sich nur wiederholen, wie es seit Jahren der Fall ist: Im Gegenteil, sagen die Atom-Jasager, unsere

bis ins Letzte konsequente Mithilfe an der westlichen Vernichtungs-Kapazität wird einen atomaren Angriff des Ostens verhindern — und selbstverständlich verhindert sie auch eine kommunistische Invasion in Bundesdeutschland. Und: Im Gegenteil, sagen die Atom-Neinsager, unsere Verweigerung, die atomare Drohfront gegen den Osten zu verstärken, wird das Spannungs-Zentrum Deutschland entspannen, wird eine Verständigung zum modus vivendi, zur Koexistenz, zur zukünftigen Wiedervereinigung fördern — und selbstverständlich verringert sie auch die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs.

Das ist die rein rationale Kontroverse des Abwägens politischer, psychologischer, strategischer Gegebenheiten. Sie hat mit äußerster Gründlichkeit, Nüchternheit, umfassender Sachkenntnis, Vorausschau vielfältiger Konsequenzen zu erfolgen und muß sich vor Simplifikation hüten. Sie hat aber vor allem eines zu bedenken: daß sie eine rationale Kontroverse über zum großen Teil irrationale Faktoren ist: daß sie das plötzliche entscheidende Mißverständnis, das Überspringen der Spannung, das Übertreten der Emotionen, den Kurzschluß der Katastrophen-Auslösung nicht einkalkulieren kann.

Deshalb sind wir nicht nur zu sachlichem Bedenken und immer wieder Bedenken aufgerufen, sondern — in der Unsicherheit unseres Wissens, in der Bangnis unserer radikalen Bedrohung sowohl vom Entweder als vom Oder — zu einer U r e n t s c h e i d u n g gezwungen. Es ist eine menschliche, eine ethische, eine christliche Urentscheidung. Sie soll die Antwort unseres Gewissens sein auf die Frage:

Was würden wir eher riskieren — durch unsere eigene Entscheidung in der Atomfrage: die Erhöhung der Gefahr kommunistischer Invasion oder die Erhöhung der Gefahr atomarer Vernichtung? Wohlgemerkt: Wir können durchaus rationale Gründe haben, die uns die Erhöhung der einen oder anderen Gefahr ausgeschlossen oder unwahrscheinlich erscheinen lassen, so daß wir rein vernunftmäßig zu wissen meinen, wofür wir stimmen sollen. Es geht nicht um das rationale Wägespiel. Es geht um die Frage: W e n n du in diesem Wägespiel zu keiner überzeugten Entscheidung kommen kannst, welche Entscheidung des Gewissens triffst du dann, als die einzige, die dir übrigbleibt?

Wer das Risiko für die Erhöhung der kommunistischen Gefahr vorzieht — v o r z ö g e , falls er keine Überzeugung gewinnen könnte, daß sie unter gleichzeitiger Ausschaltung der Atomgefahr ausschaltbar ist — muß sich die Realität einer eventuellen kommunistisch dirigierten Zukunft vergegenwärtigen. Wer das Risiko für die Erhöhung der atomaren Gefahr vorzieht — v o r z ö g e aus analogen Gründen — muß sich die Realität einer eventuellen atomistisch heimgesuchten Welt vergegenwärtigen. Im Fall Kommunismus ist in Gefahr: Personale Freiheit — christliches Leben. Im Fall Atom ist in Gefahr: menschliches Leben überhaupt — seine Existenz als solche, seine Heilheit. Im Fall Kommunismus droht: in ihren Ausmaßen nicht absehbare Beschränkung der personalen Freiheit und des christlichen Lebens. Im Fall Atom droht: in ihren Ausmaßen nicht absehbare Vernichtung, physische Qual, Verstümmelung menschlichen Lebens.

Hier muß sich allerdings die sachliche Klärung einfügen, was in beiden Fällen „nicht absehbar" heißt. Im ersten Fall heißt es: Wir können nicht absehen, wieweit die Einschränkung personaler Freiheit und christlichen Lebens fortschreiten würde. Wir können es nicht absehen nach der negativen und der positiven Seite: Geht sie, plötzlich oder nach und nach, bis zur praktisch völligen Drosselung dieser beiden Grundwerte unseres Lebens? Oder wird sie, positiv gesprochen, einen Rest von Freiheit und Christlichkeit lassen, eine Reservation der Eigenlebigkeit menschlichen Tuns und Glaubens? Im zweiten Fall heißt es: Wir kön-

nen die Hekatomben der sterbenden und verkrüppelten Opfer eines Atomkrieges zwar quantitativ nicht absehen, aber wir können absehen, daß es Hekatomben, Millionen von Menschen, Männern, Frauen, Kindern, sein würden. Die Richtung zum Positiven, zum noch weniger Furchtbaren, zum — vielleicht — mit aller Seelenstärke Erträglichen, hat hier, jenseits der Grenze des noch tragbaren „strategischen Opfers" keinen Sinn. Wenn einige Planer in Amerika meinen, daß die USA in einem Atomkrieg einen Menschenverlust von etwa 40 Millionen durchaus verkraften könnten, ohne dabei des schließlichen Sieges — des „Endsiegs" — verlustig zu gehen, hat diese Feststellung vielleicht einen kalten militärischen Sinn, menschlich aber ist sie ein Gesinnungs-Verbrechen, ein diabolischer Kalkül.

Es ist wichtig, dieses „nicht absehbar" für beide Fälle zu klären, um festzustellen, für welchen Fall noch mehr Chancen für ein menschliches Dasein offenstehen, das — wenn immer es Opfer verlangt — überhaupt noch einen Rest menschlicher Selbstbejahung behält. Festzustellen auch: Welche Art Dasein scheint uns vom christlichen Glauben und Denken aus dasjenige zu sein — bei allem Charakter letzter Prüfung —, das Gott, als Herr der Geschichte, eher zulassen, eher als Stadium der letzten Endes auf ihn hingeordneten Geschichte gelten lassen würde?

Wie will Gott, daß unsere Entscheidung ausfalle? Sollen wir uns — wenn es nicht anders möglich wäre — im tödlichen Zwang des Entweder-Oder, „für" eine weitgehend kommunistische Welt oder „für" eine weitgehend atomistisch vernichtete Welt entscheiden? Die regierungschristliche Version und die weiter christlicher Kreise, deren Glaubens- und Gewissensintegrität wir durchaus anzuerkennen bereit sind, lautet: Abhaltung des Kommunismus um jeden Preis — auch um den Preis apokalyptischer Vernichtung. Eine kommunistisch regierte Welt ist eine satanisch regierte Welt. Es gilt aber, das Reich Gottes vor dem Reich des Satans zu schützen; denn die christliche Welt ist Gottes Reich, soweit es irdisch zu verwirklichen ist; und die kommunistische Welt ist Satans Reich, soweit es irdisch Fuß gefaßt hat. Gott aber verlangt von uns, daß wir die Welt, wenigstens den Teil der Welt, in dem sein Wort gehört, in der an ihn geglaubt wird, vor dem atheistischen Weltfeind bewahren. Wir müssen eher den Weltuntergang riskieren — notfalls sogar seine Mitwerkzeuge sein — als den Untergang der religiösen Welt in einer profanisierten, gottlosen Welt Gefahr laufen zu lassen. Auf eine Formel gebracht: G o t t b r a u c h t d i e A t o m b o m b e z u r R e t t u n g s e i n e s R e i c h s a u f E r d e n.

Das ist doch die letzte, todesentschlossene Rechtfertigung der Atomrüstung vom Boden des Christentums her, allerdings vom Boden eines Christentums her, das an die Macht des göttlichen Wortes, an die Kraft der Liebe als weltverwandelndes Heil weniger glaubt als an die Macht der Waffen. Die Frage ist jedoch: geht es nur um mehr oder weniger Glauben an das eine oder andere, oder geht es um den Sinn von Gottesglauben und christlichem Glauben und Handeln überhaupt?

Gott braucht uns, oder beauftragt uns, oder macht uns zu Mitstreitern zur Verteidigung seines Reichs auf Erden — und er heiligt für diese erste und wichtigste Aufgabe auch die unausdenklich schrecklichen Vernichtungswaffen: e r übernimmt die Verantwortung für das Ergebnis der Rüstung und des eventuellen globalen Vernichtungskampfs, wenn wir nur, opferbereit wie Abraham und Isaak, seinem Auftrag, den Feind zu bannen und gegebenenfalls zu vernichten, folgen:

Hat Gott uns wirklich, ausgesprochen oder unausgesprochen, diesen Auftrag gegeben? Wer hat ihn je gehört? Hat Gott es nötig, uns diesen va banque-Auftrag

zu geben? Hat er etwa eingesehen, daß seine Gesetze, daß das Evangelium, das er durch Christus verkündet hat, daß das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe, daß sein Auftrag, den Völkern die frohe Botschaft zu verkünden, ihre Wirksamkeit und damit ihren Sinn verloren hätten?

Christus hat gesagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt". Das heißt natürlich nicht, daß es nicht auf dieser Welt — wo immer Menschen guten Willens, Menschen der Gottes- und Nächstenliebe wohnen — Niederlassung finden könne. Heißt das aber, daß es mit den Mitteln verbreitet, gefestigt und verteidigt werden müsse, mit denen man die rein weltlichen Reiche verbreitet, festigt und verteidigt?

Es wäre ein verzweifeltes Eingeständnis zu sagen, daß das Christentum sich bisher nur mit Waffengewalt letzthin durchgesetzt, ausgebreitet und verteidigt habe. Sollte es nunmehr wirklich dazu gezwungen sein, weil es das entscheidende Vertrauen in sich selbst, den Mut zur großen Prüfung, verloren hat? Welches Versagen des Glaubens läge darin, wenn wir Gott und Christus und den Menschen, als Gottes Ebenbild, nur mehr als Größen betrachteten, die keine eigene innewohnende Kraft der Wahrheit mehr haben, um sich in einer auch noch so profanisierten Welt immer wieder zu bestätigen!

Es ist eine Absurdität, der wir uns nur bewußt zu werden brauchen, um uns auf Umkehr zu besinnen: Glaube ist Vertrauen der ganzen Seele auf Gott. Glaube aber muß mit Waffengewalt, sei es mit der entsetzlichsten, gerettet werden! Gesinnungen kann man nicht mit Kriegsgewalt retten. Wenn das nöig wird, ist schon nichts mehr zu retten. Glaube soll vielmehr das sein, was die Welt von der Waffensucht, von der Feindpsychose, von der Verkrampfung des Mißtrauens löst, indem der Glaubende dem Gebote dessen folgt, der Sinn seines Glaubens ist: Du sollst deinen Nächsten, du sollst deine Feinde lieben.

Wenn Christus Atombomben braucht, um seine Botschaft durchzusetzen, dann ist sie schon widerrufen. Zudem würde sie nur ihre eigene Schwäche bestätigen. Sollen w i r sie, als kleingläubige Menschen, widerrufen und das Signum der Ohnmacht auf sie drücken — weil wir keine andere Macht als letztgültige wissen, sie zu retten, als die Macht der perfektionierten Massentötung, der Orgie des Grauens?

Wenn Religiosität und Menschlichkeit tatsächlich durch nichts anderes zu retten wären als durch die Mittel der unmenschlichen Zerstörung, wenn diese Werte keine eigene Kraft zu siegen haben und nie die Substanz der Menschheit bilden können, dann allerdings wäre es Zeit, den Superknopf zu drücken: den Druck zu tun, der eine Menschheit vernichtet, die nur ein Abenteuer des Protoplasmas, mit zeitweiligen Schein-Idealen und Schein-Zielen versehen, gewesen ist. Aber dieser Druck diente nicht um diese Ideale und Ziele zu retten — die zu Farcen geworden wären —, sondern um eine Menschheit auszulöschen, die weder genug Menschlichkeit noch genug Gotteserfülltheit hat, für die der humane Mensch zu irreal und der mächtige Gott zu fiktiv sind, um in der Realität dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen.

Aber es gibt diesen einmaligen Druck, die absolute Vernichtung n i c h t. Es würde immer nur bis auf Überbleibsel vernichtet werden — bis auf menschliche Überbleibsel, die die Ernte des Grauens halten müßten, die Toten abzuräumen, selbst dahinzusiechen, und vielleicht ein krüppelhaftes Dasein von vorne anzufangen. Die Menschheit als ganze kann nicht ausgelöscht werden, sie muß weiterleben. Darum muß sie menschlich weiterleben, es bleibt ihr keine andere Wahl.

Das sind nur Aspekte, aber die Atomstrategen scheinen unter Aspektarmut zu leiden. Sie können sich die Folgen ihrer Vorbereitungen, die sie mehr und

mehr riskieren, nicht ausmalen. Sie rüsten abstrakt, strategisch, nach Reichweiten und Vernichtungs-Radien. Und sie glauben, wenn sie überhaupt glauben, das sei alles im Einklang mit Gottes Willen, weil es unser Auftrag sei, die christlich-abendländische Welt mit jeder auch noch so tödlichen Gewalt zu verteidigen, weil es unsere Pflicht sei, eher den Weltuntergang einzuleiten oder zuzulassen, als den Versuch zu machen, ob Menschlichkeit und Christlichkeit nicht doch stark genug seien, um letzthin den echten, den guten „Endsieg" zu erreichen.

Ist es echt christlich, sich unter einen immer mehr erstarkenden und erstarrenden Panzer zurückzuziehen, um ja nie Gefahr zu laufen, sich der tatsächlichen Bewährungsprobe, der tapferen Bekennung, der geistigen Mission, der Glaubenstat unterziehen zu müssen — ist es echt christlich, wenn dieser Panzer nicht nur ein Panzer ist, sondern eine Sprengladung zur Zerstörung und Verseuchung der gotterschaffenen Welt? Es ist im Grund nicht Politik der Verteidigung des Glaubens, sondern der Verteidigung der Glaubens-Ungeschorenheit. Gewiß soll diese sein, wenn es möglich ist, aber der Preis apokalyptischen Grauens ist zu hoch dafür.

Aber wenn dieses apokalyptische Grauen das von Gott uns seit langem auferlegte wäre? Dagegen ist zu sagen: Es steht nirgends in der Bibel, daß die Christenheit nach Kräften dazu beitragen müsse, es auszulösen. Es steht dem Christen nicht zu, festzustellen, wann Gott den Weltuntergang beschlossen habe — nur weil er, in westlicher Panik, einen Weltuntergang noch für annehmbarer halten würde als einen „Untergang des Abendlandes" in kommunistischer Herrschaft. Das Fazit wäre dann: Wir entschließen uns für den Weltuntergang und riskieren ihn, ja provozieren ihn lieber, um nicht in die große christliche und menschliche Bewährungsprüfung eintreten zu müssen, um nicht unsere abendländisch-christlichen Ideale und Werte innerlich verteidigen zu müssen, um nicht auf die menschliche und geistige Auseinandersetzung mit dem Osten verwiesen zu werden. Es ist klar, daß sie — mit all ihren Nebenerscheinungen — zu fürchten ist, aber wäre sie Grund zur absoluten Verzweiflung, zur Zuflucht in das va banque des Risikos des furchtbarsten, qualvollsten Chaos, das wir uns — siehe Hiroshima — lebhaft genug vorstellen können müßten?

Und ist diese Lösung, um nur vom allgemein Menschlichen zu reden, tatsächlich die „humanere" und die das Humanere eher rettende? Gewiß: Unsere Freiheit ist in Gefahr — ein Leben ähnlich dem der Brüder in der Ostzone und in den Ostländern überhaupt, könnte uns, w e n n alle politischen Heilsversuche scheitern würden, erwarten. Niemand liebt die Freiheit mehr als der Verfasser dieser Zeilen. Aber gibt uns diese Gefahr das Recht, die andere Gefahr ihr vorzuziehen: die des potenzierten Hiroshima?

Man setzt sich der Verdächtigung aus, den Bolschewismus bzw. Kommunismus nicht ernst genug zu nehmen, die Beispiele der Entrechtung, des Zwangs zu vergessen, die den Welthorror davor gestiftet haben, wenn man sagt, daß die Menschen in den östlich ideologisierten Ländern immerhin noch menschlicher leben als ein Rest von Atomkretins — sei es physisch oder psychisch verstanden — leben würde, ganz abgesehen von den Abermillionen, die einen grausigen Tod erlitten haben würden. Aber man muß auch wissen — und sonst setzt man sich andererseits dem Verdacht aus, zu leichtsinnig für die grausige Vollziehung der atomaren tabula rasa zu stimmen — daß der Zustand, den die Atomvernichtung auf Erden schaffen würde, i r r e p a r a b e l ist: sowohl physisch als psychisch — er bedeutet den physischen Ruin und die seelische Verzweiflung von Grund auf: nämlich die Verzweiflung, daß d i e s nötig sein mußte, um endlich zu der Einsicht zu kommen, daß es mit Menschlichkeit,

Christlichkeit hätte möglich sein müssen, die Welt auf den Weg des Guten zu bringen. Es wäre die radikale Verzweiflung des Menschen an sich selbst, in der nackten Überlebendheit bewußt geworden — die Verzweiflung, die heute schon, unbewußt, es ist, welche zur Atom-Rüstung rät und schreitet.

Man muß wissen, daß — solange Menschen physisch leben können, um noch miteinander sprechen zu können — die Hoffnung nicht sinnlos ist, daß das Sprechen auch zum Verstehen, zum Einlenken führen wird. Und für diese Möglichkeit müssen wir uns entscheiden, selbst dann, wenn sie furchtbare Gefährdung einschließt — denn es gibt nichts Furchtbareres als die atomare Massenverbrennung und -verseuchung.

Ethisch zu verantworten ist nur: laßt die Menschheit am Leben — nicht nur einen kretinisierten Rest von ihr —, laßt ihr die Möglichkeit, das Humane in ihr zu erwecken, zum Durchbruch kommen zu lassen — gebt den Menschen die Chance, zu sich selbst, als Bruder und Schwester, zu finden, die ihm völkische und ideologische Entfremdung bisher nicht gab. Auch jenseits des eisernen Vorhangs leben Menschen. Sie mögen verirrt sein, aber sie sind zugleich in ein heilloses Mißtrauen verkrampft, das weiter zu stärken wir nicht das Recht haben. Seit je hat der Mensch es zu sehr aufgegeben, mit dem Mitmenschen zu sprechen, die Kampf- und Kriegsattitude war die primäre — die aus dem Tierreich übernommene. Soll sie beibehalten werden, im circulus vitiosus der Politik der Stärke auf die tödliche Spitze getrieben werden, die Menschheits-Selbstmord bedeutet?

Es wäre ein grobes Mißverständnis unserer Überlegungen, wenn daraus die Meinung entnommen würde, wir hätten uns also damit abgefunden, daß Bundesdeutschland, ganz Europa und vielleicht die ganze Welt nun kommunistisch würden. Mit nichts haben wir angekündigt, daß es so kommen muß. Wir haben nur gefragt: Was tun, wenn es — nach Scheitern aller Verständigungs-Politik — so kommen könnte? Wir haben die furchtbare Möglichkeit ins Auge gefaßt, weil wir sie ins Auge fassen müssen, ebenso wie die andere des Atomtods. Es sind die zwei Möglichkeiten, denen wir uns — als Möglichkeiten — stellen müssen, angesichts derer wir uns — in das unerbittliche Dilemma der Geschichte gestellt — vorentscheiden müssen: Wenn es nur die eine oder die andere Wahl gäbe, wie wählen wir? Welche ist menschlich und christlich die verantwortbarere Wahl? Welches Risiko also wollen wir eher auf uns nehmen in der Entscheidung für oder gegen Atomrüstung?

Wir wollen, durch alles Kalkulieren hindurch, einen radikalen Ansatzpunkt unseres Handelns finden, dem Schwanken für und wider die atomare Aufrüstung ein Ende bereiten. Es muß ein menschliches und christliches Ende sein. Es muß vor Gott entschieden werden, vor Gott, der keine Atombomben braucht, um den Glauben an ihn auf der Erde retten zu lassen.

Dieser radikale Ansatzpunkt allein ist es auch, der unserem Handeln dann die Entschlossenheit gibt, die totale Einstellung auf Versöhnung, Absprache, Vereinbarung auf der Basis gemeinsamer menschlicher Interessen und Bedürfnisse. Deren größtes ist der Friede, der Friede in Freiheit, gewiß — aber ohne Friede, in dem Menschen überhaupt leben können, gibt es keine Freiheit, in der Menschen miteinander leben können. Der entschiedene Wille, der endlich der Drohattitude abgesagt hat, der endlich die Demut gefunden hat, die uns Deutschen besonders anstehen würde, der endlich gar nichts mehr im Sinn hat als die Verständigung, die Bereitschaft zum Verstehen des Gegners, zum Übereinkommen nach bestem modus vivendi — er wird von vornherein schon auch Freiheit stiften. Denn er wird seinerseits Verständnis für Freiheit gewinnen, wie sie der westliche Mensch versteht und braucht. Die gigantische Energie,

Spannung, Opferbereitschaft, die in Rüstung, Bereitheit zum Krieg, ja Atomerwartung investiert wird — sie könnte in einer nicht weniger gigantischen Kampagne des guten Willens, der echten Gesten des Entgegenkommens, der realistischen Bedenkung des fremden Standpunkts, des unermüdlichen Versuchs des Brückenschlags, eingesetzt werden und zu konkreten Ergebnissen führen — weit eher als die Teufelsschraube der Atomrüstung, an der wir Deutsche emsig mitzudrehen endlich unterlassen sollten.

Wir müssen austreten aus dem circulus vitiosus, damit endlich einmal jemand austritt, damit die Schraube stockt, damit eine Stelle der Entspannung entsteht. Wir müssen die Stelle der Schwäche riskieren, weil nur sie die Stelle der Entspannung ist, die erste Bedingung einer Entkrampfung, einer Rückkehr zur Vernunft auf beiden Seiten der Weltblöcke.

Das Dilemma des Christenmenschen, insbesondere des bundesdeutschen, der nicht mehr aus noch ein weiß, ist in Wirklichkeit nur ein Dilemma, solange wir uns nicht genügend klar gemacht haben, was unsere eigentliche menschliche und christliche Aufgabe ist, und solange wir uns nicht bewußt geworden sind, daß wir Gott, den wir allmächtig und allgütig nennen, zu einem verzerrten Schatten machen, wenn wir meinen, der Glaube an ihn und die Treue zu ihm, bestehe in dem Mut, eher die ganze Welt zu vernichten, als den Mut zu haben, Glaube und Treue zu ihm in der Welt selbst zu bewähren, auch wenn sie es uns schwer machen würde.

Das Dilemma ist innerlich, vor dem Gewissen, zu lösen. Nicht ist das Dilemma der Furcht zu lösen, denn Furcht vor einer eventuellen entscheidenden Änderung der Weltverhältnisse, die uns sehr betreffen könnte, haben wir so und so. Aber Furcht bedeutet noch nicht die Katastrophe selbst. Wir können noch vieles tun, um sie zu verhindern. Wenn wir nur den festen Willen haben, die Atomisierung auf jeden Fall zu verhindern, wird dies der erste Ansatz sein, die Kommunisierung zu verhindern, weil es der erste Ansatz zur echten Koexistenz ist.

Das Dilemma ist auch nicht soweit zu lösen, daß wir — als Gegner atomarer Präparierung — der Verdächtigung anderer entkämen, die uns für verkappte Kommunistenfreunde halten. Die Entscheidung für das Entweder: Nein zum Atom! halst uns das Oder auf: eine Stelle der Schwäche im Drohring, und zugleich Tadel, Verdächtigung durch jene, die allein auf den Drohring schwören. Sollen sie es tun — so traurig es ist — aber nicht mehr in Gottes Namen! Sondern höchstens in ihrem eigenen, wenn sie um sich allein mehr als um Glaube, Christus und Gott fürchten. Diese sind ohne Atom-Maschinerie zu erhalten.

Das Fazit heißt: die Potenzierung von Hiroshima wäre nicht das Mittel, durch das die Menschheit im Namen Christi gerettet werden könnte. Sie wäre die absolute Verleugnung seines Namens, seiner Botschaft, seiner Liebe. Sie wäre der Bankerott des Glaubens überhaupt, jedes Glaubens, sei es an Gott, Christus, den Menschen. Deshalb müssen wir uns, vor unserem Gewissen, weigern, diese Potenzierung vorbereiten zu helfen und alles tun, um sie zu verhindern.

Wir allein tragen die Verantwortung für die Zubereitung des Massengrabs Erde — nicht wird sie uns Gott abnehmen; denn er will, daß wir ihn und sein Ebenbild, den Menschen, bekennen, nicht aber, daß wir die Welt zugrunderichten, in der sie bekannt werden sollen.

Wir sind Gegner des atheistischen Materialismus, wenn auch nicht der Menschen, die glauben, in ihm läge das Heil. Aber wir dürfen nicht eine politische Praxis üben, die p r a k t i s c h atheistisch und materialistisch ist: weil wir handeln, als gäbe es keinen Gott, der uns zu sich führt, und als gäbe es keinen Geist, der uns zueinanderführen kann — weil wir unser ganzes Vertrauen, unsere ganze Rettung auf die Materie gesetzt haben.

Prof. Dr. Renate Riemeck

„Einseitig" — für den Frieden

Ein Beispiel für den kalten Krieg

„Es ist ein Irrtum, wenn wir glauben, wir müßten den Frieden erhalten. Wir haben keinen Frieden. Wir müssen den Frieden erringen; wir haben noch keinen."
(Prof. D. Hans Iwand †, auf der Prager Christlichen Friedenskonferenz 1958)

Der kalte Krieg ist — Krieg! Er wird nur mit anderen Mitteln geführt als der „heiße". Er ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Er ist so alt wie der Kampf mit den Waffen. Ob man den Gegner durch Schmähruf zum offenen Streit provozieren oder eine eingeschlossene Burg ohne Schwertstreich aushungern wollte, ob man einem Kreuzzug gegen die widerchristlichen Heiden den Propagandaprediger vorausschickte oder den geplanten Überfall auf einen Staat durch die Verkündung von angeblichen Rechtsansprüchen vorbereitete, — stets ging es um die selbe Sache: der Gegner sollte mürbe gemacht und mit möglichst geringem eigenen Einsatz zum Nachgeben gezwungen werden. Gelang das nicht, dann hatte man die eigenen Kriegsleute psychologisch auf einen Kampf vorbereitet, der das Gewissen kaum noch belastete.

Im Kern handelt es sich beim kalten Krieg stets um die Verneinung der Möglichkeit, mit der „anderen Seite" in Frieden leben zu können, um ein erbittertes Ringen am Rande einer großen Auseinandersetzung, um den Versuch, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen. Gibt er nach, erntet man unblutige Siege. Bleibt er hart, kann man nur den kalten Krieg einstellen oder zum Kampf mit den Waffen übergehen. Der kalte Krieg ist immer ein gefährliches Spiel mit dem „heißen".

Was unsere Situation heute von den Formen der kalten Kriegsführung früherer Zeiten unterscheidet, ist die technische Vollkommenheit der Propagandamittel. Der kalte Krieg kann „total" geführt werden. Er vermag die Beziehungen der Menschen untereinander emotionell und moralisch derart zu vergiften, daß sie sich des Grades ihrer feindselig gewordenen Haltung schon nicht mehr bewußt sind. Es werden schon durch die Verwendung bestimmter Begriffe Ideenassoziationen erzeugt, die automatisch einen fast berechenbaren Reflex hervorrufen. Im politischen Raum sind wir an diesen Ablauf der Reflexe schon gewöhnt. Wie sehr aber der kalte Krieg auch in scheinbar unpolitische Zusammenhänge hineinwirkt, dafür bietet das Verhalten kirchlicher Kreise zu der Prager Christlichen Friedenskonferenz ein aufschlußreiches Beispiel.

„Elige vitam" — wähle das Leben!

Christen aus Ost und West, Vertreter verschiedener Kirchen aus Ländern mit sehr verschiedenen Gesellschafts- und Staatsformen („sozialistischen" und „kapitalistischen"), treffen sich seit 1958 alljährlich in Prag, um dort ein Problem zu erörtern, das seit dem Tage von Hiroshima an die Grundfrage der menschlichen Existenz rührt: das Problem des Friedens. Sie wissen sehr wohl, daß Haß, Selbstsucht und Machtgier zu allen Zeiten die Triebfeder zur Auslösung von Kriegen gewesen sind und daß Kriege immer schrecklich waren und nur in Schulgeschichtsbüchern herrlich sind. Aber wenn man auch in der Vergangenheit den Krieg als solchen mit angeblich realpolitischen Notwendigkeiten zu begründen oder als „Zuchtrute Gottes" zu rechtfertigen vermochte, so hat sich seit dem 6. August 1945 der Charakter des Krieges vollkommen verändert. Er ist durch die

Verwendung der nuklearen Massenvernichtungsmittel nicht mehr als Form des Kampfes zu verstehen, sondern zum Sinnbild der totalen Zerstörung des Lebens, zum Inbegriff apokalyptischen Schreckens geworden.

Es sollte deshalb ganz selbstverständlich sein, daß innerhalb der Christenheit der Ruf zur Umkehr laut wird, und es dürfte auch kein Zufall sein, wenn die Initiative für das Zustandekommen einer christlichen Friedenskonferenz von den evangelischen Kirchen der Tschechoslowakischen Republik ausgegangen ist. Letzteres bedarf einer kurzen Erklärung.

Die tschechoslowakischen Gemeinden der Reformationskirchen haben sich jahrhundertelang gegen die Übermacht ihrer Gegner behaupten müssen und sind auf ihrem Leidensweg daran gewöhnt worden, alle existentiellen Entscheidungen ausschließlich am Worte der Schrift zu überprüfen. Sie sind außerdem Glieder eines Volkes, das im 2. Weltkrieg unter der Schreckensherrschaft der SS unsagbar zu leiden hatte und das — selber an der Auslösung des Krieges gänzlich unbeteiligt — Gegenstand einer willkürlich entfesselten Katastrophe wurde.

Die wachsende Gefährdung des Weltfriedens durch die Atomrüstung, die durch die Natobeschlüsse vom Dezember 1957 eine höchst beunruhigende Zuspitzung erfuhr, ließ deshalb den schon länger gehegten Gedanken einer Christlichen Friedenskonferenz, die der Verständigung und der Versöhnung dienen sollte, Wirklichkeit werden. Im Sommer 1958 traf man sich erstmals in Prag, in diesem Jahr kam man zum 3. Male zusammen.

Diese Christliche Friedenskonferenz, die Vertreter der evangelischen Kirchen aus Bulgarien, aus der Bundesrepublik, der DDR, der CSR, aus Frankreich, Großbritannien, Holland, Jugoslawien, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, der UdSSR, Ungarn und den USA vereinigte, rang zunächst um den theologischen Standpunkt zum Problem Krieg und Frieden im Zeichen der Atomwaffen. „Wir können nicht schweigen, wir dürfen nicht schweigen", sagte der Vorsitzende des Ökumenischen Rates in der CSR, Dr. Viktor H a j e k , 1958 bei der Eröffnung der ersten Tagung, „nicht etwa aus politischen Gründen, obwohl uns auch politische Fragen nicht gleichgültig sind, aber in erster Linie wegen unseres christlichen Glaubens und unserer Verantwortung vor Gott, unserem Herrn."

Gewiß, es ging nicht um politische Probleme. Aber es war allen Beteiligten von vornherein klar, daß man sich nicht in das Niemandsland der theologischen Gelehrsamkeit zurückziehen kann und darf, wenn man nicht mitschuldig werden will an dem, was in der Welt geschieht. Die Frage des Friedens hat eben ihre eminent politische Seite. Man kann nicht sagen: „Atomwaffen? Nein!" ohne gleichzeitig Ja zu sagen zur Entspannung, zur Verständigungspolitik, zur Koexistenz. Für den Frieden sein, heißt also dem kalten Krieg eine Absage erteilen und gegen jede Form der Rüstungspolitik Stellung nehmen. Das hat die Prager Christliche Friedenskonferenz unmißverständlich getan. Sie hat sich nicht nur zur Entspannung, sondern auch zur Überwindung des kalten Krieges bekannt: „Wir können es nicht zulassen, daß die Fronten erstarren und der Abgrund zwischen uns wächst. Wir können nicht die Menschheit und besonders unsere eigenen europäischen Länder in einer ständigen Spannung und in einem nicht verstummenden Mißtrauen lassen", sagte der Dekan der Prager Comenius-Fakultät, Prof. Dr. J. L. H r o m a d k a , auf der zweiten Tagung im April 1959. Und der kürzlich verstorbene Bonner Theologe (der auch Mitarbeiter der „Blätter für deutsche und internationale Politik" war), Prof. D. Hans I w a n d , gab dem Geist dieser Friedenskonferenz mutig Ausdruck, als er sich ein Jahr zuvor zur Koexistenz mit den Menschen bekannte, die in der Lehre von M a r x und L e n i n eine „Lebensordnung" suchen. „Ich will", sagte Iwand, „mit diesen Menschen in einer Welt

zusammenleben, und ich meine, wenn wir das nicht wünschen, dann können wir keinerlei Friedensarbeit tun."

Solche Gedanken sind freilich auch in christlichen Zusammenhängen nicht üblich und konnten deshalb auch kaum unangefochten bleiben. Aber niemand vermag von den Teilnehmern der Christlichen Friedenskonferenz zu behaupten, daß sie „Kommunisten" seien. Dennoch werden die Vertreter des christlichen Friedensgedankens mit wachsendem Unbehagen betrachtet und stoßen auf das Mißtrauen solcher Kreise im Westen, die zwischen ihrem Glaubensbekenntnis und der Ideologie des kalten Krieges eine Brücke zu schlagen versuchen. Denn folgendes hat sich zugetragen: Die evangelischen Christen der Tschechoslowakei hatten in diesem Jahr zu der Dritten Tagung der Prager Friedenskonferenz vom 6.—9. September Einladungen auch an alle Landeskirchen in der Bundesrepublik gerichtet und ihre westdeutschen Glaubensbrüder um eine freimütige und offenherzige Diskussion aller Probleme gebeten, die trennend zwischen den evangelischen Kirchen in Ost und West stehen mögen. Gleichzeitig lud man zu einer „Allchristlichen Weltfriedenskonferenz" ein, die im Jahre 1961 stattfinden soll.

Nun zeigte es sich, wie verhängnisvoll das Denken in den Kategorien des kalten Krieges die in der sogenannten „freien Welt" lebenden Christen in ihren Entschlüssen einengt. Das Lutherische Kirchenamt in Hannover meldete in einem Rundschreiben an die Kirchenleitungen der „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands" (VELKD) „entschiedene Bedenken gegen die Bewegung sogenannter christlicher Friedenskonferenzen" an und lehnte die Einladung zu einer freien und offenen Aussprache mit der Begründung ab, daß die Vorbereitung und Durchführung der Prager Veranstaltungen „sachlich und personell einseitig" sei. Man darf wohl vermuten, daß das Rundschreiben nicht ohne Mitwirkung des Landesbischofs Lilje zustandekam, der den Vorwurf der „Einseitigkeit" bekanntlich auch gegen die Unterzeichner der Heidelberger Erklärung eines Arbeitskreises der Kirchlichen Bruderschaften erhob (vgl. August-Heft der „Blätter", Dokumentation). Die „eigentlichen Bedenken" richteten sich jedoch, wie das Lutherische Kirchenamt darlegt, „gegen die unrealistische Vereinfachung der Probleme". Man erwecke in Prag den Eindruck, „als ob es zur Lösung der gegenwärtigen Aufgaben der Christenheit in Fragen des Weltfriedens nur eines bestimmten radikalen Entschlusses bedürfe". Die Prager Friedenskonferenzen seien „mit einem bestimmten politischen Interesse verbunden". Die Begründung für die nachgerade chronisch gewordene „Distanzierung" von solchen Menschen des östlichen Machtbereichs, die vorbehaltlos für den Frieden eintreten, und der Vorwurf der „Einseitigkeit" und „Radikalität" sind so charakteristisch für das Denkschema des kalten Krieges, daß es notwendig ist, sich damit etwas eingehender auseinanderzusetzen.

Abgesehen davon, daß es erschreckend ist, wenn eine kirchliche Dienststelle sich weitgehend mit den vorherrschenden Auffassungen bestimmter politischer Kreise ihres Staates identifiziert, wie es bei dieser Absage an die Einladung zu einer freien Diskussion unter Christen (!) geschehen ist, läßt sich an der Stellungnahme des Lutherischen Kirchenamtes geradezu symptomatisch aufweisen, gegen welche Art von Anwürfen jede ernstzunehmende Organisation der Friedensbewegung in der Bundesrepublik ebenso gefeit sein muß wie jeder einzelne, der für Frieden und Verständigung eintritt.

Entschlossenheit ist unerwünscht

Man wirft also der Prager Friedenskonferenz vor, daß sie „sachlich und personell einseitig" und mit einem „bestimmten politischen Interesse verbunden"

sei. Hier wird nun sofort deutlich, was wir eingangs als den Automatismus der Reflexe im kalten Krieg beschrieben haben. „Einseitig" — d. h. doch wohl prokommunistisch, und „bestimmte politische Interessen" können doch wohl nur nichtwestliche Interessen sein. Also ist die ganze Angelegenheit schon höchst verdächtig. Aber wie steht es eigentlich mit der Einseitigkeit und den politischen Interessen?

Selbstverständlich ist die Sache des Friedens an ein „politisches Interesse gebunden". Wer den Frieden will, kann ihn nicht durch Beschwörungen herbeiführen, sondern muß politische Überlegungen anstellen. Wer den Frieden will, muß z. B. von der Abrüstung und nicht über Polarisraketen, von der „Koexistenz" und nicht über „Todfeindschaft" reden. Er darf sich auch dann nicht von seinem Einsatz für den Gedanken einer internationalen Verständigung, eines Rüstungsstopps in Mitteleuropa, einer Zone der militärischen Entspannung, eines Verbots der Kernwaffenversuche und der Herstellung atomarer Massenvernichtungsmittel abbringen lassen, wenn diese Forderungen gleichzeitig auch auf dem Programm der sowjetischen Politik stehen.

Die tschechoslowakischen Theologen, die die Prager Friedenskonferenz tragen, leben in einem Staat des sogenannten „Ostblocks". Sie wollen den Frieden. Sie lieben ihr Volk und als Christen müssen sie auch diejenigen lieben, die nicht Christen sind, und es ihnen doch nicht verwehren, das Evangelium zu predigen und Gottesdienst zu halten. Sie sind während der Herrschaft einer christlichen Obrigkeit — im Habsburgerreich nämlich — durch eine lange Zeit der Verfolgung gegangen und verhalten sich deshalb heute zu ihrer nichtchristlichen Regierung durchaus anders, als wir es im Westen gemeinhin von ihnen erwarten. Sie wollen nicht gewaltsam „befreit" werden. Sie halten die Erklärung eines politischen Gegners zum „Todfeind" für unchristlich und begreifen es nicht, daß man die Anwendung von Atomwaffen gegen die Menschen in kommunistisch regierten Ländern als religiös vertretbar bezeichnet. Sie werden es auch schmerzlich vermerken, daß man ihre Einladung ausschlägt und es nicht verstehen können, weshalb kirchliche Kreise in der Bundesrepublik vor ihnen warnen, aber darauf verzichten, mahnend und verweisend zu der Äußerung des amerikanischen Kardinals Spellman Stellung nehmen, der auf dem Eucharistischen Kongreß in München ausrief: „Die Zeit wird kommen, in der die heutigen kommunistischen Herrscher hinweggefegt werden. Bis zu diesem Tage dürfen wir nicht ruhen!" Es steht zu befürchten, daß hier ein weitreichenderes „politisches Interesse" vorliegt als bei der Prager Christlichen Friedenskonferenz, der man „personelle und sachliche" Einseitigkeit nachsagt. Warum eigentlich? Wenn sie „personell einseitig" ist, d. h. mit solchen Christen beschickt wird, die in den kommunistischen Ländern leben und dort nach dem Rat des Propheten Jeremia „der Stadt Bestes suchen", so kann man dem ja leicht abhelfen, indem man von dem großzügigen Angebot der tschechoslowakischen Kirchen Gebrauch macht und in großer Zahl westliche Vertreter hinschickt! Weshalb aber glaubt man einer Christlichen Friedenskonferenz „sachliche Einseitigkeit" vorwerfen zu dürfen?

Man kann nur einseitig für den Frieden sein, wenn der Krieg und die Rüstung zum Kriege die ganze Menschheit mit der Vernichtung bedroht. Bei dem gegenwärtigen Stand der Kriegstechnik und der durch zwei Weltkriege widerlegten, unsinnigen Theorie von der „Begrenzbarkeit des Krieges" kann es in der Friedensfrage überhaupt nur eine einseitige Haltung geben. Eine christliche Friedenskonferenz, auf der man darüber berät, wie man Menschen lehren könnte, sich mit den Schrecken der Atomkriegsrüstung abzufinden, muß undenkbar bleiben; denn es gilt auch heute unverändert, was Heinrich Vogel in seinen 60 Thesen formuliert hat: „Es gibt keinen denkbaren Zweck, durch den Massenvernich-

tungsmittel, ihre Herstellung, Erprobung und Anwendung gerechtfertigt werden könnte." Daraus ist dann allerdings auch zu folgern, daß diejenigen, die sich diese Erkenntnis zu eigen gemacht haben, zu dem berühmten Rapackiplan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa oder zu den sowjetischen Vorschlägen für eine totale Abrüstung eine positive Einstellung gewinnen müssen. Oder darf man diese Vorschläge etwa nur deswegen nicht begrüßen, weil sie aus Moskau kamen?

Wenn das Lutherische Kirchenamt in Hannover aber der Prager Friedenskonferenz eine „unrealistische Vereinfachung der Probleme" zum Vorwurf macht und Bedenken gegen die Vorstellung erhebt, daß es in „Fragen des Weltfriedens nur eines bestimmten radikalen Entschlusses bedürfe", so hat es bewiesen, daß es die Intentionen der Prager Christen durchaus richtig erkannt hat.

Es sind dies auch die Intentionen aller um den Frieden ringenden Menschen in der Welt. Es bedarf in der Tat eines „radikalen Entschlusses", wenn man dem Wahnsinn des atomaren Wettrüstens Einhalt gebieten und den mit der Planung „kleiner, lokal begrenzter Kriege" beschäftigten Militärs das Handwerk legen will. Die Probleme, die es zu lösen gilt, sind deshalb auch wirklich auf einen sehr einfachen Nenner zu bringen: Es geht um Krieg oder Frieden, um das Zusammenleben der Menschheit in verschiedenen Staatsformen und Gesellschaftssystemen oder um die gegenseitige Vernichtung. Wenn die Menschheit nicht in den Abgrund stürzen soll, an deren Rand man, einer bekannten Doktrin zufolge, Politik zu treiben versucht, dann muß man allerdings den „radikalen Entschluß" fassen, den Krieg grundsätzlich zu ächten und mit zäher Geduld den Weg der Verständigung zu beschreiten.

Kriegsdienstverweigerung im kalten Krieg

Es ist ein furchtbares Zeichen für die zersetzende Kraft der Propaganda des kalten Krieges, wenn man nicht einmal auf dem Boden der Kirche miteinander ins Gespräch kommen will. Diejenigen, die der Prager Friedenskonferenz vorwerfen, sie sei „einseitig", machen nicht einmal den Versuch, mit der anderen Seite in Kontakt zu kommen. Sie lehnen das Gespräch ab, weil sie befürchten, daß es dem „Osten" ins Konzept passen könnte, und ergreifen damit ihrerseits doch unverkennbar „einseitig" Partei für das westliche Lager. Oder gehört es nicht zur Doktrin der „Abendländler", daß man jeden, der für Verhandlungen und gegen die Aufrüstung spricht, jeden, der „östliche" Vorschläge für diskutabel hält und in der Fortsetzung einer Politik der Stärke eine Gefahr für den Frieden sieht, als Kollaborateur der Kommunisten diffamiert? Denn dieses ist doch wohl gemeint, wenn man von der Prager Friedenskonferenz behauptet, sie sei „mit bestimmten politischen Interessen verbunden". Aber verbindet man sich nicht bereits mit anders gelagerten „politischen Interessen", wenn man mit den eigenen Glaubensbrüdern nicht mehr über den Frieden reden will?

Das Gift des kalten Krieges hat das Denken vieler Menschen infiziert und in ihnen das Gefühl dafür ertötet, daß sie sich dauernd in Widersprüchen bewegen. Es ist das kleine Einmaleins der Politik, daß man den Frieden nur suchen und wahren kann, wenn man mit allen Völkern Kontakte sucht und pflegt. Mit denjenigen, mit denen ich nicht einmal reden will, kann ich nicht zum Frieden gelangen. Das ist eher eine Binsenwahrheit als eine „unrealistische Vereinfachung der Probleme".

Die Diskussion um die Prager Friedenskonferenz zeigt eindeutig, worum es heute geht. Der Friede kann heute nicht mehr Gegenstand philosophischer Erörterungen sein, bei denen man sich mit „interesselosem Wohlwollen" seine Gedanken machen darf. Der Friede ist eine höchst politische Angelegenheit.

So wenig wie sich die Teilnehmer der Prager Christlichen Friedenskonferenz mit der bloßen Verurteilung der Atomwaffen als widergöttliche Zerstörungsmittel begnügen können und dürfen, weil das Nein zur Atomrüstung das Ja zur Koexistenz erfordert, so wenig dürfen sich auch die realistisch denkenden Pazifisten des Westens von der Ideologie des kalten Krieges beirren lassen, die ihnen vorschreiben möchte, daß sie sich erst dann als „unabhängig" fühlen dürfen, wenn sie etwaige Abrüstungs- oder Entspannungsvorschläge des Ostens als „kommunistischen Betrug" abzutun gelernt haben. Der echte Pazifismus in unserer Zeit beginnt mit der Kriegsdienstverweigerung im kalten Krieg. Es mochte früher einmal möglich sein, die Ablehnung des Krieges als Mittel der politischen Auseinandersetzung dadurch zu dokumentieren, daß man sich weigerte, die Waffe in die Hand zu nehmen. Heute reicht der bloße „Ohne-mich-Standpunkt" nicht aus; denn es geht nicht mehr um Krieg oder Frieden, sondern um Frieden oder Untergang. An dem Untergang der Menschheit aber mache ich mich auch dann schuldig, wenn ich zwar die Atomrüstung ablehne, aber doch nichts tue, um den kalten Krieg, der jederzeit in einen „heißen" umschlagen kann, zugunsten einer friedlichen Auseinandersetzung abzubauen. Mit anderen Worten: Man muß dem wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb der beiden Weltsysteme politisch die Wege ebnen helfen, wenn man den Frieden retten will.

Eine der ältesten Friedensorganisationen der Welt trägt den Namen „War Resisters' International". Ihr deutscher Zweig hat sich bedauerlicherweise in deutscher Übersetzung die Bezeichnung: „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IdK) gegeben. Aber das trifft die Sache nicht. War Resisters sind „Kriegswiderständler", Leute, die dem Krieg als solchem, seiner Vorbereitung und Durchführung in jeder Weise widerstehen wollen. Es sind aktive Friedenssucher, nicht nur passive Wehrdienstverweigerer. Wer nun aber den Frieden sucht, weil Leben und Frieden eins geworden sind, muß Gegner des Krieges werden: War Resister im eigentlichen Sinn des Wortes. Er muß auch wissen, daß allein noch ein „radikaler Entschluß" die Menschheit vor der Vernichtung bewahren kann: die Ächtung des Krieges und die Bereitschaft zu Verhandlungen mit allen Völkern. Die Voraussetzung dafür ist die klare Absage an den kalten Krieg mit seinen Vorurteilen und Wunschbildern, die der Möglichkeit einer Verständigung mit den Andersdenkenden entgegenstehen und sowohl Angst als auch Überheblichkeit gegenüber dem angeblich „potentiellen Feind" erzeugen. Deutlich zu machen, daß der einzig wirkliche Feind der Menschheit der Krieg ist, dürfte die politische Aufgabe der verschiedenen Friedensverbände sein, die sich dabei getrost den Vorwurf der „Einseitigkeit" gefallen lassen und ihn zu einem positiven Begriff umwandeln sollten. Oder ist es nicht ehrenvoll, einseitig für eine Friedenspolitik einzutreten?

Dr. Viktor Kadalie

Die Kongo-Krise und die Emanzipation Afrikas

Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich politisch-soziale Kräfte herausgebildet, die neue Realitäten darstellen, mit denen der Westen zusammenleben und auszukommen versuchen, die er verstehen lernen muß. Die große afro-asiatische Evolution steht als übergeordneter Begriff für diese neuen, sich herauskristallisierenden und manifestierenden Kräfte. Sie sind Produkte verschiedenartiger Kulturkreise und unterschiedlicher politischer Systeme. Ihre Hintergründigkeit, Mannigfaltigkeit und — noch wichtiger — ihre eigene Kausalbedingtheit zu verstehen, erfordert eine neue Art des Denkens, das Anlegen neuer Maßstäbe. Der traditionellen europäischen Denkart in sachquantitativen Kategorien, dem konventionellen europäischen politischen Jargon mag es gelingen, Verlauf und Strukturformen der afro-asiatischen Evolution zu erkennen, ihr Inhalt und Sinn aber kann so nicht voll erfaßt werden. Das Aufbrechen einzelner Evolutionsphasen, der plötzliche Übergang einer Phase in eine andere völlig neue, oft mit entgegengesetzter Tendenz — hierher gehört die pazifistische Bewegung in Japan ebenso wie der Sturz von Menderes oder Syngman Rhee —, beruhen nicht primär auf einem politischen Dogma. Die menschliche Natur zusammen mit rationalistischen Denkvorstellungen zeigt die Tendenz, politische Systeme zurückzuweisen, die in den Augen der jeweiligen Gesellschaftsordnungen eine negative, schlechte Auswirkung zeitigen. Hierbei spielt die Frage der Ethik oftmals eine größere Rolle als die Frage nach politischer Zweckmäßigkeit.

Aus eben diesen Gründen ist es für eine Beurteilung der heutigen Situation im Kongo unumgänglich, zunächst einmal zu erkennen, was für die Afrikaner negativ an dem belgischen Kolonialsystem war, unter dem politischen Aspekt und, nicht minder wichtig, dem menschlichen Aspekt. Ohne diese Voraussetzung wird es kaum gelingen, die gegenwärtigen Geschehnisse im Kongo zu verstehen.

Die Berichte in der westlichen Presse berücksichtigen diese Aspekte kaum, wenn sie vereinzelt Erwähnung finden, werden sie nicht bis zur letzten Konsequenz aufgezeigt. Die Berichterstattung über die Suez-Affäre, über Algerien, die Apartheidpolitik der Südafrikanischen Union und gegenwärtig über die Situation im Kongo neigen mehr zur sensationellen Darstellung. Die aktuellen Ereignisse werden geschildert, Lumumbas scheinbar widersprüchliche Reden zitiert, seine Handlungsweise registriert ohne daß die unumkehrbare Verknüpfung von Ursache und Wirkung untersucht wird.

Lumumba, Nasser, Nkrumah, Sekou Touré sind nicht die Schöpfer der evolutionistisch-nationalistischen Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent, sie wirken nur als auslösender Faktor für die langangestauten Gefühle der Verbitterung und Unzufriedenheit bei ihren Volksmassen, Gefühle, die geprägt wurden durch die Beziehungen zwischen Schwarz und Weiß während der Kolonialherrschaft.

Das Kolonialsystem als solches kannte — ganz abgesehen von seinen guten und schlechten Seiten —, nur eine Beziehung zu den afrikanischen Menschen, und das war in der Hauptsache ein „Master-Servant"-Verhältnis. Die Begriffsbestimmung für die Festlegung dieser meistenteils unüberbrückbaren Schranken gab die weiße oder schwarze Hautfarbe. Dieses pathologische Verhältnis zeigte denn auch entsprechend pathologische Ergebnisse, vor allem in den menschlichen Beziehungen zwischen Schwarz und Weiß!

Keines der verschiedenen Kolonialsysteme verwirklichte den im Bereich des Möglichen gelegenen dreifachen Idealzustand einer Regierung der afrikanischen Massen: keine Rassendiskriminierung, keine rücksichtslose Ausbeutung, eine fortschrittlich-vorbereitende politische Entwicklung. Die Unzufriedenheit der afrikanischen Völker, der Ursprungsquell der nationalistischen Bewegung in den verschiedenen Kolonialgebieten beruhte darauf, daß jeweils nur eine oder überhaupt keine dieser Möglichkeiten verwirklicht wurde.

Das britische System verfolgte eine allmählich vorbereitende Entwicklung zur Selbstregierung der Afrikaner, war aber andererseits geprägt von einer krassen Rassendiskriminierung. Das französische und portugiesische System dagegen kannte keine ausgesprochene Diskriminierung der afrikanischen Rasse, aber es wußte eine eigenständige politische Entwicklung zu verhindern und beschränkte die politische Betätigung der Afrikaner auf einige Abgeordnetensitze in der Parlamentszentrale des Mutterlandes. Das belgische Kolonialsystem war geprägt von einem wirtschaftlichen Paternalismus; man gewährte den afrikanischen Arbeitermassen in den Industriezentren ausreichende soziale Bedingungen, hielt sie aber bildungsmäßig und politisch rückständig.

Jedes dieser Kolonialsysteme war einseitig und — in den Augen der Afrikaner — so ausgerichtet, daß es den Interessen der jeweiligen Kolonialmacht am besten diente und deshalb auch kaum einen Ansatzpunkt für eine entwicklungsfähige echte Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Schwarz und Weiß bot. Selbst der großartigen philantrophischen Bewegung in Europa, die dann zur Abschaffung des Sklavenhandels führte, fehlte die letzte Konsequenz: Sie versäumte es, die afrikanischen Menschen mit dunkler Hautfarbe und negriden Gesichtszügen von einem Warenobjekt zu gleichwertigen Menschen zu rehabilitieren; sie versäumte es, die diskriminierenden Denk- und Gefühlsvorstellungen weißer Menschen bis zur letzten Konsequenz zu bekämpfen.

Am Beispiel der Apartheiddogmatik der Südafrikanischen Union und des belgischen Kolonialsystems wird deutlich, daß egoistische Politik und Wirtschaftsinteressen im Vordergrund standen bzw. immer noch stehen und auf Kosten einer fortschrittlichen Entwicklung der afrikanischen Menschen betrieben werden.

Vor einigen Jahren gab der belgische Kolonialminister D a q u a i eine offizielle Erklärung ab, daß die belgische Regierung gegen eine Universitäts- oder sonstige Ausbildung von Kongolesen in Europa sei, weil sie dann politisch erwacht zurückkehren und sich gegen die Kolonialherrschaft auflehnen würden. Obgleich die Kongo-Kolonie als eines der reichsten Gebiete Afrikas die Heranbildung einer Eliteschicht ohne große Anstrengung hätte möglich machen können, hat die belgische Regierung in voller Absicht den status quo aufrecht erhalten. Selbst gebildeten Afrikanern aus anderen Teilen des Kontinents wurde es fast unmöglich gemacht, den belgischen Kongo zu bereisen. Von Europa bereits vergessen, aber von den Kongolesen noch unvergessen stehen die Millionen gequälter und getöteter Afrikaner, die seinerzeit zu Beginn der Inbesitznahme des Kongo durch Belgien ihr Ablieferungssoll an Elfenbein nicht erfüllt hatten. Und dieses dominierende wirtschaftliche Eigeninteresse Belgiens wurde, wenn auch nicht länger mehr in dieser unmenschlichen Art, weiterverfolgt. In den Industriezentren gab man den afrikanischen Arbeitermassen genügend zu essen, gab ihnen gute Sozialbedingungen, um dadurch ihre Arbeitsleistung zu erhöhen. Die großen Konzerne betrieben eine nüchterne Kalkulation von Investion und Profit, wobei für den humanitären Aspekt kein Platz mehr blieb, der doch nach abendländischer Tradition außer einem gefüllten Magen dem Individuum das Recht auf eine Entwicklungschance zuspricht. Paradoxerweise erwartet man nicht nur in Belgien, sondern auch in den übrigen Ländern des

Westens, daß die Gewährung der Unabhängigkeit plötzlich aus dem Nichts sozusagen bei den Kongolesen ein Gefühl des Vertrauens, des Glaubens an gleichberechtigte Partnerschaft habe erwecken können, zur gleichen Zeit, da die Belgier den bedeutsamen Satz prägten: Wir gehen, um zu bleiben!

Die Behandlung der Weißen im Kongo soll nicht gerechtfertigt werden, aber sie ist verständlich. Das Vorgefallene ist bedauerlich, aber die Schuldfrage findet ihre Antwort in der Verkettung von früherer Schuld und der Reaktion darauf. Die Prognose von der „Nacht der langen Messer" ist nicht eingetreten. Es kam unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung zu den bekannten Ausschreitungen, die vierzig Weißen das Leben kosteten und Tausende zu panikartiger Flucht trieben, wodurch der Aufstand meuternder Soldaten mehr Bedeutung erhielt als er im Grunde genommen hatte. Ein gewaltsamer Tod läßt sich in keinem Falle rechtfertigen; aber wir Afrikaner registrieren mit Bitterkeit, daß Totschlag, Mißhandlung und Folterung von afrikanischen Menschen (beispielsweise in Algerien und Südafrika) im westlich-humanitären Denken nicht immer dieselbe Empörung und entsprechenden Maßnahmen hervorrufen wie im Falle einer viel geringeren Anzahl weißer Todesopfer oder Mißhandelter. Es muß daran erinnert werden, daß gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum erstenmal in der jahrzehntelangen Kolonialgeschichte Kenyas ein Weißer die Todesstrafe für die Tötung eines Afrikaners erhielt.

Die pan-afrikanische Bewegung bekennt sich zur Gewaltlosigkeit, sie lehnt den Gedanken einer vergeltenden Diskriminierung der weißen Rasse ab; aber wenn, wie im Falle Belgiens, der Bogen überspannt wird, ist es schwer, einen Ausbruch der Verbitterung der Massen zu verhindern. Die Belgier haben in all den Jahrzehnten die Ausbreitung des afrikanischen Nationalismus auf dem afrikanischen Kontinent ignoriert, bis vor kurzem der Druck der Kongolesen zu stark wurde und sie die Kolonie wie ein glühendes Eisen fallen ließen. Die führenden Leute der Kongolesen hatten selber nicht mit dem Gefühlsausbruch ihrer Landsleute gerechnet und sahen sich nicht in der Lage, ihn mit einer sofortigen Gegenmaßnahme einzudämmen. Der Zündungsfunke lag dabei, wie bekannt, in der Haltung der belgischen Offiziere, die sich weigerten, dem neuen Zustand der Gleichberechtigung Rechnung zu tragen. Sie wiesen die Forderung kongolesischer Soldaten nach eigenen Offizieren ab.

Die Reaktion der Kongolesen ist nach all dem wohl nicht auf einen Zustand von Barbarentum, Primitivität, kindlicher Grausamkeit, kommunistischer Beeinflussung und dergleichen mehr zurückzuführen, wie es andeutungsweise in der westlichen Presse zu lesen stand. Sie wurden während der Kolonialherrschaft der Belgier als Menschen schlecht behandelt und reagieren bei einer Herausforderung im Affekt entsprechend.

Stammesverschiedenheiten und blutige Fehden untereinander bilden im Kongo keinen Einzelfall, das gibt es auch noch in zahlreichen anderen unabhängigen afrikanischen Staaten. Die Situation im Kongo erhielt nur noch eine besondere Prägnanz und Schärfe durch die Haltung der Belgier, die ein Intrigenspiel um Katanga mit T s c h o m b é als Strohmann in der vordersten Linie begannen. Sie unterstützten K a s a v u b u , um die Föderalisierungstendenzen durchzudrücken. Als damals auf der Brüsseler Konferenz während der Unabhängigkeitsverhandlungen die Belgier gezwungen waren, Lumumba aus dem Gefängnis an den Verhandlungstisch zu holen und Kasavubu den Sitzungssaal verließ — also entgegen allen Mutmaßungen zunächst einmal Lumumba das Rennen machte —, da war es den afrikanischen Beobachtern klar, daß ein Nachspiel folgen würde.

Es gibt zahlreiche europäische Kreise, die sehr schnell zu der Schlußfolgerung gelangt sind, daß auf Grund der Unruhen im Kongo die Kolonialherrschaft zu

rechtfertigen sei, daß ohne die Regierungsmacht der Weißen Verfall und Ausschreitungen an der Tagesordnung sein würden. Eine solche Folgerung ist falsch. Ein solches Entweder-Oder hat einen falschen Ausgangspunkt und geht entsprechend in falscher Richtung. Die chaotischen Zustände im Kongo haben ihre Ursache weder in der Aufsässigkeit der kongolesischen Massen, in dem Meutern der Soldaten, noch in den radikalen Forderungen nach Einigkeit und Einheit des Kongo-Gebietes. Die Ursache liegt wie zuvor erwähnt in dem „Schmalspursystem" der belgischen Kolonialpolitik und in der Haltung der Belgier, die ihre Einwilligung zur völligen Unabhängigkeit gaben und durch die Hintertüre von Katanga ihre wirtschaftliche Machtposition in der selben Form wie bisher erhalten wollten. Es gibt zahlreiche Beispiele auf dem Kontinent, daß unabhängig gewordene afrikanische Länder mit der ehemaligen Kolonialmacht loyal zusammenarbeiten, Hilfe erhalten und bereitwillig entgegennehmen usw. Ghana und Mali sind hier keine Ausnahmefälle.

Die Afrikaner in der Südafrikanischen Union haben, verglichen mit anderen Kolonialgebieten, dank des Einsatzes der Missionare einen hohen Standard an Schulausbildung. Trotz dieser günstigen Voraussetzung einer relativ weit gestreuten intellektuellen Eliteschicht und eines verhältnismäßig niedrigen Prozentsatzes an Analphabeten werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach eines Tages die gleichen Probleme wie im Kongo ergeben, wenn die Auseinandersetzungen der Afrikaner mit der weißen Regierungsmacht in das letzte Stadium tritt, denn die weißen nationalistischen Kreise und Parteien in der Union mit ihrer starren extremen Apartheidspolitik tun alles, um Haß und Verbitterung unter der farbigen Bevölkerung wachsen zu lassen und sie tun nichts zur Entspannung der verhärteten Fronten. Ohne eine Geste der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, ohne die Aufgabe der Methode, die afrikanischen Führer gegeneinander auszuspielen, Stammesgegensätze zu schüren und dergleichen mehr, werden die Afrikaner niemals Vertrauen in eine echte Partnerschaft haben können.

Nach Berücksichtigung dieser psychologischen Faktoren gilt es nunmehr, die realpolitische Situation zu analisieren:

Die politische Entwicklung im Kongo vor allem während der letzten zwei Jahre ist zu einem Teil der afrikanischen nationalistischen Strömungen auf dem Kontinent geworden und, weitergefaßt, ist sie in die pan-afrikanische Bewegung integriert. Der Pan-Afrikanismus geht in seinen Anfängen vor über 50 Jahren auf die Initiative intellektueller Kreise amerikanischer Farbiger zurück und griff dann später in Zusammenarbeit mit westafrikanischen Führerpersönlichkeiten auf den afrikanischen Kontinent über. Diese pan-afrikanische Bewegung hat den Afrikanern ein Bewußtsein von Politik und Kultur gegeben, sie war das Rückgrat ihres Freiheitskampfes und erreichte, daß heute 22 afrikanische Länder einen autonomen Status haben, verglichen mit den 4 unabhängigen Staaten nach Ende des zweiten Weltkrieges ein beachtlicher Erfolg.

Die Spannung zwischen der Katanga-Provinz und dem restlichen Kongo-Gebiet ist ein Zusammenprall zwischen den Bestrebungen des Pan-Afrikanismus und den belgischen Kolonialinteressen. Inspiriert durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit und durch die Zugehörigkeit zur selben Hautfarbe mit allen Konsequenzen, die sich für die afrikanischen Menschen aus allen Teilen des Kontinents daraus ergeben, kämpfen die führenden Persönlichkeiten der Afrikaner für eine Zukunft, welche die Vereinigten Staaten von Afrika zum Ziel hat: „Afrika den Afrikanern." DuBois, Padmore, Nkrumah und manche andere sind die geistigen Väter des Pan-Afrikanismus. Lumumba nahm 1958 an einer pan-afrikanischen Konferenz in Accra teil und ist seitdem ein überzeugter Vertreter der pan-afrikanischen Idee. Daraus folgt, daß die Gegner Lumumbas,

ob weiß oder schwarz, die seine Forderungen nach einer einheitlichen Gestaltung des Kongo zu boykottieren versuchen, im selben Augenblick zu Gegnern der pan-afrikanischen Bewegung werden. Diese Bewegung ist nicht etwas Einmaliges, Neuartiges, entstanden aus dem vagen Wunschdenken der Afrikaner, ihren jahrhundertelang unterjochten und zerrissenen Kontinent zu einem Einheitsgebilde umzuschmelzen. In den Vorstellungen der Pan-Afrikanisten kommen die Bestrebungen der modernen Zeit ganz allgemein zum Ausdruck, größere Gemeinschaftsordnungen mit denselben Interessen und ähnlichen Zwecksetzungen zu bilden; ebenso wie die enggefaßte Nationalidee der einzelnen europäischen Staaten allmählich dem übergeordneten Wunschbegriff der europäischen Einheit weicht, ebenso wie die politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit der Warschau-Paktstaaten geschaffen wurde, und genau so wie bei diesen größeren Interessengemeinschaften Meinungsverschiedenheiten auftreten, Kritik aneinander geübt wird, ohne daß dadurch der eigentliche Zweck und das übergeordnete Ziel aufgegeben wird, so muß auch die Haltung der einzelnen afrikanischen Staaten der Situation im Kongo gegenüber bewertet werden. Ihr Appell an Lumumba, Maß zu halten, gilt der Strategie seiner Politik und ist nicht gegen Prinzip und Ziel seiner Politik gerichtet; beides wird von ihnen nach wie vor unterstützt.

Die Schwierigkeiten, die schon heute und noch um vieles mehr in der Zukunft der pan-afrikanischen Bewegung liegen, bestehen wie auch bei den übrigen Staatenzusammenschlüssen, in der weitgehenden Aufgabe von nationalem politischem Interesse und Prestige, von wirtschaftlichen Eigeninteressen usw. Die Abneigung Englands, Paris als Metropole Europas zu sehen, das Auseinanderfallen der Mali-Föderation wie auch der Parteienstreit im Kongo gehören hierher.

Die gegenwärtige Kongo-Situation wird beherrscht von dem Zusammenprall von vier Hauptinteressengruppen: 1. die Gruppe um Lumumba mit ihrem kompromißlosen nationalen Einheitsstreben. 2. die Gruppe der Föderationisten um Tschombé, deren Interessen sich mit denen der Belgier völlig decken und deshalb auch von diesen materiell und waffenmäßig unterstützt werden. Erst vor wenigen Tagen ging noch durch die Presse die Meldung, daß eine Flugzeugladung von etwa 9 Tonnen Waffen für die Armee der Katanga-Provinz aus Belgien in Elisabethville eingetroffen ist. Ein Sprecher erklärte, daß es sich hierbei nur um einen Teil der laufenden belgischen Waffenlieferungen handelt. Zu dieser zweiten Gruppe gehören auch Kasavubu und seine Leute als Opportunisten aus politischen Prestigegründen.

Die Belgier motivieren ihr Wirtschaftsinteresse an Katanga mit dem Hinweis auf die Gefahr, die ihren Investitionen vom afrikanischen Nationalismus, seinen sozialistischen Tendenzen und seiner Neigung zur Verstaatlichung drohe; außerdem würde die Verwirklichung des Vereinigten Kongostaates die Distribution des Reichtums von Katanga bedeuten, denn 60% der Gesamteinkommen stammen aus dieser Provinz.

Die dritte Gruppe, die ihre Interessen am Kongo zur Entfaltung bringen sucht, sind die Russen. Sie stützen die erste Gruppe der afrikanischen Nationalisten um Lumumba. Es muß an dieser Stelle betont werden, daß es keineswegs in der Absicht der Kommunisten liegt, auf dem schnellsten Wege eine kommunistische Partei im Kongo zu gründen. Es gehört zu den Prinzipien der neo-kommunistischen Strategie in Afrika und Asien, die nationalistischen Führer auf den beiden Kontingenten zu stützen, um durch sie zunächst die Ablösung der kolonialen Fremdherrschaft und das Aufbrechen der früheren wirtschaftlichen Verklammerung der Kolonialmächte zu erreichen. Das erklärt auch, warum sie Nasser nach wie vor stützen, obwohl dort die Kommunisten in den Gefängnissen sitzen,

warum ihnen an guten Beziehungen zu Nkrumah gelegen ist, ungeachtet der Tatsache, daß in Ghana die Kommunistische Partei verboten ist. Das Ziel der kommunistischen Aktivität beschränkt sich gegenwärtig darauf, das sozialistische oder auch kommunistische Bewußtsein bei den afro-asiatischen Völkern zu wecken, ohne den Kommunismus in praxi einzuführen. Sie bemühen sich, Vertrauen und Freundschaft zu gewinnen, respektiert und geachtet zu werden, um sich über diesen Weg zu einem späteren Zeitpunkt Zugang zu den afro-asiatischen Völkern zu verschaffen. Dies erklärt auch, warum die russische Delegation jetzt von einem Tag zum anderen, ohne großes Aufsehen zu erregen, den Kongo wieder verläßt, nachdem M o b o t u ihren Abzug gefordert hat. Durch eine solche Haltung bewahrten sich die Russen sogar die Sympathie derjenigen, für die sie unerwünschte Eindringlinge sind.

Die vierte Gruppe bildet die Uno, die ursprünglich auf Wunsch der kongolesischen Regierung das ganze Kongo-Gebiet besetzen sollte, um die abziehenden belgischen Truppen zu ersetzen und Ruhe zu garantieren. Die Situation der Uno wurde dann sehr kompliziert durch den Umstand, daß die Katanga-Provinz mit Unterstützung der Belgier beschlossen hatte, einem Einzug der Uno-Truppen Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Beschluß brachte die Uno in eine kritische Lage. Es gehört zu ihren Aufgaben, als neutrale Kraft tätig zu sein, und das schloß einen gewaltsam erzwungenen Einmarsch in Katanga aus. Sie mußte nunmehr versuchen, was sie denn auch tat, durch Konsultation mit Tschombé und mittels Überredungskünsten die Situation zu entspannen. Dadurch aber ging viel Zeit verloren, wodurch den Abspaltungs- und Absplitterungstendenzen Vorschub geleistet wurde. Zum anderen erfolgte durch die konsultative Besprechung der Uno mit den kongolesischen Vertretern der Katanga-Provinz automatisch eine de facto Anerkennung Tschombés, seiner Person, seiner politischen Existenz, seiner Forderungen.

Für Lumumba ergab sich daraus folgende Situation: Die Idee vom Kongo als einem jungen, einheitlichen afrikanischen Staatsgebilde hatte in dem Bewußtsein der Massen noch keine Wurzeln schlagen können, es blieb nach der Unabhängigkeitserklärung keine Zeit, sie zu entwickeln, sie zu festigen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Durch das plötzliche Aufleben der Spaltungstendenzen von Einzelpersonen wie Tschombé und Kasavubu, von ganzen Stämmen, die sich auf ihre alten Rivalitäten besannen, wurde diese Entwicklung gestört und je länger die Zeit verstrich durch verzögernde Besprechungen und Beratungen zwischen Uno und Katanga, zwischen Uno und Belgiern; desto mehr gewann diese Tendenz Raum zur Ausbreitung, desto schwieriger wurde es, sie in Grenzen zu halten. Die Gefahr drohte, daß Abspaltungs- und Föderationspläne einen status quo schufen und damit die Idee von einem einheitlichen kongolesischen Staatsgebilde endgültig erstickt würde. Für Lumumba war es primär dieser Zeitfaktor, gegen den er ankämpfte; er wollte, mit welchen Mitteln auch immer, verhindern, daß es zu einem solchen status quo kam. Zweifellos handelte die Uno in der besten Absicht und ebenso kann es keinen Zweifel geben, zumindest für uns Afrikaner, daß Lumumba ebenso aus ehrlicher und bester Absicht heraus handelte. Der Zusammenprall ergab sich aus den eben erwähnten Faktoren, die ins Spiel kamen und bewirkten, daß plötzlich Handlungsweise und Maßnahmen der Uno einerseits und Lumumbas andererseits gegeneinander zu stehen kamen.

Die Befürchtungen Lumumbas sind heute bereits eingetroffen: die junge, in der Entwicklung begriffene Pflanze des Nationalismus im Kongo, die nationale Einheit ist zugrunde gegangen und zusammen mit ihrem Absterben ist die Mög-

lichkeit verschwunden, daß sich gegnerische Kräfte und Chaos auffangen und orientieren lassen an der über allen Interessengegensätzen stehenden Idee von der jungen unabhängigen Kongo-Nation. Lumumbas Befürchtungen sind nur allzu wahr geworden; Rivalität, Labilität, Mißtrauen und Umtriebe haben sich bereits derart ausbreiten können, daß nicht nur die Kommunisten eine Abfuhr erlitten, sondern jetzt auch die Demokratie als politisches Mittel nicht mehr geeignet zu sein scheint. Die schwierige Frage der Afrikaner an den Westen ergibt sich: welchen Vorschlag hat er oder auch die Uno zu machen, um den Kongo neu zu begründen? Unabhängig von der Person Lumumbas wird das Prinzip seiner Politik — autoritär regierter Einheitsstaat — weiterhin die Kernfrage für die Zukunft des Kongo bleiben. Der Kongo scheint demselben Schicksal entgegenzugehen, den Pakistan, Ägypten und Sudan beispielsweise schon gegangen sind. Sie versuchten eine demokratische Regierungsweise im konservativen europäischen Sinne und mußten dann letztlich in eine Militärdiktatur ausweichen.

Der Westen vermag sich nicht von seinem für die heutigen Verhältnisse in Afro-Asien unbrauchbaren Alternativdenken zu trennen: Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich. Der Maßstab seiner Freundschafts- und Partnerschaftsbeziehungen mit den afro-asiatischen Regierungen liegt größtenteils darin, ob diese oder jene afrikanische oder asiatische Führerpersönlichkeit pro-westlich oder kommunistisch ist, ob sie eine demokratische Politik im westlichen Sinne betreibt oder diktatorisch ist und dergleichen mehr, ohne im Grunde zu fragen, was dieser oder jener afro-asiatische Staatsmann für die Behebung der Notstandslage seiner Volksmassen tut, für die Beseitigung von Hunger, Elend und Analphabetentum, für die Rehabilitierung der Menschenwürde. Die Skepsis des Westens, sein Pessimismus gegenüber autoritären Regierungsformen, geboren aus der jüngsten Erfahrung mit den Tiefen des Niedergangs der abendländischen Kultur, versperrt ihm nur allzu leicht die Sicht, daß Autorität und Zwang nicht nur die Möglichkeit zur Abartigkeit, zum Schlechten, Bösen in sich bergen, sondern — was ja die Entstehung der Hochkulturen beweist —, auch Gesittung hervorbringen können, vor allem, wenn es darum geht, Millionen von Menschen aus ihrem Elendszustand von Hunger, Krankheit und Analphabetentum zu befreien.

Die Kongo-Krise ließ aber auch erkennen, daß der Westen sich andererseits zu einem ganz wesentlichen, neuen positiven Aspekt in seiner Außenpolitik gegenüber den Entwicklungsländern durchgerungen hat. Tschombés anfänglicher Versuch, mit den weißen nationalistischen Kreisen in Südrhodesien (Teil der Zentralafrikanischen Föderation, gegen die die Afrikaner aus Nordrhodesien und Nyassaland ankämpfen) Verbindung aufzunehmen, um evtl. Katanga diesem Föderationsgebiet anzugliedern, veranlaßte England zu einer sehr scharf gefaßten Warnung an die dortigen weißen Siedler, keinerlei derartige Kooperation im Alleingang zu beginnen; die Entscheidung darüber liege bei der britischen Regierung, die, auch das wurde offenkundig, solchen fragwürdigen und undurchsichtigen Plänen keine Sympathien entgegenbrachte. Auch Tschombés Hilferuf nach Amerika, begründet durch die übliche, zu früheren Zeiten durchaus wirksame Abstempelung des Gegners als „Kommunist", vermochte diesmal weder eine amerikanische Aktivität, ein Eingreifen Amerikas — wie es noch im Libanon der Fall gewesen war — auszulösen noch erreichte Tschombé eine offizielle Anerkennung. Für uns Afrikaner war dies ein hoffnungsvolles Zeichen, daß der Westen vielleicht allmählich dazu übergeht, vor einer übereiligen Kategorisierung der afro-asiatischen Führerpersönlichkeiten in Kommunisten und Pro-Westler zu fragen, wessen Politik und Absichten schlecht sind für das jeweilige afri-

kanische oder asiatische Land und seine Völker, wessen Absichten und Zielsetzungen es wert sind, moralisch unterstützt oder aber ignoriert zu werden.

Es gibt zahlreiche Kreise in Europa, welche die Nationalidee der Afrikaner und weitergefaßt den Pan-Afrikanismus als reine Utopie betrachten und dementsprechend mit Skepsis, manchmal auch mit Geringschätzung reagieren. Doch ist die Frage, ob der Wunschbegriff von den Vereinigten Staaten von Afrika alleine, ungeachtet seiner Verwirklichungsmöglichkeiten, es nicht wert ist, gefördert zu werden, schon deshalb, weil er doch zumindest eine neue Bewußtseinslage schaffen kann, eine neue Ausrichtung und Zielsetzung darstellt, in deren Rahmen kein Platz mehr sein wird für Stammesrivalitäten und -fehden, für das Festhalten an unterschiedlichem, überlebtem, oft negativem Brauchtum und Sittengut, eine Zielsetzung, ein Zukunftsglaube, der vielleicht stark genug sein wird, egoistische Machtbestrebungen von einzelnen Führern und Ländern dem weitergreifenden umfassenden Begriff des Pan-Afrikanismus unterzuordnen.

1885 auf der Berlin-Konferenz wurde der afrikanische Kontinent willkürlich unter die europäischen Großmächte aufgeteilt; eine künstliche Grenzziehung trennte Stammesgemeinschaften mit derselben ethnischen Zugehörigkeit und fügte verschiedenartige Volksgruppen unterschiedlicher Kulturkreise zusammen. Diese künstliche Grenzsetzung wurde im Laufe vieler Jahrzehnte für die afrikanischen Menschen zu einer Realität, die sich weder zurückdrehen, auflösen, noch entsprechend den früheren Gegebenheiten umgestalten ließ. Der Nationalidee als solcher, der Entwicklung des Staatsbegriffes von Ghana, Togo, Nigeria, Kamerun, Kongo usw. läßt sich demnach nicht mit dem Argument von der Berücksichtigung uralter Superioritätsrechte dieses Stammes oder jenes Kulturkreises entgegentreten. Zum anderen verfügen sehr viele der 22 unabhängigen afrikanischen Staaten über eine relativ kleine Bevölkerungszahl, manche über unzureichende oder einseitige Vorkommen an Bodenschätzen, günstigen Zugangswegen für Ex- und Importzwecke und dergleichen mehr. Die Bevölkerungs- und wirtschaftlich-sozialen Standortbestimmungen in Afrika machen es für die Zukunft erforderlich, diese kleinen Inseln zu größeren Gebilden zusammenzuschließen; dieselbe zwingende Notwendigkeit besteht für den Kongo, aus den ehemals 6 Provinzen mit Katanga als dem kongolesischen Ruhrgebiet, einen einheitlich strukturierten Staatskörper zu schaffen, wenn der Kongo lebens- und entwicklungsfähig sein soll.

Sollten die föderativen Tendenzen, die gegenwärtig die Situation im Kongo beherrschen, die Oberhand behalten, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird, dann wird dieses afrikanische Gebiet ein ständiger Unruheherd bleiben, denn die Nationalidee, die ein integrierter Bestandteil der allgemeinen Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent ist, läßt sich auf die Dauer niemals unterdrücken.

Das Hauptproblem für den Kongo besteht darin, daß er nunmehr unrettbar im Kreuzfeuer der verschiedensten Interessenkreise liegt, die alle Einfluß gewinnen wollen. An dominierender Stelle steht das Selbstinteresse der Belgier an der Sicherung ihrer Investitionen in Katanga, das unverhüllt zutage trat, als die Belgier, auch von der Uno zum Abzug ihrer Truppen veranlaßt, mit dem Abbruch ihrer Beziehungen zu dieser internationalen neutralen Institution drohten. Das Interesse der übrigen westlichen Staaten steht mit den Uran-Vorkommen in Katanga in ursächlichem Zusammenhang. Das Eigeninteresse von kongolesischen Opportunisten, die Absichten der Russen, all diese Kräfte stoßen einander im Raume und führen die chaotischen Zustände an den Rand des Absurden. Der Leidtragende dabei ist das mißbrauchte, mißleitete, getäuschte und enttäuschte kongolesische Volk.

Der Versuch dieser Analyse ließ deutlich werden, daß es bei den politischen Bestrebungen der führenden afrikanischen Nationalisten nicht primär um ein Dogma geht, daß aber ein solches produziert werden kann, wenn die Haltung der Weißen in Afrika die Herausforderung dazu gibt. Hierher gehören die Aufrechterhaltung der Apartheid ebenso wie die französischen Atombombenexplosionen in der Sahara wie auch Belgiens Intrigenspiel um den Bestand seiner Wirtschaftsmacht in Katanga. Es wäre ein bedauernswertes Faktum, wenn die bestehende positive geistige Bindung und die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika durch die Fortdauer einer solchen Haltung zerstört würde, einer Haltung, die der Westen auf Grund seines Kultur- und Wertdenkens gar nicht rechtfertigen kann, an die er im Grunde genommen auch selber gar nicht mehr glaubt.

Man könnte versucht sein zu sagen, daß wir Afrikaner nur Forderungen an den Westen stellen und ständig und überall Kompromißbereitschaft von ihm verlangen, uns selber aber bei den Kompromißvorschlägen zugunsten des Westens sehr zurückhaltend, wenn nicht ablehnend zeigen.

Das trifft nur bedingt zu, weil hierbei ein wesentlicher Aspekt meist unberücksichtigt bleibt: Wenn es um die Verwirklichung der Nationalidee, der nationalen Einheit als Voraussetzung und Teil des weitgespannten Pan-Afrikanismus geht, wenn es um eine straff geführte autoritäre Regierungsform geht und um die Herausbildung eines afrikanischen Sozialismus mit entsprechenden, auf die sozialen Standortbedingungen abgestellten Wirtschaftsmethoden, dann darf es für uns Afrikaner kein Abweichen von diesem Wege in Kompromisse irgendwelcher Art geben, weil es hierbei nicht primär — wie in Europa — um verfeinerte Persönlichkeitsrechte und zunächst nicht primär um den Ausbau des Denkens in höheren Wertkategorien geht, sondern um die ganz elementaren Lebensrechte, um die Beseitigung von Hunger, Elend, Analphabetentum der Millionen afrikanischer Menschen, um die Rehabilitierung unserer Menschenwürde, um die Anerkennung und Anwendung der allgemein geltenden Menschenrechte auch auf uns. Die Zugeständnisse der Nato-Partner untereinander, die ideologischen Kompromißangleichungen im östlichen Lager, all das liegt auf einer anderen Ebene, als wenn wir Afrikaner Zugeständnisse machen müßten, die den Lebensnerv unserer Volksmassen schlechthin betreffen.

Bei der Verwirklichung dieser elementarsten Lebensrechte, die ja doch erst die Fundierung abgeben für die höheren, verfeinerten Werte der abendländischen Kultur und des abendländischen Freiheitsbegriffes, müssen wir unseren eigenen Weg suchen und gehen. Wir tragen die Hoffnung im Herzen, daß der Westen dieses Prinzip unserer Verpflichtung der Zukunft Afrikas, den 150 Millionen afrikanischer Menschen gegenüber, erkennt, und uns durch moralische und wirtschaftliche Unterstützung helfen wird, die Antriebskräfte der Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung, geweckt durch die Notwehr gegen den Kolonialismus, umzusetzen in Eigeninitiative, Selbsthilfe und in ein neues Ethos.

Prof. Dr. L. L. Mathias

Kuba, Latein-Amerika und die USA

„In all meinen achtunddreißig Jahren an der „New York Times" habe ich es niemals erlebt, daß politische Vorgänge erster Ordnung in einer so erschreckenden Weise mißverstanden, falsch interpretiert und schlecht präsentiert worden sind ..."

Herbert Matthew, New York Times, 22. April 1960.

Es ist unmöglich, die Vorgänge auf Kuba zu verstehen, ohne die Fronten zu kennen, die sich auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet gegenüberstehen und deren unvereinbare Interessen die Revolution zur Folge hatten.

Beginnen wir mit der Wirtschaft.

Solange Kuba spanische Kolonie war, hielten sich amerikanische Investitionen auf dieser Insel in bescheidenen Grenzen. Sie betrugen in den neunziger Jahren etwa 50 Millionen Dollar. Größere Beträge folgten erst nach dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898—99) und erreichten schließlich eine solche Höhe, daß sie für 1925 mit 1,5 Milliarden angegeben werden (US Department of Commerce). Anlagen dieses Umfangs waren innerhalb der latein-amerikanischen Sphäre nur noch in Mexiko vorgenommen worden, wo sie bereits um 1900 185 Millionen betrugen und 1911 auf 1,058 Milliarden gestiegen waren. Amerikanisches Kapital beherrschte also bereits in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts den gesamten kubanischen und mexikanischen Markt, da die einheimischen Investitionen in Kuba nur auf höchstens 150 Millionen geschätzt wurden und die in Mexiko auf 800 Millionen (1911). Mexiko konnte sich gegen diese Überfremdung wehren und reagierte durch eine Revolution. Porfirio Diaz, der den Amerikanern die Türen des Landes geöffnet hatte, wurde gestürzt, und die Konfiskationen begannen. Sie wurden an landwirtschaftlichem wie industriellem Besitz vorgenommen und führten zu einer Entwicklung, die erst kurz vor dem zweiten Weltkrieg einen gewissen Abschluß gefunden hat.

Die Dinge lagen anders in Kuba. Amerika war auf Grund des Platt-Amendments (einem Nachtrag zum Friedensvertrag) zur Intervention berechtigt, besaß sogar einen ständigen Flottenstützpunkt auf der Insel, in Guantánamo, und war de facto unumschränkter Herr Kubas. Es hatte noch nicht einmal wirtschaftliche Konkurrenz wie in Mexiko zu befürchten, denn Kuba war reines Agrarland. Die gesamte Industrie des Landes bestand aus ein paar Minen, deren Erträgnisse gering waren. Amerikanische Korporationen fanden also eine terra miraculosa vor, die sich von der, die Kolumbus entdeckt hatte, kaum unterschied. Die Standard-Oil-Gruppe baute daher auf kubanischem Boden im Wert von 350 Mill. Dollar Raffinerien für venezolanisches Rohöl; die American Light & Power Corp. gründete mit nicht ganz 300 Mill. eine Tochtergesellschaft, die Compania Cubana de Electricidad, die die Versorgung der Insel mit Licht und Kraft übernahm; und die International Telephone & Telegraph Comp. finanzierte die Cuban Telephone Comp. (mit 115 Mill.), die das gesamte Telefon- und Telegrafennetz der Insel beherrschte. Selbst die bestehende Straßenbahn-Gesellschaft ging zu 80% in amerikanische Hände über, so daß sämtliche amerikanischen Unternehmen monopolartige Positionen genossen.

Auch war amerikanisches Kapital vorherrschend bei der Verwertung der Bodenschätze. Nickel wurde vor allem von der Nicaro (60 Mill.) gewonnen, Nickel und Kobalt von der Moa Bay Mining Corp. (75 Mill.), die eine Gründung der Freeport Sulphur in New Orleans war und an der sich das United States Government beteiligt hatte. Nicht sehr viel geringer waren auch die Investitio-

nen in einigen kleineren Unternehmen, die sich vor allem mit der Gewinnung oder Verarbeitung von Mangan, Kupfer und Eisenerzen befaßten. Insgesamt dürfte sich das amerikanische Industriekapital in Kuba 1958 auf 1—1,2 Milliarden belaufen haben.

Die Investitionen waren in der Landwirtschaft wesentlich geringer, aber nicht von geringerer Bedeutung. Von den 2,4 Mill. ha (1954) vorhandenen Acker- und Wiesenbodens gehörten mehr als 1 Mill. ha acht amerikanischen Zuckergesellschaften, die die gesamte Produktion dieses wichtigsten Landesprodukts, das 67% der gesamten Nationalproduktion darstellte, kontrollierten. Die Gewinne dieser Unternehmen waren beträchtlich. Sie beliefen sich in zwanzig Jahren, bei einem Gesamtkapital von 53 Mill., auf 408 Mill. Dollar, von denen jedoch nur 265,5 zur Ausschüttung gelangten. Selbst unter Nichtberücksichtigung der Rücklagen in Höhe von 142,5 Mill. ergibt das eine durchschnittliche Verzinsung von 23% pro Jahr und Gesellschaft. Da diese Unternehmen gleichzeitig über die größten Zuckermühlen des Landes verfügten (was nach der Verfassung von 1940 nicht zulässig war, aber unbeachtet blieb), so besaßen sie also auf der Insel die *gleiche monopolartige* Position wie die Industrie und waren in der Preisgestaltung kaum behindert. Nimmt man hinzu, daß auch die Viehzucht (Rinder und Schweine) zum größten Teil in amerikanischen Händen lag, so hat man eine ungefähre Vorstellung von der Macht der Vereinigten Staaten auf Kuba — einer Insel mit einer Bevölkerung von 6,3 Millionen (1958).

Die Insel wurde von den Amerikanern beinahe als eigenes Territorium betrachtet. (Man hatte einst in ganz Latein-Amerika einen Garten vor der eigenen Haustür gesehen.) Kuba lag nur 150 km vom südlichsten Punkt Floridas entfernt und war ein beliebter weekend-Ausflug für jene gewesen, die das Bedürfnis hatten, der eigenen puritanischen Welt zu entfliehen. Es gab in Havana alles, was es in den Staaten nicht — oder nicht öffentlich gab. Man konnte vor allem in Havana ungestört spielen. Die Umsätze im Kasino beliefen sich täglich auf mehr als eine Million. Die Fremdenindustrie blühte. 27 000 der Stadtbevölkerung lebten ausschließlich von den Brocken, die der Spielbetrieb abwarf, weitere 11 500 von der Prostitution und einige 5000 vom Betteln (Cuban National Council of Economy, 1958). In den riesigen Luxushotels Havanas mußten Zimmer mehrere Wochen im voraus bestellt werden.

Unter amerikanischer Perspektive war die Insel ein Paradies.

Sie war es jedoch nicht für die große Mehrzahl ihrer Bewohner. Obgleich der Boden äußerst fruchtbar war, fehlte es an Nahrungsmitteln. Reis, Mais, Bohnen, Fleisch, sämtliche Speiseöle und -fette, fast alle Flaschengetränke, einschließlich Milch, und eine große Anzahl anderer Lebensmittel mußten von den Vereinigten Staaten in Kisten, Säcken, Ballen, Konserven oder tiefgekühlt importiert werden. Allein die Ausgaben für Reis betrugen jährlich 22 Mill. Dollar. Da auch sämtliche industriellen Artikel importiert werden mußten: landwirtschaftliche Maschinen, Autos, Textilien, Schuhe, Radio- und Fernsehapparate, Spielsachen, sämtliche modischen Artikel etc., und die Importe höher als die Exporte waren, so wies die kubanische Handelsbilanz mit Amerika ein monatliches Defizit von 10 Mill. auf. Dieses Defizit war 1958 auf über eine Milliarde Dollar angewachsen.

Alle Versuche, diesen Fehlbetrag zu decken, waren vergeblich geblieben. Die größten Einkommen, über die Kuba verfügte, die Gewinne der amerikanischen Öl-, Zucker- und Bergwerk-Gesellschaften, blieben nicht im Lande, sondern wanderten in Form von Dividenden nach Amerika, und selbst die Steuern, die diese Gesellschaften zahlten, waren minimal. Sie betrugen bei Einkommen von 1 Mill. etwa 10%, und sogar diese 10% blieben die Gesellschaften häufig schuldig. Als man sich nach der Revolution mit den Steuererklärungen der Mitglieder einiger der exklusivsten kubanischen Klubs beschäftigte, ergab sich, daß die Mehrzahl

nicht 20% des fälligen Steuerbetrages entrichtet hatte. Auch bestand keine Hoffnung, diese Dinge zu ändern. Selbst die Nahrungsmittelfrage konnte nicht gelöst werden.

Man wird verwundert fragen: warum nicht? Die Insel hat eine äußerst günstige Lage, verfügt durch zwei Gebirgsketten über sämtliche Klimata und besitzt einen seit dem 16. Jahrhundert gepriesenen Boden. Warum gibt es auf Kuba nicht genug Nahrungsmittel?

Die Antwort lautet: weil die Ernährungsfrage mehr durch die Verteilung des Bodens als durch die Qualität des Bodens bestimmt wird. Die Verteilung aber war zu Gunsten der großen amerikanischen Gesellschaften vorgenommen worden. Die amerikanische Militärregierung, die das Land nach dem spanisch-amerikanischen Krieg bis 1902 verwaltete, hatte sogar eine uralte, von den Spaniern übernommene und administrativ geschützte Institution, das Gemeinschaftsland (für das die Bauern eines Dorfes gemeinsam die Steuerhaftung übernahmen), beseitigt. Es gab von 1902 ab auf Kuba nur Privateigentum, und das war zu 76% in den Händen von 8%, so daß sich 92% der Landbevölkerung mit 24% des Bodens begnügen mußten (1958). Hinzu kam, daß selbst von diesen verbliebenen 24% nur ein kleiner Teil für den Anbau von Reis, Mais, Bohnen und anderen Früchten verwandt werden konnte. Diese trostlose Situation hätte geändert werden können, wenn die großen Zuckerrohrgesellschaften einen gewissen Prozentsatz der Nahrungsmittelproduktion übernommen hätten — aber dazu waren sie nicht bereit. Welche Verpflichtung hatten private Gesellschaften, die Bevölkerung Kubas zu ernähren? Das war Sache des Staates. Für den Staat aber waren diese Gesellschaften tabu, weil sie das Hauptprodukt des Landes produzierten, das einzige, das in Millionen von t gehandelt und — was entscheidend war — an die Vereinigten Staaten verkauft werden konnte. Die Staaten waren sogar bereit gewesen, für kubanischen Zucker eine Prämie zu zahlen, denn Kuba war das einzige Land, das den Zuckerbedarf Amerikas im Notfall allein decken konnte. Weder Hawaii noch die Philippinen, Puerto Rico oder die Dominikanische Republik waren dazu imstande. Warum also sollte man kostbaren Zuckerboden für den Anbau von wenig rentablen Produkten verwenden? Das war unrationell. Reis und Mais waren im Überfluß in Texas und Louisiana vorhanden.

Auch gab es noch einen anderen Gesichtspunkt, der für die Plantagenbesitzer (und die durch sie bestimmte Regierung) entscheidend war. Der Zuckerexport lag zu 80% in ihren eigenen Händen, und folglich konnte man nicht nur Export-, sondern auch Importgeschäfte machen. Man konnte für die in den USA erhaltenen Prämiendollar die in Kuba benötigten Waren kaufen und auf der Insel mit hohem Gewinn verkaufen. 71% aller kubanischer Importe kamen aus den Vereinigten Staaten.

Amerikanische Wirtschaftsinteressen standen also in heftigstem Gegensatz zu denen der kubanischen Bevölkerung, und das wurde auf der Insel bitter empfunden. Infolge des Mangels an eigener Produktion und der Überschwemmung mit amerikanischen Waren lagen die Kosten für den Lebensunterhalt in Havana um ca. 20% über denen New York's. Ein großer Teil der Bevölkerung war nicht imstande, diese Kosten aufzubringen. Für viele waren Fleisch oder Milch Artikel geworden, die es in ihren Behausungen — elenden Quartieren, die mit dem Blech der Benzingallons bedeckt waren — seit zehn Jahren nicht mehr gegeben hatte. Die Einnahmen von etwa 50% der arbeitenden Bevölkerung lagen weit unter dem Lebensminimum. Sie bewegten sich zwischen 300 und 350 Dollar pro Jahr. Von den 2,204 Mill. Arbeitskräften, über die das Land verfügte, waren 1958 nur etwa die Hälfte voll beschäftigt gewesen. 400 000 — von den 500 000 auf Zuckerplantagen — verrichteten nur für 10—12 Wochen Saisonarbeit, 154 000

erhielten als Hausangestellte, Viehhirten oder Flurwächter für ihre Arbeit nur Kost und Logis, und 250—350 000 waren arbeitslos. (1957 war ihre Zahl sogar auf 361 000 oder 16% gestiegen.) Unter solchen Umständen konnten selbst relativ hohe Tageslöhne von 1.75 Dollar das Gesamtbild nicht rosiger färben. 954 000 mußten sich mit einem jährlichen Einkommen begnügen, das jämmerlich war und allenfalls reichte, wenn die Frau und drei oder vier Kinder zum Lebensunterhalt beitrugen.

Man brauchte unter solchen Umständen kein Kommunist zu sein, um eine soziale Reform für notwendig zu halten. Auch wurde sie seit langem von bürgerlichen Politikern erstrebt. Schon der erste Nachkriegspräsident des Landes, Ramón Grau San Martín, war im Mai 1946 gezwungen gewesen, die amerikanische Straßenbahngesellschaft Havanas und ein amerikanisches Schlachthaus dem kubanischen Arbeitsministerium zu unterstellen — was keiner Konfiskation gleichkam, aber sie entbehrlich machen sollte. Auch wäre der nachfolgende Präsident, Fulgencio Batista, 1952 wahrscheinlich nicht zur Macht gelangt, wenn er nicht soziale Reformen versprochen hätte. Dieses Versprechen entpuppte sich allerdings sehr bald als Wahlpropaganda, aber die Kubaner hatten es nicht vergessen. Der Haß gegen Batista begann, als man feststellen mußte, daß er es vorzog, sich, statt seine Nation zu bereichern. Selbst als er, besiegt nach einem sechsjährigen heroischen Guerilla-Krieg durch Fidel Castro, am 1. Januar 1959 fliehen mußte, versäumte er es nicht, getreu seiner eigenen Tradition, die Staatskasse noch um 100 Mill. zu erleichtern. Er hoffte, nach der Flucht Asyl in Amerika zu finden. Aber den Vereinigten Staaten, die ihn im Interesse amerikanischen Kapitals in Kuba gestützt hatten, blieb nichts anderes übrig, als ihm dieses Recht zu verweigern. Der Skandal wäre andernfalls zu groß gewesen.

Über die Ereignisse nach Batista's Flucht ist in den Zeitungen ausführlich berichtet worden. Aber die Informationen sind selten zuverlässig gewesen. Über die Agrarreform, die durchgeführt werden mußte, hörte man wenig, und über alles, was geeignet sein konnte, die Revolution zu kompromittieren, sehr viel. Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen vor allem „Erschießungen" und „Konfiskationen".

Aber die Erschießungen waren keineswegs belastend für die Regierung. Es waren (auf Grund der Ergebnisse amerikanischer Kommissionen) unter dem Batista-Regime etwa 20 000 Menschen zu Tode gefoltert worden, und rd. 100 000 hatten das Land verlassen müssen. Man fand nach dem Sturz Batistas die Folterkammern und hat Tausende von verstümmelten Leichen ausgegraben. Unzählige Familien, Verbände, Firmen, Magistrate, Klubs, Zeitungen und Universitäten hatten Angehörige, Mitglieder, Kollegen, Freunde zu beklagen. Der Wunsch, nunmehr die Rechnung mit dem Batista-Regime zu begleichen, war nur allzu menschlich. Die Regierung mußte diesem Wunsch entsprechen und wenigstens 700 von diesen politischen Gangstern füsilieren lassen, wenn sie persönliche Racheakte und ein allgemeines Gemetzel vermeiden wollte. Man hat sich auch einstmals in Nürnberg nicht anders zu helfen gewußt.

Ebensowenig belastend waren auch die Konfiskationen. Sie erfolgten nicht aus irgendeinem Ressentiment, sondern aus bitterer Notwendigkeit. Die Nation mußte ernährt werden. Marxistische, kommunistische Ziele wurden von niemandem in verantwortlicher Stellung verfolgt. Es handelte sich um keine kommunistische, sondern eine nationale Revolution. Es wurde daher vor allem amerikanisches Eigentum konfisziert und nur in wenigen Fällen kubanisches. Besitztitel, die sich in kubanischen Händen befanden, wurden ganz im Gegenteil bestätigt und Ausnahmen nur bei Latifundien gemacht. Konfiskationen dieser Art waren in latein-amerikanischen Staaten nicht ungewöhnlich; Mexiko war mit

dem Beispiel bereits vor Jahrzehnten vorangegangen, und außerdem entbehrten sie in diesem besonderen Fall nicht der Legalität. Bereits die Verfassung von 1940 hatte den Besitz an Latifundien aufgehoben, so daß diese niemals beachtete Bestimmung von der revolutionären Regierung nur ausgeführt wurde. Auch erstreckten sich die Konfiskationen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, niemals auf den gesamten Besitz und erfolgten auch nicht in bürokratischer Weise. Obgleich z. B. die Norm für die Reduktion von Latifundien 1000 acres (404,6 ha) betrug, konnte dieser Besitz auf 3316 acres (1341 ha) erweitert werden, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß durch eine größere Anbaufläche die Produktion nicht nur in arithmetischer Progression gesteigert wird. Niemals wurde individueller Besitz unter 404 bzw. 1341 ha zu Gunsten des Staates konfisziert und das Gegenstück zur russischen Kolchose geschaffen. Man könnte, ganz im Gegenteil, beinahe sagen, daß das Eigentum nicht aufgehoben, sondern wiederhergestellt wurde. Tausende von landlosen Bauern erhielten Grund und Boden. Sie erhielten ihn als individuelles Eigentum, sogar zinsfrei (was wahrscheinlich ein Fehler war) und unwiderruflich. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Dekrete jemals wieder aufgehoben werden könnten.

Etwas anders liegen die Dinge bei den Latifundien, die einst im Besitz der acht großen amerikanischen Zuckergesellschaften waren. Die Mexikaner hatten solchen Besitz in den zwanziger Jahren parzelliert und damit schlechte Erfahrungen gemacht. Die neuen Besitzer waren froh gewesen, ein Stück Land zu haben, aber pflegten (vor allem, wenn sie Indios waren) nur für den Eigenbedarf zu produzieren. In Kuba war man darauf bedacht, diesen Fehler zu vermeiden. Der Grund und Boden der acht Gesellschaften wurde daher in Bezirke aufgeteilt und die ehemalige Arbeiterschaft, die an Ort und Stelle tätig gewesen war, zu Genossenschaften zusammengefaßt. An den Produktionsgewinnen waren dann sämtliche Arbeiter beteiligt. Auf diese Weise wurde weiterer Privatbesitz (wenn auch in neuartiger Form) geschaffen und gleichzeitig das Prinzip der Großwirtschaft gerettet. Das Ergebnis war, daß Kuba heute mehr Zucker produziert als zuvor. Die Produktion ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 86,2% gestiegen, von 1 049 400 t (Januar-April 1959) auf 1 953 400 t (1960). Das prophezeite Desaster blieb aus. Auch hat die Herabsetzung des Zuckerimports durch die Vereinigten Staaten, durch die die kubanische Wirtschaft geschädigt werden sollte, nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Die verlorene Quote von zirka 300 000 t wurde von China, der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen. Kuba konnte 1 007 000 t auf dem Weltmarkt verkaufen, verglichen mit 245 200 t im Vorjahr (Times of Havana, 25 April 1960).

Kuba hat also in diesen zwei Jahren wenig verloren und viel gewonnen. Die Zahl der Arbeitslosen konnte vermindert, die Löhne konnten erhöht werden (was wahrscheinlich verfrüht war), und es standen sogar Gelder für Zwecke zur Verfügung, für die bisher kaum Mittel vorhanden gewesen sind. Es wurde eine große Anzahl von billigen Wohnungen geschaffen, es wurden Hospitäler errichtet (bisher gab es weniger als 0,25% Betten für die gesamte Bevölkerung), und es wurden sogar Schulen gebaut, die vor allem auf dem Lande gefehlt hatten. Der Analphabetismus der Landbevölkerung hatte 1958 42% und der der Stadtbevölkerung 28% betragen.

Aber den unzweifelhaft größten Gewinn erzielte Kubas Regierung durch den Schlag, den ihr die Vereinigten Staaten versetzt hatten: durch die Herabsetzung der Zuckerimporte. Gezwungen, die 300 000 t abzusetzen, entwickelte sich zwischen Kuba und den östlichen Ländern ein Handel, der im Gegensatz zu dem bisherigen mit den Vereinigten Staaten für das Land äußerst vorteilhaft war. Man erhielt alles, was man bisher aus den verschiedensten Gründen nicht hatte

erhalten können. Man erhielt Schiffe und Flugzeuge, Ausrüstungen für den Straßenbau, komplette Konserven- und Werkzeugmaschinenfabriken, Hochöfen, große Dieselmotoren, eine moderne Fischereiflotte und sogar Helikopter, die die Amerikaner mitgenommen hatten und die für die Insektenbekämpfung auf den Zucker- und Tabakplantagen unentbehrlich waren. Sämtliche USA-Importe wurden auf ein Minimum reduziert und die Eigenproduktion auf ein Maximum gesteigert. (Allein die Produktion an Reis stieg in einem Jahr um mehr als 30%.)

Für den Osthandel waren nicht immer Devisen erforderlich; man konnte tauschen. Kuba lieferte Kaffee, Häute, Hennequin, Mangan, Eisen, Nickel, Tabak, kandierte Früchte und, selbstverständlich, Zucker. Aber das Tauschgeschäft war nur für eine relativ kurze Zeit erforderlich. Gold- und Dollar-Reserven, die bis auf 50 Mill. gefallen waren, stiegen bereits bis Mai 1960 auf 166 Mill. Das Handelsdefizit mit den Vereinigten Staaten in Höhe von 10 Mill. monatlich wurde immer geringer. Amerika verlor langsam seinen sechstgrößten Absatzmarkt.

Man hatte sich das in Washington anders vorgestellt, als man den Bann über Kuba aussprach.

Es war unvermeidlich, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba immer gespannter werden mußten. Man kritisierte in Washington vor allem den Osthandel Kubas und wollte darin das Anzeichen für „kommunistische Neigungen" sehen. Aber selbst Batista, der Mann Washingtons, hatte Handel mit der Sowjetunion getrieben, und andere latein-amerikanische Länder hatten das auch getan. Für Brasilien und Argentinien z. B. war dieser Handel eine Lebensnotwendigkeit. Brasiliens Vize-Präsident hatte Moskau sogar einen offiziellen Besuch abgestattet.

Man hat gleichfalls das Verhalten der kubanischen Regierung in der Konfiskationsfrage getadelt und sich — nicht mit Unrecht — beklagt, daß eine zweiprozentige Entschädigung durch Staatsfonds mit fünfzigjähriger Laufzeit viel zu niedrig sei. Aber Castro hatte im ersten Jahr der Revolution, 1959, 4½% Bonds mit zwanzigjähriger Laufzeit angeboten, und das ist wesentlich mehr gewesen, als MacArthur den enteigneten japanischen Latifundienbesitzern nach 1945 bewilligt hatte. Die Herabsetzung der Zinsen und die Verlängerung des Rückzahlungstermins erfolgte erst, als die amerikanische Regierung nichts unternahm, um das Abwerfen von Brandbomben auf kubanische Zuckerplantagen, Hafenanlagen und Speicher durch in Florida stationierte Flieger zu verhindern. Die ungünstigen Zahlungsbedingungen waren also eine Vergeltungsmaßnahme.

Die Anklage, daß Kuba kommunistische Expropriationen verfolge, verfehlte ihr Ziel. Selbst die „New York Herald Tribune" war gezwungen, das noch im März 1960 (also n a c h der Konfiskation der Ölraffinerien und der meisten Zuckerplantagen) festzustellen. „Das Regime Castros ist wie das Nassers ein nationalistisches Regime . . .;" man sei nur „bemüht, eine korrupte, schlecht organisierte und halb-koloniale Gesellschaft zur Regeneration zu verhelfen"; der unleugbare „Anti-Amerikanismus" habe „einen anderen Grund als eine Selbst-Identifizierung mit dem Osten . . ." Zu dem gleichen Ergebnis führten Vernehmungen des für Kuba zuständigen Ressort-Offiziers des amerikanischen Geheimdienstes (CIA) durch eine Senatskommission. Auf die Frage des Vorsitzenden, Senators Eastland, ob es irgendwelche Beweise für Fidel Castros kommunistische Neigungen gäbe, antwortete General Cabell: „Unsere Recherchen lassen keine Unklarheit darüber, daß die kubanischen Kommunisten ihn nicht als ein Mitglied der kommunistischen Partei betrachten und selbst nicht als einen Kommunistenfreund (or even a pro-Communist) . . . Die Kommunisten sehen in Castro einen Vertreter des Bürgertums und sind bisher auch nicht imstande gewesen . . ., irgendwelche Zugeständnisse von ihm zu erhalten . . ."

Es konnte über die Abneigung Castros, Kuba zu sowjetisieren, niemals der geringste Zweifel bestehen. Er hat sich von Anfang an nicht um die Freundschaft Rußlands, sondern Amerikas bemüht. Bereits im Februar 1959, einen Monat nach der Machtergreifung, hatte er eine Delegation von drei Mann unter Führung des Präsidenten der Cuban Development Bank, Dr. Justo Carillo, nach Washington geschickt, um Übergangskredite von wenigen Millionen zu erhalten. Aber die Delegation war mit leeren Händen zurückgekehrt. Als er dann den Entschluß faßte, die Beziehungen mit Washington persönlich aufzunehmen, wurde ihm eine offizielle Einladung (die bisher selbst der jämmerlichste lateinamerikanische Regierungschef erhalten hatte) verweigert. Castro mußte sich mit einer inoffiziellen Einladung begnügen. Als er schließlich in Washington eintraf, wurde er nicht, wie andere inoffizielle Besucher (Mikoyan z. B.), im State-Department empfangen, sondern die Besprechungen zwischen ihm und Herter fanden in einem Hotelzimmer statt. Man kann es einem Ministerpräsidenten, hinter dem zu 85% die gesamte Nation steht, kaum verargen, wenn er die Antwort auf eine solche Brüskierung nicht schuldig blieb. Die Konfiskationen amerikanischen Eigentums wurden beschleunigt. Sie hätten sich wahrscheinlich in maßvolleren Grenzen gehalten, wenn man ihn nicht wie einen Bandenführer behandelt hätte. „Für jeden Schlag, den wir erhalten, gehen wir zwei Schritte vorwärts", hatte Raúl Castro, Fidels Bruder, erklärt.

Der Empfang, den man Castro zuteil werden ließ, gehört zu jenen amerikanischen Unbegreiflichkeiten, an die man sich gewöhnen kann, die aber nicht zu verstehen sind. Auf eine Hybris dieser Art haben alle Nationen bisher nur mit Steifnackigkeit reagiert. Offenbar hält man den Latein-Amerikanern gegenüber immer noch — und trotz aller entgegengesetzten Erklärungen — an jener Politik fest, die Woodrow Wilson 1914 formuliert hat, als Amerika in Mexiko intervenierte. Wilson, der mit der Entwicklung der mexikanischen Präsidentenwahlen unzufrieden war, mobilisierte damals die Flotte, besetzte die mexikanische Hafenstadt Vera Cruz und erklärte: „Ich werde diesen Latein-Amerikanern beibringen, die richtigen Leute zu wählen." Aber die „richtigen Leute" zu finden, fiel „diesen" Latein-Amerikanern häufig sehr schwer. Washington lehnte Reformer ab.

Es war das der Anfang aller Unruhen auf Kuba gewesen. Es hatte dort in den vierziger Jahren den schon erwähnten Präsidenten Ramón Grau San Martín gegeben, der bemüht gewesen war, einige milde Reformen durchzuführen. Aber sie waren für Washington zu radikal und Grau war persona non grata gewesen. Man wollte verhindern, daß sich derartige Experimente wiederholen, und erreichte das durch Methoden, die seitdem in fast eintöniger Weise verwandt worden sind. Man konnte in Kuba nicht intervenieren, weil man auf das Platt-Amendment 1934 verzichtet hatte. Aber man konnte auf einem Umweg zum gleichen Ziel gelangen. Kuba stand kurz vor den Präsidentenwahlen. Man konnte einen Militärpakt mit Kuba schließen, einen „assistance pact", und dadurch dem „richtigen" Präsidentschaftskandidaten den Rücken decken. Der Pakt wurde auch unterzeichnet und dieser „richtige" Mann, unterstützt von seinem mächtigen Verbündeten, drei Tage später „gewählt". Es war der Oberbefehlshaber der kubanischen Armee und sein Name war Fulgencio Batista.

Nicht sehr viel anders hatten sich die Dinge bereits ein paar Jahre zuvor in Venezuela zugetragen, wo Washington es 1948 durch Mobilisierung seines Militär-Attachés in Caracas erreichte, daß der 1946 rechtmäßig durch das Parlament gewählte Präsident R o m u l o G a l l e g o s wegen unerwünschter Reformen gestürzt wurde und das Land verlassen mußte. Washington wußte es sogar ein paar Jahre später zu verhindern, daß diesem hochverdienten Mann der Ehren-

doktor der Universität von Paris verliehen wurde. Die „New York Times" bemerkte damals (1948): „Das Gefühl der Freundschaft gegenüber den Vereinigten Staaten ist in Latein-Amerika in rapider Abnahme begriffen und wird durch Anti-Amerikanismus ersetzt . . ." Derselbe Vorgang wiederholte sich schließlich noch einmal, 1954, in Guatemala, wo der gleichfalls rechtmäßig gewählte Präsident Arbenz Guzmàn wegen einiger legaler Reformen durch aufständische Truppen, die geheimnisvollerweise sogar über Flugzeuge verfügten, gezwungen wurde zu emigrieren. Kein Latein-Amerikaner hat diese Vorgänge jemals vergessen. Richard M. Nixon bekam es zu spüren, als er bei seinem vorjährigen offiziellen Besuch in Venezuela beinahe gesteinigt wurde; — und den Namen Guatemalas findet man heute auf der ersten Seite jeder kubanischen Revolutionsbroschüre. „Das Beispiel Guatemalas lehrt uns . . ." heißt es dort immer wieder.

Die Politik der indirekten Intervention, die Amerika vor allem in der Nachkriegszeit entwickelt hat, ist in ganz Latein-Amerika in so großen Verruf geraten, daß man kürzlich auf der Konferenz der Außenminister sämtlicher OAS-Staaten in Costa Rica etwas Neues versuchen wollte. Man wollte diese „Organisation der amerikanischen Staaten" in ähnlicher Weise wie die UN-Organisation verwenden und also durch Majoritätsbeschlüsse die Vollmacht erhalten, gegen nicht willfährige Mitglieder die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der Auftakt zu einer solchen Politik war durch das Verhalten der Dominikanischen Republik gegeben. Der Herr dieser Republik, der Diktator Rafael Trujillo, hatte einen Mordanschlag auf den Präsidenten Venezuelas organisiert, und obgleich die Vereinigten Staaten Trujillo noch vor zwei Jahren 12½ Millionen Dollar bewilligt hatten und es sogar für erforderlich hielten, ihm in diesem Jahr die Lieferung der 300 000 t Zucker zuzuweisen, um die Kuba ärmer geworden war, erklärte Washington sich zu Sanktionen gegen die Dominikanische Republik bereit. Aber es geschah ganz offenbar nur, um von dem gleichen Gremium die Vollmacht für Sanktionen gegen Kuba zu erhalten — und die erhielt man nicht. Es konnte über diese Frage unter den latein-amerikanischen Ministern keine Einigkeit erzielt werden. Der Versuch einer Intervention, die nicht von Washington ausgeht, sondern von der Gesamtheit der amerikanischen Staaten, schien also gescheitert zu sein. Aber man fand im letzten Augenblick doch noch eine Lösung. Man erinnerte sich an den „assistance pact" mit Kuba, 1954, und schlug einen gleichen Pakt mit sämtlichen latein-amerikanischen Staaten vor — zum Schutz der westlichen Hemisphäre gegen „kommunistische Brükkenköpfe". Und dieser Pakt soll vorbereitet und in absehbarer Zeit abgeschlossen werden.

Man ist gezwungen, festzustellen, daß die Kirche bis vor wenigen Wochen auf seiten Castros gestanden hat und nur durch Intervention unerwünschter Dritter genötigt wurde, ihre Position zu korrigieren.

Der latein-amerikanische Klerus ist wenig geeignet, Bewunderung zu erregen, aber man findet unter den Priestern hin und wieder ein stark ausgeprägtes soziales Empfinden. Arbeiterpriester hätten auch in Latein-Amerika (aber niemals in den Staaten) auftreten können. Es geht das auf eine Tradition zurück, die in manchen Gegenden noch lebendig ist und ihre Wurzeln im ersten Jahrhundert nach der Conquista hat. Der Priester war damals der einzige, der sich manchmal des besiegten Gegners, des Indio, annahm. Der Priester trat sogar manchmal als Anwalt der indianischen Arbeitermassen auf, die von den Herren des Landes, den Conquistadores, als Vieh im wortwörtlichen Sinne, als „seelenlose Wesen", behandelt wurden. Es war vor allem ein Bischof, Bartolomé de las Casas, der die Rechte von Hunderttausenden von Indios öffentlich

vertrat und es schließlich auch erreichte, daß diesen geplünderten Besiegten durch päpstliches Dekret eine Seele zugesprochen wurde. Damit war keine Mauer gegen den Mißbrauch dieser Indios geschaffen, aber eine Basis. Sie waren von nun ab „Menschen" und durften, wenn auch nur theoretisch, beanspruchen, menschlich behandelt zu werden. Der spätere politische Anspruch basierte auf dieser juristisch-theologischen Voraussetzung.

Es kommt auch heute noch hin und wieder vor, daß ein Bischof sich Las Casas' erinnert und ihm auf seinem dornenvollen Wege folgt. Ein solcher Mann war der Erzbischof von Havana, Evelio Diaz, apostolischer Administrator und oberstes Haupt der kubanischen Hierarchie. In einem kubanischen Magazin nahm er zur Revolution mit den folgenden Worten Stellung: „In diesem kritischen Augenblick, in dem eine neue Ära der Geschichte unseres Landes beginnt und ein unwiderstehlicher Wunsch nach moralischen und sozialen Reformen seinen Ausdruck findet, halte ich es für meine Pflicht, an das Verantwortungsbewußtsein und den Patriotismus aller Kubaner zu appellieren . . . Dies ist eine Zeit des Erwachens und geistiger Erneuerung. Die Masse der Unterprivilegierten, die unter schändlicher Mißachtung aller menschlichen Würde nur mühsam imstande war, ihr Leben zu fristen, wendet sich nun an die kleine Gruppe der Privilegierten und plädiert für ein weniger grausames Dasein . . ." Es war ein Artikel, der auch von einem „Fidelisten" hätte geschrieben sein können. Er bewies, daß tatsächlich die gesamte Nation hinter Fidel Castro stand.

Die wenigen Exzesse der Revolution und einige der härtesten Konfiskationen hätten vermieden werden können, wenn Amerika auf diese Stimme gehört hätte. Was konnte man sich unter amerikanischem Aspekt besseres wünschen als eine Reform, die vom Klerus ihre Sanktion erhält? Eine solche Reform bot Garantien gegen Gefahren, die wesentlich größer waren als der Verlust von tausend Millionen Dollar. Aber Amerika hörte nicht. Der Artikel des Erzbischofs erschien in keiner amerikanischen Zeitung. Man wartete vielmehr ab, bis sich die Gruppe der Unzufriedenen im Lande vermehrt hatte (— es mußten verständlicherweise durch die Drosselung amerikanischer Importe, durch die Schließung der Luxushotels und Spielbanken, durch die Abnahme des Touristenverkehrs und andere Unvermeidbarkeiten 50000 oder 100000 unzufrieden sein —) und versuchte dann, gestützt auf diese feindliche Schar, einen Druck auf den kubanischen Klerus auszuüben. Es standen für diese Aktion zwei Persönlichkeiten zur Verfügung: in der angelsächsischen Welt Kardinal Spellman und in der lateinischen General Franco. Von den 700 kubanischen Priestern waren 400 Spanier (!).

Der Bischof, der sich schließlich hergab, dem Wunsch der Vereinigten Staaten zu entsprechen und in einer Predigt vor „kommunistischen Bestrebungen" warnte, konnte in einem nachträglichen Interview die wahrheitsgemäße Erklärung abgeben, daß er durch seine Predigt nur „die Sorge einer großen Anzahl jüngerer Priester" zum Ausdruck gebracht habe. Er verschwieg, daß es die spanischen waren!

Man hatte den Priestern bisher nicht ein einziges Haar gekrümmt. Die Revolution war auch in dieser Hinsicht nicht „östlich" verlaufen. Aber der Wind kam nun aus einer anderen Richtung und damit war man in Kuba gezwungen, die Segel des eigenen Boots anders zu setzen.

Es gibt ein seltsames Bild von Fidel Castro und Evelio Diaz, dem Erzbischof von Havana. Beide befinden sich sitzend im Gespräch, und man wird bei längerer Betrachtung seltsamerweise an die berühmte Doppelstatue von Lenin und Stalin erinnert. Aber es ist nicht die Ähnlichkeit der Gruppierung, die die Assoziation weckt, sondern die Haltung Castros. Sie entspricht in ihrer Andächtigkeit der Stalins. Der Kopf ist respektvoll etwas geneigt, und man sieht, daß Castro aufmerksam zuhört.

Bilder sind manchmal wie Stimmen und verraten mehr, als der Person erwünscht sein kann. Auch dieses Bild sagt manches aus. Es ist das Bild eines Mannes, der nicht die Absicht hat, sämtliche Säulen, auf denen die latein-amerikanische Zivilisation bisher ruhte, zu stürzen. Es ist das Bild eines bürgerlichen Revolutionärs.

Man sieht die Kinderstube, die Fidel Castro gehabt hat.

Er kam 1926 als Sohn eines Mannes zur Welt, der aus Spanien emigriert ist und sich durch Zuckerplantagen ein Vermögen erwerben konnte. Die Familie wurde auf Kuba zur Aristokratie gezählt, und Fidel Castro erhielt auch die in diesen Kreisen übliche Erziehung. Er wurde auf eine Jesuitenschule geschickt, die in latein-amerikanischen Ländern unter pädagogischem Gesichtspunkt meistens die beste ist, und studierte dann Jura. Nach Abschluß seiner Studien ließ er sich als Anwalt in Havana nieder.

Seine revolutionäre Laufbahn in Kuba begann, als sein Versuch, die „Wahl" Batistas annullieren zu lassen, gescheitert war. Sie setzte mit einer Aktion ein, die außergewöhnlichen Mut erforderte. Mit einer Gefolgschaft von einigen achtzig Mann versuchte er am 26. Juli 1953 im Osten der Insel, in der Sierra Maestra, ein Munitionsdepot zu stürmen. Es mißlang. Die meisten seiner Getreuen kamen um, und er selbst und einige Überlebende konnten nur durch die Intervention des Erzbischofs von Santiago de Cuba vor der Füsilierung gerettet werden. Castro erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus, wurde aber 1955 amnestiert und ging nach Mexiko. Dort wurde dann die Invasion in Kuba vorbereitet.

Lebensläufe dieser Art sind in der latein-amerikanischen Geschichte nicht selten. So hat es z. B. auf Kuba vor nicht ganz hundert Jahren einen Castro-Vorläufer gegeben, Dr. Manuel Cespedes, der es 1868 zustande gebracht hatte, eine kubanische Stadt, Yara, zu erobern und dann von dieser Stadt aus einen zehnjährigen Krieg gegen Spanien zu führen. (Die spanischen Verluste betrugen damals 80 000 Mann.) Was den Fall Castro von diesem unterscheidet, sind nur die historischen Dimensionen, der Erfolg und die Anvisierung eines Ziels, das man zu jener Zeit noch nicht gekannt hat, und das auch jenseits dessen liegt, was auf einer kleinen Insel wie Kuba erreicht werden könnte.

Dieses Ziel, das von allen Latein-Amerikanern erstrebt wird, ist die Entwicklung Latein-Amerikas als einer geistig geschlossenen Einheit zu einer Welt mit eigenen strukturellen Prinzipien auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet.

Man spricht in sämtlichen latein-amerikanischen Ländern, mit Ausnahme Brasiliens, die gleiche Sprache; man hat die gleiche Vergangenheit, die mit dem Freiheitskrieg Bolivars abschloß — oder besser, begann; man hat noch heute Rechtsvorstellungen, die im spanischen Zivil- und Strafrecht wurzeln; man bekennt sich in allen Ländern, gläubig oder ungläubig, zur gleichen Kirche, hat gleiche oder ähnliche Sitten und — last not least — die gleiche Literatur. Es gibt zwar Nationalliteraturen, aber der Begriff ist meistens etwas künstlich. Es gibt also verbindende Brücken zwischen politisch Getrennten. Und es gibt sogar verbindende politische Brücken trotz aller Trennung.

Man findet überall die politische Überzeugung, daß das von Spanien übernommene und heute nur wenig modifizierte Besitzrecht das große Verhängnis Latein-Amerikas ist. Man macht dieses Recht, durch das sich die Latifundien erhalten haben, verantwortlich für allen Rückstand und ist überzeugt, daß die hohen moralischen und kulturellen Kräfte der präkolumbianischen Kulturen durch eine Änderung dieses Rechts wieder geweckt werden könnten. Man vertritt diese Überzeugung vor allem in Staaten mit überwiegender Indiobevölkerung, und der Kampf gegen die Latifundien ist daher identisch mit der Erwartung einer Indio-Renaissance. Das klassische Land solcher Erwartungen ist Mexiko. Es war der Indio Juarez, Präsident seines Landes, der Kaiser Maxi-

milian erschießen ließ, und es war auch Mexiko, das die Kette der sozialen Reformen mit der Revolution von 1911 begann. Unter seinen Präsidenten Carranza, Obregón und Calles wurde zum erstenmal versucht, dem sozialen Leben ein latein-indianisches Gesicht zu geben. Der Apologet und Chronist dieser Epoche ist der Maler Diego Rivera, der im Auftrag des mexikanischen Kulturministeriums die drei Etagen des doppelten Patios in der Secretaría de Educación mit zeitgenössischen und historischen Fresken bedeckt hat.

Man findet auch überall — und diesmal nicht nur in Ländern mit überwiegender Indio-Bevölkerung — eine andere Überzeugung, die sich wahrscheinlich in der Zeit des amerikanisch-mexikanischen Krieges gebildet hat und seitdem ständig stärker geworden ist. Sie wurzelt in der Erkenntnis, daß die Ziele des eigenen individuellen und nationalen Lebens niemals in jener Richtung gesucht werden dürfen, die durch die „Estados del Norte" historisch geworden ist. Diese „Estados", die sich anmaßten, die „Estados Unidos de America" zu sein, kreisten um eine Achse, die niemals zur eigenen werden darf. Ein Uruguayo, José Enrique Rodó, fand um 1900 für diese Überzeugung die Worte, die heute zum klassischen Besitz Latein-Amerikas gehören. In einem Essay, betitelt „Ariel" (so daß es der Diskretion des Lesers überlassen bleibt, den „Caliban" zu ergänzen), schrieb er: „Die mächtige Nation des Nordens ist nun damit beschäftigt, uns ohne Waffen zu erobern. Man führt Feldzüge gegen uns. Bewunderung für die Größe und Macht dieser Nation ist ein Gefühl, das in unseren herrschenden Klassen ständig wächst und vielleicht sogar noch schneller unter den Massen, die ja leicht durch Erfolge zu beeindrucken sind . . . Die Mitglieder dieser großen Nation erstreben heute nicht weniger als die Führung der gesamten Zivilisation auf Erden . . . Es hätte keinen Sinn, diese Wahnwitzigen davon überzeugen zu wollen, daß sie dazu niemals imstande sein werden. Die Fackel, die seit 3000 Jahren an den Ufern des Mittelmeers entbrannte und zu jenem Licht wurde, das Athen verbreitet hat, ist zum Stern einer Welt geworden, zu der wir Latein-Amerikaner gehören — und das Fazit dieser Welt kann niemals durch eine Summe von Washington plus Edison ersetzt werden . . ."

Die Sätze Rodó's wurden, wie die Fresken Riveras, zum Blütentraum einer neuen Welt.

Die Figur Castros steht mit beiden Füßen in diesen beiden Vorstellungswelten.

Es hat seinen Grund, daß Castro sich nicht blicken lassen kann, ohne Ovationen zu empfangen, wie sie selbst Bolivar zu seiner Zeit nicht erhalten hat. Er ist der Sieger über Batista. Er ist David, der sich selbst vor Goliath mit dem Sternenbanner nicht fürchtete. Er ist der Erwartete und der Volksheld schlechthin. Er hat für die Mehrzahl der Latein-Amerikaner einen Traum vom Himmel geholt, über den man kaum noch zu sprechen wagte, weil er so alt war.

Castro hat alles erreicht, was er ereichen wollte. Er hat die Agrarreform gewollt und sie durchgeführt. Er hat eine Besitzverteilung getroffen, die es dem landlosen Bauern ermöglicht, die Früchte des Bodens, den er bearbeitet, zu genießen. Er hat das Problem der Ein-Frucht-Kultur gelöst und, ohne die Anbaufläche für Zucker zu verringern, eine Autarkie der Insel in der Ernährungsfrage geschaffen. Er hat das Handelsdefizit mit den Vereinigten Staaten verringert und einen Teil des Nationaleinkommens für die dringend benötigte Industrialisierung verwandt. Und — last not least — hat er den Augiasstall seines Landes gesäubert und das Wunder zustande gebracht, sich von dem Koloß im Norden zu emanzipieren. Die Regierungen aller latein-amerikanischen Länder sind in großer Verlegenheit. Sie wollen sich gegen den „Fidelismus" schützen und sind doch gezwungen, seine Leistungen anzuerkennen. Die Konferenz in Costa Rica hat das klar zum Ausdruck gebracht. Sie war nicht nur von amerikanischer, son-

dern auch von latein-amerikanischer Seite ein Versuch, sich gegen die Verbreitung der Castro-Bewegung zu schützen — und entsprechende Maßnahmen sind auch ergriffen worden. Aber es geschah nur zögernd und wider besseres Wissen. Die „New York Times" hat in ihrer Ausgabe vom 28. August darüber keinen Zweifel gelassen. In einem längeren Résumé der Konferenz finden sich folgende Sätze: „Viele Latein-Amerikaner sympathisieren mit der Revolution Castros. Sie sehen in seinen drastischen wirtschaftlichen Reformen Maßnahmen gegen Übel, die ihre eigenen sind: die Konzentration des Landbesitzes, die Konzentration anderer Erwerbsquellen in wenigen Händen, die Armut der Massen und der Mangel an Industrialisierung. Viele sind keineswegs überzeugt, daß Kuba kommunistisch werden könnte. Auch zögern sie aus traditionellen Gründen, die Partei Amerikas gegenüber einem Bruderstaat zu ergreifen. . ."

Wir erleben ein seltsames Schauspiel.

Fern von den Gestaden Europas wird der Versuch gemacht, eine Zivilisation, die unter vielen Aspekten die Züge Europas aufweist, zu retten. Und das geschieht in dem gleichen Augenblick, in dem die europäische Zivilisation die Züge der Vereinigten Staaten annimmt, die es im Gegensatz zu Latein-Amerika lieben, ihr europäisches Erbe zu verleugnen.

Es wurde schon vor vierzig Jahren die Ansicht vertreten, daß nicht die angelsächsischen, sondern die lateinischen Völker Amerikas das Erbe Europas antreten werden. Ist das richtig — und es spricht viel dafür —, so führt Fidel Castro den Kampf, den wir in Europa verloren haben, auf latein-amerikanischem Boden weiter.

Abgeschlossen: 28. August 1960.

Rudolf Pikola

Ist Gott aus der Kirche ausgetreten?

Am 25. August fand in Hannover ein interessanter politischer Prozeß statt: Bundesverteidigungsminister Strauß hatte auf Beleidigung geklagt, weil er sich durch einen satirischen Artikel angegriffen fühlte, den Rudolf Pikola in der pazifistischen Zeitung „Das andere Deutschland" unter dem Titel „Ein sicher nicht unmögliches Gespräch" veröffentlicht und in dem er die jahrhundertealte Zusammenarbeit zwischen offizieller Kirche und staatlichem Militarismus gegeißelt hatte. Dieser Artikel hatte bereits im vorigen Jahr eine große Kampagne gegen Pikola ausgelöst, die schließlich dazu geführt hatte, daß er bei den Kommunalwahlen im März mit absoluter Mehrheit zum Bürgermeister der Kreisstadt Miesbach in Oberbayern gewählt wurde. Der siebzigjährige Zeitungsverleger Fritz Küster, der „Das andere Deutschland" seit 1925 führt, war ebenfalls mitangeklagt. Er war wegen seiner Haltung 5½ Jahre in Hitlers Konzentrationslsagern gesessen. Beide Angeklagte wurden in Hannover freigesprochen.

Wir haben unseren langjährigen Mitarbeiter Rudolf Pikola gebeten, uns die wichtigsten Gesichtspunkte seiner Verteidigung, in der er seine Ansicht historisch begründete, in einem zusammenfassenden Artikel darzulegen. D. Red.

Wenn man nach einem realen Beispiel für den Begriff sucht, den die christliche Bibel mit dem Worte „Ärgernis" meint, so findet man es wohl am deutlichsten in der Erscheinung, daß die christliche Kirche (die katholische, wie die evangelische), hervorgegangen aus einer Religion der Nächstenliebe, der Feindesliebe, des Ver-

stehens und Verzeihens, der Gewaltlosigkeit, daß diese Kirche bereits 300 Jahre nach ihrem Entstehen ihre großartige und hohe Idee verleugnete und ein Bündnis — offiziell oder moralisch — mit der militärischen weltlichen Macht einging, das von der menschenvernichtenden Kreuzzungsidee des Mittelalters bis zu der unseres Jahrhunderts immer dasselbe geblieben ist.

Dieses Prinzip aber lautet: die der ursprünglichen christlichen Religion und vor allem der Wesensgestalt ihres Begründers absolut entgegengesetzte Idee der Gewalt und des Krieges wird in einer grotesken Mischehe mit dem Christentum zusammengekoppelt, wird nicht nur entschuldigt, sondern auch sanktioniert und das „Mit Gott" der Kreuzritter klingt nach im „Mit Gott für Kaiser und Vaterland" der Heere aus der Zeit unserer Väter und schwebt in der unmittelbaren Gegenwart noch im Raum, wenn bei großen religiösen Feiern militärische Massenaufgebote erscheinen und sich mit ihrem grauenhaften Handwerk unter den Schutz eines Gottes stellen, der etwas ganz anderes meinte.

Wem fiele da nicht Erich K ä s t n e r s bissiges Wort ein:

„Da hilft kein Zorn, da hilft kein Spott,
da hilft kein Fluchen und kein Beten,
die Nachricht stimmt, der liebe Gott
ist aus der Kirche ausgetreten."

Es müßte nicht so sein, es dürfte nicht so sein, und vor allem: es ist nicht immer so gewesen.

Als die Kirche noch eine Gemeinschaft von Gläubigen und keine politische Macht oder Verbündete politischer Mächte war, nahm sie die Lehre ihres Gründers genau und hielt ihre Glieder an, ihr Leben danach einzurichten. Eine Fülle von der menschenvernichtenden Kreuzzugsidee des Mittelalters bis zu der unseweis dafür, Verweigerungen, die mit Martyrium und Tod bezahlt wurden. „Die Soldatenmartyrien stehen im Zentrum der Märtyrergeschichte", schreibt Walter D i g n a t h in seinem hervorragenden und wissenschaftlich fundierten Werk „Kirche, Krieg, Kriegsdienst" (Herbert Reich, Evangelischer Verlag Hamburg-Volksdorf 1955), dem ich wichtige Anregungen zu dieser Zusammenstellung verdanke. „Aus ihren Akten ist zu ersehen, daß jenen Christen die Diskrepanz zwischen Christenglauben und Soldatenberuf, zwischen Gott und dem Kaiser zur existentiellen Frage des Glaubensgehorsams geworden ist, die sie durch die Militärdienstverweigerung beantworteten ... Das bisherige an sich tadellose, in der Schlacht bewährte, ehrenvoll ausgezeichnete Soldatenleben kann nur als ein errare in vana militia (ein Irrweg im nichtigen Militärdienst) bezeichnet werden", sagt Dignath und führt den oft gebrauchten Satz aus jener Zeit an: „Non possum militare, non possum malefacere, quia Christianus sum (ich kann nicht Militärdienst tun, ich kann nichts Böses tun, denn ich bin Christ)".

Im selben Sinne sprach sich auch die Ägyptische Kirchenordnung des H i p p o l y t (220) aus: „Homo, qui accepit potestatem occidendi vel miles numquam recipiatur omnio (ein Mensch, der Gewalt zu töten empfangen hat oder ein Soldat, kann überhaupt nicht in die Gemeinde aufgenommen werden)".

Und T e r t u l l i a n (um 200) meint: „Vor allem muß man ja fragen, o b C h r i s t e n ü b e r h a u p t S o l d a t e n w e r d e n d ü r f e n ... Dürfen wir mit dem Schwert umgehen, während doch der Herr gesagt hat, daß, wer das Schwert nimmt, durch das Schwert umkommen wird? Darf der Sohn des Friedens im Kriege mitwirken? Wird er sich vom Feldherrn die Losung geben lassen, während er doch schon von Gott die Losung empfangen hat? ... Allerdings liegt die Sache anders bei solchen, die bereits Soldaten waren, als sie die Gnade des Glaubens fan-

den ... Doch muß man nach der Annahme des Glaubens und der Taufe entweder den Militärdienst sofort aufgeben, wie es viele auch wirklich getan haben, oder alle möglichen Auswege suchen, um nichts wider Gott zu tun, das heißt um auch als Soldat nichts zu tun, was dem Christen im Zivilstande untersagt ist; denn das wird durch den Soldatenstand keineswegs zu etwas Erlaubtem ... Wer glaubt, kann sich nicht auf Notwendigkeiten berufen, die außerhalb des Glaubens Geltung beanspruchen ... Wie soll der einen Krieg führen, ja auch nur im Frieden ohne Gebrauch des Schwertes Soldat sein, dem der Herr das Schwert weggenommen hat ... hat doch der Herr in der Entwaffnung des Petrus jeden Soldaten entwaffnet. Bei uns ist keine Uniform gestattet, die das Zeichen eines unerlaubten Berufes ist."

Und an anderer Stelle meint Tertullian: „Der Standpunkt des Glaubens läßt keine Berufung auf Notwendigkeiten zu. Es gibt keine Notwendigkeiten für die, für welche es nur eine Notwendigkeit gibt: nicht zu sündigen."

Origines sagt zur selben Zeit: „Wir sind gekommen, den Ermahnungen Jesu gehorsam, zu zerbrechen die Schwerter, mit denen wir unsere Meinungen verfochten und unsere Gegner angriffen ... Denn wir ziehen nicht mehr das Schwert gegen ein Volk und wir lernen nicht mehr zu kriegen, nachdem wir Kinder des Friedens geworden sind durch Jesu."

Zu Anfang des 4. Jahrhunderts sagt Lactantius: „Der gerechte Mann darf nicht Soldat sein ..., auch darf er niemand als Kapitalverbrecher denunzieren; denn es ist dasselbe, ob du einen mit dem Schwert oder dem Wort tötest, da eben das Töten verboten ist." (Divinae institutiones.) Wie seltsam nimmt sich dagegen aus, was ein hoher Vertreter derselben Kirche, der katholische Militärbischof der deutschen Bundeswehr, Kardinal Wendel, 1½ Jahrtausende später in einer Ansprache vor Soldaten am 3. Adventsonntag 1956 sagte: „Es liegt kein Widerspruch darin, daß Männer, die im Wehrdienst stehen, die Frohbotschaft Christi, des Friedenskönigs, hören".

Auf Grund der angeführten historischen Beispiele und noch vieler anderer, kann Walter Dignath mit Recht folgern: „Es ist kein Zweifel daran möglich, daß die Kirche in der Zeit vor Konstantin ihre Glieder mit allem Ernst davon abzuhalten suchte, den Soldatenberuf zu erwählen, und daß viele Soldaten als Folge ihrer Bekehrung zum christlichen Glauben weiteren Militärdienst verweigerten und deswegen mit dem Tode bestraft wurden."

Dies wurde mit einem Schlage anders (und blieb es bis heute) als Konstantin nach seinem Sieg über Maxentius (312) das Christentum zur Staatsreligion erhob.

Bereits im Jahre 314 setzte die erste große abendländische Synode in Arles unter Anwesenheit des Kaisers fest, daß die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der höchsten Kirchenstrafe, nämlich der Exkommunikation, zu ahnden sei. Nun also, da der Kaiser mit der Kirche und die Kirche mit dem Kaiser gemeinsame Sache machen, müssen natürlich die Soldaten bei der Fahne gehalten werden.

Ungefähr zur selben Zeit sagt der berühmte Athanasius: „Morden ist nicht erlaubt; in Kriegen jedoch ist es sowohl gesetzlich als liebenswert, Gegner zu töten". Und Augustinus meint: „Du mußt nicht denken, niemand könne Gott gefallen, der mit der Waffe dient." Augustinus ist es auch, der den Begriff des gerechten Krieges untersucht und dabei zu dem Ergebnis kommt: „Als gerechte Kriege pflegt man die zu bezeichnen, die Unrecht rächen." Da allerdings auch in einem solchen Kriege Menschen erschlagen werden, was unter normalen Umständen schlicht und einfach als Sünde zu bezeichnen ist, bemüht sich Augu-

stinus auch dafür um eine Entschuldigung: „Was wird denn im Kriege gesündigt? Etwa, daß Menschen sterben, wenn sie doch nur deshalb die Todesgefahr auf sich nehmen, um zu siegen und in Frieden zu herrschen? Das zu tadeln ist Sache der Furcht, aber nicht der Religion." Und an anderer Stelle: „Denn Kriegführen selbst ist kein Vergehen, aber Kriegführen, um Beute zu machen, das ist Sünde."

Mit der Frage des gerechten Krieges befaßte sich auch einer der bedeutendsten Männer der katholischen Kirche, Thomas von Aquino (13. Jahrhundert). Drei Grundbedingungen zur Kennzeichnung dieses „gerechten Krieges" nennt er: 1. Legitime Obrigkeit (legitima auctoritas), 2. Gerechte Sache (iusta causa), 3. Gute Absicht (recta intentio). Besonders aufschlußreich und wie für unsere neue Wehrgesetzgebung zugeschnitten (die ja auch die Theologen im Unterschied zu den Familienvätern vom Wehrdienst entbindet) ist folgender Ausspruch des großen Kirchenlehrers Thomas: „Nun sind Kriege eines gläubigen Volkes auf das höchste geistige Gut als Endzweck hinzuordnen, ein Gut, dem speziell die Kleriker zu dienen haben. Daher ist es Sache dieser zur Unternehmung gerechter Kriege vorzubereiten und zu veranlassen, wiewohl sie selbst nicht mitkämpfen dürfen (ideo ad clericos pertinet disponere et inducere alios ad bellandum bella iusta)".

In einem ähnlichen Sinne äußert sich Kaiser Karl der Große in einem Brief an Papst Leo dem Dritten: „Unsere Aufgabe ist es, mit Hilfe Gottes die heilige Kirche Christi nach außen gegen den Einbruch der Heiden mit den Waffen zu verteidigen und nach innen durch Anerkennung des katholischen Glaubens zu festigen. Euere Aufgabe ist es, wie Moses mit zu Gott erhobenen Händen unseren Kriegsdienst zu unterstützen, damit das christliche Volk, Dank eurer Fürbitte von Gott geführt und ausgestattet, stets und überall den Sieg über die Feinde seines Namens habe."

Besonders liebenswürdig klingt auch als Beispiel angewandter Feindesliebe das Sakrament von Angoulême (9. Jahrhundert): „Ewige Dreieinigkeit ... unter diesen heiligen Zeremonien bitten wir deine Güte, daß du deiner ganzen Kirche Hilfe gewährest ... befreie dein christliches Volk von der Bedrängnis durch die Heiden. Verleihe den Sieg diesem König, deinem Knecht, damit deine Kirche wiederhergestellt und aufgerichtet und die unglückseligen Heiden vernichtet werden ..."

Die letzten Skrupel beseitigt Bernhard von Clairvaux (1090—1153), der fanatische Propagandist der Kreuzzüge: „Drum unbekümmert vorwärts, ihr Soldaten, treibt mit unverzagtem Herzen die Feinde des Kreuzes Christi vor euch her, daß weder Tod noch Leben euch scheiden kann von der Liebe Gottes ... Die Soldaten Christi sollen getrost die Kriege ihres Herrn führen und keinesfalls die Sünde fürchten, die die Niedermetzelung der Feinde darstellt, noch die Gefahr, die ihnen dabei selber droht; denn der Tod, der für Christus zu erleiden oder zu vollziehen ist, hat nichts von einem Vergehen an sich, sondern ist des höchsten Ruhmes würdig."

Wenn in dieser Tonart jahrhundertelang gelehrt und gehandelt wurde, ist es freilich kein Wunder, daß der Renaissancemensch Macchiavelli (1469 bis 1527) zu der Ansicht kam: „Die Religion ist im Grunde doch nichts anderes als ein klug ersonnener Volksbetrug, den die politischen und militärischen Führer benutzen, um das abergläubische Volk im Gehorsam zu erhalten, die Soldaten durch Orakelsprüche mit Siegeszuversicht zu erfüllen, den eigenen Befehlen und Gesetzen überirdisches Ansehen zu verleihen" (Discorsi), und wenn Luther sogar zur Zeit der Türkenkriege, die stimmungsmäßig sicherlich mit unserem modernen Antikommunismus gleichzusetzen sind ausrief: „Aber über alles bewegt mich, daß man unter christlichem Namen wider den Türken zu streiten

vornahm, lehret und reizet, gerade als sollte unser Volk ein Heer der Christen heißen wider die Türken als wider Christus' Feinde, welches ist stracks wider Christus Lehre und Namen. Wider die Lehre ist's, da er spricht, Christen sollen dem Übel nicht widerstehen (Matth. 5/39), nicht streiten noch zanken, nicht rächen noch rechten", und: „Wenn ich ein Kriegsmann wäre und sähe zu Felde ein Pfaffen- oder Kreuzpanier, wenn's gleich ein Cruzifix wäre, so wollt ich davon laufen, als jagt mich der Teufel."

Trotzdem konnte auch Luther sich selbst aus seinem bestimmt rigorosen Ernstnehmen des Christentums heraus nicht zu einer bedingungslosen Absage an Krieg und Gewalt durchringen. In seiner Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können" (1526) sagt er: „Die Kriegsleute sind in seligem Stande, wenn sie in der Abwehr kämpfen." In diesem Fall, meint er, ist der Krieg „nur ein klein unglück, das eim großen unglück wehret."

Merkwürdigerweise wird im Zuge der zivilisatorischen und gesellschaftlichen Fortentwicklung die Entwicklung auf dem von uns betrachteten Gebiet zusehends schlimmer. Das 19. Jahrhundert — auf naturwissenschaftlichem und sozialem Gebiet so bedeutend — bringt mit mystizierender Romantik (am Anfang) und romantischem Kitsch (am Schluß) noch die ganze Klaviatur nationaler Emotionen und Phrasen zum Klingen. Walter Dignath spricht mit Recht von der „säkularisierten Kreuzzugsidee", wie sie uns vor allem in der Kriegsliteratur der Befreiungskriege (in denen das Volk blutete, um die Throne seiner Fürsten zu erhalten, die ihm als Dank die ersehnte Freiheit verweigerten) entgegentönt.

Ein Beispiel mag für viele stehen. S c h e n k e n d o r f singt 1813:

„Du reicher Gott in Gnaden,
schau her vom Himmelszelt!
Du hast uns selbst geladen
in dieses Waffenfeld.
Laß' uns vor dir bestehen
und gib uns heute Sieg;
die Christenbanner wehen,
dein ist, o Herr, der Krieg!"

Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen und man käme schließlich bei dem Lied an, das die gläubigen französischen Soldaten in dem unmenschlichen Algerienkrieg unserer Tage singen dürfen:

Wir wünschen uns Gott in unsere Armee,
damit unsere jungen Soldaten,
die das geliebte Frankreich verteidigen,
Helden im Kampf sein mögen!

Um gegen die Ungläubigen zu kämpfen,
die es gewagt haben, sich zu erheben,
setzen unsere Soldaten ihr Leben ein —
das Kreuz wird sie zu beschützen wissen!

Zu deinen Füßen, o Jungfrau Maria, bitten wir dich,
auf den Knien liegend, daß der Boden Algeriens
französisch bleibt wie wir!
Algerien hat sein Schicksal Jesu geweiht!

Wahnsinnige, die den Glauben verweigern,
möchten Frankreich und seine Söhne davonjagen!
Fall ihnen in den Arm! Gib den Sieg
den mit dem Kruzifix bewaffneten Soldaten!

(Französisches Kirchenlied, das innerhalb der Armee bei Feldgottesdiensten und in den Kirchen Algeriens gesungen wird. Aus der Zeitschrift SOPO Nr. 11/12, 1959.)

Vielleicht ist es nötig — wenn auch nicht erfreulich — sich noch einige protestantische Stimmen aus den Kriegen unseres glorreichen Jahrhunderts anzuhören. Da schreibt das Reformierte Sonntagsblatt für Lippe unter dem 13. 2. 1916:

„Jesus ist mit uns! Aber woher wissen wir denn das? Warum können wir das so zuversichtlich behaupten? Nun denn, die Beweise dafür liegen offenkundig vor uns. Die großen und herrlichen Erfolge, die wir errungen haben, die vielen glänzenden Siege, die wir gewonnen haben — haben wir sie nicht dem Herrn zu verdanken, der unsere Heere mit heldenhafter Tapferkeit erfüllt, unsere Heerführer mit großer Weisheit geleitet, unsere Waffen so reich gesegnet hat!"

Und das Westfälische Sonntagsblatt für Stadt und Land will ihm nicht nachstehen (16. 6. 1916):

„Unsere Streiter sind nicht bloß Kämpfer für Heimat und Herd, für König und Vaterland, sondern es sind Gottes Heere, sie streiten in seinem Dienst als seine Amtleute und Handlanger. Es ist gut, wenn unsere christlichen Soldaten es wissen, daß sie noch in einem viel höheren Dienst und Amt in diesem Kriege stehen, daß sie Gottes Sache führen, und daß darum der Herr auch so wunderbar mit uns gewesen ist. Darum Gott allein die Ehre! Auch dieser Krieg ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Vollendung des Reiches Gottes."

Ob die christlichen Soldaten der Franzosen, Engländer, Amerikaner oder Italiener es auch wußten, daß sie Gottes Sache führten?

Beispiele aus der Zeit zwischen den Kriegen:

Der protestantische Bischof D i b e l i u s schreibt 1930 in seinem Buch „Friede auf Erden?": „So geht der Christ in den Krieg! Er weiß, Gott will etwas ganz anderes als den Krieg. Man wird ihm anmerken, daß er das weiß. Nie wird der Christ sich über den Krieg freuen ... Aber wenn es das Vaterland fordert, wird er in diese Welt des Grauens freudig und getrost hineingehen. Er wird seinen Mann stehen und keinen Dienst verweigern, der ihm befohlen wird. Er steht im Dienste seines Gottes, wenn er für das Vaterland kämpft. Und das Gewissen wird um so reiner sein, je völliger der Dienst mit der Waffe aufgeht im Gedanken des Opfers ... Um der Liebe willen geht der Christ, der für das Vaterland die Waffe zur Hand nimmt, in eine Welt hinein, die Gott nicht will. Er geht in eine Atmosphäre der Finsternis hinein, in ein Leben, in dem die menschliche Sünde sich auswirkt. Und er tut das in Gottes Namen und nach Gottes Willen!"

Das „Vademecum für den katholischen Soldaten", 1938 mit dem Imprimatur des Bischöflichen Ordinariats Münster herausgegeben, verpflichtet die christgläubigen Streiter auf ihren Führer und Kriegsherrn und schreibt u. a.:

„Ist dem deutschen Soldaten solche Treue seinem Führer und obersten Befehlshaber zu geloben schon leicht gemacht, weil er in ihm das Vorbild wahrhaft soldatischen Wesens und Treue erkennt, ... dann wird der christliche Soldat erst recht sein Gelöbnis in Ernst und Freudigkeit des Herzens sprechen können, weil ihn sein Glaube lehrt, in der Person des Herrschers über die rein menschlichen Fähigkeiten und Leistungen hinaus die ihm von Gott verliehene Herrlichkeit und Ehre zu erkennen und anzuerkennen. Für den Christen, der in seinen Glauben hineingenommen hat, daß die Staatsgewalt ihren Auftrag von Gott empfing, ist ein Schwanken auch in solch entscheidender Stunde nicht möglich, für den christ-

lichen Soldaten, der sich durch einen heiligen Eid vor Gott zur Treue verpflichtet hat, erst recht nicht. Er wird den Krieg von der sittlichen Seite sehen als ein Ringen zwischen Recht und Unrecht und für sich selbst als eine Probe der Bewährung seines Mannestums."

Im „Katholischen Militär-Gebet- und Gesangbuch", vom Feldbischof für die Wehrmacht 1940 herausgegeben, konnte man denn auch lesen: „Wehrpflicht ist Ehrpflicht. Was Deutschland groß gemacht hat, ist nicht zuletzt dem Soldatenstande zu danken. Er ist eine Schule der Tapferkeit, die Geburtsstätte großer Helden, ein Schauplatz der Ehre und des Ruhmes ... Halte dich an die Parole: Mit Gott für Führer, Volk und Vaterland!"

Und natürlich bemüht sich in edlem Wettstreit auch die evangelische Kirche, den guten Soldaten (für Adolf Hitlers Krieg) und den guten Christen in Übereinstimmung zu bringen. Im Jahrbuch der Bekennenden Kirche (1933/44) heißt es:

„Die letzte Verantwortung für jeden Schuß, den ich als Soldat im Kriege abgebe, trägt der Inhaber der Staatsgewalt, der den Befehl zur Kriegführung gegeben hat ... Es versteht sich von selbst, daß ich gerade als Christ die Pflicht habe, unter Beachtung der möglichst humanen und ritterlichen Formen der Kriegführung ein möglichst guter Soldat zu sein, der die ihm gestellten militärischen Aufgaben mit peinlicher Sorgfalt und mit Aufopferung aller seiner Kräfte zu erfüllen trachtet."

Human und ritterlich — genau das Leutnantsidol aller höheren Töchter! Und Schuld am Tod der Menschenbrüder in fremder Uniform sind ja andere, Gott sei's gedankt!

Wenn man noch an das Hirtenwort des katholischen Feldbischofs Franziskus Justus vom 29. Juli 1941 denkt: „Viele europäische Staaten wissen es, daß der Krieg gegen Rußland ein europäischer Kreuzzug ist. Die Völker Europas müßten ihre Geschichte verleugnen und ihre Zukunft verneinen, wollten sie nicht von Herzen jene Entscheidung herbeisehnen, die den Bolschewismus für alle Zeiten aus der Geschichte vertilgt", so erinnert man sich mit einem leisen Schaudern an den Ausspruch, den der amerikanische Kardinal und Militärseelsorger Spellman (lt. Zitat der Süddeutschen Zeitung vom 8. 8. 1960) auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München getan hat: „Denn die Zeit wird kommen, in der die heutigen kommunistischen Herrscher hinweggefegt werden. Bis zu diesem Tage aber dürfen wir nicht ruhen!" — und man erinnert sich ebenso ungern der Worte des deutschen Verteidigungsministers Strauß auf demselben Kongreß, die er vor einer Versammlung katholischer Soldaten sprach: „Dafür sind wir Soldaten: daß diese Macht (der Männer hinter dem Eisernen Vorhang) nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht."

Hier gilt es zu fragen: wodurch werden die Gegner weggefegt? Wir haben Beispiele des Wegfegens von Menschen erlebt. Man schaudert, wenn aus dem Munde eines Dieners Christi solche Worte kommen. Und weiter gilt es zu fragen: wie geschieht das, wenn durch die Hilfe von Soldaten die Macht aus den Händen in andere übergeht? Wieviele Menschen werden bei dieser Transformation hingeschlachtet? Nachdem sie vorher auf einem religiösen Kongreß für dieses Schlachten und Geschlachtetwerden seelisch vorbereitet wurden?

Und all das im Namen Christi, des Predigers der Gewaltlosigkeit, der Liebe, des Friedens!

Jedem Christen müßte eigentlich das Herz nicht mehr zur Ruhe kommen, ob dieser ungeheuerlichen Pervertierung der christlichen Idee! Oder, wenn er schon meint, aus Gründen der realen Politik sei diese Verbindung von Religion und Kriegsbereitschaft nötig, dann sollte er wenigstens aufhören, sich Christ zu nennen! Da gibt es eine Menge von Gesetzen und Vorschriften über schickliche Badekleidung oder Fleischspeisen am Freitag, aus denen große Gewissensfragen gemacht werden, aber die radikale Mißachtung der christlichen Urgebote des Friedens, der Gewaltlosigkeit, der Menschenliebe wird überhaupt nicht zur Debatte gestellt, ja, man macht sich suspekt, wenn man es tut!

Wissen wir nichts mehr vom millionenfachen sinnlosen Tod der Kriege aller Zeiten? Haben wir kein Bewußtsein für die endgültige Vernichtung der Menschheit durch die moderne Rüstung? Um des Leids aller vergangenen Kriege willen, um der Sorge für eine unter Umständen furchtbare Zukunft willen müssen wir immer wieder unsere Stimme erheben — und gerade auch vor den Ohren derer, denen der Auftrag ihrer Religion es zur Pflicht machen würde, aller Gewalt zu entsagen, die noch nie etwas anderes als Unglück und wieder Unglück zur Folge gehabt hat.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militarismus

Am 11. November 1956 fielen in der westdeutschen Bundesrepublik zwei Äußerungen, die zwar von den Sprechern und ihren Parteien sofort abzuschwächen versucht wurden, die aber im In- und Ausland starkes Aufsehen erregten, weil sie symptomatisch empfunden wurden.

Der Bundesverteidigungsminister Strauß äußerte an jenem Tage: „... Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können ..." Und am gleichen Tage prophezeite der Bundesabgeordnete Prinz zu Löwenstein, der gerade aus den ungarischen Revolutionskämpfen zurückgekehrt war: „... Wenn wir stark sind ..., dann wird es auch in der Zone (DDR) zu einem 23. Oktober (Beginn des ungarischen Volksaufstandes) kommen ..."

Diese beiden militaristischen Äußerungen empfahlen also der eigenen Staatsführung die Gewalt als vornehmstes Mittel ihrer Politik, außenpolitisch in der Form des völkerrechtlichen Krieges, zum anderen als innerpolitische Revolution. Und beide Äußerungen haben praktisch wesentlich beigetragen zum sprunghaften Anschwellen der Stimmen gegen die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr, die ja notwendigerweise das Entstehen einer nuklearen Rüstungsindustrie in Deutschland nach sich ziehen mußte — und damit gigantische Rüstungsgewinne.

Zur Erläuterung dafür sei auf das Beispiel der USA bei ihrer nuklearen Aufrüstung verwiesen:

Im Finanzjahr 1955/56 betrugen die amerikanischen Gesamtausgaben für den Ankauf technischer Kampfmittel in Millionen Dollar 12 182. Davon für Kriegsflugzeuge 7146 = 58,6%, für Raketenwaffen 1168 = 9,5%. Im Finanzjahr 1959/60

beliefen sich die Gesamtausgaben für technische Kampfmittel auf 14 596 Mill. Dollar, davon für Kriegsflugzeuge (in der Masse mit nuklearer Ausrüstung) 6589 = 45,1%, für Raketenwaffen 3922 = 26,9%. — Man sieht, welch lukrative Geschäfte mit dem Atomtod zu machen sind.

Kommen wir nun auf die obenerwähnten, peinlichen Äußerungen des Militarismus zurück, so wirkte damals ein Umstand dämpfend auf die entstandene Aufregung: diese militaristischen Empfehlungen stammten nämlich nicht von Offizieren der Bundeswehr oder von Offizieren der alten Wehrmacht, also nicht von Fachleuten, sondern kamen aus dem Munde demokratischer Politiker, die aber doch seit 1945 ununterbrochen versichert hatten, daß sie Deutschland endgültig vom verruchten Militarismus befreit hätten.

Aber auch diese fragwürdige Eselsbrücke schien zerschlagen, als am 20. August 1960 im „Bulletin" der Bundesregierung eine Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr (entspricht in etwa dem früheren Oberkommando der Wehrmacht) veröffentlicht wurde, die sich „Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung" nannte und das Ergebnis einer unter Leitung des Bundesverteidigungsministers Strauß vom 11.—13. Juli 1960 in Kiel stattgefundenen Kommandeurbesprechung der Bundeswehr war. Gleichzeitig wurde die Denkschrift in der Truppe verteilt.

Das alles war ein ganz ungewöhnlicher Schritt, der denn auch in ganz Deutschland, und erst recht im Ausland erhebliche Beachtung fand. Inhaltlich wurde diejenige Wehrpolitik gefordert und ihre Richtigkeit zu begründen versucht, die die Bundesregierung zumindest seit den Pariser Verträgen betreibt und die als die „Politik der Stärke" bekannt ist. Ihre wesentlichen Tendenzen: Angst vor den Kommunisten, Aufteilung Deutschlands in zwei Militärblöcke und Forderung nuklearer Bewaffnung der Bundeswehr.

Diese „deutsche" Wehrpolitik ist nichts Neues. Neu ist aber, daß ein militärisches Oberkommando bzw. ein Generalstab von sich aus vor der Öffentlichkeit einen wesentlichen Teil der Regierungspolitik, nämlich die Wehrpolitik, begründet, erläutert und in etwa sogar entschuldigt.

In den verruchten, alten Zeiten hatte eine derartige militärische Zentralbehörde genug damit zu tun, für alle denkbaren Fälle streng geheime Aufmarsch- und Operationspläne auszuarbeiten und sie laufend jeweils den nach der Lageentwicklung sich ändernden politischen Absichten und Plänen ihrer Regierung anzupassen. Denn in einem geordneten Staatswesen ist der Staatsmann der allein für die Politik entscheidende — aber für sie auch allein verantwortliche Mann.

Und hier scheint uns auch im Falle der „Politik der Generale" und der „Bundeswehr wieder ein Staat im Staate" der Hase im Pfeffer zu liegen. Hat der Führungsstab der Bundeswehr wirklich Politik gemacht oder das auch nur tun wollen? Uns scheint vielmehr, daß mit ihm Politik gemacht worden ist — und zwar eine ganz raffinierte: In unserem Vaterlande verliert die „Politik der Stärke" immer mehr an Ansehen zugunsten einer Neutralisierungspolitik, d. h. einer Politik des Sichheraushaltens aus den Auseinandersetzungen der Weltmächte. Und ganz besonders sieht ein ständig wachsender Kreis im Volke in der nuklearen Bewaffnung von Kleinstaaten — und wir sind nun leider seit 1945 ein westeuropäischer Kleinstaat — eine Vermehrung der Kriegs- und damit existentieller Vernichtungsgefahren. Gegen solche Tendenzen nun fühlt sich die offizielle Regierungspolitik von Tag zu Tag machtloser werden. Und da verfiel sie auf den „Fachmann", der bis dato in der Politik nicht gern gesehen war, aber trotzdem, oder

vielleicht gerade deshalb im Volke immer noch ein hohes Ansehen genoß. Und das gilt auch für den militärischen Fachmann.

Zwar gilt das nicht mehr in dem Übermaß vergangener Zeiten, wo ein Reichskanzler (Bethmann-Hollweg) nur als preußischer Generalmajor vor dem Reichstage auftrat, wo der Führer der konservativen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus sich als Ehrung zu seinem 70. Geburtstage nicht etwa den erwarteten Titel „Exzellenz" vom Kaiser erbat, sondern seine Beförderung zum „Oberleutnant der Landwehr a. D.". Und unmöglich wäre heute auch die Geschichte, die von dem Königsberger Regierungspräsidenten H e g e l, einem Nachfahren des großen Philosophen, erzählt wird: Als dieser unangemeldet in früher Vormittagsstunde ein Landratsamt seines Bezirks besuchte und den Landrat sprechen wollte, sagte der biedere Kreisbote: „Der Herr Kammerherr sind auf seinem Schloß." Die Frage nach dem Assessor brachte die Antwort: „Der Herr Graf sind auf Jagd." Als Hegel dann wenigstens den Kreissekretär zu sehen begehte, erhielt er die Antwort: „Der Herr Hauptmann kommen nicht vor zwölf". Da ließ Hegel den Herren bestellen, der Vizefeldwebel der Reserve a. D. Hegel sei dagewesen, er käme aber wieder."

Das war damals ein noch verhältnismäßig harmloser Militarismus, den man vielleicht als i n n e r e n M i l i t a r i s m u s bezeichnen könnte, bei dem sich auch der Zivilist in erster Linie als „Soldat des Beurlaubtenstandes" fühlte, während sich heute angeblich der Soldat nur als „Staatsbürger in Uniform" zu fühlen hat.

Unendlich viel gefährlicher als dieser operettenhafte, innere Militarismus ist nun aber der ä u ß e r e M i l i t a r i s m u s.

Er ist eine Spielart der bis heute noch nicht überwundenen M a c h t p o l i t i k oder P o l i t i k d e r S t ä r k e. Diese sucht die Macht des eigenen Staates durch Koalitionen, dauernde Stärkung und Mehrung der eigenen Machtmittel und Schwächung des vorhandenen oder zu erwartenden Gegenspielers dauernd zu vermehren, zumindest zu erhalten. Sie kann beispielsweise durch Wirtschaftspolitik, vor allem auf dem Gebiet der Rohstoff- oder Produktionswirtschaft, durch Finanzpolitik wie Währungsmanipulationen oder Kredite an sog. unterentwickelte Länder, Handelspolitik, schließlich auch durch die — meist verhängnisvollste — Propagandapolitik in Weltanschauungen (hie christliches Abendland, da heidnischer Osten) geschehen.

Zweifellos am gefährlichsten ist aber der außenpolitische Militarismus. Er ist jene ideologische Haltung und realpolitische Betätigung, die die militärischen Machtmittel des Staates als wirksamste politische Mittel ansieht, deshalb bevorzugt und sie — angefangen von der Kriegsdrohung bis hin zum kriegerischen Einsatz — auch einsetzt. Die Politik aber ist Aufgabe des Staatsmannes, der sich dabei des führenden Militärs als beratenden Ressort-Fachmannes bedient. Insbesondere ist die Entscheidung über Krieg und Frieden stets die alleinige Aufgabe des Staatsmannes. Die nötigen Vorbereitungen dafür und seine Durchführung obliegt dem Feldherrn. Seine Beendigung wiederum ist Pflicht des Staatsmannes.

Man wird nun auf B i s m a r c k als den klassischen und genial-erfolgreichen Vertreter des Militarismus hinweisen, der nicht nur vor dem Reichstag in Kürassierstiefeln auftrat, sondern die Einigung Deutschlands durch das härteste militaristische Mittel, nämlich den Präventivkrieg, erzwang. Aber damals war eben der Krieg noch ein Mittel der Politik, — heute ist der nukleare Krieg (und auch jeder konventionelle Krieg einschließlich der militärischen Intervention trägt den Keim dazu in sich) nicht nur der Vernichter jeder Politik und ihrer Träger, sondern auch ganzer Völker, wenn nicht des Erdballes.

Dr. Wilhelm Steiner, Wien

Österreich und die Neutralität

Die nach dem Besuch Nikita S. Chrustschows in Österreich sowohl daselbst als auch im Ausland einsetzende Diskussion über Zweck und Bedeutung dieses Besuches entzündete sich nicht zuletzt an der Feststellung des sowjetischen Ministerpräsidenten, daß die Sowjetunion nicht teilnahmslos bleiben oder abseits stehen könne, wenn jemand die österreichische Neutralität verletzten sollte, wobei es von der gegebenen Situation abhängen würde, was seitens der Sowjetunion in einem solchen Falle geschehen würde. Er sagte aber dann auch, daß Österreich selbst gut daran täte, angesichts fremder Raketenstützpunkte in Norditalien nicht so ganz teilnahmslos zu bleiben, sondern selbst auch etwas zu tun.

Um die Situation klarzustellen: Als nach langen 10 Jahren der vierfachen gemeinsamen Besetzung durch die Siegermächte, die das III. Reich Adolf Hitlers und die Staaten seiner Verbündeten überwunden hatten — Österreich zählte nicht zu diesen, denn es existierte von 1938 bis 1945 nicht, es war ja durch den „Anschluß" staatsrechtlich ausgelöscht und von der Landkarte weggewischt worden (man muß immer wieder daran erinnern) —, die Möglichkeit des endlichen Abschlusses des Staatsvertrages über Österreich in greifbare Nähe rückte und die österreichischen Staatsmänner mit ihren sowjetischen Kollegen hierüber im April 1955 in Moskau vorbereitende Gespräche führten, sagte die Sowjetregierung zu, die von Österreich gewünschte Erklärung einer immerwährenden Neutralität in der Zukunft anzuerkennen, wobei die Schweizer Neutralität als Vorbild genommen werden sollte. Sie erklärte überdies ihre Bereitschaft, sich an einer Garantie der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes durch die vier Großmächte, die in Gemeinsamkeit mit Österreich den Staatsvertrag schließen und zeichnen sollten (dies ebenfalls nach dem schweizerischen Vorbild), zu beteiligen. Der damalige Außenminister der Sowjetunion, Wjatscheslaw M. Molotow, der übrigens interessanterweise in diesen Wochen als sowjetischer Repräsentant bei der Internationalen Atomenergiebehörde nach Wien berufen worden ist, machte den Außenministern der USA, Großbritanniens und Frankreichs unmittelbar vor dem formellen Abschluß der Unterzeichnung des Staatsvertrages den Vorschlag einer solchen gemeinsamen Garantie der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes, der sich eine solche auch für die Unabhängigkeit und Neutralität der Republik Österreich anschließen sollte, was aber von den Westmächten gemeinsam abgelehnt wurde. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang nicht ganz uninteressant und unzweckmäßig, daran zu erinnern, daß, als Österreich am 11./12. März 1938 von Hitler-Deutschland überrannt und angeschlossen wurde (wobei es im Rahmen dieser Ausführungen völlig belanglos ist, ob dieser Anschluß einer Annexion oder Okkupation gleichzusetzen ist), dieser Anschluß von einer einzigen der den Staatsvertrag schließenden Großmächte nicht anerkannt worden war, nämlich der Sowjetunion. Das aber nur nebenbei, doch aber mit Rücksicht auf die Auslassungen aller jener, die sich ganz besonders jetzt hinsichtlich der österreichischen Neutralität so ungeheuer wie ungebeten besorgt zeigen, sie von der Sowjetunion her als gefährdet ansehen, und dies nur deshalb, weil Chrustschow eigentlich eine aus der gegenwärtigen Situation nur allzu verständliche, ja vom Standpunkt der Sowjetunion selbstverständliche Bemerkung hinsichtlich der Wahrung und des Schutzes der österreichischen Neutralität gemacht hatte. Diese aber — und das sei in aller Loyalität jeder Macht gegenüber, aber ebenso klar und ein-

deutig festgestellt — ist bisher noch in keinem Fall von der Sowjetunion, wohl aber durch Überfliegen österreichischen Lufthoheitsgebietes und Territoriums durch amerikanische Flugzeuge im Juli 1957 verletzt worden, worüber sich z. B. der Manchester Guardian wie folgt äußerte: „Es gibt keine Entschuldigung für die Verletzung des österreichischen Luftraumes durch amerikanische Flugzeuge und es ist für jede der Westmächte beschämend, daß der größte Verbündete ein kleines Land zu Abwehraktionen zwingt. So kann man keine Achtung vor der Gerechtigkeit einer Sache gewinnen." Noch deutlicher äußerte sich hierüber die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die das Überfliegen österreichischen Gebietes als bösen Vertragsbruch bezeichnete und daran erinnerte, daß während der Ungarnkrise Oktober 1956 Washington erklärt habe, es würde den Versuch, die territoriale Integrität Österreichs zu verletzen, als schwere Bedrohung des Friedens ansehen. „Heute aber fliegen amerikanische Transporter, unbekümmert um die Proteste des Ballhausplatzes (Sitz des österreichischen Außenministeriums) über Tirol und verletzen damit die österreichische Lufthoheit. Wenn der Glaube an die Vertragstreue der Westmächte erhalten bleiben soll, dürften sie Verträge nicht wie Luft behandeln." Wenn nun angesichts dieser Dinge die Sowjetregierung anläßlich des Besuches des österreichischen Bundeskanzlers Ing. Raab in Moskau im Juli 1958, also ein Jahr nach diesen Vorfällen, auf die Frage des Schutzes der österreichischen Neutralität zurückkam — wer könnte behaupten, sie habe dieses Thema grundlos und ohne Veranlassung angeschlagen? Und wer würde, wenn er nicht böswillig ist, von einem hintergründigen Versuch des sowjetischen Ministerpräsidenten sprechen, sich in die Rolle des ersten und womöglich alleinigen Beschützers der österreichischen Neutralität und Unabhängigkeit zu drängen, als er sich auch bei seinem Besuch in Wien zu dieser Frage (wohl eben auch nicht ganz ohne Grund) äußerte?

Die auf Grund dieser, die österreichische Neutralität — eine internationale Angelegenheit — betreffende Stellungnahme Chrustschows einsetzende harte Kritik gewisser aus- und inländischer Kreise an Bundeskanzler Ing. Raab, er, Raab, habe diese „offenkundige" Einmengung Chrustschows in rein österreichische Angelegenheiten ohne Widerspruch hingenommen, war abwegig und die hierauf erfolgte amtliche Erklärung, daß Österreich das Recht habe, „in Ausübung seiner uneingeschränkt gebliebenen Souveränität selbst und allein zu bestimmen, wann und wodurch seine Neutralität allenfalls bedroht oder verletzt ist und im Falle einer allfälligen Bedrohung oder Verletzung zu entscheiden, auf welche Weise der Bedrohung oder Verletzung begegnet werden soll", muß — so gesehen — den aus- als auch den inländischen Kritikern gegenüber abgegebene Äußerung angesehen werden. Es kann ja keiner Signatarmacht des Staatsvertrages vom Mai 1955 das Recht abgesprochen werden, zur Frage der österreichischen Neutralität der eigenen Meinung Ausdruck zu geben, wäre es sonst doch um das internationale Recht schlecht bestellt. Das hieße, durch Verträge gewährleistete Rechte in unzukömmlicher und gefährlicher Weise beschneiden und ihrer Ausübung eine sie sinnwidrig einengende Deutung geben, gleichzeitig aber für sich in Anspruch nehmen, was man dem anderen Vertragspartner verweigert, oder ohne Rücksicht auf diesen das tun, was gerade dieser als eine Verletzung des geschlossenen Vertrages ansieht. Noch abwegiger aber muß es erscheinen, wenn die Geltendmachung eines vertragsmäßigen Rechtsanspruches, wie in diesem Falle die Feststellung oder auch nur der Hinweis darauf, daß man eine Vertragsverletzung (hier die Verletzung der Neutralität, die von allen 5 Vertragspartnern des Staatsvertrages über Österreich festgelegt und besiegelt worden ist), so einfach hinzunehmen nicht gesonnen ist, als eine Bedrohung dieser Neutralität und damit der Sicherheit der Republik Österreich überhaupt bezeichnet wird. Wo soll

denn die Bedrohung liegen, wenn man überdies bedenkt, daß ein neutrales Österreich für die Sowjetunion von wesentlich größerer Bedeutung ist, als es selbst ein volksdemokratisch gewordenes Österreich jemals sein könnte! Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetunion argwöhnisch aufpaßt, daß andererseits Österreich auch nicht einen Weg in die entgegengesetzte Richtung einschlägt. Diese Einstellung entspricht übrigens dem deutlich in Erscheinung tretenden Willen des weitaus überwiegenden Teiles des österreichischen Volkes selbst! Davon werden sich übrigens auch die kurz nach der Abreise Chrustschows in Österreich einreisenden Staatsmänner des Westens, unter ihnen der amerikanische Unterstaatssekretär im State Department, Douglas Dillon, überzeugt haben, der in einem Vortrag betonte, daß die USA die „besondere neutrale Stellung Österreichs" respektierten. Daß er nicht auch von einem Schutz dieser neutralen Stellung Österreichs sprach, erklärt sich wohl aus der Erkenntnis, daß von jener Seite her, gegen die sich eine solche Erklärung hätte richten können, in keiner Weise auch nur die Spur einer Bedrohung der österreichischen Neutralität und Unabhängigkeit zu erblicken ist. Von der anderen Seite kann man dies durchaus nicht mit der gleichen apodiktischen Sicherheit behaupten, wenn man etwa auch an die erst jüngst bekannt gewordenen Pläne gewisser militärischer Kreise im Westen, unmittelbar an den Grenzen Österreichs, denkt, die sich mit der Wiedergewinnung „verloren" gegangener Gebiete schon seit längerer Zeit „plan"-mäßig befassen. Wir wollen uns hier nicht mit dieser für den Frieden sehr gefährlichen Frage, die politisch überaus gefährlichen Aspirationen entspringt, befassen und nur darauf hinweisen, daß der verstorbene amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles am 6. November 1956 erklärte, eine Verletzung der gebietsmäßigen Unversehrtheit und der Souveränität Österreichs wäre selbstverständlich eine schwere Bedrohung des Friedens! Also: Dulles ja, Chrustschow nein? Erkläret mir, Graf Orindur, diesen Zwiespalt der Natur in der Auffassung von Neutralität und Unabhängigkeit, fühlt man sich, das bekannte Zitat ergänzend, versucht zu sagen. Das heißt doch wirklich mit Begriffen spielen und sie wie Seifenblasen schillern und, wenn's passen sollte, sie auch wie diese platzen lassen! Das ist gefährlich! Gerade bei dieser Feststellung drängt sich die Frage, und durch sie hervorgerufener bitterer Nachgeschmack, auf: Warum haben die Westmächte den zahlreichen Anregungen der Sowjetunion, die Unverletzlichkeit und Souveränität Österreichs, gleich seiner Neutralität, gemeinsam zu garantieren, nicht entsprochen? Warum nur, wenn man es mit Österreich so ehrlich meint, daß man sich selbst, wenn die große Ostmacht sagt, sie würde eine Verletzung dieser territorialen Unversehrtheit und vertragsmäßig festgelegten Neutralität nicht untätig hinnehmen können, in eine ein wenig outriert anmutende Besorgtheit stürzt, Befürchtungen eben um diese Neutralität und Souveränität bzw. territoriale Integrität lautstark vorträgt und eine Panik hervorzurufen versucht, indem man Mißtrauen sät, das beste und so oft erprobte Mittel, die internationale Zwietracht und damit den Kalten Krieg zu fördern? Das macht nachdenklich und viel eher besorgt, als Chrustschows Äußerung!

Aber ein anderes noch, wenn schon von der Gefährdung der österreichischen Neutralität die Rede geht.

Wir wissen — nur manche wollen es nicht wissen —, daß die österreichische Neutralität jenen Kreisen ein Dorn im Auge ist, die an Revanche für die Niederlage 1945 und an eine Revision der infolge dieser Niederlage definitiv festgelegten oder auch nur de jure provisorischen Grenzen denken. Wir wissen auch, daß es zivile und militärische Kreise gibt, die für Revanche und Revision schon fixe Pläne haben und sich zur Verwirklichung dieser Pläne reichlicher materieller Mittel, aber auch solcher einer weitreichenden Propaganda zu bedienen in der

Lage sind und dies auch systematisch tun. Auch in Österreich selbst. Ohne daß wir das ganze zur Verfügung stehende Beweismaterial dafür hier vorlegen können (der zur Verfügung stehende Raum würde um mindestens das 10fache überschritten werden müssen, selbst dann wenn die einzelnen Beweisfälle nur stichwortartig angeführt würden), soll an Hand eines Beispiels das gewichtige Judiz geliefert werden, weshalb man die Gefährdung der österreichischen Neutralität, wenn schon, aus einer ganz anderen Richtung als durchaus und ernstlich gegeben ansehen könnte.

In Österreich werden in unangenehmst in Erscheinung tretender Weise sogenannte Kameradschaftstreffen und Wiedersehensfeiern von Angehörigen ehemaliger Wehrmachtsteile des III. Reiches veranstaltet, in deren Rahmen oft Reden auch von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen aller Chargen und d e u t s c h e r Staatszugehörigkeit mit jenen Untertönen gehalten werden, die so deutlich den Zungenschlag des III. Reiches und seiner politischen Willensbildung, des nationalsozialistischen Gedankengutes, der gesamtdeutschen Idee und germanisch-nationalsozialistischer Ideologie hören lassen, daß dadurch schon allein die Auffassung begründet erscheint, es liege hierbei der Tatbestand der Entfaltung der gesetzlich verbotenen nationalsozialistischen Betätigung vor. Könnte man hierbei vielleicht noch von der möglichen, wenn auch falschen Auffassung ausgehen, daß solche Vorkommnisse, bei denen auch SS-Leute einzeln und in Gruppen in alarmierender Art auftreten und ihre alten Parolen schmettern von Treu und Ehre, *Herrenmenschentum* und „Deutschland, Deutschland über alles!", durchaus innerpolitische Probleme Österreichs wären, aus der keine Gefährdung und Bedrohung der österreichischen Neutralität usw. abzuleiten wäre, so liefert das Auftreten eines österreichischen aktiven Obersten im Rahmen einer höchst überflüssigen Narvik-Siegesfeier auf österreichischem Boden einen nicht zu widerlegenden Beweis für eine zumindest ideelle Verletzung der österreichischen Neutralität, weil entgegen dem tieferen Sinne dieser Neutralität, durch die Teilnahme des Obersten an der Siegesfeier, Österreich selbst in den Verdacht kam, die eigene Neutralität zu gefährden, Österreich, das wahrlich gar keinen Anlaß hat, einen solchen Sieg zu feiern, denn jeder nationalsozialistische Sieg bedeutete nur noch schwerere Versklavung aller durch Hitler unterjochten Völker, also auch der Österreicher, die gezwungenermaßen in Hitlers Wehrmacht Dienst tun mußten. Ein solcher „Sieg" wie der bei Narvik gäbe also vielmehr Anlaß, der österreichischen Opfer dieses Gewaltaktes gegen Norwegen trauernd zu gedenken und nicht, ihn zu feiern, feiert man doch mit einer Feier eines Sieges Hitlers auch das Nichtbestehen Österreichs, bzw. die Teilnahme einer unösterreichischen „Ostmark" an einem brutalen Überfall auf ein friedliches Land, das gleich Österreich unterliegen mußte, weil es schwächer als der Angreifer, eben Nazideutschland, war.

D a s i s t e i n w i r k l i c h e r F a l l d e r G e f ä h r d u n g d e r ö s t e r r e i c h i s c h e n N e u t r a l i t ä t.

Ist es an sich schon geschmacklos, Siege eines der grausamsten Gewaltsysteme zu feiern, die die Welt je gekannt hat, so muß es doppelt bedenklich, ja gefährlich erscheinen, wenn Bürger eines Landes solche Feiern begehen, das seine Existenz gerade einem Kampf verdankt, der gegen jene geführt wurde, die bei Narvik siegten und deren Opfer bei Narvik fielen, wie die vielen Österreicher, die, für fremde Machtinteressen zu kämpfen gezwungen, dort sterben mußten. Wenn man also diesen Gedanken weiterdenkt, kommt man zu dem Ergebnis, daß diejenigen, die sich um die österreichische Neutralität Sorge zu machen vorgeben, sich zunächst doch mit einer Untersuchung darüber beschäftigen sollten, wer die Neutralität Österreichs wirklich gefährdet: die, die diese Neutralität mitgezeichnet

haben und für die sie politisch notwendig ist oder die, für die sie ein Hindernis auf dem Wege zu einer neuen Machtentfaltung und denen sie aus ganz und gar nationalistischen Gründen ein Dorn im Auge ist.

Man kann zu dieser Frage nur zweckmäßig und klärend Stellung nehmen, wenn man sich nicht scheut, die Dinge so darzustellen, wie sie in Wahrheit sind.

Vor allem: das österreichische Volk will in seiner überwiegenden Mehrheit seine Neutralität, in staatsrechtlicher und staatspolitischer Beziehung, es will sie von allen ohne Unterschied in internationalem Maßstab ohne Vorbehalt respektiert sehen. Es würde sich gegen jeden, ebenfalls ohne jeden Unterschied, zur Wehr setzen, der sie zu verletzen unternehmen wollte, auch dann, wenn es ein ungleicher Kampf wäre. Das soll einmal klar ausgesprochen sein, um darzutun, wie ernst es den staatsbewußten Österreichern mit der Handhabung der verfassungsmäßig festgelegten Neutralität ist und daß das Bekenntnis zu dieser Neutratralität kein bloßes Lippenbekenntnis, sondern wirklicher politischer Wille ist. Gerade deshalb aber soll nicht übersehen werden, daß von gewissen im Westen Europas beheimateten Kreisen auch auf dem Umweg über die Wirtschaft versucht wird, diese Neutralität auszuhöhlen. Sie bedienen sich dabei — mutatis mutandis — jener Methoden, die schon vom nationalsozialistischen Deutschland vor 1938 angewendet wurden (ja eigentlich schon vor der 1933 erfolgten Machtergreifung), um die österreichische Wirtschaft durch Unterwanderung seitens reichsdeutschen Kapitals in den Machtbereich reichsdeutscher Industrie- und Bankenkonzerne zu bringen, was in der Tat gelang, wobei sich dann herausstellte, daß jene recht behalten hatten, die vor 1938 immer wieder darauf hinwiesen, daß eine militärische Besetzung Österreichs nur der Schlußpunkt der Eroberung wäre, die wirtschaftliche ja schon vollzogen sein würde, wenn der erste Wehrmachtsangehörige, Gestapo- oder SS-Mann seinen Fuß auf österreichischen Boden setzen würde. Die Geschichte gab diesen Propheten recht, und wenn sie sich auch niemals unmittelbar wiederholt, so muß doch festgestellt werden, daß sich in Österreich trotzdem heute ähnliche Dinge vollziehen wie damals und daß dabei u. a. die Tatsache des Anschlusses Österreichs an die EFTA (während die Bundesrepublik der EWG angehört), auf sehr heftige ablehnende Kritik jener westlichen Kreise, deren Konzept die wirtschaftliche Einbeziehung Österreichs in ihre Wirtschaftskonstruktion, also die EWG, in dieser oder jener Form wünschenswert erscheinen läßt. Sie empfinden Österreichs Zugehörigkeit zur EFTA noch zusätzlich zu seiner geographischen Lage, die an sich schon aus militärpolitischen Gründen von der Nato als höchst unangenehm empfunden wird, als Hindernis für EWG und Nato. Deshalb wurde und wird unentwegt versucht, hier „Abhilfe" zu schaffen. Da aber der Anschluß Österreichs an die EWG, der gleichbedeutend mit der Aufgabe seiner Neutralität wäre, eben aus diesen verfassungsmäßigen Gründen nicht möglich erscheint und weil sich die Koalitionsparteien durchaus nicht willens zeigen, jenen verfassungswidrigen Weg einzuschlagen, der die Neutralitätserklärung Osterreichs via facti über Bord werfen würde, versuchte man einen ganz neuen Weg zu gehen: man gründete eine neue Partei, die sich „Europäische Föderalistische Partei" nennt, sich den „Brückenschlag zwischen EWG und EFTA" zur Aufgabe stellt und hinter der niemand anderer steht als das Haus M o l d e n, dessen Beziehungen zur Familie des verstorbenen amerikanischen Staatssekretärs im State Department, John Foster Dulles, ebenso wie die zum deutschen Banken- und Industriekapital nur allzu bekannt sind und das in der Person des Herrn Otto M o l d e n, des Bruders des Herausgebers der „Presse" und des „Express", Fritz P. M o l d e n, einen Mann ins Feuer schickt, dessen Rücken zwar breit, aber eben doch nicht breit genug ist, um ganz verbergen zu können, was hinter ihm vorgeht, nämlich die Sammlung aller jener Kräfte, die aufgeboten

werden, um Österreich aus der EFTA herauszubrechen, der EWG in irgendeiner Form einzugliedern und so das gleiche Spiel zu spielen, wie es mit Österreich vor 1938 gespielt worden ist, bei dem es um seine Existenz ging, die es schließlich in so furchtbarer Weise verlor. Da nun heute schon die österreichische Wirtschaft in maßgeblicher Weise von westlichen Konzernen kontrolliert wird, nimmt es gar nicht wunder, daß die vorgemeldete Parteiengründung auch von gewisser österreichischer Seite her gefördert wird, was mit einer latenten Kriegführung gegen Österreichs Zugehörigkeit zur EFTA und gleichzeitig mit einem Anrennen gegen Österreichs Neutralität identisch ist. Es ist ein gewisser Umweg, sicherlich, aber nicht minder gefährlich als das frontale Angehen der österreichischen Neutralität, mit der, wenn sie fällt, ganz Österreich mitfallen und zwar geschichtlich unwiderruflich mitfallen müßte.

Es mag in diesem Zusammenhang vermerkt werden, daß erst vor ganz kurzer Zeit der österreichische Außenminister Dr. Bruno Kreisky mit Nachdruck vor allen außenpolitischen Abenteuern, also auch — wie er sich ausdrückte — vor einer „Verdünnung" der österreichischen Neutralität warnte, als er im Rahmen der Alpbacher Gespräche an einer Diskussion bedeutender Politiker teilnahm. Diesen Erklärungen kommt im Hinblick auf die von der UNO ausgegangenen Anregung, österreichische Formationen, wenn auch nicht Kampftruppen, nach der Republik Kongo abzuordnen, was die österreichische Regierung abgelehnt hatte, große Bedeutung zu. Auch Kreiskys rückhaltloses Bekenntnis zur EFTA muß als bedingungsloses Festhalten an der Politik der Neutralität allen Blöcken oder Blockbildungen gegenüber gewertet werden. Jede andere Deutung wäre irrig.

Frank Allaun, M. P.

Überraschende Fortschritte der britischen Bewegung gegen die Wasserstoff-Bombe

Es ist beinahe unglaubhaft! Anders kann man tatsächlich die Zunahme der Anhänger für die einseitige nukleare Abrüstung innerhalb der britischen Gewerkschafts- und Labour-Bewegung nicht bezeichnen. Hätte man mich noch vor zweieinhalb Jahren, als die Bewegung für atomare Abrüstung begann, gefragt, wann diese Idee in der Gewerkschaft eine Mehrheit erreichen würde, so hätte ich dafür ungefähr zwanzig Jahre angenommen.

Denn letzten Endes ist das, was wir erstreben, wirklich keine Kleinigkeit. Hier geht es ja nicht nur darum, einen Schilling mehr pro Woche für die Altersrenten herauszuschlagen. Die Forderung, eine große Nation möge tatsächlich die mächtigste Waffe aus der Hand geben, ist außerordentlich weittragend. Dennoch hat sich diese Idee in einem solchen Tempo ausgebreitet, daß sie nun in den englischen Gewerkschaften tatsächlich eine Mehrheit erreicht hat.

Dieser Fortschritt, bei dem es auch Rückschläge gibt, ist im Grunde nichts anderes als der Instinkt des Menschen, zu überleben — dann zu überleben, wenn die ganze menschliche Rasse von der Ausrottung bedroht ist. Dieser Prozeß der Erkenntnis wird durch jede neue Enthüllung — seien es die U-2-Flüge über Rußland oder der Vorschlag, Polarisraketen in die Hand westdeutscher Generale zu geben — noch beschleunigt; wie Commander Sir Stephen King-Hall es ausdrückt: „Die Gedankenmauer wird durchbrochen!"

Nicht zuletzt ist diese Erkenntnis der „Campaign for Nuclear Disarmament" zu danken. Die Wirkung der 50-Meilen-Märsche von Aldermaston nach London in den vergangenen drei Jahren (vielleicht die größten britischen politischen Demonstrationen seit den Tagen der Chartisten vor 120 Jahren*), alle die Versammlungen, Petitionen, die ganze Arbeit der CND-Mitglieder innerhalb ihrer Gewerkschaften und Labour-Gruppen war weitaus größer, als je erwartet.

Alle diese Umstände bestätigen nur meine Ansicht, daß unsere Gewerkschaften eben letzten Endes doch demokratisch sind; denn ihre Mitglieder können, wenn sie energisch genug dafür eintreten, eine politische Entscheidung durchsetzen. Die Blockstimme, durch die die ganze Stärke einer Gewerkschaft in eine einzige Richtung gelenkt wird, kann demnach eben doch nach den Wünschen der aktiven Mitglieder eingesetzt werden.

Man hätte wohl annehmen können, daß der Zusammenbruch der Gipfelkonferenz und das Wiederaufleben derjenigen Kreise in Moskau und Washington, die für eine „harte" und intransigente Haltung eintreten, der Bewegung für die nukleare Abrüstung einen empfindlichen Schlag versetzt hätte. Aber gerade das ist nicht geschehen! Im Gegenteil: alle diese Tatsachen unterstreichen doch nur, daß die orthodoxe Methode, eine Totalabrüstung durch internationale Konferenzen erreichen zu wollen, zu einem Fehlschlag geworden ist.

Es ist nun einmal so: seit 1922 hat es immer wieder Abrüstungskonferenzen gegeben, noch und noch, und immer ohne Erfolg. Der Abrüstungs-Unterausschuß der UNO — mit den USA, der UdSSR, England, Frankreich und Kanada — hielt 173 Sitzungen ab, ohne zu einer einzigen Einigung zu kommen. Sogar die Genfer Gespräche zum Stop der Atomwaffenversuche erzielten auch nach 250 Sitzungen noch keinen Beschluß (und wenn wir nicht einmal mit den Test-Exlosionen aufhören können, dann besteht für weitere Vereinbarungen erst recht wenig Hoffnung).

Der Grund für diese Mißerfolge tritt klar zu Tage: die Regierungen der beteiligten Länder beargwöhnen sich gegenseitig derart, daß sie sich auf diesen Konferenzen gar nicht so sehr um die Abrüstung als vielmehr um eine Entschuldigung d a f ü r bemühen, wie sie den Gegner für den Zusammenbruch der Verhandlungen verantwortlich machen können, oder sie suchen dabei nach neuen Möglichkeiten, sich selber militärische Vorteile zu verschaffen.

Deshalb ist man auch bisher noch nie zu einer Einigung gekommen, und es wird wohl auch in Zukunft so bleiben. Zum Teil hat diese Erkenntnis die Schlußfolgerung ausgelöst, daß die Welt darauf wartet, daß eine der Großmächte Mut und Kraft genug aufbringen möge, um es einmal auszusprechen: „Was andere Länder auch vorhaben mögen, w i r steigen aus diesem selbstmörderischen Wettrüsten aus! Bei uns werden keine Bomben mehr hergestellt oder gelagert oder getestet. Wir bitten außerdem die Amerikaner, doch freundlichst ihre Bomber und ihre Raketenbasen aus unserem Lande abzuziehen!" Das wäre unserer Ansicht nach der einzige Weg, endlich einmal d i e s e n T e u f e l s k r e i s z u d u r c h b r e c h e n, in dem jede Nation nur darauf wartet, daß die andere zuerst handelt. Dadurch wird auch die Spannung gemildert und jene Atmosphäre geschaffen, in der dann internationale Vereinbarungen erreicht werden können. Aber solange keine Regierung hier einmal endlich mit Taten führend ist, werden Worte kaum mehr respektiert werden.

Unter dem ständig wachsenden Druck machen die Führer der Gewerkschaften und der Labour-Party mehr und mehr Zugeständnisse. Diese Tatsache findet auch ihren Niederschlag in dem neuesten Parteiprogrammentwurf, den die Vorstände

*) Chartisten = radikale Arbeiterpartei unter Führung von Feargus O ' C o n n o r.

gemeinsam im Juni veröffentlicht haben und in dem folgendes vorgeschlagen wird: Einseitiger Stop der Atomtests; Disengagement in Mitteleuropa; Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen sowie seine Teilnahme an künftigen Abrüstungsgesprächen; Widerstand gegen die Errichtung von Raketenbasen des Typs Thor in England; keine Atomwaffen dürfen in Deutschland hergestellt oder an deutsche Truppen geliefert werden; in der Nato-Strategie muß festgelegt werden, daß der Westen niemals zuerst Wasserstoffbomben verwenden darf. Ein weiterer Absatz spricht von dem „Verzicht auf ein selbständiges britisches Abschreckungsmittel". Das soll vermutlich so verstanden werden, daß Britannien einseitig auf die Herstellung nuklearer Waffen verzichtet (obwohl ich hier hinzufügen muß, daß gewisse Labour-Führer diese Auslegung eifrigst bestreiten).

Wenn auch alle diese Punkte durchaus begrüßenswert sind, so genügen sie doch nicht jenen Gewerkschaftlern und Labour-Mitgliedern der Wahlkreise, die für den einseitigen Verzicht auf Atomwaffen eintreten. Sie weisen darauf hin, daß der neue Programmentwurf die amerikanischen Bomberbasen in England bestehen lassen will. Die Tatsache, daß diese Flugzeuge Wasserstoffbomben tragen, die nicht hier in England, sondern in Amerika hergestellt werden, macht uns nicht weniger verwundbar, und sie wird auch andere Länder nicht dazu ermuntern, unserem Beispiel zu folgen. Es ist wirklich kein großes Verdienst, die Thor-Raketenbasen aufzugeben, die ohnehin ganz allgemein für veraltet gelten, da sie stationär sind und einer feindlichen Rakete leicht zum Opfer fallen können. Der Kernpunkt des Beschlusses, den Frank Cousins, der Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft, auf dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt hat, fordert „die vollständige Ablehnung jeder Verteidigungspolitik, die auf der Drohung der Verwendung strategischer oder taktischer Atomwaffen beruht". Das kann nur das Ende der amerikanischen Bomberbasen auf englischem Boden und der Herstellung atomarer Waffen in Britannien bedeuten.

Das Stimmenverhältnis bei dieser Abstimmung war 4 356 000 (dafür) zu 3 213 000 (dagegen). Zu den großen Gewerkschaften, die diesen Antrag unterstützten, gehörten die Transport- und Allgemeinen Arbeiter, die Metallarbeiter, die Eisenbahner, die Marktarbeiter, Bauarbeiter, Kesselschmiede, Elektriker, Gießereiarbeiter, öffentlichen Angestellten, Drucker, Fahrzeugmacher, die Feuerwehr, die Blech- und die Chemie-Arbeiter. Dagegen stimmten die Bergarbeiter, die allgemeinen und Kommunalarbeiter, Postarbeiter, Holzarbeiter, Seeleute, Textil- und Stahlarbeiter. Beinahe alle gaben ihre Stimmen nach den auf ihren eigenen Jahreskonferenzen getroffenen Entscheidungen ab. Ebenfalls wurde das Programm der Labour- und Gewerkschaftsführer zur Abstimmung gestellt. Das Stimmenverhältnis war hier: 4 150 000 zu 3 060 000.

Wie konnte es aber geschehen, daß der Gewerkschaftskongreß für zwei sich widersprechende Anträge stimmte, von denen der eine die einseitige nukleare Abrüstung und der andere genau das Gegenteil verlangte? Der Grund war, daß sich die 900 000 Stimmen der Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft hinter beide Entschließungen stellten, und zwar obwohl die Delegierten sich auf der eigenen Konferenz für eine einseitige Beendigung der Tests und der Herstellung und Stationierung atomarer Waffen in England entschieden hatten. Der Vorsitzende, Mr. W. T Carron, verlangte, daß seine Delegation für beide Beschlüsse stimmte. Es ergab sich zu seiner Forderung das Ergebnis von 17 zu 16 (wobei die siebzehnte Stimme seine eigene war). Die Begründung hieß: „Vermeidung einer Führungskrise".

Einen Monat nach dem Gewerkschaftskongreß findet nun der Parteitag der Labour-Party statt, bei dem die Gewerkschaften einen etwas geringeren Stimmenanteil haben, da nicht jeder Gewerkschaftler seinen politischen Beitrag an die

Partei zahlt. Hier kommen jedoch noch eine Million Stimmen aus den 630 Labour-Wahlkreisen hinzu, und gerade diese Delegierten sind es, die in ihrer überwiegenden Mehrheit für einen einseitigen Verzicht eintreten, schon seit mehreren Jahren. (Hier muß festgehalten werden, daß auf dem Parteitag vor zwei Jahren bei der Diskussion dieses Punktes nur 800 000 Delegierte für den Verzicht eintraten, und diese kamen fast ausschließlich aus den Wahlkreisen.)

Ich bin ganz sicher, daß dieser Kampf die Labour-Party in eine neue Epoche führen wird. Hier ergibt sich ein echter Gegensatz zu den Konservativen, unter denen nicht ein einziges Parlamentsmitglied zu finden ist, das öffentlich aufstehen und fordern würde, England solle auf die Bombe als ein Vorbild für die ganze Welt verzichten.

Dieser Kampf wird zudem Tausende aktiver Männer und Frauen in die Reihen der Partei führen — im Geiste der größten Sache, für die Labour je eingetreten ist, und die Partei wird zu einer Partei des Friedens werden. Ganz besonders werden sich junge Menschen angezogen fühlen. Das geschieht schon jetzt. Die Mehrheit der Marschierer von Aldermaston ist jung. Sehr viele haben sich schon gegen eine unpolitische Haltung gewandt, weil sie sich darüber klar wurden, daß der einzige Weg zur Erreichung ihres Zieles über eine Regierung oder eine Oppositionspartei führt.

Daß Britannien neben Amerika oder Rußland als Militärgroßmacht nicht mehr zählt, ist für einige von uns wirklich kein Grund zum Bedauern. Doch wir glauben, daß England auf eine ganz andere Art groß sein könnte: in der Führung der Welt zum Frieden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Weitere Dokumente zum „Fall Demokratie"

Im nachfolgenden setzen wir unsere Dokumentation über die Resonanz der Öffentlichkeit zur Entfernung von Frau Prof. Dr. Riemeck aus dem Prüfungsamt durch den nordrhein-westfälischen Kultusminister fort. D. Red.

187 Professoren und Dozenten schlossen sich der Protesterklärung namhafter Persönlichkeiten an die deutsche Öffentlichkeit an

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen hat Frau Professor Dr. Renate Riemeck kurzfristig, wenige Stunden vor den Prüfungen, aus ihrem Prüfungsamt entfernt. Dieses Vorgehen des Ministers ist ganz klar aus politischen Motiven, nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Der Vorgang ist charakteristisch für die fatale politische Entwicklung, die seit längerem in der Bundesrepublik eingetreten ist. Die Unterzeichner geben im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung hierzu folgende Erklärung ab:

Als das totalitäre System des Nationalsozialismus im zweiten Weltkrieg zerbrach, schien der Weg für eine freiheitliche, demokratische Neugestaltung in Deutschland offen. Grundgesetz und Länderverfassungen der Bundesrepublik haben eine solche staat-

liche Ordnung der Freiheit statuiert. Im Gegensatz hierzu suchen staatliche Machtfaktoren in zunehmendem Maße politisch nichtkonformistische Haltungen und Äußerungen von Staatsbürgern mit nichtverfassungsmäßigen, scheinlegalen Mitteln auszuschalten und beteiligte Persönlichkeiten einzuschüchtern und mattzusetzen. Diese Methode verstößt in flagranter Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die die ehernen Grundrechte der freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung und der Freiheit von Forschung und Lehre garantiert. Gänzlich unhaltbar sind die Versuche, durch Verwaltungsanordnungen oder durch Disziplinarverfahren im Widerspruch zu den Vorschriften des Grundgesetzes und der Länderverfassungen für Staatsbürger im öffentlichen Dienst einen Verfassungsstatus minderen Rechts einzuführen oder das akademische Leben politisch gleichzuschalten.

Aus ihrem Gewissen heraus erheben die Unterzeichner ihre Stimme. Sie warnen, auf dem eingeschlagenen verhängnisvollen Wege fortzuschreiten. Die Lehren der kaum hinter uns liegenden furchtbaren Vergangenheit können und dürfen nicht vergessen werden. Die gewissenhafte Beachtung der Normen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die unverbrüchliche Treue zu ihr bilden die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Sinneswandel, die Metanoia der Deutschen, glaubwürdig in Erscheinung tritt, daß die nationalsozialistische Vergangenheit überwunden und bewältigt wird und nicht in neuen Formen wiedererersteht, und daß nicht durch die innenpolitische Entwicklung im Ausland erneut Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit erweckt werden. Der Kampf ums Recht erfordert, daß jeder das Unrecht, das einem anderen, gleichviel von wem, zugefügt wird, als ein ihm selbst widerfahrenes Unrecht empfindet und sich mit dem Angegriffenen, Verfolgten oder Geschädigten in der Verteidigung solidarisch fühlt.

In diesem Sinne appellieren die Unterzeichner an die in ihrer zweifelsohne großen Mehrheit freiheitlich gesinnte deutsche Öffentlichkeit. Es muß den Anfängen gewehrt werden. Noch ist es Zeit.

Die Unterzeichner: Staatsminister i. R. Wilhelm Bökenkrüger
Kultusminister a. D. Dr. h. c. Adolf Grimme
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Prof. Dr. Frank Löbell
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Levin L. Schücking
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg
Prof. Dr. Aloys Wenzl

Den Erstunterzeichnern haben sich bisher angeschlossen die Professoren und Dozenten:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Prof. Dr. Otto Antrick

Gerhard Banner, Lehrbeauftragter
Dr. Jörg Barner, Privatdozent
Prof. Dr. Georg Bauer
Prof. Dr. Leopold Bauer
Dr. Walter Beringer, Wiss. Ass.
Charlotte Birnbaum
Prof. Walter Birnbaum
Friedrich Blume, Päd. Ass.

Prof. Dr. H. O. Cremer

Dr. Franz Damhorst
Prof. Dr. D. Friedrich Delekat
Prof. Dr. D. von Deuffer
Dr. med. habil. E. Döhne

Dr. Hans Elsässer, Dozent
Prof. Dr. med. Alfred Enders

Prof. Dr. Kurt Apel
Dr. Christos Axelos

Dr. Bernhard Böschenstein
Prof. Dr. Walther Braune
Dr. Margherita von Brentano
Prof. Dr. Jacob Breuer
Peter Brückner, Dozent
Prof. Dr. Hellmut Brunner
Prof. Dr. Gerd Burkhardt
Dr. Josefine Burghardt

Hermann Duderstadt, Päd. Ass.
Prof. Dr. Heinrich Düker
Dr. Carl Durand, Oberstudiendirektor

Dr. Lieselotte Engl
Bernhard Epple, Studienrat u. Lehrbeauftr.

Prof. Dr. Ludwig Fabricius
Kurt Felgner, Dozent
Heinz Fiebiger, Dipl.-Volksw.
Prof. Dr. Dr. Osip K. Flechtheim

Prof. Dr. Ing. Kurt Gaede
Dr. Walter Gaumer, Dozent
Prof. Hermann Geibel
Dr. K. Görlich
Paul Goosmann, Dozent
Prof. Dr. Adolf Grabowsky
Prof. Dr. Rudolf Grahmann

Dr. Werner Habicht, Dozent
Dr. Ulrich Hegel, Wiss. Ass.
Prof. Dr. Roland Hampe
Prof. Dr. Hapke
Dr. Walter Hartmann, Dozent
Prof. Gustav Hassenpflug
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Dr. Herbert Heckmann
Prof. Helmut Heinemann
Dr. Klaus Heinrich, Wiss. Ass.
Prof. Dr. H. M. Heinrichs
Prof. Dr. Edwin Henning
Prof. Dr. Grete Henry
Prof. Dr. Alfred Herrmann

Dr. D. Janz

Prof. D. Ernst Käsemann
Dietrich Keller, Vikar u. Hochschulass.
Wilhelm Keller, Dozent
Dr. Wolfgang Klafki, Dozent
Prof. Dr. Hans Klumb
Prof. Dr. Walter Koch

Prof. Kurt Lehmann
Dr. theol. Heinz Liebing, Dozent

Prof. Dr. W. Madelung
Dr. W. Martienssen, Dozent
Prof. Dr. Alfred von Martin
Dr. Margareta Martiny
Dr. Dr. Walter Matthias
Prof. Dr. H. Maus
Prof. Dr. Dr. Meier
Prof. Paul Merkel

Elena Natcorich, Dozentin

Prof. Dr. Felix Oberborbeck

Dr. Fritz Paepcke
Prof. Dr. Werner Philipp
Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Fritz Pringsheim

Dr. Gottfried Rahn, Dozent
Prof. Dr. Johann Albrecht v. Rantzau
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Reigrotzki
Dr. Edgar Reimers

Prof. Dr. Ing. Hermann Flehne
Dr. Egon Franz, Stud.-Pfarrer
Prof. Dr. E. Frommherz

Dipl. Ing. Heinz Gretz, Wiss. Ass.
Dr. Emil Grosse-Brauckmann, Dozent
Dr. Otto Grube, Dozent
Dr. Richard Grün
Prof. Dr. Hans Grupe
Dr. F. Gulden

Prof. D. Dr. Johannes Hessen
D. Hans-Friedrich Heß, Oberkirchenrat
Dr. Ing. Rudolf Hillebrecht, Stadtbaum.
Prof. Dr. Otto Hintner
Dr. Peter Hirschfeld
Prof. Dr. Uvo Hölscher
Prof. Dr. Georg Hoeltze
Dr. Herbert Hohenemser, Berufsmäß. Stadtrat, Kulturreferent
Wilhelm Horn, Oberlehrer
Prof. Dr. Jürgen Hövermann
Prof. Wilhelm Hübotter
Prof. Dr. med. K. Hummel
Prof. D. Renatus Hupfeld

Prof. Dr. Hans-Robert Jauss

Ernst Kohlhepp, Dipl.-Phys., Wiss. Ass.
Prof. Dr. Erich Köhler
Prof. Dr. Siegfried Knoke
Prof. Dr. Hans Krahe
Prof. Dr. Gustav Krauss
Dr. Erich Künzel, Dozent

Prof. Dr. Fritz Lockemann
Dr. Gerd Lotzmann, Dipl. Sprecherz.

Prof. Dr. Herbert Meschkowski
Prof. Dr. Ing. W. Mialki
Prof. Dr. Georg Misch
Prof. Dr. Alexander Mitscherlich
Prof. Dr. Klaus Mörike
Franz Moser, Hauptlehrer
Dr. Siegfried Müller
Hermann Munk, Musiklehrer

Prof. Dr. Hans Neumann

Dr. Karl August Ott, Dozent

Prof. Dr. Erich Przywara
Prof. Dr. Paul Pulewka

Dr. Adolf Rieth, Landeskonserv.
Dr. Heinrich Ringleb
Dr. theol. Günther Roth
Gerhard Ruhbach, Wiss. Ass.
Dr. phil. Herbert Ruppert, Dozent

Dr. Reinhold Sachs
Dr. J. W. Samel, Dozent
Prof. Karl Seidelmann

Prof. Dr. Werner Schaaffs
Prof. Dr. med. Hans Schaefer
Prof. Dr. H. Schäfer
Prof. Dr. Helmuth Scheibler
Dr. Erwin Schenk
Dieter Schiller, Päd. Ass.
Siegfried Schlange, Päd. Ass.

Prof. Dr. jur. Kurt Staff, O.-Landesgerichtspräsident
Prof. D. Dr. h. c. Ethelbert Stauffer
Georg Stern, Musiklehrer

Prof. Dr. med. E. Thiermann
Dr. Christof Thoenes

Prof. Dr. Carl Hermann Ule

Hermann Veesenmayer, Lehrbeauftragter
Roswitha Venus, Musiklehrerin

Dr. Heinz Walz
Dr. H. H. Wängler, Dozent
Prof. D. Otto Weber
Prof. Dr. Olaf Weidemann
Prof. Dr. Wilhelm Weihschedel
Prof. Dr. Hermann Weinert
Heiner Weitbrecht, Pfarrer
Dr. Herbert Werner, Pfarrer
Prof. Dr. Walter Wessel

Ruth Zechlin, Dozentin
Prof. Dr. Hans Zeidler

(Die Liste ist noch nicht abgeschlossen.)

Dr. Friedrich Seyfarth, Oberschulrat a. D.
Prof. D. Dr. R. Siebeck
Dr. Erika Simon, Dozentin

Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Schmid
Dr. W. Schulte
Prof. Dr. Joh. Schultze
Dr. Ruth-Eva Schulz
Prof. Dr. Walter Schulz
Prof. Dr. Ing. Winfried Otto Schumann

Prof. Dr. Otto Graf zu Stolberg

Prof. D. H. Strathmann
Liese-Lotte Streckert, Dozentin

Dr. Friedrich Trost, Dozent

Prof. Dr. Hans Vogts
Dr. Franz Vonessen, Dozent

Prof. Dr. H. Weyland
Prof. Dr. Erich Wiese
Dr. Manfred Windfuhr
Prof. Dr. Hans Wittig
Prof. D. Ernst Wolf
Prof. Dr. Karl A. Wolf
Prof. Dr. Hans Wolter
Prof. Hinrich Wulff
Prof. D. Georg Wünsch

Dr. Hermann Zeltner, Dozent
Dr. Franz Ziegler

Leserbrief von Prof. Dr. H a p k e, Pädagogische Hochschule Lüneburg, in „Die Zeit", Nr. 34:

Die Äußerungen von Professor Dr. Eschenburg zum „Fall Riemeck" sind um ein behutsam abwägendes Urteil bemüht, doch bedürfen sie wohl noch einer kritischen Ergänzung. — Die plötzliche Abberufung von Frau Riemeck aus der Prüfungskommission darf nicht nur als Verwaltungsmaßnahme in ihrer formalrechtlichen Unanfechtbarkeit gesehen werden. Bei dem inhaltlich gedrängt vollen Studienplan einer Pädagogischen Akademie werden nur wenige Studenten an frei angebotenen Vorlesungen solcher Dozenten teilnehmen, bei denen sie nicht auch geprüft werden. Schon deshalb bedeutet die Abberufung in ihrer Folge einen schweren Eingriff in die Lehrtätigkeit. Übrigens pflegen an einer Pädagogischen Akademie alle festangestellten Dozenten prüfungsberechtigt zu sein. Der Entzug der Prüfungserlaubnis für einen einzelnen kommt somit einer Diffamierung nahe.

Wo ist ferner die Grenze der politischen Meinungs- und Lehrfreiheit eines Historikers? Seine Äußerungen stehen solange unter der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes, als nicht nachgewiesen ist, daß sie die „Treue zur Verfassung" verletzen. Die Beurteilung dessen ist, soweit Beamtenrecht in Frage steht, Sache eines Disziplinargerichts, sonst eines ordentlichen Gerichts. In keinem Fall kann ein Länderbeamtenrecht die im Grundgesetz garantierten Rechte einengen. Es ist abwegig, wenn ein Minister glaubt, er dürfe mit Hilfe von Verwaltungsmaßnahmen „über die richtige Wertung" außenpolitischer Vor-

gänge durch seine Beamten „wachen". Das Vorgehen des Ministers macht peinlich den Eindruck versuchter Einschüchterung.

Frau Riemecks politische Auffassungen mögen von besorgten Menschen als Hinneigung zu östlichem Gedankengut empfunden werden. Das macht sie bei uns schon verdächtig. Ich glaube aber, man mißversteht sie damit (eher mag man ihr zu große Arglosigkeit gegenüber der totalitären Gefahr vorhalten). Der Artikel über „Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen" („Stimme der Gemeinde", Nr. 13/1960) will am Beispiel des U-2-Zwischenfalls die Aufmerksamkeit auf vermutete inneramerikanische (nämlich militärische) Widerstände gegen eine mögliche Entspannungspolitik lenken. Dies und nicht eine Rechtfertigung Chrustschows habe ich als den Kern der Ausführungen empfunden. Zugegeben: Die Betrachtung ist einseitig. Aber gerade hier beleuchtet der „Fall Riemeck" ein ernstes, zunehmend beunruhigendes öffentliches Problem: Einseitige Stellungnahmen solcher Art sind doch nur die Kehrseite einer nach der anderen Richtung einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne des Kalten Krieges durch eine allzusehr gleichgestimmte Tagespresse!

Die beanstandeten Publikationsorgane, „Stimme der Gemeinde" und „Blätter für deutsche und internationale Politik", gehören zu den Außenseitern. Unter ihren Herausgebern und Mitarbeitern finden sich unbeliebte und „verdächtige" Quergänger aus Gewissensgründen, wie der Pastor Mochalski, Martin Niemöller, Walter Hagemann. Aber die Billigkeit erfordert doch, zu sagen, daß zur Herausgeberschaft der „Stimme ..." auch so völlig zweifelsfreie und bisher noch unangefochtene Männer gehören wie Oskar Hammelsbeck (Professor an der Pädagogischen Akademie Wuppertal) und Ernst Wolf. Und wenn schon die bloße Mitarbeit an den „Blättern ..." als verdächtig gelten soll: auch Stefan Andres, Gertrud von LeFort, Albrecht Goes, Friedrich Heer und der jüngst verstorbene Hans Iwand haben dort geschrieben. Wer charakterisiert nun wen? Darf ein Beamter, ein Hochschullehrer, nur in Organen schreiben, die seiner Regierung genehm sind?

Das Kriterium darf doch wohl nur die Verfassungstreue dessen sein, was er selber schreibt. Über die kann nicht der Dienstvorgesetzte entscheiden, nicht der Minister einer Regierungspartei, sondern nur das Gericht.

Leserbrief von Prof. Dr. Michael S e i d l m a y e r in der „Süddeutschen Zeitung" vom 3./4. September 1960:

Einstmals hatten die Völker Europas in ihrem Kampf um eine demokratische Ordnung (innerhalb der konstitutionellen Monarchie) als eine der fundamentalsten Grundlagen der Menschen- und Bürgerrechte (gegenüber der Willkür der alten „Kabinettjustiz") das Prinzip der „Rechtsstaatlichkeit" durchgesetzt, daß also niemand ohne die Verurteilung durch ein ordentliches Gericht auf Grund der erwiesenen Übertretung eines Gesetzes mit einer Strafmaßnahme belegt werden dürfe. Das ist allerdings schon lange her — so lange, daß ein Minister unserer heutigen Demokratie dieses Fundamentalrecht des Staatsbürgers — samt dem freilich noch keine eineinhalb Jahrzehnte alten Grundgesetz der Bundesrepublik — bereits als „veraltet" zu betrachten scheint.

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen hat bekanntlich die Dozentin an der Pädagogischen Akademie Wuppertal Frau Prof. Dr. R. Riemeck wegen ihrer politischen Tätigkeit in einer Weise gemaßregelt, daß dies im Effekt einer einschneidenden Lahmlegung ihres ganzen Lehramtes gleichkommt. Er hat gar nicht erst den Versuch gemacht, nach dem Beispiel etwa unseres bayerischen Kultusministers, Prof. Maunz, durch ein Disziplinar- (oder gar ein höheres) Gericht feststellen zu lassen, daß deren politische Tätigkeit gegen das Grundgesetz oder die Beamtenpflichten verstoße, ja, er hat ihr vor der Presse ausdrücklich bestätigen müssen, daß sie bei der Ausübung ihres Lehramtes keinerlei politische Beeinflussung der Studenten versucht habe.

Seine Begründung für sein Vorgehen ist vielmehr wahrhaft bemerkenswert: „Der Staat — hier also der Herr Kultusminister in Person — kann niemals darauf verzichten, über die richtige (!) Wertung außenpolitischer oder sonstiger (!) Belange durch seine Beamten zu wachen"; oder: es spiele„ zunächst einmal" keine Rolle, ob die Äußerungen eines Beamten der Wahrheit entsprechen oder nicht (!) — entscheidend sei nur der Eindruck in der Öffentlichkeit, und wenn sie auch nur bei einer „kleinen Gruppe" Anstoß erregen würden, so genüge das schon, um das Beamtenrecht zu verletzen, und ähnliches mehr und schließ-

lich: er habe mit seiner Maßnahme Frau Riemeck nur „aus dem Schußfeld öffentlicher Angriffe herausnehmen" wollen (dem Minister scheint es auch nicht an „Humor" — wenn man das noch so nennen will — zu mangeln!).

Nun, uns älteren Hochschullehrern — und wohl auch jenen aus dem Osten geflüchteten Studenten, die sich, gleich den anderen, unbedenklich hinter ihre Professorin gestellt haben — kommen solche Töne merkwürdig vertraut vor! In ihnen kommt ja doch nur der grundsätzliche Wille zu einer völligen Rechtsunsicherheit und „Ermessens"-Willkür zum Ausdruck, und diese sind bekanntlich das probateste Mittel, um diejenigen „im Zaum zu halten", das heißt „vorsorglich" einzuschüchtern, die nach ihrem staatsbürgerlichen Gewissen — und vielleicht billigt man das uns Professoren doch wenigstens nicht in geringerem Maße zu als zum Beispiel den Verfassern jener berüchtigten „schwarzen Liste" des sogenannten „Rotbuches"!? — sich verpflichtet halten könnten, gegen die politischen Wege, die die Bundesregierung seit Jahren verfolgt, ihre warnende Stimme zu erheben. Gleichviel aber, woher der Herr Minister seine seltsamen Auffassungen und Maximen bezogen haben mag — aus den Prinzipien der „Demokratie", der „Freiheit", des „Rechtsstaates" stammen sie ganz gewiß nicht!

Das Landesbeamtengesetz von Nordrhein-Westfalen von 1955 untersagt den Beamten „alle Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind;" einstweilen — bis zu einer etwaigen gegenteiligen Entscheidung durch ein ordentliches Gericht — steht nur das eine fest, daß nicht die Professorin Riemeck, sondern daß der Herr Kultusminister Schütz gegen eben diese „freiheitlich-demokratische Grundordnung" schwer verstoßen hat (und dies wäre immerhin ein Fall, dessen sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sehr wohl annehmen könnte!). Eine besondere Anerkennung aber und einen besonderen Dank hat sich die Studentenschaft von Wuppertal verdient: Sie hat begriffen und dies durch die Tat bewiesen, daß es wirklich „die Freiheit zu retten gilt" — nach beiden Seiten hin!

Brief von Prof. Dr. Michael S e i d l m a y e r an Kultusminister S c h ü t z :

Dr. Michael Seidlmayer,
o. Prof. der Geschichte
an der Universität Würzburg,
Würzburg, Keesburgstr. 19 b

z. Zeit — bis 30. 8. 60 —
Zuoz/Oberengadin (Schweiz),
Haus Schucan,
am 2. August 1960

An den
Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus
in Nordrhein-Westfalen,
D ü s s e l d o r f ,
Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Betreff: Frau Prof. Dr. Renate R i e m e c k

Hochverehrter Herr Staatsminister,

Gestatten Sie, daß ich mich in gleicher Weise wie eine Anzahl meiner Marburger Kollegen an Sie wende, um Sie sehr zu bitten, Ihre gegen Frau Prof. Riemeck gefällte Entscheidung nochmals einer ernstlichen Überprüfung zu unterziehen. Es handelt sich dabei nicht darum, für oder gegen deren in Frage stehenden politischen Äußerungen — die mir im einzelnen gar nicht bekannt sind — Stellung zu nehmen, sondern so wie die anderen Herren Kollegen leitet mich die tiefe Besorgnis um die ernste Gefährdung sowohl unserer akademischen Lehrfreiheit wie auch insbesondere des uns Professoren nicht weniger wie auch allen anderen Staatsbürgern durch das Grundgesetz garantierten Rechtes der freien politischen Meinungsäußerung — eines Rechtes, das für viele von uns zugleich eine bindende Gewissensverpflichtung beinhaltet. Dieses Recht kann doch nur an der gerichtlichen oder mindestens disziplinargerichtlichen Feststellung eines gesetzwidrigen Verstoßes gegen die Verfassung und die demokratische Ordnung oder gegen unsere Beamtenverpflichtungen seine Grenze finden. Wenn uns aber unvermittelt und durch eine reine Verwaltungsmaßnahme eine Maßregelung wie die von Ihnen gegen Frau Prof. Riemeck ausgesprochene treffen kann, so sieht sich damit der Stand der Professoren — so wie kein anderer Stand oder Beruf — einer unerträglichen Rechtsunsicherheit und Disqualifizierung ausgeliefert. Das aber kann, hochverehrter Herr Staatsminister, unmöglich Ihre Ab-

sicht und Willensmeinung sein. Ein solcher Zustand müßte zugleich auch unser Ansehen bei den Studenten gefährlich untergraben und deren Vertrauen in die rechtsstaatliche Ordnung der Demokratie erschüttern; dies im gegenwärtigen Fall um so mehr, als sich die Studenten durch das erzwungene Ausscheiden ihres Lehrers aus der Prüfung unmittelbar vor den Examina vor eine ganz unerwartete Situation gestellt sehen und sich damit (wie ich nicht näher zu erläutern brauche) in ihren eigenen legitimen Interessen entgegen Treu und Glauben sehr erheblich geschädigt fühlen können.

Der Herr Bundespräsident hat erst vor kurzem mit Nachdruck festgestellt, daß die staatsbürgerlichen Aufgaben der Professoren nicht weniger gewichtig seien als die Aufgaben ihrer fachlichen Lehrtätigkeit; es kann unmöglich die Meinung des Herrn Bundespräsidenten gewesen sein, daß die Erfüllung dieser Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen — wie man das doch auch uns Professoren zubilligen muß — im demokratischen Rechtsstaat ständig im Zeichen einer lähmenden Rechtsunsicherheit geschehen solle — dies würde ja zugleich wieder ihre Unterbindung und Negation bedeuten. In diesem Sinn darf ich meine dringliche Bitte um die Revision der gegen die Kollegin Frau Dr. Riemeck verhängten und nach unserer festen Überzeugung gegen die uns feierlich garantierten Rechte mindestens moralisch schwer verstoßenden Maßregelung wiederholen.

Ich zeichne, hochverehrter Herr Staatsminister, in aller vorzüglichen Hochachtung als

Ihr sehr ergebener
gez. Prof. Dr. M. Seidlmayer.

Gewerkschaftliche Monatshefte (September-Ausgabe 1960):

Vom demokratischen Geist oder Ungeist, so wie ihn Martini proklamiert, ist jene Entscheidung beseelt, durch die der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Schütz, die Professorin an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal, Frau Dr. Renate Riemeck, aus dem Prüfungsausschuß ausgeschlossen hat, weil sie zwei Artikel veröffentlichte, die nicht der bei uns herrschenden Auffassung über Chrustschows Schuld am Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz entsprachen. Wir teilen die politischen Ansichten der Frau Riemeck nicht, glauben vielmehr, daß sie in Überbetonung ihres Nonkonformismus zu Theorien kommt, die nicht nur falsch sind, sondern auch vom Osten propagandistisch ausgenutzt werden. Aber sie hat bis jetzt nichts anderes getan, als von ihren staatsbürgerlichen Rechten, vor allem von ihrem Recht freier Meinungsäußerung, legalen Gebrauch zu machen. Strafbare oder verfassungswidrige Handlungen — wie letztere nach der Urteilsbegründung des Bonner Landgerichts offensichtlich auf das Konto des Herrn Schlamm geschrieben werden dürfen — liegen bei Frau Riemeck nicht vor. Es erscheint uns deshalb unerträglich und rechtsstaatsunwürdig, sie wegen ihrer von der allgemeinen abweichenden Ansicht zu disziplinieren.

Der eigentliche Skandal aber ereignete sich hinterher. Über 300 Studenten der Akademie, unter ihnen auch solche, die aus der Ostzone geflohen waren, hatten einen Sitzstreik veranstaltet und verlangt, daß die Vorwürfe gegen die geschätzte Lehrerin in einem Disziplinar- oder einem ordentlichen Gerichtsverfahren geklärt würden. Eine Anzahl Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten gegen die Beschränkung der Meinungsfreiheit protestiert; auch der bekannte Tübinger Professor Dr. Theodor Eschenburg hatte — mit Einschränkungen — Bedenken angemeldet. Ihnen allen widmete die mit Steuergeldern subventionierte Kölner Pressekorrespondenz Wehrpolitische Informationen in einem Artikel „KP in neuem Gewande?" den unglaublichen Satz: „Das empörte Echo auf die Maßregelung der Renate Riemeck zeigt immerhin, daß es mit der berühmten Immunität gegen prokommunistische Thesen in unserem Lande so weit nicht her ist, wie man gemeinhin annimmt." Man muß also nicht einmal mehr eine von der herrschenden abweichende politische Meinung äußern, nein, es genügt schon, das Recht eines „Abweichlers" auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, um aus einer amtlich inspirierten Ecke schon als Kommunist verteufelt zu werden. Man muß sich allen Ernstes fragen, wer den Bundesbürger nicht nur vor Verleumdungen, sondern auch vor Meinungsterror und indirekten Nötigungen schützt, die darauf hinauslaufen, ihn von der Ausübung fundamentaler Grundrechte wie der Meinungsfreiheit abzuschrecken.

Unter dem Titel „Minister soll ‚fünf nachweislich falsche Behauptungen' zurücknehmen" schreibt die „Freie Presse", Bielefeld, vom 23. August 1960:

Frau Professor Renate Riemeck, Dozentin an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal und im vergangenen Monat durch Kultusminister Schütz ihres Amtes als Mitglied der Prüfungskommission der Akademie enthoben, hat sich jetzt gegen sie erhobene Beschuldigungen zur Wehr gesetzt. Sie hat den Kultusminister aufgefordert, bis zum 25. August fünf nachweislich falsche Behauptungen zurückzunehmen, andernfalls will sie eine Unterlassungsklage gegen den Kultusminister anstrengen. Wie der Anwalt der Dozentin, der Düsseldorfer Rechtsanwalt und SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Neuberger, am Montag auf Anfrage mitteilte, handelt es sich um folgende, nicht zutreffende Behauptungen, die Kultusminister Schütz vor der Öffentlichkeit aufgestellt hat:

Nicht alle Professoren der Pädagogischen Akademie Wuppertal gehörten dem Prüfungsausschuß an. — Der Minister hatte daraus geschlossen, daß die Abberufung von Frau Prof. Riemeck keine Diskriminierung sei.

Frau Prof. Riemeck sei durch ihre Ostkontakte wiederholt um Zurückhaltung gebeten worden. — Nicht einmal, so habe Frau Prof. Riemeck erklärt, sei sie darum ersucht worden.

Bereits unter der Regierung Steinhoff habe ein Disziplinarverfahren gegen Frau Riemeck geschwebt.

Frau Prof. Riemeck habe sich in der Ostzone kritisch über die Verhältnisse in der Bundesrepublik geäußert. — Auch diese beiden Behauptungen bezeichnete Frau Riemeck als falsch.

Es könne keinem Flüchtling aus der Sowjetzone zugemutet werden, sich von Frau Riemeck prüfen zu lassen. — Hierzu teilte Frau Riemeck ihrem Anwalt mit, daß sich bis zum Zeitpunkt ihrer Abberufung bereits 11 von insgesamt 15 in Frage kommenden Prüflingen aus der Ostzone bei ihr zur Prüfung angemeldet hätten.

Damit sind die wesentlichsten Punkte angesprochen, mit denen Kultusminister Schütz die Entlassung der Dozentin aus der Prüfungskommission begründet hatte. Die politischen Veröffentlichungen von Frau Riemeck in Zeitschriften der Bundesrepublik, in denen sie sich allerdings sehr kritisch zur Gesamtpolitik des Westens geäußert hatte, bezeichnete RA Dr. Neuberger als das gute Recht eines jeden Staatsbürgers. „Schließlich haben wir eine nonkonformistische und keine konformistische Verfassung", erklärte der Anwalt. — Kultusminister Schütz befindet sich bis zum 1. September in Urlaub.

Unter dem Titel „McCarthy bei uns" schreibt das „Hamburger Echo" vom 16. August 1960:

McCarthy ist tot — in den USA; es lebe McCarthy — in der Bundesrepublik!

Da hat im Juli der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Schütz, die Professorin an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal, Renate Riemeck, aus dem Prüfungsausschuß der Akademie ausgeschlossen. Letzter Anlaß: Frau Riemeck hatte in der kirchlichen Zeitschrift „Stimme der Gemeinde" zum Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz eine andere Version von der Rolle Chrustschows gegeben, als sie im Westen gängig ist. Bei dieser Gelegenheit wurde Frau Riemeck auch vorgeworfen, sie unterhalte Ostkontakte; sie bestanden in einem Vortrag an der Universität Leipzig über den Dreißigjährigen Krieg und in der Teilnahme an der Jubiläumsfeier der Universität Jena.

Frau Riemeck ist nach dem Urteil aller, die sie kennen, keine Kommunistin. Sie ist vielmehr eine Persönlichkeit, die stolz ist auf die Unabhängigkeit ihres Denkens, und die aus reiner Gegnerschaft gegen den heute weit verbreiteten Denkkonformismus manchmal zu schockierenden Thesen kommt, die auch uns nicht gefallen, die jedoch vom Osten mit Behagen aufgegriffen werden.

Aber es geht hier gar nicht so sehr um Frau Riemeck als um das, was darauf folgte. Die Maßregelung der Professorin hat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Kritik und Widerspruch erregt. Über 300 Studenten der Akademie, unter ihnen auch solche, die aus der Ostzone geflohen waren, veranstalteten einen Sitzstreik und verlangten, daß die Vorwürfe gegen die geschätzte Lehrerin in einem Disziplinar- oder ordentlichen Gerichtsverfahren geklärt würden. Eine Anzahl Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens protestierten gegen die Beschränkung der Meinungsfreiheit.

Und hier beginnt der eigentliche Skandal. Die Kölner Pressekorrespondenz „Wehrpolitische Information" erlaubt sich in einem Artikel „KP in neuem Gewande?" den abschließenden Satz: „Das empörte Echo auf die Maßregelung der Renate Riemeck zeigt immerhin, daß es mit der berühmten Immunität gegen prokommunistische Thesen in unserem Lande soweit nicht her ist, wie man gemeinhin annimmt."

Die dem Bundeswehrministerium sehr nahe stehenden „Wehrinformatoren" erlauben sich also, den hessischen Kirchenpräsident Niemöller, den Kultusminister a. D. und früheren Generaldirektor des NWDR, Adolf Grimme, den bekannten Tübinger Professor Theodor Eschenburg, der ebenfalls — wenn auch mit Einschränkungen — Bedenken angemeldet hatte, und soundso viele andere Bundesbürger als kommunistisch verseucht zu verdächtigen. Man muß also nicht einmal mehr eine von der herrschenden abweichende politische Meinung äußern, nein, es genügt schon, das Recht eines „Abweichlers" auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, um aus der bundeswehr-inspirierten Ecke schon als Kommunist verschrien zu werden. Der schöne Satz „Ich billige Ihre Meinung mitnichten, aber ich werde mich dafür in Stücke hauen lassen, daß Sie sie äußern dürfen", scheint heute schon wieder in die Rumpelkammer der vielgeschmähten Aufklärung verbannt zu sein.

Angesichts solcher Unverschämtheiten muß man allen Ernstes fragen, wer den anständigen Staatsbürger nicht nur vor Verleumdungen, sondern auch vor Meinungsterror und indirekten Nötigungen schützt, die darauf ausgehen, ihn von der Ausübung fundamentaler Grundrechte wie der Meinungsfreiheit abzuschrecken.

VI. Weltkongreß in Tokio gegen Kernwaffen, für Abrüstung an Prof. Dr. Renate R i e m e c k und Minister S c h ü t z :

An Professor Renate Riemeck, Am Wasserturm 41, Wuppertal-E.

UNTERSTUTZEN IHRE MUTIGE HALTUNG STOP IHRE ZIELE SIND UNSERE ZIELE STOP SIE LEGEN ZEUGNIS AB VOM FRIEDLICHEN DEUTSCHLAND STOP PROTESTIERTEN BEI MINISTER SCHUTZ

VI WELTKONGRESS TOKIO

An Exzellenz Minister Schütz, Düsseldorf

WIR VERURTEILEN IHRE UNDEMOKRATISCHEN MASSNAHMEN GEGEN PROF. RIEMECK STOP GESINNUNGSTERROR UNTERSTREICHT NUR GEFAHR DES DEUTSCHEN MILITARISMUS STOP WIR SIND MIT PROF. RIEMECK SOLIDARISCH

VI WELTKONGRESS GEGEN KERNWAFFEN, FUR ABRUSTUNG, TOKIO

„Frankfurter Allgemeine" vom 9. September 1960:

Die Wuppertaler Dozentin Professor Renate R i e m e c k hat das Land Nordrhein-Westfalen wegen ihres Ausschlusses aus der Prüfungskommission der Pädagogischen Akademie Wuppertal verklagt. Frau Riemeck war Mitte Juli von Kultusminister Schütz aus dem Prüfungsausschuß wegen ihrer Kritik am Kurs der Bundesrepublik ausgeschlossen worden.

Brief des DGB-Kreisfrauenausschusses Moers/Niederrhein an Frau Professor Dr. Renate R i e m e c k :

An
Frau Professor
Dr. Renate Riemeck
Wuppertal-Barmen
Am Wasserturm 41

Sehr geehrte Frau Riemeck!

Wir Frauen des Kreisfrauenausschusses Moers haben mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß Ihr mutiges Eintreten gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland seitens der Landesregierung mit Ihrer Maßregelung beantwortet wurde.

Diese Maßnahme wirft ein bezeichnendes Licht auf die Anwendung der im Grundgesetz garantierten F r e i h e i t e n u n d P f l i c h t e n. Mit unserem Schreiben wollen wir

kundtun, daß wir mit Ihnen einig sind in der Auffassung: Deutschland darf keine Atommacht werden!

Ihnen sind sicher die zahlreichen Beschlüsse und Proteste der Gewerkschaftskolleginnen und -Kollegen bekannt, die sich gegen diese Aufrüstungspläne wenden. Wir sind trotz Maßregelungen der Meinung, daß die Proteste gegen diese verhängnisvolle Politik fortgeführt und verstärkt werden müssen.

Wir Frauen und Mütter haben alle selbst Not und Leid erfahren, die der Krieg über die Menschheit gebracht hat. Unter uns sind Kriegerwitwen, die ihre Söhne unter größten Entbehrungen ernährt und erzogen haben, nicht, um sie den Vätern nach ins Massengrab zu schicken.

Wir wünschen Ihnen, sehr verehrte Frau Riemeck, Mut und Kraft zu Ihrem Kampf gegen die Maßregelung und versichern Sie unserer Sympathie.

gez. Anni K a u f m a n n

Auszüge aus einem Offenen Brief von Professor Karl S a l l e r, München, an Kultusminister S c h ü t z:

Sehr geehrter Herr Minister!

Die Maßnahmen, die Sie gegen Frau Prof. Riemeck ergriffen haben, haben in weiten Professorenkreisen Befremden und vielfach sogar Bestürzung hervorgerufen und deshalb auch mehrfach öffentliche Einsprüche veranlaßt. Die Auseinandersetzungen, die Sie mit diesen Einsprüchen hatten, brachten eine Reihe so grundsätzlicher Motivationen zutage, daß die Angelegenheit Riemeck nunmehr weit über das Lokale hinausgeht und an die Frage der Freiheit des Wissenschaftlers überhaupt rührt. Ich kenne Frau Professor Riemeck persönlich wenig, weiß mich aber in Grundauffassungen mit ihr verbunden und habe im Dritten Reich wie auch jetzt wieder ähnliche Situationen erlebt und durchgestanden, wie sie sich augenblicklich für Frau Riemeck gestaltet haben. Dazu kommt, daß es für mich ebenso wie jetzt für Frau Riemeck um sogenannte „Ostkontakte" geht. Ich halte mich daher verpflichtet, auch Ihnen gegenüber zu dem Fall Riemeck Stellung zu nehmen und diese Stellungnahme der Öffentlichkeit zu übergeben, nachdem sich diese mit der Angelegenheit nunmehr beschäftigt.

Sie begründen, sehr geehrter Herr Minister, die Maßnahmen gegen Frau Riemeck in der Öffentlichkeit damit, „daß Frau Prof. Riemeck vor fortgesetzten Angriffen aus der Öffentlichkeit, die sich gegen ihre politische Meinung richten, geschützt werden müsse". Eine solche Begründung ist in mehrfacher Hinsicht doch äußerst bedenklich. Zunächst hat schon Frau Riemeck offenbar um einen solchen Schutz durchaus nicht gebeten. Des weiteren hat inzwischen Ihr Amtsvorgänger, Herr Prof. Luchtenberg, in der Zeitschrift „Konkret" (2. Augustausgabe) ausgeführt, daß vom Nationalsozialismus im Dritten Reich gegen ihn mit ähnlichen Maßnahmen vorgegangen wurde, wie Sie sie jetzt gegen Frau Riemeck handhaben, um ihn schließlich vollends von der Universität zu entfernen. Mir hat man damals, auf Grund eines Sondergesetzes, die Lehrbefugnis sofort entzogen. Derartige „Schutzmaßnahmen" haben darüber hinaus mit dem Begriff der „Schutzhaft" endlich zu den Willkürmaßnahmen gegen die Juden geführt; ich erwähne das, um die Bedenklichkeit Ihres Vorgehens im Grundsätzlichen zu kennzeichnen, die ja auch in dem Brief von Herrn Kultusminister a. D. Dr. h. c. Adolf Grimme und Mitunterzeichner an Sie zu der Meinung geführt haben, daß den Anfängen gewehrt werden müsse. Über solche grundsätzliche Bedenken hinaus muß jedoch auch zweifelhaft sein, ob Ihre Maßnahmen in Wirklichkeit dem Zweck eines Schutzes von Frau Prof. Riemeck überhaupt haben dienen können und welche Konsequenzen sie haben müßten, wenn das der Fall wäre.

Zum Begriff „Öffentlichkeit" in Ihrer Begründung hat die Auseinandersetzung dagegen gezeigt, daß es nur eine einzige Zeitung, die „Deutsche Zeitung", war, die in diesem Fall durch eine Stellungnahme gegen Frau Prof. Riemeck Ihre Maßnahmen veranlaßt hat. Aber selbst wenn es mehrere Zeitungen gewesen wären, käme es — neben den Grundsatzfragen — im speziellen Fall noch darauf an, wer hinter solchen Presseangriffen steht und mit ihnen die Öffentlichkeit zu beeinflussen bemüht ist. Die „Deutsche Zeitung" ist ein Organ der Schwerindustrie, und es ist daher wohl verständlich, daß sie mit den politischen Anschauungen von Frau Riemeck nicht übereinstimmt. Doch kann das kein Grund sein, durch Ihre Maßnahmen die wirtschaftliche Position von Frau Riemeck zu untergraben.

Auch der „Schutz", den Sie Frau Riemeck gewähren zu müssen glauben, ist doch wohl mehr als kritisch. Wie soll es ein Schutz für Frau Riemeck sein, wenn Sie sie zwar noch lehren, aber nicht mehr prüfen lassen? In den Auseinandersetzungen um Frau Riemeck ist von Ihrem Ministerium ausdrücklich gesagt worden, daß sie weder ihre Vorlesungen noch ihre Prüfungen zu einer politischen Einflußnahme mißbraucht hat. Dies kennzeichnet eindeutig Ihre Maßnahme gegen Frau Riemeck als willkürlich; sie kann für Frau Riemeck in keiner Weise ein „Schutz" sein, sondern nur den Sinn haben, ihre wirtschaftliche Basis zu schmälern und sie damit aus dem Lehrbetrieb zuletzt überhaupt auszuschalten. Es handelt sich damit um einen Eingriff in die verfassungsmäßig auch jedem Beamten garantierte Freiheit der Information, Meinungsbildung und Meinungsäußerung, wie sie in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes festgelegt ist: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden."

Sie haben weiter gemeint, sehr geehrter Herr Minister (nach dem Gedächtnisprotokoll vom 16. 7. 1960 der Studenten, mit denen Sie sprachen): „Da die Meinung von Frau Prof. Riemeck der Ansicht von 99 Prozent des deutschen Volkes entgegenstehe, sah sich das Ministerium zum Schutz der Ordnung zu dieser Maßnahme gezwungen." Wie kommen Sie, sehr geehrter Herr Minister, zu dieser Prozentzahl, nachdem doch eine Volksbefragung über die atomare Bewaffnung in der Bundesrepublik, gegen die sich die Hauptkritik von Frau Riemeck richtet, unterbunden wurde? Alle gegen diese atomare Aufrüstung durchgeführten Erhebungen einschließlich derjenigen der Meinungsforschungsinstitute haben doch bisher eine eindeutige Mehrheit gegen diese atomare Aufrüstung ergeben.

Gerade in den letzten Tagen ist auch eine Notiz durch die Presse gegangen, wonach der Mitgliederstand Ihrer Partei, der CDU, sogar nur einen Bruchteil von 1 Prozent des deutschen Volkes ausmacht; trotzdem werden heute sämtliche Bundesminister von dieser Partei gestellt. All das zeigt doch eindeutig, daß es zur Beurteilung der öffentlichen Meinung und der Haltung, welche der einzelne gegen sie einnimmt, nicht auf 99 Prozent ankommt. Geradezu grotesk aber erscheint mir Ihre Auffassung: „Die Äußerungen eines Beamten, die schon bei einer kleinen Gruppe der Öffentlichkeit Anstoß erregen, genügen, um das Beamtenrecht zu verletzen. Dabei spielt es zunächst einmal keine Rolle, ob die Äußerungen der Wahrheit entsprechen oder nicht. Entscheidend ist der Eindruck in der Öffentlichkeit." Ja, sehr geehrter Herr Minister, sind wir denn als Beamte geistige Staatskastraten, die nicht mehr das Recht haben, durch die Vertretung dessen, was wir für die Wahrheit halten, innerhalb und außerhalb unseres Dienstbereiches bei einer größeren oder kleineren Gruppe der Öffentlichkeit Anstoß zu erregen? Ich selbst repräsentiere die 3. Generation einer Beamtenfamilie; ich müßte mich meiner Herkunft und vor mir selbst schämen, wenn das die Auffassung gewesen wäre, nach der wir unseren Dienst getan haben. Man wirft heute, meines Erachtens mit Recht, der Mehrzahl der deutschen Beamten vor, daß sie gegen die Maßnahmen des Nationalsozialismus nicht in der Weise Einspruch erhoben haben, wie sie es jetzt bei Frau Riemeck beanstanden. Die Konsequenz Ihrer Haltung für die Beamten müßte die sein, daß wir nichts anderes mehr sein würden als Roboter. Außerdem müßte sie sich auch wieder nicht nur gegen oppositionelle Auffassungen wie diejenige von Frau Riemeck und vieler anderer richten, sondern sie müßte um der Gerechtigkeit willen ebenso gegen die Mitläufer der gegenwärtigen Politik angewandt werden; ich nenne in dieser Beziehung nur Prof. Jordan und die Verantwortlichen für die neue Denkschrift der Bundeswehr, in der die Aufrüstung mit atomaren Waffen propagiert wird. Die ganze Geschichte zeigt, daß auch Politiker nicht unfehlbar sind; Sie selbst, sehr geehrter Herr Minister, haben eine diesbezügliche Meinung anklingen lassen. Das bedeutet, daß Sie auch nicht, wie Sie meinen, zu einer „richtigen Wertung außenpolitischer und sonstiger Vorgänge durch einen Beamten" berufen sein können; über die Richtigkeit solcher Wertungen entscheidet allein die Geschichte. Das gilt auch für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Meinungen von Beamten, die in der Freiheit unserer Verfassung mit den Meinungen augenblicklich herrschender Politiker nicht übereinstimmen.

Sie haben, sehr geehrter Herr Minister, Frau Riemeck u. a. auch vorgeworfen, daß sie sich an der 400-Jahr-Feier der Universität Jena 1958 beteiligt habe. Nun, an dieser Feier

waren auch die Universitäten Schwedens, Philadelphia (USA), Melbourne (Australien), Cambridge, Oxford, Glasgow (sämtlich England), Dänemarks, Belgiens, Hollands, Finnlands, Jugoslawiens, Frankreichs, Kairo und Alexandrien (Vereinigte Arabische Republik), neben den Ländern des Ostblocks beteiligt; es ist nichts darüber bekannt geworden, daß die Bundesrepublik, die sich an dieser Feier nicht offiziell beteiligt hat, gegen diese Universitäten irgendwelche politische Maßnahmen eingeleitet hat, wie Sie gegen Frau Riemeck. Auch ich nahm, wie Frau Riemeck, persönlich an dieser Feier teil, nachdem ich mich zuletzt doch noch entschlossen hatte, hinzufahren, und habe für die westdeutschen Kollegen, also auch für Frau Riemeck, eine Erklärung abgegeben, die mit den Worten schloß:

„Ich wünsche Ihrer Universität und damit uns allen, daß sie auch im kommenden Jahrhundert Männer finden möge wie Schiller, Goethe, Hegel, Fichte, Hufeland und Häckel, die im besten Sinn das vertreten, was als wissenschaftliche Freiheit, als unbestechliche Wahrheit, als unabhängige Leistung und in Verantwortung vor Volk und Menschlichkeit auch deutscher Geist sein soll. Möge das deutsche Volk aus einem solchen Geist auch wieder zu seiner Einheit finden."

Glauben Sie, sehr geehrter Herr Minister, daß wir mit einer solchen Erklärung, die überdies noch den stärksten Beifall der ganzen Festversammlung fand, nicht dem Geist echten Wahrheitsstrebens und der vorurteilsfreien Suche nach der Wahrheit gedient haben, wie es von höchster Stelle unserer Bundesrepublik als unsere Aufgabe proklamiert wurde? Sollten wir uns mit einer solchen Teilnahme und Erklärung wirklich maßregelungswürdig gemacht und nicht zu der von allen West- und Ostdeutschen gewünschten Wiedervereinigung Deutschlands geholfen haben, so darf ich bitten, gegen uns doch ein legales Hoch- oder Landesverratsverfahren einzuleiten und damit die Sache klarstellen zu lassen. Für meine Person kann ich in diesem Zusammenhang nur bemerken, daß bereits zwei gegen mich eingeleitete entsprechende Verfahren als gegenstandslos eingestellt wurden.

Ich darf, sehr geehrter Herr Minister, diesen meinen Brief an Sie noch mit Bemerkungen über die Freiheit der Wissenschaft und der Wissenschaftler schließen, über die in der Auseinandersetzung um den Fall Riemeck so viel geredet wird. Sehen wir doch klar in diesen Dingen und kennzeichnen wir sie offen! Die Freiheit, um die es sich hier handelt, ist in erster Linie eine Geldfrage. Die Bundeswehr bei uns hat heute durch die Milliardenbeträge, die ihr die herrschende Partei zubilligt, die Freiheit sich zu entfalten. Die Wissenschaft dagegen führt in Unfreiheit ein derart kümmerliches Dasein, daß die westdeutsche Rektorenkonferenz schon 1957 formuliert hat, „daß ohne Verzug entscheidende Schritte getan werden müssen, um die deutschen Universitäten und Hochschulen in Stand zu setzen, ihre Lehraufträge zu erfüllen, um den vollen Anschluß an den internationalen Stand der Forschung zu erreichen und zu behalten". Sie hat im weiteren darauf verwiesen, daß die Hochschulen nicht im mindesten auf die Aufgaben vorbereitet seien, die sie bei der Unterstützung von Entwicklungsländern erwarteten. Die Bundesregierung mache neuerdings Zusagen für die Entsendung von Wissenschaftlern und wissenschaftlichem Personal in diese Länder. Die für derartige Aufgaben vorgesehenen deutschen Hochschulinstitute seien jedoch personell meist selbst noch „unterentwickelt". Es ist nicht bekannt geworden, daß im Sinn Ihrer Haltung, sehr geehrter Herr Minister, gegen diese Kritik der westdeutschen Rektoren eingeschritten worden wäre, obwohl sie nicht gleichzeitig mit einer Kritik von Maßnahmen in Ostdeutschland verbunden war; es ist aber seither auch nichts Entscheidendes in der Richtung geschehen, die von den westdeutschen Rektoren bemängelt wurde. Dagegen mußte Ihr Eingreifen gegen Frau Prof. Riemeck als erster Versuch gedeutet und es muß in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, den Professoren die finanzielle Basis auch noch zu beschränken und womöglich zu entziehen, durch die allein ihnen materiell die Freiheit garantiert wird, von ihrem verfassungsmäßig sichergestellten Recht der Meinungsäußerung Gebrauch zu machen auch dann, wenn diese Meinung mit derjenigen der augenblicklich herrschenden Partei vielleicht nicht übereinstimmt.

Unter dem Titel: „Fast ein neuer Fall Riemeck" schreibt der „Kölner Stadtanzeiger" vom 7. September 1960:

„Als Verletzung seiner Treuepflicht als Angestellter des öffentlichen Dienstes werde ich hinfort insbesondere ansehen

jede Schmälerung des Ansehens der Bundeswehr und des Soldatentums,

jede Schwächung des staatsbürgerlichen Willens, im Rahmen des Grundgesetzes und der Wehrgesetze für den Bestand des Staates im Verteidigungsfalle auch mit der Waffe einzutreten,

jede öffentliche Beeinflussung von Wehrpflichtigen, die dahin geht, in Ausweitung des dem Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes innewohnenden Schutzgedankens eine allgemeine Kriegsdienstverweigerung zu erzielen."

Unterzeichnet ist der Erlaß vom 14. September 1959, aus dem dieser Auszug stammt, von Nordrhein-Westfalens Kultusminister Schütz. Objekt des Erlasses ist der frühere Dozent an der Westdeutschen Musikakademie Wilhelm Keller, heute an der Pädagogischen Hochschule in Lüneburg tätig, Schwerkriegsversehrter, überzeugter Pazifist, verheiratet und Vater von drei Kindern.

Der Pazifist hatte den ministeriellen Unwillen erregt, des Ministers Erlaß ausgelöst und darin die Androhung fristloser Entlassung, falls Keller seine Treuepflicht wieder verletze, „besonders unter den vorstehend dargelegten Gesichtspunkten". Der Fall Riemeck wiederum hat Keller veranlaßt, auch seine Erlebnisse mit Kultusminister Schütz, der seinerzeit der Wuppertaler Dozentin die Prüfererlaubnis entzogen hatte, der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Daß der Fall Keller kein anderer Fall Riemeck wurde, verdanken Kultusminister, Öffentlichkeit und Rechtsstaat wohl nur dem Entschluß des Dozenten, aus beruflichen Gründen seine Zelte an anderem Ort aufzuschlagen, bevor Schütz seine Drohung wahrmachte. Die Verhandlungen um die neue Berufung und ein noch schwebendes Einbürgerungsverfahren — Keller ist von Geburt Österreicher — haben den Dozenten, wie er sagt, bis heute schweigen lassen.

Die Geschichte, die bisher in dem oben zitierten Erlaß gipfelt, begann am 9. Juli 1959 aktenkundig zu werden mit einer von Schütz veranlaßten Vernehmung „zu Ihrem Verhalten in bestimmten politischen Fragen" beim Regierungspräsidenten in Detmold. Bereits damals wurde Keller eröffnet, daß der Kultusminister beabsichtige, ihn fristlos zu entlassen, „weil er trotz mehrfacher Ermahnungen nicht die gebotene Zurückhaltung in seiner politischen Betätigung geübt habe".

Mangelnde Zurückhaltung erblickte das Ministerium unter anderem in einem Inserat aus dem Juni 1953, mit dem Keller Auskünfte und Beratung für Kriegsdienstverweigerer anbot, in der Veranstaltung und Leitung entsprechender Versammlungen, in „abfälligen Äußerungen" über die „Politik und die Maßnahmen des Bundesgesetzgebers", in einem Referat mit dem Thema „Orden und Morden", in Formulierungen wie „Der Soldat ist juristisch gesprochen ein Totschläger. Er tötet Menschen vorsätzlich, ohne Mörder zu sein".

Die Ministerialen mußten sich daraufhin sagen lassen, daß selbst der Regierungspräsident keine „rechtliche Handhabe" gesehen habe, Keller seine Tätigkeit für die Internationale der Kriegsdienstgegner zu verbieten, da in der Demokratie die Meinungsfreiheit gewährleistet sei.

Auch die „abfälligen" Äußerungen bestreitet Keller. Und für seine, wie er zugibt, scharfe Kritik beruft er sich auf den Kommentator des Disziplinarrechts von Nordrhein-Westfalen, Schütz, der sagt: „Dem Beamten ist es nicht verwehrt, in seiner politischen Betätigung außerhalb des Amtes für Bestrebungen einzutreten, die — ohne die Schranke der allgemeinen Gesetze zu verlassen — sich den jeweiligen Maßnahmen der Regierung entgegenstellen, sie als verfehlt zu bezeichnen und in der sachlichen Auseinandersetzung mit Schärfe zu bekämpfen."

Zu dem Thema „Orden und Morden" habe er als Pazifist verständlicherweise seine besonderen Auffassungen, erklärt Keller. Doch das erwähnte Zitat „Der Soldat — ein Totschläger" entstamme einer öffentlichen Diskussion mit Bundeswehroffizieren, die ihrerseits auf den Notwehrparagraphen des Strafgesetzbuches hingewiesen hatten. Er, Keller, habe bei dieser juristischen Erörterung der Auffassung mancher Pazifisten widersprochen, daß der Soldat nach den Begriffen des Strafgesetzbuches als Mörder zu gelten habe.

Zusammenfassend bedeutete Keller dem Ministerium, daß er sich niemals politisch betätigt und bei seinem Eintreten für Kriegsdienstverweigerer Grundgesetz und Wehrpflichtgesetz auf seiner Seite habe. Auch Direktion und Senat der Musikakademie Detmold traten in einem Schreiben an den Kultusminister — das nie beantwortet wurde — für ihren Kollegen ein, der sein „Recht auf freie Meinungsäußerung nachweislich weder in, noch außerhalb der Hochschule mißbräuchlich zur Anwendung gebracht hat". Und eine Lehrervollversammlung billigte das Schreiben im Dezember 1959 einstimmig.

Der Erlaß, mit dem Minister Schütz „antwortete", wurde eingangs zitiert. Keller erwiderte darauf, daß der Pazifist „jede Art von Krieg, für welche Zwecke immer er geführt wird, für ein Unrecht hält". Dem vom Minister angeführten staatsbürgerlichen Willen, für den Staat notfalls auch mit der Waffe einzutreten, stehe der staatsbürgerliche Wille, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern, laut Grund- und Wehrgesetz und nach Auffassung namhafter Kommentatoren (Bonner Kommentar, Scherer-Flor, Arndt) völlig gleichberechtigt gegenüber. Ein Appell an das Gewissen aller Staatsbürger könne daher rechtlich nicht minder und nicht höher bewertet werden als ein Appell an den Willen zur militärischen Verteidigung.

Keller erkennt also nicht an, daß er gegen seine Pflichten als Angestellter des öffentlichen Dienstes verstoßen hatte. Ob er noch glaubt, was er auf die ersten Vorwürfe des Ministers im Juli 1959 geschrieben hatte? „Noch kann ich es aber nicht glauben, daß nach zwei Weltkriegen einem Schwerkriegsversehrten, der nichts anderes verbrochen hat, als in seiner Freizeit für den Frieden und gegen den Krieg, und zwar auf dem Boden des Grundgesetzes, aktiv zu wirken, der Arbeitsplatz genommen wird, auf dem er seit neun Jahren seine Pflicht erfüllt hat."

Kultusminister Schütz jedenfalls brauchte Kellers Glauben nach dessen freiwilligem Weggehen nicht mehr zu zerstören, und auch seine etwaige Unerschrockenheit vor dem Vorwurf des Antisemitismus brauchte der Minister nicht mehr zu beweisen. Kellers Vater nämlich war Jude, und fast alle Verwandten des Dozenten väterlicherseits wurden in Auschwitz vergast.

Das Kultusministerium, von uns befragt, erklärt dazu, Keller sei bereits 1953 „durch seine politische Betätigung im Rahmen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer" hervorgetreten. Bei verschiedenen Veranstaltungen habe er sich „abfällig über Maßnahmen des Bundesgesetzgebers" geäußert und unter anderem ausgeführt, daß nicht die Kriegsdienstgegner, sondern die Regierung illegal sei. Das Militär sei keine Lebensschule für junge Menschen, denn dort würde man nicht zur Humanität, sondern zum Töten, also zur Brutalität, zum Verbrechen erzogen. Es gelte, die Propaganda für die Wiederaufrüstung zu bekämpfen. Er forderte auf, es in dieser Frage nicht allein bei Worten zu belassen, sondern in der Tat zu wirken.

„Im Jahre 1957", erklärt das Ministerium weiter, „referierte er auf einer Versammlung über das Thema „Orden und Morden" und führte dabei unter anderem aus, daß er dazu neige, diejenigen als Kriegsverbrecher anzusehen, die heute noch öffentlich einen Orden tragen, und daß das Ordensgesetz in seinen Augen einen Verstoß gegen den Geist unserer Verfassung darstelle."

Das Ministerium betont dann weiter, Keller sei schon im April 1958 darauf hingewiesen worden, daß seine politischen Äußerungen nicht im Einklang mit den Vorschriften des Rechts des öffentlichen Dienstes ständen, wonach der Angehörige des öffentlichen Dienstes in seiner politischen Betätigung zur Zurückhaltung verpflichtet sei.

„Gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt", heißt es, „daß das Kultusministerium im Falle einer Fortsetzung seiner politischen Betätigung in der bisherigen Form eine Beendigung des Dienstverhältnisses werde in Erwägung ziehen müssen. Da Keller seine politische Betätigung in der Folgezeit fortsetzte und mit Angriffen gegen die Maßnahmen des Bundesgesetzgebers hervortrat, mußte er im Jahre 1959 erneut, letztmalig im Herbst 1959, auf das Dienstpflichtwidrige seiner Handlungen und auf die Möglichkeiten einer Entlassung hingewiesen werden. Inzwischen ist Keller auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres aus seinem Dienstverhältnis im Land Nordrhein-Westfalen ausgeschieden."

So weit das Kultusministerium. Es wiederholt damit die gleichen Vorwürfe, die Keller schon im Juli 1959 vorgehalten wurden. Er hat sich Punkt für Punkt mit ihnen ausein-

andergesetzt, und wir haben einen Teil davon oben wiedergegeben. Ergänzt sei noch daß Keller bestreitet, der Regierung jemals vorgeworfen zu haben, sie sei illegal. Vielmehr habe er daran erinnert, daß laut Grundgesetz die Kriegsdienstverweigerung legal sei und daß eine Regierung, die das nicht respektiere, illegal handeln würde. Seine Äußerungen über „das Militär als Lebensschule" und über das Tragen von Orden begründet Keller mit seinen Ansichten als Pazifist und mit persönlichen Erlebnissen. Die erste Verwarnung im April 1958 bestreitet Keller in dieser Form. Der letzte Absatz der Stellungnahme des Ministeriums ist eine vornehmere Umschreibung des am Anfang unseres Berichts zitierten Erlasses. Jeder weitere Kommentar erübrigt sich wohl.

Leserbrief in den „Bremer Nachrichten" vom 3. September 1960:

Herr Anton Bachmann wirft Frau Professor Riemeck vor, daß sie bestrebt ist, weitere Ostkontakte zu pflegen und weiter für Verständigung und Frieden einzutreten (vergl. Forum vom 27. August).

Vom demokratischen Standpunkt aus wäre es durchaus verständlich, wenn Herr Bachmann sich sachlich mit der Auffassung von Frau Riemeck auseinandergesetzt hätte. Dazu gehört logischerweise, den Beweis zu führen, wie man sich die Lösung der deutschen Frage vorstellt. Die Ansicht allein „es wird schon alles gutgehen" ist kein Argument in einer atomar hochgerüsteten Welt, auch nicht in der Bundesrepublik, in der die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen beschlossen worden ist.

Herr Bachmann macht es sich hier leicht. Er bezeichnet eben jeden, der eine andere Meinung besitzt als die Bundesregierung und die Opposition, als kommunistisch. Es fehlte nur noch, daß in seinen Augen auch Albert Schweitzer Kommunist ist.

Die freiheitliche Ordnung, die sich alle Menschen ersehnen und erhoffen, ist ein Zustand, der nur auf dem Boden einer wahrhaften Demokratie gedeihen kann, in der die Meinungsfreiheit oberster Grundsatz ist, in der man es nicht nötig hat, Notstands- und Notdienstgesetze vorzubereiten, sondern der Wille des Volkes entscheidend die Politik beeinflußt.

Detlev Kroeger, Bremen

Grotewohl unterbreitet Hammarskjöld Abrüstungsplan für Deutschland

Die vollständige Auflösung aller Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands bis zum Jahre 1964 hat die Sowjetzonen-Regierung in einer Denkschrift an die Vereinten Nationen vorgeschlagen. Die Ostberliner Regierung hat das Schriftstück dem Europabüro der Vereinten Nationen in Genf zur Weiterleitung an den UNO-Generalsekretär überreichen lassen.

In einem Begleitbrief zu der Denkschrift ersuchte Ministerpräsident Grotewohl den UNO-Generalsekretär Hammerskjöld, Vertreter der Zonenregierung zur 15 .Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen einzuladen. Sie wollen die Auffassung der Zonenregierung mündlich vortragen.

In der Denkschrift wird die Bundesregierung in massiver Weise beschuldigt, „die totale Militarisierung und atomare Aufrüstung zu betreiben" und dadurch die Grundsätze der „Anti-Hitler-Koalition" am Ende des zweiten Weltkrieges grob verletzt zu haben. Westdeutschland sei zum „potentiellen Kriegsherd" geworden.

Die Abrüstungsvorschläge der Zone, die in einer vollständigen Neutralisierung des Gebietes „beider deutscher Staaten" gipfeln, bewegen sich auf der Linie der letzten Chrustschow-Rede vor der UNO über die totale Abrüstung.

Der Ostberliner Plan sieht drei Etappen vor:

1. Etappe 1960/61: „Beide deutschen Staaten" sprechen einen „Generalverzicht aus, vereinbaren einen Rüstungsstopp und verzichten auf die Herstellung und den Erwerb

von Kern- und Raketenwaffen sowie allen chemischen und biologischen Kriegsmaterials. Auf einer Friedenskonferenz der Mächte der „Anti-Hitler-Koalition" wird ein Friedensvertrag mit „beiden deutschen Staaten" abgeschlossen.

2. Etappe 1962: Verringerung der Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands. Verzicht auf die Wehrpflicht. Abzug aller ausländischen Truppen und die Beseitigung aller ihrer Stützpunkte und Depots, Vernichtung der im Besitz deutscher Streitkräfte befindlichen Raketenwaffen.

3. Etappe 1963/64: Auflösung aller Streitkräfte und militärischen Waffen und Geräte aller Art. Zur Sicherung der inneren Ordnung Aufstellung von Polizeikräften, deren Stärke, Ausrüstung und Standorte vereinbart werden. Die Zugehörigkeit der „beiden deutschen Staaten" zur Nato oder zum Warschauer Pakt wird annulliert.

Als Kontrollorgan für diese drei Etappen schlägt die Zonenregierung eine „paritätisch" zusammengesetzte Institution vor, die aus Vertretern der Volkskammer und des Bundestages, der Gewerkschaften und „anderer demokratischer Massenorganisationen, wie Frauen- und Jugendverbände" bestehen soll. Abschließend müßten „beide Staaten" ihre Neutralität erklären.

Die Welt vom 17. September 1960

Albert Schweitzer: Atomwaffen abschaffen

Dr. Helmut Gollwitzer, Theologieprofessor, und Martin Niemöller, Kirchenpräsident, nehmen zur Zeit an der 3. Christlichen Friedenskonferenz in Prag teil. Prof. Dr. Albert Schweitzer sandte ein Grußtelegramm und schrieb, die Konferenz solle aussprechen, „daß das Christentum seinem Wesen nach nichts anderes kann, als die Abschaffung der Atomwaffen zu fordern und Gott zu vertrauen, daß er uns ohne Atomwaffen, ohne daß wir Atomwaffen brauchen, zu schützen vermag, wenn wir tun, was der Geist unseres Herrn Jesus Christus uns befiehlt..." Zur 3. Tagung der „Prager Christlichen Friedenskonferenz" sind 200 Theologen aus 25 ost- und westeuropäischen Staaten in die tschechoslowakische Hauptstadt gekommen, darunter Beobachter der großen Kirchen-Institutionen. Vertreten sind der Reformierte Weltbund durch seinen Generalsekretär Pradervand, der Ökumenische Rat der Kirchen durch Dr. Williams, der Lutherische Weltbund durch Pfarrer Hansen und die Europäische Kirchenkonferenz durch Dr. Harms, Hamburg. Zu den prominentesten westeuropäischen Teilnehmern der Tagung gehören ferner der Generalsekretär der Reformierten Kirche Frankreichs, R. Conorb, und der pfälzische Kirchenpräsident D. Stempel.

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst vom 9. September 1960

Widerspruch in sich

In Amerika weiß man sehr wohl, daß man der großen Entscheidung einer endgültigen Aussöhnung mit Rußland nicht mehr ausweichen kann. Die Umrisse einer solchen Lösung sind schon lange sichtbar: Verzicht auf Atomrüstung der Bundesrepublik, militärische Entspannung in Mitteleuropa im Sinne des Rapacki-Plans und schließlich Annäherung der beiden machtpolitisch uninteressant gewordenen deutschen Teilstaaten mit dem Ziele einer endlichen Wiedervereinigung. Solange allerdings ein Mann wie der deutsche Verteidungsminister Strauß — was während der Genfer Konferenz mit unverhüllter Drohung geschah — den Aufbau einer geschlossenen Atomfront quer durch Europa ankündigen darf, kann es niemand den Russen verdenken, wenn sie routinemäßigen Friedensversicherungen nicht glauben.

Westdeutsches Tageblatt vom 3. September 1960

... Krieg nicht mehr zu vermeiden

Vom Tage an, da sie (die Bundeswehr) eigenmächtig über Kernwaffen verfügt, ist der dritte Weltkrieg nicht mehr zu vermeiden.

Allgemeen Handelsblad, Amsterdam, vom 2. September 1960

Protest in Nürnberg gegen US-Flugplatzpläne

Der beabsichtigte Ausbau des amerikanischen Armee-Flugplatzes für Turboprop-Maschinen auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände bei Nürnberg, auf dem die größte

deutsche Trabantenstadt für 50 000 Menschen gebaut werden soll, hat einen Sturm von Protesten ausgelöst.

Nachdem sich die Nürnberger Stadtverwaltung mit „schärfsten Protesten" am Mittwoch gegen die Vergrößerung des Flugplatzes gewandt hat, bestätigte der Nürnberger Landtagsabgeordnete Ferdinand D r e x l e r (SPD) am Donnerstag, einen „ungewöhnlich scharfen" Brief an das US-Hauptquartier in Heidelberg sowie an den bayerischen Ministerpräsidenten und den bayerischen Landtag geschrieben zu haben.

Drexler nannte darin das Vorhaben der US-Militärbehörden, durch das der Bau der Trabantenstadt sowie eines pädagogischen Zentrums und der großen Nürnberger Konzerthalle gefährdet werde, eine „unerhörte Provokation" sowie eine „kaum faßbare Verletzung der menschlichen Würde zehntausender Bürger" und einen „verantwortungslosen Anschlag auf die Stadt Nürnberg, der auch das Ansehen der amerikanischen Armee schwerstens erschüttern müßte".

Kölnische Rundschau vom 16. September 1960

Gegen Raketenbasis

Gegen die Absicht, auf der Insel Langeoog eine Raketenbasis und eine starke Militäreinheit zu stationieren, sprach sich der Rat der Gemeinde Langeoog in einer Entschließung aus. Die Gemeindevertretung beauftragte die Verwaltung, allen Maßnahmen entgegenzutreten, die die Existenz der Insel bedrohen.

Westdeutsches Tageblatt vom 8. September 1960

Wehrpropaganda unerwünscht

Die Bundeswehr hat ihre Absicht, sich in das Festprogramm zur 700-Jahr-Feier der Stadt Lauenburg einzuschalten, aufgegeben, teilt der DGB-Vorsitzende des Kreisausschusses, M a y r , mit.

Große Beachtung hatte in der Öffentlichkeit eine Erklärung des DGB-Kreisausschusses gefunden, in der er sich gegen die Absicht wandte, in die Festveranstaltungen auch Vorführungen der Bundeswehr einzubauen. Der Ausschuß hatte dabei sowohl auf die unmittelbare Nähe der Zonengrenze hingewiesen als auch darauf, daß Lauenburg niemals Garnisonstadt war.

bdd-information vom 9. September 1960

Luftschutzsirenen

Dem Bundesrat liegt jetzt der Entwurf des Bundesfinanzministeriums für eine „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für das örtliche Alarmwesen" vor. Mit den 84 Seiten umfassenden Vorschriften wird ein weiterer Schritt zum Aufbau des Luftschutzwarn- und Alarmdienstes in der Bundesrepublik getan.

Der Luftschutzwarndienst ist eine Angelegenheit des Bundes, der Alarmdienst Sache der Gemeinden, die meisten Kosten trägt aber auch hier der Bund. In der allgemeinen Verwaltungsvorschrift werden für die Luftschutzsirenen einheitliche Signale festgelegt.

Ein Heulton von einer Minute Dauer bedeutet Alarm bei Luftangriffen, ein zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute Dauer Alarm bei radioaktiven Niederschlägen oder Gefährdung durch biologische oder chemische Kampfstoffe. Die Beendigung der Gefahr nach Luft- oder ABC-Alarm wird durch einen Dauerton von einer Minute Dauer bekanntgegeben.

Die Kosten für die Anschaffung und Wartung der Sirenen trägt der Bund. Die reinen Anschaffungskosten betragen etwa 800 DM pro Sirene. Mit dem Einbau kommen die Gesamtkosten allerdings auf rund 3000 DM. Für die Unterhaltungskosten zahlt der Bund den Gemeinden je Sirenenstelle jährlich 160 DM.

Bisher wurden von der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz in Bad Godesberg 7200 Sirenen ausgeliefert. Etwa die Hälfte davon ist auch schon eingebaut. 5000 weitere Sirenen stehen noch zur Verfügung. Insgesamt werden im Bundesgebiet schätzungsweise 40 000 Sirenen montiert werden. Rund die Hälfte der etwa 10 000 noch vorhandenen alten Sirenen ist voraussichtlich noch verwenbar.

Mindestens einmal im Vierteljahr müssen die Sirenenanlagen probeweise in Betrieb genommen werden. Die Verwaltungsvorschrift verpflichtet die Gemeinden, der Bevölkerung Tag und Stunde des Probealarms rechtzeitig öffentlich bekanntzugeben.

Die Welt vom 6. September 1960

Neue Erkennungsmarke

Bei der Bundeswehr werden neue Erkennungsmarken eingeführt.

Sie haben die Form einer Ellipse; in numerierten Feldern werden das Nationalitätszeichen, die Konfessionszugehörigkeit, die Personenkennziffer, die Blutgruppe und der Rhesusfaktor eingetragen.

Auch nach der Entlassung aus dem Wehrdienstverhältnis behält der Soldat die Erkennungsmarke. Er muß sie bei einer neuen Einberufung zum Wehrdienst mitbringen. Bei Reisen ins Ausland und nach Westberlin darf die Erkennungsmarke nicht mitgenommen werden.

Nürnberger Nachrichten vom 6. September 1960

„Pentagon" in Bonn

Da will nun also das Bundesverteidigungsministerium einen seit Jahren gehegten und dann doch mehrmals zurückgestellten Wunsch nach einem gewaltigen „Pentagon" in Bonn endlich verwirklichen. Fünf stattliche Bürokomplexe, gekrönt von einem elfstöckigen Hochhaus, so bietet sich dieses Projekt dem staunenden Bundesbürger dar. Bereits der Voranschlag sieht dafür 22 Millionen DM Investitionskosten vor; hintendrein werden's dann wohl, unrühmlichen Traditionen folgend, sogar noch ein paar Millionen DM mehr sein. Weil auch schlechte Beispiele Schule zu machen pflegen, wollen sich fünf weitere Bundesministerien in soliden, das Provisorische sichtbar überwindenden Neubauten etablieren. Noch sind diese Neubauten zwar nicht beschlossen, noch sind die Projekte nicht über erste Anforderungen hinaus gediehen. Aber was wird folgen, wenn sich die Neubauwünsche konkretisieren? Die Mehrheit des Bonner Bundestages wird, genau wie in den ganzen letzten Jahren, zu guter Letzt ja und amen sagen und neue Millionensummen aus dem Steuertopf bereitstellen. Denn die Bundesrepublik, nicht wahr, ist doch mehr als ein Provisorium, und das muß doch jedem, der in Bonn sitzt oder nach Bonn kommt, anschaulich demonstriert werden...

Dabei hätte ja dieses als „vorläufige" Bundeshauptstadt gedachte Bonn die bundesdeutschen Steuerzahler eigentlich längst genug gekostet! Wenn's erlaubt ist, sei wieder einmal an die 9,5 Milliönchen erinnert, die man Anno 1949 dem Volke als Kosten für den Ausbau Bonns zum Hauptstadt-Provisorium vorgegaukelt hatte. Bereits acht Jahre danach war die runde Summe von 237 (!) Millionen DM daraus geworden. Und jetzt soll dieses „Konto Bonn" vollends auf 300 und noch mehr Millionen DM aufgeplustert werden? Wahrhaft, man läßt sich die nationale Tragödie, das Provisorium Bonn in etwas Endgültiges umzumünzen, etliches kosten.

Der Steuerzahler, August 1960

CDU-Abgeordneter Ehren: Kämpfen wie am Annaberg

Wir hatten einmal einen Minister Oberländer. Wir haben noch einen Minister Seebohm, dessen schwarzweißrote Reden auf den Sudetentagen kein Ruhmesblatt für ihn und unsere Regierung waren. Jetzt haben wir dazu einen CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Ehren, der als Vizevorsitzender der Oberschlesier gestern in Düsseldorf einen Maulkorb verdient hat. Dieser gewählte Volksvertreter brachte es fertig, vor seinen Landsleuten und der in- und ausländischen Presse — darunter vielen polnischen Journalisten — zu behaupten: Für die Freiheit würden „wir" notfalls kämpfen, wie „damals am Annaberg". Und: „Die Oberschlesier sind immer Deutschlands beste Soldaten gewesen."

Neue Rhein-Zeitung vom 29. August 1960

11,2 Milliarden für Strauß

Der Bundeshaushalt 1961, mit fast 45 Milliarden DM Gesamtausgaben erheblich dicker als der jetzige Etat, wird gleich nach den Parlamentsferien Bundesrat und Bundestag mit Vorrang beschäftigen. Erstmalig wird der Haushalt nicht am 1. April, sondern mit Jahresbeginn in Kraft treten, so daß wenig Zeit für eingehende Beratung und etwaige Einsparungen bleibt.

Der größte Brocken ist der Verteidigungshaushalt, der mit 11,2 Milliarden auf jeden Fall den Sozialhaushalt übersteigt — auch wenn dabei nicht unmittelbar dazugehörende Posten

wie Lastenausgleich usw. mitgerechnet werden. Eine halbe Milliarde der zusätzlichen Verteidigungslasten sind Personalausgaben, die sich aus der Verstärkung der Bundeswehr ergeben.

Beträchtlich erhöht wurden auch die Mittel für das Bundesamt für Wehrtechnik und für die wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung. Zum erstenmal taucht ein Ausgabeposten von 21,8 Mill. DM für Nato-Depotanlagen im Ausland auf, die von der Bundeswehr benutzt werden sollen.

Nach der Bekanntgabe steigender Zahlen von östlichen Agenten im Bundesgebiet steigt auch die Summe, die zu ihrer Bekämpfung ausgegeben werden soll. Für den Verfassungsschutz sind 1,5 Millionen, für den Bundesnachrichtendienst 1 Mill. D-Mark mehr als bisher vorgesehen.

Steigende Tendenz ist auch bei den Ausgaben für Information und Propaganda im In- und Ausland zu verzeichnen. Das Bundespresseamt soll durch einen Anbau für 1,5 Mill. DM Baukosten vergrößert und personell verstärkt werden. Der umstrittene „Reptilien"-Fonds „zur Verfügung des Bundeskanzlers für die Förderung des Informationswesens", der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt, ist wieder auf 13 Mill. festgesetzt worden.

Das Bundesinnenministerium will zum erstenmal die Milliardengrenze überschreiten. Mehrausgaben sind für den Bundesgrenzschutz ebenso wie für die Förderung der Wissenschaft und für Zuschüsse an Studenten vorgesehen. An Studenten sollen 80 statt bisher 59 Mill. DM ausgeschüttet werden.

Dasselbe gilt für die Bundestagswahl 1961: Die Kosten dafür werden mit 6,3 Mill. DM um eine runde Million höher als 1957 angesetzt, weil sich die Wahlberechtigten um beinahe 1½ Millionen vermehrt haben und die Mieten für Wahllokale ebenso gestiegen sind wie die Unkosten für Wahlhelfer und Drucksachen.

Neue Rhein-Zeitung vom 6. September 1960

Hätten wir vor Leningrad Atomwaffen gehabt ...

... Der deutsche Angriff über die Aisne im Juni 1940, der trotz größtem Artillerieeinsatz gegen die feindlichen Stellungen am ersten Angriffstage scheiterte, wäre schwerlich gescheitert, wenn man seinerzeit eine gewisse Anzahl taktischer Atomwaffen gegen die feindlichen Stellungen hätte einsetzen können. Leningrad, das schon im September 1941 von deutschen Kräften eingeschlossen worden war, hätte zu damaliger Zeit ebenso in kürzester Zeit durch Atomwaffeneinsätze ausgeschaltet werden können, wie dies später hinsichtlich der Festung Sewastopol möglich gewesen wäre. Die Ausräumung der Kessel von Kiew, Brjansk und Wjasma im Herbst 1941 wäre mit Hilfe von Atomwaffen statt in wenigen Wochen in wenigen Stunden durchführbar gewesen. Das wäre für die Fortsetzung der deutschen Offensive von ungeheurem Vorteil gewesen. Denn durch die dadurch erzielte Zeitersparnis wären die deutschen Streitkräfte voraussichtlich nicht in die Schlammperiode und den anschließenden Winter hineingeraten und die sibirischen Divisionen wären dann wohl zu spät auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingetroffen, um so mehr, wenn seinerzeit die Möglichkeit bestanden hätte, Moskau als eines der wichtigsten Verkehrszentren zu atomisieren ...

„Wehrkunde", Zeitschrift für alle Wehrfragen, Organ der Gesellschaft für Wehrkunde Nr. 7, IX. Jahrgang, München, Juli 1960

Ewige Wiederkehr

Es mag noch hingehen, daß die Generäle von jenseits des Rheins nukleare Waffen fordern, unter Mißachtung aller unterschriebenen Abkommen. Das Verlangen nach atomaren Waffen, so bedenklich es auch ist, ist nicht das, was uns am meisten beunruhigt. Was wesentlich schwerer wiegt, ist die Einmischung des deutschen Generalstabs in die Politik schlechthin, ist die Umkehrung des berühmten Satzes von Clausewitz in: „Politik ist die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln". Schon einmal haben deutsche Generäle eine deutsche Republik zu Grabe getragen.

Man mag über die angeblichen Blitzkriegspläne gegen die DDR lachen — man kann nicht lachen, wenn man sieht, wie die alten Generäle Hitlers, denn andere gibt es ja nicht in der Bundeswehr, sich in die Innen- und Außenpolitik des Landes einmischen.

Wenn in den Jahren zwischen 33 und 39 die deutschen antifaschistischen Flüchtlinge vor den Gefahren des Hitlerismus warnen wollten, lachte man sie aus. Aber wenn jetzt dieselben deutschen Generäle, die unter der Nazifahne drei Viertel Europas überfallen und zerstört haben, wiederum versuchen, sich in die Politik erst ihres Landes, dann Europas und schließlich der Welt einzumischen, wurden wir rechtzeitig gewarnt.

Informations et Conjoncture, Paris, vom 15. September 1960

Pathetische Versicherungen

Wären die Heimattreffen, was sie zu sein vorgeben, nämlich gesellige Zusammenkünfte engerer Landsleute, so könnte auch der Mißtrauischste nichts dawider vorbringen. Unstreitig benutzen aber die Berufsvertriebenen die nach Hunderttausenden zählenden Menschenkulissen, um einen nicht realisierbaren Anspruch hochzuputschen und die Massen im Gefühl eines permanenten Unrechts zu wiegen ... Natürlich fehlt in keiner Vertriebenenrede die pathetische Versicherung, man verzichte auf Haß und Rache, man verzichte auf den dritten Weltkrieg. Und dafür wollen sie dann auch noch gelobt werden. Dabei haben Russen, Polen und Tschechen zusammen den Deutschen bis zum heutigen Tag nicht halb soviel mordlüsternes Unrecht angetan wie wir den Ostvölkern. Es gehört die ganze Naivität des Wirtschaftsministers dazu, auf eine Stufe zu stellen, was wir und was die Sowjets den Polen getan haben (und was die Polen uns).

Der Spiegel vom 5. September 1960

102 Mrd. DM Kriegslasten in fünf Jahren

Der Bund der Steuerzahler, der bereits mehrfach sehr kritisch die Geldausgabepolitik des Bundes untersucht hatte, wendet sich in einer neuen, am Dienstag veröffentlichten Einzeldarstellung gegen die nach seiner Meinung vielfach nicht gerechtfertigte Geldausgabetechnik des Bundesverteidigungsministeriums. ‚Der Bund der Steuerzahler', heißt es in der Denkschrift, ‚will, daß für einen bestimmten Zweck nicht mehr Gelder bewilligt werden, als unbedingt notwendig ist ...' Aus der Darstellung des Steuerzahlerbundes, die von Vorstandsmitglied Staatssekretär a. D. Muttray erläutert wurde, geht hervor, daß von 1956 bis 1960 rund 53,5 Milliarden DM Verteidigungslasten im engeren Sinne entstanden sind. Als Gesamtbelastung des Steuerzahlers mit allen Verteidigungslasten gibt der Bund der Steuerzahler für diese fünf Jahre sogar eine Summe von rund 102 Milliarden DM an, wobei allerdings beispielsweise die Kriegsopferversorgung, die sozialen Kriegsfolgelasten und die Sonderleistungen für Berlin mitberücksichtigt wurden.

Frankfurter Rundschau vom 31. August 1960

Völlige Vernichtung der Menschheit

Als völlig verfehlt kritisiert der ehemalige Chef des Fernlenkwaffenamtes der amerikanischen Armee, Generalmajor Medaris, die amerikanische Verteidigungspolitik. In der Zeitschrift „Look" schreibt Medaris, Amerikas Verteidigung scheine sich lediglich auf eine Lehre der Massenvernichtung zu gründen ... Unter Hinweis auf die Schätzung eines Senators, der den amerikanischen Atomwaffenvorrat auf „umgerechnet zehn Tonnen TNT für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf der Welt" bezifferte, schreibt Medaris, Amerika bereite sich offensichtlich nicht nur auf Vergeltung, sondern auf völlige Vernichtung vor.

Frankfurter Allgemeine vom 13. September 1960

Nach fünf Jahren schon vergessen

Ist es nicht aufschlußreich, daß fünf Jahre nach dem gewiß historischen Besuch Adenauers in Moskau in keiner Rede und fast in keiner Zeitung Bilanz gezogen wird? Diese Politik des Schweigens redet doch Bände! Molotow sagte 1955 in Moskau zu den Deutschen, es wäre besser gewesen, der Besuch wäre fünf Jahre früher erfolgt. Wer sagt, daß das unrichtig war? Aber wenn es stimmte, worauf warten wir dann jetzt? Wie lange wollen wir noch den Traum träumen, die Zeit arbeite für uns? Es gibt aber im Osten noch sehr viel zu bereinigen. Und da es angeblich niemanden in diesem Lande gibt, der die Bereinigung mit Gewalt erzwingen will, muß man fünf Jahre nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers fragen, warum von uns aus so fatal wenig in dieser Richtung geschieht.

Oberfränkische Volkszeitung vom 13. September 1960

Die Folgen „ihrer" Politik

Die Regierung der Vereinigten Staaten will jetzt vorsorglich ein drittes druck- und strahlensicheres Ausweichquartier für 500 Regierungsbeamte in Texas bauen. Die Staatsführung soll nach dort übersiedeln, wenn die anderen Schutzbunker zerstört sind. Eine Lebensprobe, die 30 Personen in einem Atombunker über sich ergehen ließen, erwies sich als grausig. Existenzbedingungen sind für die Überlebenden eines atomaren Vernichtungsschlages nicht gegeben. Man stellt daher die Frage, was überhaupt noch regiert werden soll, wenn die Staatsmänner nach einem Atomangriff wieder ans Licht steigen und die Folgen ihrer Politik bestaunen ...

Die Schutzvorkehrungen, die unter dem Sammelbegriff „Atomschutz für die Zivilbevölkerung" den optimistischen Glauben an ein Weiterleben wecken sollen, erscheinen als hilfs- und wirkungslose Fluchtversuche vor der unausweichlichen Vernichtung. Im Grunde genommen sind sich die Experten der Atomstrategie in der ganzen Welt darüber einig, daß ein atomar geführter dritter Weltkrieg unter Umständen nur noch einige Käferarten und Kriechgewächsen die Chance des Überlebens läßt. Selbst wenn eine größere Schicht von Privilegierten in druck- und strahlensicheren Bunkern das Atomgewitter überleben sollte: sie wird in eine zur totalen Wüste gewordene Welt eintreten, in der alle für die menschliche Existenz notwendigen Lebensbedingungen zerstört sind. Wenn diese Bedingungen fehlen, helfen auch keine auf Jahrzehnte berechneten Nahrungsmittelvorräte ... Daher begreift man die um sich greifende Resignation der Menschen, wenn staatsmännischer Weisheit letzter Schluß die atomare Aufrüstung der Welt ist.

Westdeutsches Tageblatt vom 13. September 1960

Gomulka: Deutschland hat sein Selbstbestimmungsrecht verloren

Wladislaw Gomulka, der Erste Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei, sagte in Warschau: „Die Deutschen haben das Recht verloren, ihre Grenzen und andere Dinge selbst zu bestimmen, die durch einen künftigen Friedensvertrag festgelegt werden müssen. Dieses Recht wurde von den Hitlerleuten unter der Asche der Krematorien begraben." Gomulkas Erklärung wurde von politischen Beobachtern als Antwort auf die Erklärungen deutscher Vertriebenenverbände gewertet und mit den polnischen Bestrebungen in Zusammenhang gebracht, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch bei den Westmächten zu erwirken. Gomulka sprach zum Erntesonntag vor 100 000 Menschen in einem Warschauer Stadion.

Süddeutsche Zeitung vom 5. September 1960

Prawda attackiert Dogmatiker und Sektierer

In einem offenbar gegen China gezielten Artikel greift die „Prawda" am Freitag wieder „Linksabweichler und hoffnungslose Dogmatiker" innerhalb der kommunistischen Welt an.

Der von dem Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Schukow verfaßte Artikel befaßt sich mit der verschiedenen Einstellung des kommunistischen Lagers zu den „Nationalen Freiheitsbewegungen".

„Dogmatiker und Sektierer, die die Gesetze der sozialistischen Entwicklung nicht begreifen, behaupten, daß die Verwirklichung des Leninschen Prinzips einer friedlichen Koexistenz die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonialländern aufhält. Lediglich kleinliche bürgerliche Linksabweichler und hoffnungslose Dogmatiker können die große historische Bedeutung der Tatsache leugnen, daß in Asien und Afrika neue Nationalstaaten geboren wurden."

„Obwohl die meisten neuen Nationalstaaten von bürgerlichen Politikern geführt werden, die unter einer nationalistischen Flagge marschieren, kann dieses die fortschrittliche historische Bedeutung des Einbruchs in die imperialistische Front nicht verringern. Doktrinäre Elemente und Linksabweichler erlauben sich, angesichts dieser Formen der nationalen Befreiungsbewegung, die nicht in das übliche soziologische Schema paßt, ihre Nase zu rümpfen. Sie vergessen dabei lediglich, daß das Leben keinen „reinen" Revolutionsprozeß kennt."

„Der Marxismus-Leninismus hält den Versuch, die Revolution zu exportieren, für eine reaktionäre Utopie."

Die Welt vom 27. August 1960

Echte Oppositionspartei gefordert

Auf einer von 200 Teilnehmern besuchten Kundgebung des Stormarner Kuratoriums „Nie wieder Hiroshima" am 2. September in Ahrensburg (Schleswig-Holstein) forderten die Sprecher im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 den Zusammenschluß aller Kräfte, die für Frieden und Verständigung und gegen die Atomrüstung der Bundeswehr eintreten.

Der Bürgerschaftsabgeordnete Albert B e r g sagte unter Hinweis auf die Rede Brandts, es sei ihm unverständlich, warum bisherige CDU-Wähler der SPD ihre Stimme geben sollten — in einem Augenblick, wo Brandt, Wehner und Erler erklären, daß Adenauers Politik richtig war.

Bei dieser Lage würden viele im Wahlkampf nach einer echten Oppositionspartei suchen.

Zusammen mit einem mit 1000 Unterschriften versehenen Appell für Frieden und Abrüstung wurde ein Schreiben an den UN-Generalsekretär Hammarskjöld gesandt, in dem es u. a. heißt: „Wir ersuchen die Staaten, ihre Bemühungen zur baldigen Lösung des Abrüstungsproblems fortzusetzen. Poralis-Raketen in der Bundesrepublik und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr betrachten wir als ernste Gefährdung des Bestandes unseres Volkes."

bdd-information vom 9. September 1960

Westberlin nicht Glied der Bundesrepublik

Das Problem Berlin ist komplizierter, als es die Scharfmacher heute gerne hinstellen, und auch gefährlicher. Die Abmachungen, auf denen die Existenz der westlichen Stadt beruht, sind zwischen Ost und West rechtlich umstritten. Daß Westberlin heute weithin als ein Teil der Bundesrepublik angesehen wird, ist nicht so selbstverständlich, wie es scheint. Die westlichen Besatzungsmächte sind heute noch der Auffassung, daß Berlin nicht Glied der Bundesrepublik ist. Und wenn über komplizierte juristische Schachzüge auch das Bundesrecht geltendes Recht für Westberlin ist, so ist das nur auf die stillschweigende Duldung der Alliierten unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zurückzuführen (jedenfalls wird diese Meinung in der vom Bonner gesamtdeutschen Ministerium herausgegebenen Schrift „Der Viermächte-Status Berlins", erschienen im Frühjahr 1959, einwandfrei vorgetragen).

Fuldaer Volkszeitung vom 10. September 1960

Nur eine Entgleisung?

Wir haben verschiedentlich die westliche Welt gedrängt, in der Berlin-Frage rasch etwas zu unternehmen. Was wir damit gemeint haben, war Unbesonnenheit, und wir bedauern es deshalb besonders, daß ausgerechnet Vizekanzler E r h a r d auf Berliner Boden eine Bemerkung gemacht hat, die den Westmächten mit Recht mißfallen hat. Er sagte: „Ob es Herrn Ulbricht paßt oder nicht, ich befinde mich hier auf dem Boden der Bundesrepublik". Das ist nicht nur falsch, denn Berlin gehört bekanntlich nicht zur Bundesrepublik, sondern in diesem Augenblick auch alles andere als wünschenswert.

Der Mittag vom 13. September 1960

Auslandsecho auf Erhard-Reden in Düsseldorf und Westberlin

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die westliche Politik in der Frage der deutsch-polnischen Grenzen die Dinge auf sich beruhen läßt. Dr. A d e n a u e r weiß das sehr gut, und eine polnische Note über das Problem ist kürzlich von Deutschlands Verbündeten auf die übliche, juristisch spitzfindige, aber loyale Weise beantwortet worden. Warum läßt er aber dann zu, daß die Propaganda unter den Flüchtlingen aus verschiedenen Fonds subventioniert wird? Warum spricht er selbst auf einem Propagandatreffen über die eventuelle Rückkehr Ostpreußens? Warum ist es dem Vizekanzler gestattet, an einer Aktion teilzunehmen, die nach der Bemühung aussieht, die schlafenden Hunde zum Bellen zu bringen? Es muß in Bonn Leute geben, die alt genug sind, um sich erinnern zu können, warum die Sonntagsreden in Deutschland über das Problem seiner Ostgrenze in Großbritannien nur die schmerzlichsten Erinnerungen wachrufen.

The Daily Telegraph

*

Düsseldorf war wiederum der Treffpunkt einer deutschen Irredentaorganisation, diesmal der oberschlesischen Flüchtlinge ... Dr. Adenauer sollte vor ihnen sprechen, aber der Kanzler zog sich zurück. Offenbar wegen der ungünstigen Reaktionen, die seine Rede vor den Ostpreußen vom 10. Juli im Ausland hatte ... Vorher war angekündigt worden, daß Dr. Adenauer bei diesem Treffen Prof. Jaspers antworten würde ... Prof. Erhard machte keinen solchen Versuch. Indem er die irredentistischen Forderungen dieser und anderer Flüchtlingsorganisationen unterstützte, hat Prof. Erhard erneut demonstriert, daß die Bundesregierung nicht zufrieden sein wird, bis das alte Bismarcksche Deutschland wiederhergestellt ist.

The Times

*

Auf jeden Fall muß an eins erinnert werden: General de Gaulle selber hat indirekt die Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Grenze anerkannt. Die Bevölkerung, die augenblicklich Schlesien bewohnt, ist rein polnisch und hat dort in einem Land, das übrigens früher zu Polen gehörte, ein rein polnisches Leben geführt. Diese Tatsache nicht anzuerkennen bedeutet, im Herzen Europas das gefährlichste Ferment des Hasses zu züchten, durch das in der Folgezeit äußerst gefährliche Abenteuer entstehen könnten.

Combat

*

Radio Moskau erklärte am Montagabend zu der Rede von Vizekanzler Erhard auf dem Oberschlesiertreffen in Düsseldorf, Erhard und die Bundesregierung seien offenbar „größenwahnsinnig". Im „Taumel des Revanchegedankens" hätten sie den Verstand verloren. Erhard habe im Namen der deutschen Bundesregierung „in fast denselben Ausdrücken wie früher Hitler" Gebietsansprüche an Polen gestellt und eine üble Hetze gegen die Sowjetunion entfaltet.

*

Selten konnte man in französischen Zeitungen so viel über die Bundesrepublik lesen wie in diesen Tagen. Allerdings handelt es sich dabei fast ausschließlich um kritische, wenn nicht gar feindselige Stimmen. Ist gegenseitige Kritik unter guten Freunden durchaus wünschenswert, so wird man diesmal eher an Zeiten erinnert, in denen das Schlagwort von der ewigen deutschen Gefahr in Frankreich gang und gäbe war. Anlaß bieten dreierlei Ereignisse: Die Erklärungen der Minister Erhard und Seebohm vor oberschlesischen und sudetendeutschen Flüchtlingen, die Denkschrift der Bundeswehr und die geplante deutsch-englische Rüstungszusammenarbeit.

Die Zeit vom 9. September 1960. (Aus dem Bericht des Pariser Mitarbeiters.)

*

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Engländer ihre ersten Reaktionen zur Berlin-Krise noch einmal überdenken wollen — trotz der kritischen Anmerkungen aus der Bundesrepublik. Der Leitartikel der Times vom 1. September ist inzwischen berühmt geworden. Er soll, so berichtet der Berliner Korrespondent einer Londoner Zeitung, in Deutschland dieselben Gefühle hervorgerufen haben wie jener andere berühmte Appeasement-Artikel der Times vom 7. September 1938. Das Londoner Blatt wirft den Deutschen vor, daß sie ihre Karten zu hoch reizten, und wenn sie bei dieser Methode blieben, warnte die Times, „wird sich unter den westlichen Verbündeten die Meinung verbreiten, daß ihre Verpflichtungen, die sie gegenüber Westberlin eingegangen sind, ausgenutzt werden." Die Treffen der Heimatvertriebenen in Berlin nannte die Times „unnötig" und „provokativ".

Die Zeit vom 9. September 1960. (Aus dem Bericht des Londoner Mitarbeiters.)

Schaftstiefel, Fahnen und Orden

„Zur Totenehrung — Fahnen senken!" kommandierte W. F. Sander, 1. Bundesvorsitzender des Stahlhelms. Rund tausend zum größten Teil alte Männer waren angetreten,

in Zivil zwar, aber wie auf dem Kasernenhof, die meisten von ihnen geschmückt mit Miniaturausgaben deutscher Orden aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die über 60 Fahnenträger führten das Kommando mit alten Reichskriegsflaggen und Stahlhelmtraditionsfahnen aus. Zwei jüngere Männer, in der Uniform der Scharnhorst-Jugend — feldgrau mit Schaftstiefeln oder Keilhosen — legten einen Kranz nieder. Ein Nieselregen kam vom grauen Himmel. Zwei französische Offiziere, die der Zeremonie beiwohnten, machten eisige Mienen, während zwei Korrespondenten der rotchinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua die Szene von allen Seiten photographierten.

Dies war der äußere Höhepunkt des Stahlhelm-Delegiertentages 1960 in Saarbrücken. Der Schauplatz war die Gefallenengedenkstätte auf dem Nußberg — nicht weit entfernt von den Spicherer Höhen, auf denen in drei Kriegen viele Deutsche verbluteten; nicht weit entfernt aber auch von dem Mahnmal auf der alten Römerstraße nach Metz, das an die im Konzentrationslager Saarbrücken zu Tode Gefolterten erinnert.

Schon vor Beginn des Stahlhelm-Treffens waren Proteste bei der Landesregierung eingegangen: Der DGB nannte das Treffen eine Provokation gegenüber dem benachbarten Frankreich; die Internationale der Kriegsdienstgegner ging über den schriftlichen Protest hinaus und empfing die Stahlhelm-Delegierten am Fuß des Nußberges mit Transparenten. Eines davon trug einen hakenkreuzverzierten Stahlhelm alter Machart und die Aufschrift „Hunde, wollt ihr ewig leben?"

Dagegen schickte der saarländische Ministerpräsident und derzeitige Bundesratspräsident R ö d e r dem Stahlhelm ein Grußwort, in dem es hieß: „Es ist das Ziel Ihres Verbandes, den Geist der Ritterlichkeit, der Opferbereitschaft und der Liebe zum deutschen Volk zu erhalten und zu pflegen. Sie reihen sich damit ein in die Schar der Männer und Frauen, die durch ihren persönlichen Einsatz den Aufbau und Bestand unseres freiheitlich-demokratischen Staates fördern." Wesentlich lauer war ein Grußwort des Saarbrücker Oberbürgermeisters S c h u s t e r , jedoch nahmen drei Landtagsabgeordnete der CDU und DPS/FDP an der Kundgebung des Stahlhelms teil. Die SPD ignorierte die Veranstaltung.

Fahnen rechts, Fahnen links, Schellenbaum und Gaubezeichnungen, unter denen weder die „Nordmark" noch „Danzig" fehlten, so zog der Stahlhelm zum Nußberg. Die Regierung vertrat ein Ministerialdirigent. Er schaute etwas konsterniert drein, als in einem Atemzug mit ihm und den Abgeordneten auch der Landesvorsitzende der Deutschen Reichspartei herzlich begrüßt wurde (der DRP wurde zuletzt in Saarbrücken eine Veranstaltung mit Rudel verboten).

Die Berichterstatter von Radio Moskau, die Korrespondenten aus Peking, der Bonner TASS-Korrespondent und ein Abgesandter des Neuen Deutschland warteten darauf, was ihnen in den nächsten Stunden an Zeugnissen wiedererwachenden deutschen Militarismus geboten würde. Die Bundeswehr war auch vertreten. Einer ihrer Offiziere trug das Stahlhelm-Abzeichen auf der ordenbehangenen Brust.

Dann gab die Stahlhelm-Bundesführung eine Erklärung ab. Immer noch gelte das alte Prinzip, daß der Angriff die beste Verteidigung sei, hieß es darin. Dies sei jedoch nicht etwa im kriegerischen Sinn gemeint, sondern man müsse vielmehr dem bolschewistischen Imperialismus etwas anderes entgegenstellen, über ihn aufklären. Die „soldatische Potenz" der Bundeswehr sei jedoch zu stärken. Das Wirtschaftswunder gefährde unsere innere Festigkeit.

Die Festrede hielt der FDP-Abgeordnete K o h l aus Hessen. Er verwob Feststellungen wie die, daß Generalfeldmarschall K e s s e l r i n g allgemein als Vorbild zu gelten habe und daß es „soldatische Tugenden an sich" gebe, mit manchem Zeugnis persönlicher demokratischer Grundhaltung. Dafür wurden ihm denn auch Zwischenrufe zuteil wie: „schneller" und „kürzer fassen". Beim Großen Zapfenstreich befahl ein Schaftstiefelträger „Helm ab zum Gebet", obwohl alle Anwesenden weder Helm noch Hut trugen.

Als bei der Delegiertentagung der ehemalige Reichskanzler v o n P a p e n erschien, sprangen alle spontan auf. Die Journalisten blieben geschlossen sitzen und wurden deswegen prompt des Saales verwiesen. „Bundeshauptmann" Girgensohn, über die Stärke des Stahlhelms befragt, erwiderte: „Keine Auskunft! Aber unser Schwerpunkt liegt in Norddeutschland, und wir haben selbstverständlich auch aktive Mitglieder in der Bundeswehr."

Süddeutsche Zeitung vom 6. September 1960

Weihbischof Kampe: Eine Illusion

Nach dem scharf kritisierten Baseler Philosophen Jaspers hat jetzt auch der Limburger Weihbischof K a m p e erklärt, daß wir uns von der Illusion freimachen müßten, die früheren Grenzverhältnisse vor 1937 oder 1945 wiederherstellen zu können.

Das Heimatproblem werde immer schwieriger: je länger der gegenwärtige Zustand dauere, desto mehr gewännen die in den Vertreibungsgebieten angesiedelten Polen und Tschechen neues Heimatrecht, das nicht willkürlich beseitigt werden könne. Nur guter Wille und freiwillige Versöhnung könnten das Unheil aus der Welt schaffen.

Neue Ruhr-Zeitung vom 19. September 1960

War Adenauers Staatssekretär Beauftragter Himmlers?

Das DDR-Regime hat seine Propagandakampagne gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, G l o b k e , fortgesetzt. Der „Ausschuß für deutsche Einheit" in Ost-Berlin unterbreitete am Montag 45 führenden Mitgliedern der antifaschistischen Widerstandsbewegung aus 17 Ländern angebliche Original-Dokumente über „die Verbrechen des Bonner Staatssekretärs Globke". Es soll sich um Akten handeln, die beweisen, daß Globke im Auftrage Himmlers nach der Absetzung Mussolinis das nazistische Besatzungsregime in Italien aufrichtete.

Frankfurter Rundschau vom 14. September 1960

Bilanz der Leipziger Messe

Mit einem Gesamtumsatz von 2,735 Mrd. Ostmark wurde die Leipziger Herbstmesse 1960 beendet, erklärt das Messeamt. Dem offiziellen Abschlußkommunique zufolge erhöhten sich die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent. Vom Gesamtumsatz entfielen auf westliche Länder 1,777 Mrd., auf die Länder des Ostblocks 1,558 Mrd. Ostmark. Die einwöchige Messe wurde nach offiziellen Angaben von 266 000 Gästen aus 76 Ländern besucht. Aus der Bundesrepublik seien 33 725, aus Westberlin 1929 Messegäste gekommen. Gegenüber dem Vorjahr habe sich die Zahl der Besucher aus der Bundesrepublik und aus Westberlin um 6761 erhöht.

Die Welt vom 13. September 1960

Ausbau des Osthandels

Die Bundesrepublik hat nicht das Recht, ihre NATO-Verbündeten wegen der Berlin-Frage in einen Handelsboykott der Sowjetzone hineinzuziehen. Es ist am besten, diese Boykottpläne ruhen zu lassen. Wir wollen keine Schachfiguren in einem politischen Spiel werden, in das uns der eine oder andere Nato-Partner verwickeln möchte ...

Es kann in niemandes Interesse sein, die Spannungen, die zwischen West- und Ostdeutschland bestehen, zu verschärfen. Dies ist ein völlig unverantwortliches Unterfangen der Westdeutschen, die soviel unternehmen, was Erbitterung und Reibung verursacht. Norwegen hat keinen einleuchtenden Grund, seine Handelsbeziehungen zu Ostdeutschland abzubrechen. Wir ziehen es statt dessen vor, diesen Handel weiter auszubauen.

Dagbladet, Oslo, vom 12. September 1960

Bemerkenswerte Interviews

Die Abendpost hat gestern in mehreren „60-Sekunden-Interviews" mit westdeutschen und Westberliner Geschäftsleuten, die seit Jahren im Interzonenhandel stehen, zu erfahren versucht, wie sie nun die Maßnahmen und den Aufruf „Kein Kaufmann mehr in die Zone" beurteilen.

„Elmenhorst K.G., Frankfurt. Ja, ich habe auch davon gehört, aber ich glaube nicht, daß es zu ernsten Maßnahmen kommt. Der Handel ist schließlich das einzige Band mit drüben. Man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wir können ja schließlich nicht sagen: na schön, wir machen das Geschäft zu und hängen uns auf. Bei uns ist das nicht Profitgier, sondern kaufmännische Vernunftssache. Wenn der Westen mit einer Visasperre antwortet, dann ist das schon vernünftiger."

Die Elmenhorst K. G. in Frankfurt vertritt in der Bundesrepublik die „Vereinigte Grobgarnwerke" in Kirschau in Sachsen und die „Gebr. Friese AG" — Privatfirmen, wie man betonte. Sie verkauft Schlafdecken, Grobgarntücher, Campingdecken, Poliertücher usw.

Der Vorsitzende des „Ausschusses zur Förderung des deutschen Handels" in Hessen, Herr Niemand, ließ seinen Anschluß auf Auftragsdienst schalten: „ ... der Teilnehmer ist zur Leipziger Messe ..."

Und im bekannten Import-Export-Unternehmen „E. van Hazebrouck KG", das auch im Interzonenhandel große Erfahrungen hat, hieß es: „ ... ja, das Interzonengeschäft wird ausschließlich von Herrn Konsul van Hazebrouck allein besorgt. Er aber ist zur Zeit nicht da. Nur er kann Auskunft geben ..."

Herr Petersen von der Reederei Helmut Thimm & Co. in Hamburg, die die Befrachtung von Massengütern im Europa- und Überseeverkehr als Spezialist hervorhebt, meinte:

„Natürlich wird eine Einschränkung des Geschäftsverkehrs zwischen der Zone und uns große Nachteile mit sich bringen. Die Befrachtung unserer Schiffe mit Transitwaren zum Beispiel aus Polen und der CSR oder mit Gütern der Zone ist sehr beliebt. Wir haben ganz ausgezeichnete Erfahrungen mit den Leuten drüben gemacht, sie zahlen prompt, rechnen korrekt ab. ‚Kein Kaufmann in die Zone', eine Forderung, die die Reeder mit einem weinenden Auge hören."

Nicht anders die „Deutsch-Hellenische Schiffsagentur" in Hamburg, die regelmäßig Liniendienst von Hamburg und der Zone nach der Levante und dem Roten Meer hat:

„Das wäre ein ziemlicher Abbruch für unser Geschäft. Und wer die Stellung des Hamburger Hafens kennt, der weiß, was das bedeutet."

Doch wie urteilt nun ein Westberliner Kaufmann, der im innerdeutschen Handel erfahren ist und der dazu im Brennpunkt Berlin sitzt?

Herr Weser, Exporteur und Importeur im Kohlen- und Heizölhandel, der vor allem Braunkohleerzeugnisse aus der Zone exportiert und einführt, sagte:

„Also ich halte die Erhardsche Forderung für irreal. Man kann nicht am 16. August das Interzonen-Handelsabkommen erweitern und uns sagen, jetzt wird es noch besser, und dann plötzlich fordern: Kein Geschäftsmann in die Zone. Wir planen schließlich nicht von heute auf morgen. Wir stellen uns darauf ein, und sollen plötzlich die Prügelknaben der Politik sein. Also das geht nicht."

Das also sind die fast wörtlich übereinstimmenden Ansichten westdeutscher und Westberliner Kaufleute. „Wir haben uns aber nicht abgesprochen", fügte lachend Herr Weser hinzu, als er erfuhr, daß er mit seiner Meinung nicht allein stehe.

Abendpost vom 14. September 1960

Auszüge aus einem Aufsatz des bekannten französischen Staatswissenschaftlers Professor Maurice Duverger in Le Monde vom 2. September 1960

Seit 10 Jahren sind die Franzosen an der Wiederbewaffnung Deutschlands nicht interessiert. Sie sind desinteressiert an Deutschland, an Europa, an der Nato. Sie zeigen für nichts Interesse, nur jener Lokal-Konflikt — dessen Maßstab im Hinblick auf die gesamte Weltpolitik von geringer Bedeutung ist — hält sie in Bann, frißt sie auf: nämlich die Rebellion in Algerien. Die ganze französische Armee ist im Sande Nord-Afrikas versunken und verstreut. Ein Teil gibt sich mit einem Kolonialkrieg ab (d. h. einem Krieg altertümlicher Art), ein anderer beschäftigt sich mit polizeilichen Aufgaben (die nicht militärischer Natur sind), ein letzter führt rein zivile Missionen aus: Erziehung, Sozialhilfe, Versorgung. In der ausgehöhlten Leere, die durch das Verschwinden der französischen Armee in Europa hervorgerufen wurde, kann die neue deutsche Wehrmacht ungehindert aufblühen.

Gewiß ist sie keine unabhängige Armee. Sie ist in die Nato eingegliedert. Offiziell sollen ihre Kontingente — sowie die anderen verbündeten Staaten — nur zum Schutz des Westens gegen einen eventuellen Angriff der Sowjets dienen. Darüber hinaus wird durch die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Bündnis zwischen Deutschland und seinen 5 Partnern verstärkt. Der deutsche Militarismus war durch seinen nationalen Charakter gefährlich, wobei man anstrebt, den nationalen Charakter verschwinden zu lassen. Überlegungen dieser Art, seit 10 Jahren häufig erörtert, haben die Franzosen dazu bewogen, mit ruhigem Gewissen der Wiederbewaffnung Deutschlands kein Interesse entgegenzubringen.

Werden sie jetzt die Tragweite der Resolution verstehen, die man von der anderen Rheinseite bekanntgibt? Das Memorandum des Generalstabes erweckt alte Erinnerungen, indem es sich für die allgemeine Wehrpflicht ausspricht und das Recht fordert, Kern-

waffen zu besitzen. Dies ist keineswegs der Ton der Protestrufe gegen die aufgezwungenen Grenzen zur Zeiten der Entwicklung des deutschen Heeres durch das Diktat von Versailles; die Umstände sind anderer Natur. Aber der Grund ist der gleiche: Es handelt sich darum, die volle militärische Souveränität zu erlangen. Ein Vergleich der Daten ist interessant. In beiden Fällen trennen ungefähr eine Zeit von 15 Jahren die Niederlage und den klar ausgedrückten Willen, die Folgen auszulöschen. Die Soziologen, die das Problem des Rhythmus der Weltgeschichte beobachten, mögen über die periodische Wiederkehr der Daten nachsinnen.

Noch schwerwiegender an Bedeutung ist die Annäherung zwischen den Forderungen der neuen Wehrmacht und dem Wiedererwachen der irredentistischen Kampagnen. Im Abstand von einigen Tagen haben zwei von Adenauers Ministern den deutschen Charakter Oberschlesiens (zur Zeit polnisch) und des Sudetenlandes (zur Zeit tschechisch) öffentlich verkündet. Das bedeutet, daß das neue Deutschland nicht nur die Wiedererlangung der Grenzen von 1919 fordert, sondern darüber hinaus sogar den Gewinn der skandalösen Hitler-Eroberungen. Im Grunde genommen will also die deutsche Regierung, daß die Großmächte ein neues Abkommen von München unterzeichnen. Als wir uns vor 10 Jahren im Verlaufe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands zur Wehr setzten, ahnten wir damals noch nicht, daß sich unsere Befürchtungen so früh und so vollständig bewahrheiten sollten.

Gewiß ist der Ton hier abermals nicht der gleiche wie 1938. Man nimmt sich in acht, Drohungen verlauten zu lassen oder von Gewaltakten zu sprechen. Man beruft sich nur auf die Selbstbestimmung, ein Wort, das in Mode ist und friedenstiftend sein will. Man schlägt Volksentscheide vor, ein demokratisches Verfahren, wie es kein besseres gibt. Aber diese versteckte Vorsicht kann niemanden täuschen. Die ganze Welt weiß, im Westen und im Osten, daß weder die Sowjetunion noch Polen und die Tschechoslowakei seine Verbündeten, die ex-deutschen Territorien, die jetzt in ihrem Besitz sind, ohne Krieg abtreten werden. Trotz aller umschriebenen Verlautbarungen und des sich immer Wiederberufens auf den Frieden, bedeutet das Zurückfordern dieser Territorien, einen dritten Weltkrieg vom Zaune brechen zu wollen. Wahrscheinlich ist, daß die Minister des Herrn Adenauer es nicht wagen, sich selbst die Konsequenzen ihrer irredentistischen Provokationen vor Augen zu halten; selbst ihr guter Wille — wenn er überhaupt vorhanden ist — ändert jedoch nichts an den Tatsachen.

Unterdessen ist der Umfang dieser verschiedenen Deklarationen, militärischer oder politischer Art weitaus geringer als der der Forderungen der dreißiger Jahre. Das geteilte Deutschland hat noch nicht die nötige Macht, um seine Stimme dementsprechend gewaltig zu erheben. Auf der anderen Seite ist die furchtbar erteilte Lektion von 1945 noch nicht bei all seinen Bürgern in Vergessenheit geraten. Die Demokratie ist mit aller Wahrscheinlichkeit heute jenseits des Rheins viel gefestigter, als sie es vor 30 Jahren war. Aber diese erste Resolution darf nicht übersehen werden. Morgen schon wird es zu spät sein, um das zu vernichten, was man noch heute im Keime ersticken kann. Die Frage geht hauptsächlich an den Westen. Nach den amerikanischen Wahlen und nach den deutschen Wahlen muß der Westen endlich das Problem der Anerkennung der neuen deutschen Grenzen lösen.

Aber die Frage interessiert auch Frankreich, das in zwei verschiedenen Richtungen handeln kann. Einerseits müssen die Anhänger der europäischen Integration sich auch davon loslösen, das Problem des deutschen Irredentismus zu umgehen. Man wird kein politisches Europa aufbauen können — nach dem sich das wirtschaftliche Europa entwickelt — solange eines der Staatenmitglieder Grenzansprüche stellt, die die anderen nicht anerkennen. Denn ein Vereinigtes Europa setzt für alle europäischen Nationen eine gemeinsame Außenpolitik voraus. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (und natürlich die der momentanen Grenze in Böhmen) ist eine unerläßliche Bedingung einer wirklichen Integration.

Es schrieben bisher u. a.:

Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekr. a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilh. Hasenack - Esther Sophia Haytron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt — Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86
1800 3165

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.